

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 21. September 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der Beginn der Budgetdebatte.

Magdeburg, 20. September.

Heute früh setzte die Verhandlung sofort mit den Referaten über den Disziplinbruch der badischen Genossen ein und mit einem Schläge herrschte in dem Saale, wo gestern vielfach ein tönenbes Stimmengeräusch die Reden für die entfernter sitzenden Hörer unverständlich gemacht hatte, aufmerksamste Schweigen. Ein Beweis, wie alle Gemüter unter der elektrischen Spannung gestanden hatten, die durch die Verhandlung über die badische Affäre ihre Lösung finden mußte. Ist doch die Budgetfrage die beherrschende Frage des Parteitagcs. Brallen doch in ihr die Gegensätze zwischen Revisionismus und den Anhängern der bisherigen Anschauungen der Sozialdemokratie scharf und unerböhrlich aufeinander. Denn so geflissentlich heute auch der Referent der Budgetbewilliger, Genosse Frank, die revisionistische Grundauffassung, deren Ausfluß und Symbol Budgetbewilligung und Hoßgängerum sind, in den Vordergrund zu schieben versucht, so wenig täuschte sich doch irgend jemand darüber, daß es sich nicht bloß um eine taktische Meinungsdivergenz, um ein zufälliges Auseinandergehen der Meinungen handelt, sondern um den Kampf der Grundauffassungen, den die Dresdener Resolution seinerzeit so klar und unzweideutig entschieden hat.

Genosse Bebel packte den Gegenstand denn auch trotz alles Eingehens auf die kleinen taktischen Argumente der Budgetbewilliger mit der gebotenen Großzügigkeit an. Er hing der Sache die Schelle um und zeigte mit zwingender Beweisraft, aus welchen Motiven heraus die Taktik der Budgetbewilliger geflossen ist und wohin sie naturgemäß führen muß; aus den Illusionen einer reformistischen Anschauung heraus zur Zerrüttung und Korruption der Partei, zur Entwertung des Kampfes und totalen Auflösung der Klassenkampfarmee. Dabei war Bebel heute wieder von bewunderungswürdiger Frische und Spannkraft. Er sprach 1 1/2 Stunden ohne das mindeste Anzeichen der Anstrengung. Bald mit seiner ätzenden Ironie, bald mit gutmütigem Humor, bald mit dem alten hinterföndlichen Pathos seiner besten Zeit zerpflückte er die Einwendungen der Gegner, die in der letzten Zeit in Artikeln und Broschüren vorgetragen wurden. Häufige stürmische Zustimmungen bewiesen dem Veteranen der Partei, daß er aus dem Herzen der großen Mehrheit gesprochen hatte.

Bebel führte dem Sinne nach, in großen Umrissen, etwa aus: Das Vorgehen der Badenser bedeutet einen Bruch mit den durch mehrere Resolutionen der letzten Parteitage unzweifelhaft festgelegten grundsätzlichen Anschauungen der Partei. Eine Wiederholung solcher Versuche macht ein gesundes Wirken der Partei total unmöglich. Wenn man sich zur Verhinderung des Disziplinbruchs auf die Erklärung der 66 in Nürnberg berufen hat, so vergißt man, daß diese Deklaration nur deshalb ohne Widerspruch blieb, weil es sich um das Wesentliche zu einer Ansicht handelte, nicht um eine Tat, eine Handlung. Den guten Glauben an die Richtigkeit ihrer Ansicht bestreiten wir den Badenfern nicht, aber ihre Taktik verstoßt nicht nur gegen die Beschlüsse der Parteitage, sondern ist auch die schlimmste politische Unklugheit. Hat nicht die seit 43 Jahren bewährte Taktik die Partei groß und mächtig gemacht? Hat nicht die konpromißlerische Konzessionspolitik des Bülow-Blocks das ärgste Fiasko erlitten? Die Verurteilung auf die „besonderen“ Verhältnisse Badens ist unzutreffend. Auch die „komplizierte“ Natur Bodmans ist ein sehr unzulängliches Beweismittel. Eher ist Genosse Frank eine „komplizierte“ Natur, wenn auch seine Taktik gar nicht kompliziert ist. Die paar belanglosen Komplimente Bodmans an die Sozialdemokratie bedeuten gleichfalls nicht viel, kann soviel, wie noch weit schmeicheltendere Anerkennungen Bismarcks, Wilhelms II. und anderer an den berechtigten Kern der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie hat sich eben durch ihr rücksichtsloses Drängen diese Anerkennung gewisser sozialer Bestrebungen erzwungen. Sie hat durch ihr „Regieren“ eminente positive Erfolge gehabt. Es gibt keine sozialistische Partei in der ganzen Welt, die so große positive Erfolge durchgesetzt hat, als die deutsche Sozialdemokratie! Das Gerede von der zu überwindenden „Negation“ der Sozialdemokratie in den eigenen Reihen ist tief beschämend. Sagt ein Nationalliberaler so etwas, so geschieht das nur aus Dummheit oder Böswilligkeit, von einem Sozialdemokraten aber ist eine solche Kritik direkt unbegreiflich.

Ebenso unbegreiflich ist das herabsehende Gerede badischer Führer von dem durch die „Negation“ verschuldeten „Mißerfolg“ der preussischen Wahlrechtsbewegung. In Baden und auch in Wapern ist von einem Wahlrechtskampf im Sinne des preussischen gar keine Rede gewesen, den Badenfern ist die gebotene Taube infolge der politischen Situation in den Mund geflogen. In Preußen liegen die Verhältnisse ganz anders und ungeheuer viel schwieriger. Hier spielt sich der Entscheidungskampf ab. Haben wir erst die preussische Reaktion niedergedrungen, so hat auch die Demokratie überhaupt gestiegt!

Auch die Gewerkschaften werden in der Kompromißpolitik mit den Nationalliberalen, diesen Scharfmachern par excellence, noch ein Haar finden. Schon jetzt klagen badische Gewerkschaftler über mangelhafte Vertretung der wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterklasse. — Den selbstherrlichen Gelüsten der Parlamentarier muß mit aller Energie entgegengetreten werden. Die Genossen müssen ihren Abgeordneten scharf auf die Finger sehen, auch ihren Redaktionen! Doppelt am Plage ist heute die demokratische Jugend des Mißtrauens! Wären die Regierungen nicht so borniert, sie könnten durch eine Politik der Scharfkonzessionen auch unter uns manchen Gimpel fangen.

Die badischen Genossen haben bewußt gegen die prinzipiellen Beschlüsse der Partei verstoßen. Denn daß es sich um Prinzipien handelte, sprachen ja die Parteitagebeschlüsse selbst auf das deutlichste aus. Trotzdem spreche ich nicht von „Verrat“, denn Verrat setzt böswillige Absichten voraus, die zu erweisen sind. Zweihundert Delegierte haben eine Ergänzung der Resolution beantragt durch Einschaltung eines Satzes, der für den Wiederholungsfall den Ausschluß aus der Partei ausspricht. Ich bin gegen diese Einschaltung, weil sie überflüssig ist, da sie nur Selbstverständliches besagt. Denn es ist klar, daß jeder Genosse, wo er auch stehen mag, sich durch einen künftigen Verstoß gegen die Beschlüsse der höchsten Instanz außerhalb der Partei stellt. Sollte sich jemand finden, der erklärt, ich kann mich den Beschlüssen dieser einheitlichen Oberinstanz nicht fügen, so soll er seinen eigenen Weg gehen! Nur der kann Führer der Partei sein, der im Sinn und Geiste der Partei handelt. Die Zeit ist zu ernst, um Sonderbündelei zu gestatten, um die traurigen Gebilde der kleinstaatlichen Zerrissenheit auch auf das Parteileben zu übertragen. Geint haben wir zu kämpfen, wenn wir dem Gegner siegreich die Stirn bieten wollen. Vorwärts, geschlossen gegen den Feind!

Nachdem der stürmische, langanhaltende Beifall verebte, ergriff als Redner der Badenser Genosse Frank das Wort. Auch er bewahrt seinen Ruf als rhetorisch geschickter Redner. Seine Ausführungen, die geflissentlich die Aufstellung der revisionistischen Grundtendenzen vermeiden, sind sichtlich auf einen persönlichen Ton gestimmt. Lage weiter nichts Dokumentarisches über die sogenannte „süddeutsche“ Taktik, die aber bekanntlich keineswegs die Taktik aller süddeutschen Genossen ist, vor, als Franks heutige Rede, so würde das zwar diese Taktik nicht politisch weitestgehend erscheinen, aber immerhin die prinzipielle Abweichung von den Grundauffassungen der Partei minder deutlich hervortreten lassen. Indessen liegt das Material über die revisionistischen Ansichten und Absichten so bergehoch gefürmt vor, daß auch die zurückhaltendste Beschränkung auf die vorsichtigste Defensivnote an der Beurteilung der Budgetbewilligung nichts zu ändern vermag.

Genosse Frank dankte Bebel für seine sachliche Polemik. Er hörte sogar eine väterliche Zärtlichkeit für die Badenfer aus Bebel's Worten heraus. Er will deshalb die Vertreter der „scharferen Tonart“, die „Leipz. Volksztg.“, die Genossen Geyer, Luxemburg und Stadthagen, unberücksichtigt lassen. Er fährt dann fort: Die Rechtsverwahrung der 66 ist doch wohl nicht nur als ein Ansichtskenntnis aufgefaßt werden, sondern als entschiedener Protest gegen die Nürnberger Resolution, dem sich obendrein auch der bayerische und badische Landesausfluß ostentativ angeschlossen haben. So ist diese Kundgebung auch nicht nur von bürgerlichen Blättern, sondern auch von der Generalkommission der Gewerkschaften aufgefaßt worden. Die Mehrheit hat wohl nur deshalb geschwiegen, weil sie erkannte, daß sie in Nürnberg den Bogen überspannt hatte. Wir anerkennen die Pflicht der Disziplin, aber auch der Disziplinbruch kann unter Umständen eine Pflicht sein. Beschlüsse werden doch für vernünftige Menschen gefaßt, sie sind nicht maschinenmäßig auszuführen. Der Beschluß in Sachen der Budgetbewilligung ist auch kein prinzipieller, denn er läßt doch — aus taktischen Gründen — eine Ausnahme zu — folglich ist er ein taktischer. Unsere Taktik ist, alles zu unterstützen, was den Aufstieg der Arbeiterklasse zu fördern vermag. Durch die Entwidlung der Parteikonstellation in Baden ist es der Sozialdemokratie gelungen, ein reaktionäres Zusammengehen zwischen Zentrum und Nationalliberalen zu sprengen, das früher sogar auf dem Gebiete des Kultus, der Schule bestand. Redner schildert dann eingehend die angeblich erheblichen Vorteile des Zusammenarbeitens mit den Nationalliberalen, wodurch auf dem Gebiete des Schulwesens, der Steuergesetzgebung und des Gemeindefortschritts erhebliche Verbesserungen durchgesetzt worden seien. Auch die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion bei der parlamentarischen Geschäfteverteilung sei wesentlich verbessert worden. Dabei hätten die badischen Genossen niemals ihre Grundsätze preisgegeben. Dem Zeugnis gewisser nationalliberaler Blätter, auf das sich Bebel berufen, sei das Zeugnis der Zentrums- und konservativen Presse entgegenzustellen, das umgekehrt den wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie behauptet. Ueberhaupt sei ein Bündnis von der Art des badischen Blocks kein Herrschaftsverhältnis.

Die Budgetbewilligung sei kein Vertrauensvotum für den herrschenden Klassenstaat; diese Auffassung

sei veraltet und keineswegs eine sozialistische. Und wenn die Badenfer auch nur kleine Konzessionen erreicht hätten — beim Ausbau ergebe die Summe solcher kleiner Konzessionen die Revolution. Die Politik der kleinen Konzessionen sei der Kampf der Zukunft. Die Demonstration gegen den Klassenstaat verkörpere die Arbeiterbewegung selbst.

Was solle nun geschehen? Vom sofortigen Hinandruf wolle ja auch Bebel nichts wissen, weil der Dolus der Böswilligkeit fehle. Gebe man aber die gute Absicht zu, so passe auch die ganze Resolution Bebel's nicht. Da biete der Vorschlag Brauns, eine Studienkommission einzusetzen, den besten Ausweg. Die Budgets der deutschen Staaten wiesen die größte Verschiedenartigkeit auf, also sei ein Studium dieser Materie dringend notwendig. Wenn man trotzdem von der Einschaltung einer solchen Studienkommission nichts wissen wolle, so nur aus Angst vor der falschen Auslegung, man sei vor den Budgetbewilligern zurückgewichen. Das gründliche nochmalige Studium der Frage sei indes der vernünftigste Weg, um künftig wieder zur Einigkeit zu gelangen.

Franks Rede wurde von den Anhängern seines Standpunktes gleichfalls lebhaft applaudiert. Zu Anfang der Nachmittags Sitzung war die Rednerliste, die in der Vormittags Sitzung 55 Wortmeldungen verzeichnete, noch weiter angewachsen. An der Spitze standen in langer Reihe die badischen Genossen und ihre Gesinnungstreue. Das hatte jedoch nichts zu bedeuten, da nach altem Parteitaggebrauch auch diesmal je ein Redner für und gegen die Budgetbewilligung zu Worte kommt.

Die Verteidiger des Verhaltens der badischen Genossen gaben sich alle Mühe, die Argumente Franks zu unterstützen. Da sich aber bereits drei Parteitage mit der Frage beschäftigt haben, ist es erklärlich, daß neue Momente kaum vorgebracht wurden. Auch die Redner der Mehrheit mußten sich, soweit sie nicht den Disziplinbruch an sich kennzeichneten, an der bekannten Widerlegung der alten Argumente genügen lassen. Trotzdem fesselte die Debatte durch die temperamentvolle Art der Diskussion, die sich erfreulicherweise trotz aller sachlichen Schärfe völlig frei hielt von persönlichen Angriffen.

Gleich Frank suchten auch die übrigen badischen und probadischen Redner Stimmung für die Einschaltung einer Studienkommission zu machen. Gabe der Parteitag, erklärte beispielsweise Genosse Hildenbrand-Stuttgart, diesem Wunsch der Minorität nicht statt, so wäre durch Annahme des Adelsvotums keineswegs die Frage erledigt, denn der Beschluß würde auf die Dauer doch nicht aufrecht zu erhalten sein, und Engler-Freiburg versicherte, daß man auf jedem Parteitag immer von neuem wieder den Antrag auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses einbringen werde.

Genosse Haase-Königsberg setzte sich in ausgezeichneter, von fortgesetzten Beifallsrufen unterbrochener Rede mit diesen Ausführungen auseinander. Es sei ein starkes Stück, dem Parteitag zugunsten, durch Einschaltung einer Studienkommission zu erklären, daß drei frühere Parteitage ohne genügende Sachkenntnisse Beschlüsse gefaßt hätten. Die Delegierten hätten zweifellos die Kernpunkte der Frage längst begriffen, selbst wenn ihnen das eine oder andere staatsrechtliche Detail unbekannt gewesen sei. Die Frage sei vom grundsätzlichen Standpunkt aus zu entscheiden, im übrigen aber hindere kein Mensch die badischen Genossen, so viel Material über die Budgetfrage zu sammeln, zu veröffentlichen und in der Parteipresse zur Diskussion zu stellen, als ihnen nur immer beliebt. Der von zweihundert Delegierten beantragte Zusatz zur Parteivorstandesresolution sei notwendig, da Frank jede Erklärung darüber vermieden habe, ob sich die badische Fraktion künftig den Parteitagebeschlüssen unterwerfen wolle. Deshalb und weil der Zusatz vollständig den Darlegungen Bebel's entspreche, sei die Einschaltung unbedingt erforderlich. Mit der papiernen Resolution könne man sich unter keinen Umständen begnügen.

Interessant war eine Bemerkung des Genossen Keil, der erklärte, daß die Angelegenheit durch die Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ für die Budgetbewilliger erschwert worden sei. In seiner Absicht, für neue Kampfmittel die Bahn frei zu machen, habe dies Organ leider die Bahn verrammelt. Ob diese Warnung von den allzu offenerzigen revisionistischen Bahnbrechern beherzigt werden wird? Uebrigens genügt schon die Besenkenntnis des Genossen Kolb, um der Partei zu zeigen, wohin eigentlich der revisionistische Kurs gehen soll.

Die weitere Debatte wurde um 6 Uhr mit Rücksicht auf das für den heutigen Abend festgesetzte Festarrangement auf morgen vertagt. Die Verhandlung der Budgetfrage dürfte mindestens noch den ganzen Mittwoch in Anspruch nehmen.

## Menetekel.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein bürgerliches Stille Zeitungspapier von einem neuen Beleg zu berichten weiß für die Wichtigkeit der Unternehmerbehauptung, daß der Vergarbeiterstreit gar kein wirtschaftlicher, sondern ein politischer Kampf sei, den die Sozialdemokratie in ihrem Parteinteresse mutwillig heraufbeschworen habe.

Es heißt denn doch die Sache auf den Kopf stellen, wenn man glaubt, die Sünden der Unternehmer an der Sozialdemokratie rächen zu können. Die Sozialdemokratie hat wahrlich nicht nötig,

## Die Interfusions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Kolonellen ober deren Raum 20 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interzente für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch - Adressiert  
„Sozialdemokrat Berlin“

durch ein so zweifelschneidendes Mittel, wie es der Streik im allgemeinen und ein großer Werftarbeiterstreik im besonderen ist, für sich Bekanntheit zu machen. Das hat der schwarzblau gestrichelte bereits in unüberwindlicher Weise gemacht. Der Streik der Werftarbeiter hat ganz einfache ökonomische Beweggründe. Ein kurrender Wagen ist schwer zu betriebligen, ihn zu füllen ist schließlich kein Mittel zu gering und keines so schwerwiegend, als daß es nicht angewandt werden sollte. Lange Jahre ist der Metallarbeiterverband des wirtschaftlichen Friedens wegen zurückgeblieben. Aber jeder, der offenen Auges die gewerkschaftlichen Vorgänge verfolgte, war sich darüber im Klaren, daß eines guten Tages diese weitgehende Rücksicht auf den wirtschaftlichen Frieden einen Punkt erreichen mußte, wo dem Verband diese Taktik von den Gegnern als Feigheit und Kampfunfähigkeit angesehen werden konnte. Und das wäre für die größte deutsche Organisation ein schwerer, unüberwindlicher Schlag gewesen. Dieser entscheidende Zeitpunkt ist schneller herangerückt als so mancher dachte.

In diesem Zusammenhang ist es interessant auf die Ursachen etwas näher einzugehen, die dem augenblicklich tobenden Kampf zu einer Ausdehnung verhalfen, die dem Metallarbeiterverbande die unter dem Druck der Krise geübte Taktik unmöglich machten. Der erste zwingendste und plausibelste Grund war natürlich die absolute Unmöglichkeit der Werftarbeiter, die den Arbeiter ja absolut nicht zugestehen wollten. War die diese Verhinderung den Arbeitern es von vornherein unmöglich, Rücksicht auf den wirtschaftlichen Frieden zu nehmen, so mußte weiter in Betracht gezogen werden, daß an dieser Bewegung der Metallarbeiterverband nicht allein beteiligt war. Wenn die Metallprogen glaubten, durch ihre brutale Auspersungsmethode auch diesem Kampf einfach das Genid umdrehen zu können, so legt das ein schlechtes Zeugnis für ihren Ueberblick ab. Die außer dem Metallarbeiterverbande an diesem Kampfe beteiligten Organisationen, wie Holzarbeiter, Fabrikarbeiter, Mauer, Maschinen und Heizer, Schmiede, Kupferschmiede, werden teils von dieser Drohung gar nicht berührt, weil ihre Kampffront eine so schmale ist, daß sie tausendmal ruhiger als die Metallarbeiter der Ausführung einer solchen Drohung entgegenstehen können, teils aber haben sie, wie die Holzarbeiter bewiesen, daß sie solchen Kampfkämpfen gewachsen sind. Vor allem aber hätten die Teilnehmer bei ihrem Kalkül eine nicht vergessen dürfen: die Bauarbeiter-Ausperrung!

Erst wenige Wochen waren verfloßen, seit die Bauarbeiter den Angriff der Unternehmer auf ihre Organisation glänzend abgelehnt hatten. Solange die Metallarbeiter allen Massenaktionen aus dem Wege gingen, hatte das eine nicht wegzuleugnende Berechtigung, weil bei solchen Massenaktionen gewöhnlich mehr auf dem Spiele steht als aufstehende sich ahnen lassen. Außerdem stand der verunglückte Bergarbeiterstreik im Wunsfeldischen als warnendes Veneitel am gewerkschaftlichen Himmel, wenngleich man eingestehen muß, daß es sich hier weniger um eine gewerkschaftliche Aktion handelte als um ein wildes verzweifeltes Aufstäumen der gekündeten und getretenen Bergarbeiter, also ein Kampf, dessen Verlust man den beteiligten Organisationen eigentlich nicht buchen darf, wenn man schon Sieg oder Niederlage bei gewerkschaftlichen Kämpfen nach diesen rein äußeren Merkmalen unterscheiden will — was man eigentlich nicht sollte, wenigstens nicht in allen Fällen.

Die Gewerkschaften schreien immer wieder vor der Verantwortung eines solchen Niesentampfes zurück. Die Bauarbeiter aber konnten nicht zurück, sie mußten die Hay ausfechten. Bei ihnen stand nichts Geringeres als die Existenz ihrer Organisation auf dem Spiele. Die heftigste Aufmerksamkeit, mit der die gesamte Arbeiterschaft diesem Ringen um Sein oder Nichtsein einer Organisation verfolgte, beweist, daß sie den Kampf der Bauarbeiter als einen Prinzipienkampf erkannten. Zwar hatte das heldenmütige Ringen des schwedischen Proletariats das deutsche im größten Maße begeistert. Nach der sekundären Seite trat das leidenschaftliche, als beim Kampfe der deutschen Bauarbeiter. Aber schließlich sollte der deutsche Kampf entscheiden, ob die Auspersungsmethode der Schürfmacher ein kapitalistisches Wählmittel wäre oder ob bei ähnlichen Fällen das Proletariat den überhand nehmenden Brutalitäten des Unternehmertums kalten Blutes entgegenzutreten konnte. Nun, der Erfolg hat sich für die Bauarbeiterorganisationen entschieden. Nur ein Narr kann die Bedeutung dieses Sieges unterschätzen, nur einem Ignoranten kann der Einfluß dieses Sieges auf die übrige Arbeiterschaft entgangen sein.

Alle Auspersungen auf den Werften sind sofort mit Streiks beantwortet worden. Das ist dem Bund der Metallindustriellen etwas ganz neues. Wenn sonst 100 Metallarbeiter zu Waffe des Streiks gegriffen hatten, um sich einige Pfennige Lohnerhöhung zu erkämpfen, so hatten die Schürfmacher diesen Kampf mit der Drohung, 100 000 Arbeiter auszusperren, brutal niedergeschlagen. Als sie diesmal 60 Prozent der Arbeiter auspersen, folgte wie der Donner dem Blitz die Antwort der übrigen 40 Proz., die die Arbeit gleichfalls niederlegten. Und wenn am 22. September die Metallindustriellen die Verkennung der Tatsache soweit treiben wollten, daß sie den Kampf auch ins Binnenland zu verpflanzen drohen, so wird diese Drohung mit einem Hohngelächter der Arbeiter beantwortet werden. Für die Arbeiter hat die Auspersungsmethode seit der Niederlage des Paulöwentums alle Schrecken verloren. Sie glauben nicht mehr an die Unbesiegbarkeit dieses Kampfmittels.

Das ist gut ja. Keineswegs verkennen wir dabei, daß auch diese Erscheinung zwei Seiten hat. Einmal schließt sich nicht für alle. Die Unternehmer im Baugewerbe sind durchaus nicht mustergültig organisiert. Im Gegenteil. Wenn man zum Beispiel die Organisationen der Metallprogen, der Grubengewaltigen, der Mächthaber in den Häfen und Schiffahrtsbetrieben (die sogar international organisiert sind) zum Vergleich heranzieht, dann sind sie sogar schlecht organisiert. In Erwägung ist ferner zu ziehen, daß die Kleinbetriebe wie in der Baubranche sich in den drei angezogenen Gewerben nicht finden, wenigstens nicht in dem Maße, so daß also die Unternehmer viel geschlossener vorgehen können. Auch für sie gilt ja das Wort: Viele Köpfe, viele Sinne. Wenn also die Bauarbeiter in ihrem Kampf siegreich waren, so ist damit keineswegs gesagt, daß nun alle Massenaktionen für die Arbeiter siegreich auslaufen werden. Aber der Wahn ist gebrochen! Und das ist das unüberwindliche Verdienst der Bauarbeiter, das ihnen keiner schmälern kann. Denn man braucht keineswegs ein Refektorium sinnloser oder aussichtsloser Streiks zu sein, um doch in vielen Fällen einen energischen Schlag für richtiger zu halten als krafttötendes Hamletgegrübel — selbst wenn er einmal daneben gehen sollte. Dieser Geist ist durch den Sieg der Bauarbeiter auch bei den kämpfenden Werftarbeitern geweckt und deshalb werden sie sich durch keinerlei Kapriolen der Metallindustriellen einschüchtern lassen. Die eventuelle Wahregel der Metallprogen wäre zudem ganz sinnlos. Man kann wohl eine Gewerkschaft zwingen, einen Kampf einzustellen, indem man an anderen Stellen große Diversifikationen versucht, um die Organisation stark zu engagieren, aber was wäre in diesem Fall mit dem Nachgeben der Metallarbeiter erreicht, wenn die Holzarbeiter, Fabrikarbeiter, Mauer usw. den Kampf weiter-

führen? Nichts! Der aufgenommenen Betrieb müßte nach kurzer Zeit neugestaltet werden.

Wollen die Werksgehaltigen Frieden, so müssen sie wohl oder übel den Arbeitern Zugeständnisse machen. Hätten die Metallindustriellen wirklich die Absicht, das Ende des Kampfes durch eine Erweiterung der Auspersung zu erzwingen, so hieße das, mit drei Würfeln 10 Augen werfen zu wollen.

## Aus der ungarländischen sozialdemokratischen Partei.

Von Josef Diner-Dónes (Budapest).

Der raschen, fast überraschenden Entwicklung unserer Partei während der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts folgten in den letzten Jahren eine Stagnation der Entwicklung, ja stellenweise sogar eine Rückentwicklung. Damit im Zusammenhang kamen allerlei Unstimmigkeiten in unsere Partei, die allmählich zu einem rein persönlichen, mit allerlei Verdächtigungen gepürztem Gezänk allerhöchster Art wurden. Dieses widerliche Zwischenspiel wird aber hoffentlich bald erledigt werden, und die ruhige und, was mehr gilt, die wissenschaftliche Diskussion über unsere Parteiorganisation und die in Zukunft zu befolgende Taktik wird wieder beginnen, nachdem sie während der letzten zwei Jahre durch das persönliche Gezänk völlig unmöglich gemacht worden war. Die erste Vorbedingung hierfür ist aber die Ausschaltung aller persönlichen Momente. Einerseits darf man für die Abflattung unserer Bewegung nicht einzig und allein die an leitender Stelle befindlichen Genossen verantwortlich machen, sondern muß vielmehr nach den viel tiefer, hinter den Einzelpersonen liegenden sachlichen Gründen suchen, andererseits dürfen aber die an leitender Stelle befindlichen Genossen nicht jede gegen ihr Tun gerichtete Kritik sofort als Angriff gegen die Partei erachten. Denn da alles, selbst von den Verhältnissen erzwungenes Geschehen innerhalb unserer Partei nach außen hin nur in den Handlungen der einzelnen Genossen Ausdruck erhält, ist es ganz unmöglich, an diesem Geschehen Kritik zu üben, ohne zuweilen auch die Handelnden selbst in die Kritik mit einzubeziehen.

Forschen wir nach den Ursachen der überraschenden Entwicklung der ungarländischen sozialdemokratischen Partei während der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts, so finden wir dieselben keineswegs in der wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns, sondern nur in seinen allgemeinen politischen Verhältnissen. Für das an Oesterreich gekoppelte Ungarn, das alle Bedürfnisse eines modernen bürgerlichen Industriestaates hat, wurde allmählich die alte feudale-agrarische Adels Herrschaft zu enge. Dieser innere Widerspruch führte zu einem Zwiespalt der herrschenden Gewalten, des Königs und des Parlaments, und damit zu einer ganzen Reihe von inneren Krisen.

Während dieser Krisen wurde unsere Partei von den Feudalagrariern in jeder möglichen Weise umschmeichelt und mit allen möglichen und unmöglichen Versprechen zu fähren versucht. Doch vergeblich. Unsere Stellungnahme war von vornherein gegeben. Wir konnten und durften nur jene Bestrebungen unterstützen, die auf einen Sturz der feudale-agrarischen Adels Herrschaft abzielten. Nicht etwa, weil wir von der Gegenseite irgendetwas Dank erwarteten. Darin können wir das Haus Habsburg und den ihm verbündeten Militarismus und Bureokratismus zu genau. Wohl lebte aber in allen Genossen die Erkenntnis, daß nur der Sturz der feudale-agrarischen Adels Herrschaft in Ungarn den Weg für eine solche Entwicklung freilegen kann, der zu einer Befreiung des Proletariats führt. Und wie sehr recht wir mit dieser Stellungnahme hatten, trotzdem unsere Gegner uns dieserhalb als „Burgjacobiner“ und „kaiserliche Sozialisten“ verhöhnten, beweist zur Genüge die eine Tatsache, daß es uns in dieser Weise gelang, das gesamte ungarländische Proletariat, das landwirtschaftliche sowohl wie das gewerbliche, aus seinem jahrhundertelangen Schlaf aufzurütteln und in den Kampf gegen den Feudalismus zu führen.

Nun aber bildeten wir damals im eigentlichen Sinne des Wortes keine politische Partei. Die ungarische Adels Herrschaft, die allweil ganz Europa und sogar auch einen Karl Marx mit ihrer angeblichen Freiheitsliebe genarrt, hat uns nie das Recht gewährt, uns offen als politische Partei zu konstituieren. Unsere einzige rechtliche Basis waren die Gewerkschaften, die wohl allen erforderlichen Placieren und Verfolgungen ausgesetzt waren, aber doch wenigstens zu Recht bestanden. Und demzufolge waren schon vor Jahren her Partei und Gewerkschaften zwei identische Formationen und auch die Leitung der beiden Formationen in den gleichen Händen. Als nun während der erwähnten politischen Kämpfe die ungarländischen Proletarier in hellen Scharen der Partei zuströmten, konnten wir dieselben nicht politisch organisieren, weil uns hierfür der eigentliche Rahmen fehlte, sondern mußten sie allesamt gewerkschaftlich organisieren.

Da es aber an Zeit und Leuten mangelte, die großen neuen Massen — innerhalb von nicht ganz sechs Jahren ward die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von etwa 14 000 auf beinahe 200 000 angewachsen — gewerkschaftlich auszubilden, oder auch nur mit sozialdemokratischem Geiste zu erfüllen, so blieb der Parteileitung, die ja doch mit diesen Massen den Kampf führen mußte, nichts anderes übrig, als ihn mit einem gewissen diktatorischen Absolutismus zu führen.

War dies schon damals ein Uebel, so war es doch ein unvermeidliches Uebel, das während des Kampfes jedermann widerstandslos ertrug. Anders wurde es aber, als im Jahre 1906 die beiden herrschenden Gewalten sich ausöhnten und der feudale-agrarische Adel wieder in den Vollbesitz der Macht gelangte. Wir setzten wohl zu Beginn den Kampf mit dem gleichen Feuer fort, die Niedertracht der Mächthaber aber, die sich um Recht und Gesetz nicht den Pfefferling kümmerten, unsere landwirtschaftlichen Gewerkschaften einfach mit Bajonetten ausbeinderteten und auch zahllose gewerbliche Gewerkschaften drangsalierte oder gar auflöste, jeden Versuch eines Widerstandes aber mit beinahe russischer Grausamkeit unterdrückte, machte aber bald die großen, nicht genügend sozialdemokratisch geschulten Proletariermassen mutlos, und während wir jahrelang stets die Angreifenden waren, wurden wir nun gezwungen, uns auf die Verteidigungslinie zurückzugeben.

Wie jede Niederlage, weckte auch diese vielfache Unzufriedenheit und den Geist der Kritik, die sich naturgemäß in erster Linie gegen die Parteileitung richteten, die von den unzufriedenen Genossen ganz allein für die Niederlage verantwortlich gemacht wurde. Da aber bei uns, wie schon bemerkt, politische Partei und Gewerkschaften fast identische Formationen sind, hatte sich bald die Unzufriedenheit auch in die Gewerkschaften verpflanzt, wo auch noch andere Ursachen eine gewisse Wirkung hervorriefen. Als die politischen Mißerfolge kamen,

entstand sich die rebellionäre Spannung, die noch immer einen Teil unseres Proletariats beherrschte, in einer Reihe von kleinen, querläufigen wirtschaftlichen Kämpfen, die aber nicht allzu viel Erfolg brachten, nicht nur, weil sie in eine Epoche der wirtschaftlichen Depression fielen, sondern auch weil die Regierung in diesen Kämpfen in rücksichtslosester Weise die Partei der Arbeitgeber nahm.

Diese Unzufriedenheit trieb einzelne Gewerkschaften gänzlich, und in anderen Gewerkschaften anscheinliche Teile zur offenen Opposition. Bei der Identität von Partei und Gewerkschaften ergab dies allerlei Reibungen in der Partei und in den Gewerkschaften, die schließlich dazu führten, daß in einzelnen Gewerkschaften Absonderungen erfolgten. Da nun bei uns nur gewerkschaftlich organisierte Mitglieder der Partei sein können, schloß die Parteileitung die sich absondernden Genossen aus der Partei aus und damit rückte die Gefahr einer Spaltung der Partei in Sicht.

So stehen wir heute. Daß alle Bestrebungen in erster Linie darauf gerichtet sein müssen die Einheit der Partei zu erhalten, ist zweifellos. Aber über diese momentane Aufgabe hinaus obliegt uns auch noch die schwerere Arbeit, die Wurzel jener Uebel bloßzulegen, an denen unsere Partei leidet und über die Mittel einzig zu werden, die eine Gesundung herbeiführen können. Daß man sich bei dieser Reorganisationsarbeit von aller Revolutionäromantik freihalten muß, ist klar. Mit einem Personenwechsel in der Parteileitung oder gar einem plötzlichen Umsturz des bisherigen Systems ist nichts anzufangen. Was Not tut, ist einmüßige Kleinarbeit und eine gründliche, offenerherzige Aussprache, aus der sich dann ein einheitliches Programm bezüglich der Reorganisation der Partei und ihrer in Zukunft zu befolgenden Taktik herauskristallisieren kann.

Diesen Weg zu beschreiten wäre jetzt gleichermassen Pflicht der Parteileitung wie der Opposition. Zu politischen Aktionen ist jetzt die Zeit ohnehin nicht geeignet. Nur wenn wir diese politische Ruhepause zur inneren Konsolidation der Partei benützen, werden wir bei dem nicht mehr allzufernen Endkampfe mit dem Feudalismus dem Proletariat den ihm gebührenden Anteil am Siege sichern können.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. September 1910.

### Der Herr Minister für öffentliche Arbeiten.

Unter den bürokratischen Mittelmaßigkeiten, die ein launisches Geschick auf preussische Ministersessel berufen hat, nimmt der Minister für öffentliche Arbeiten, Herr v. Breitenbach, Erzellenz, eine hervorragende Stellung ein. Er ist der Typus des gut erzogenen höheren preussischen Bureauftraten. Keuherlich korrekt und wohlgepflegt, von würdiger, wenn auch etwas gespreizter, steifer Haltung; ein Mann, der das Gewicht seiner Bedeutung für die Menschheit fühlt, in Preußens Staatsministerium die geistige Zentrale der Welt erblickt und das Vertrauen, das ihm sein königlicher Herr durch seine Berufung zum Minister bewiesen hat, dadurch zu rechtfertigen sucht, daß er bescheiden auf die Produktion eigener, origineller Gedanken möglichst verzichtet.

Es war deshalb vorauszusetzen, daß Herr v. Breitenbach bei der Einweihung der neuen Rheinbrücke bei Köln — auf kaiserlichen Wunsch soll sie Hohenzollernbrücke genannt werden — eine schöne patriotische Rede halten würde, in der der königliche Landesherr und die Hohenzollern in allen Tonarten gepriesen werden — und tatsächlich hat sich der Herr Minister für öffentliche Arbeiten, obgleich das nicht so leicht ist, sich selbst überlassen. Gleich zu Anfang zeigte er, wie sich in einem preussischen Ministerkopf die heutige Kulturwelt malt, indem er die Anwesenden in zwei Gruppen schied; die, so von S. M. den Titel Erzellenz erhalten haben, und jene, die nicht zu dieser Höhe des menschlichen Daseins emporgebrungen sind. Er redete nämlich seine Zuhörer folgendermaßen an:

Gure Erzellenzen, meine Herren! Große Werke tragen den Stempel ihrer Zeit, so auch dies Werk, dem wir heute die Weihe geben.

Und dann ging es los! Nachdem er das „profane Bauwerk“ gepriesen, folgte ein langes Loblied auf den gnädigen, geliebten Landesherren. Würdlich sagte Se. Erzellenz nach dem Wolffschen telegraphischen Bericht:

Wie seine erhabenen Vorfahren entscheidenden Einfluß nahmen auf die Wiederherstellung des Domes in einst gewollter Pracht, wie Kaiser Wilhelm I. der Kulturwelt dieses Wunder der Baunstoffe offenbarte, so ergriff Kaiser Wilhelm II., als die Notwendigkeit eines Neu- und Erweiterungsbauwerks der alten Rheinbrücke aus zwingenden Gründen des Verkehrs hervortrat, den Gedanken einer solchen Herstellung, die nicht allein den Forderungen des Verkehrs, sondern auch der Ueberlieferung und Umgebung künstlerisch entsprach. In allen Stadien der Vorbereitung und des Baues hat Se. Majestät das Werk mit Interesse verfolgt und dieses Interesse wieder und wieder bestätigt.

Und darum gebührt unser Dank an diejenigen, die mitgearbeitet und mitgewirkt, an erster Stelle unserem königlichen Herrn.

Eine der Nothwendigkeiten der preussischen Staatsbahnen, die mächtige vier mündende und hier höheinstete Rhein-Windener Eisenbahn, krönte das Werk der alten Sittlerbrücke zu Köln dankbaren Sinnes durch Errichtung der Standsbilder der Herrscher, unter deren Regierung sich der erste Brückenbau vollzog, sich ihr Weidchen, ihre Wäite entwickelte.

Die Verwaltung der Staatsbahnen folgt dieser Ueberlieferung und fügt dem Brückenschemum neuen Schmud hinzu durch die Standsbilder der Hohenzollernfürsten, die nachfolgen.

Heute gilt es Wilhelm dem Zweiten! Die Enthüllung seines Standsbildes bedeutet den Schlußstein des wesentlichsten Teiles des Baues.

Kannte der Priide erhabenerer Schmud gewährt werden? Von Weikers Hand in Erz gebildet, reitet der Kaiser auf der gewaltigen Brücken- und Verkehrsstraße dem Doms zu, der seinen Ahnen die Aufrechterhaltung verdankt. Ritterlich, stark und fest — ein Friedensfürst.

Sieher Standsbilder preussischer Herrscher zielen noch seiner völligen Vollendung dieses Bauwerkes, welches darstellt ein neues Symbol der Kraft und der Wäite preussischer Lande unter Hohenzollern. Nur einen Namen gibt es für diesen Bau: Hohenzollernbrücke.

Und diesen Namen vereiniget hier kraft Auftrages Seiner Majestät des Kaisers und Königs.

Zur Weihe des Werkes aber stimmen Sie ein mit mir in den Ruf: Seine Majestät, unser allergnädigster Kaiser und König Wilhelm II. Hoch! Hoch!

Das Deutsch des Herrn Ministers v. Breitenbach ist stellenweise etwas mangelhaft, aber die aus seiner Rede

Sprechende Geminnung ist gut, „Königstreu“ und „vaterländisch“. Und das ist nicht nur für einen Minister, sondern überhaupt für jedes preussische Landeskind die Hauptsache. Was nützt aller Verstand, wenn die echte, wahrhafte Charakterbildung, die tiefe Devotion vor dem Hohenzollernhaus fehlt!

### Zentrum und Sozialpolitik.

Die „Post“ ist verknüpft; denn der Erfolg, den der Bergarbeiterverband bei den Wahlen der Sicherheitsmänner und der Knappschaftsvorstände im rheinisch-westfälischen Revier erlangen hat, wird, wie das schamacherische Blatt fürchtet, das Zentrum veranlassen, wieder mehr als in den letzten Jahren Sozialpolitik im Reichstage zu treiben, um die katholischen Arbeiter bei der Zentrumsfrage zu halten — und solche Aussichten sind natürlich dem von den Großindustriellen alimentierten Blatt höchst widerwärtig. Besonders fürchtet das Blatt, daß in die Reichsversicherungsordnung mit Hilfe des Zentrums Bestimmungen hineinkommen könnten, die den Industriemagnaten nicht passen, oder daß gar das Zentrum sich auf die Einführung der Witwen- und Waisenversorgung vor den nächsten Reichstagswahlen verweisen könnte.

Es ist, sagt die ehrsame „Post“, daher vor allen Dingen mit Sicherheit anzunehmen, daß das Zentrum den sozialpolitischen Weltlauf mit der Sozialdemokratie im Reichstage mit noch weit stärkerem Eifer als bisher aufnehmen und die Sozialdemokratie zu überbieten suchen wird. Mehr als reichliche Gelegenheit bietet sich dazu bei der Beratung der Versicherungsordnung, welche in der mit der Vorberatung betrauten Kommission wird aufgenommen werden. Hier hat sich das Zentrum bereits eine ganze Reihe sozialdemokratischer Extrabudgeten in seinem Wahlinteresse geleistet und sich an einer Reihe von Beschlüssen entschieden beteiligt, welche das gesetzgeberische Werk mit unannehmbaren Bestimmungen belasten und so seine Verabschiedung in Frage stellen. Die Befürchtung ist nicht abzusehen, daß das Zentrum jetzt sich noch weit stärker als bisher nach dieser Richtung betätigen wird, und daß sich demzufolge wohl denken läßt, man werde schließlich vor die Frage gestellt sein, ob man die Versicherungsordnung in einer den schwersten Bedenken unterliegenden Gestalt annehmen oder zurzeit gänzlich fallen lassen will.

Es ist sicher nicht unwahrscheinlich, daß das Zentrum, nachdem es gefahren hat, welchen Einfluß seine Haltung bei der Reichsfinanzreform und den Beratungen der preussischen Wahlrechtsvorlage auf seine Arbeiterwähler auszuüben beginnt, sich daran macht, durch Hervorkehrung allerlei sozialpolitischer Forderungen seine Wählerausichten in den rheinisch-westfälischen Wahlkreisen zu verbessern; aber will es sich nicht seine konservative Bundesgenossen entfremden, wird es sich auf sehr bescheidene Forderungen beschränken müssen, die ihm schwerlich die mißtrauisch gewordenen Arbeiterscharen wieder zuführen.

### Nationalliberale Amphibien.

Im nationalliberalen Lager vollzieht sich ganz naturgemäß eine immer weitere Verschiebung des politischen Schwerpunktes nach rechts. Die in letzter Zeit an verschiedenen Orten abgehaltenen Vereins- und Vertrauensmännerversammlungen, die sich mit der Wahl von Delegierten zum nationalliberalen Parteitag in Kassel beschäftigten, zeigen ein starkes Uebergewicht des rechten Flügels. Am sonderbarsten mutet die Beratung der Vertrauensmännerversammlung der nationalliberalen Partei im Reichstagswahlkreis Worms-Heppenheim an, dem Wirkungskreis des Freiherren Hehl zu Hermsheim. Die Versammlung gab nämlich den Delegierten zum Kasseler Parteitag Direktiven, wonach Friedensverhandlungen mit dem Bund der Landwirte eingeleitet werden sollen, während dem Hansabund die Unterstützung zu verweigern sei. Auch sollen keine politischen Gemeinschaften mit solchen Parteien gemacht werden, die mit der Sozialdemokratie zusammengehen. Solches politisches Amphibientum nennt sich nationalliberal.

### Die Freisinnigen auf der Suche nach Wahlhilfe.

Auf dem Bezirkskongreß der fortschrittlichen Volkspartei für den Bezirk Nordhausen wurde am Sonntag folgender Antrag angenommen: „Der Bezirksparteitag erklärt es in Rücksicht auf die politische Gesamtlage für dringend wünschenswert, daß für die kommenden Wahlen die Bekämpfung der liberalen Parteien untereinander unterbleibe und möglichst in allen Wahlkreisen des Bezirks eine einheitliche Front des Gesamtliberalismus hergestellt wird. Hierzu sind schon jetzt die nötigen Schritte in den einzelnen Wahlkreisen zu tun. Ueberhaupt erklärt es der Parteitag für dringend erforderlich, die Wahlvorbereitungen in den einzelnen Wahlkreisen sofort zu beginnen.“

Obwohl die „Sammet“-politik die Freisinnigen zwingt, sich der Wahlhilfe der Nationalliberalen zu verschließen, verstehen sie es doch nebenbei ganz ausgezeichnet, die zu „Sammelnden“ vor den Kopf zu stoßen. Der Bezirkskongreß, auf dem die Kreise Nordhausen, Sangerhausen, Mühlhausen und Sondershausen vertreten waren, stellte für die nächsten Reichstagswahlen — ohne zuvor mit den Nationalliberalen der betreffenden Kreise sich verständigt zu haben — selbstständig Kandidaten auf, und zwar für den Kreis Nordhausen den bisherigen Abgeordneten Dr. Wiemer, für den Kreis Mühlhausen den bisherigen Kandidaten, den Schwiegersohn Albert Traeger, Dr. Levin, Berlin, und für den Kreis Sangerhausen hofft man, in kurzer Zeit einen Kandidaten gefunden zu haben. — Nach den Versicherungen des Abg. Wiemer in der liberalen Versammlung soll sich ihm gegenüber der frühere Staatssekretär Dr. Dernburg erboten haben, eine Kandidatur anzunehmen. (Ob der vielleicht für Sangerhausen ausersehen ist?)

### Herr Certeel als Ratgeber des sozialdemokratischen Bildungsausschusses.

Unser Artikel „Die preussische Verwaltung pfeift auf das Reichsgericht“ gefällt dem Herrn Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“ nicht. Der standalöse Zustand, daß eine Verwaltungsbehörde sich über die Entscheidung des höchsten Gerichtshofes hinwegsetzt, kümmert ihn offenbar nicht, denn er sagt dazu nicht ein Sternchenwort. Es wäre allerdings schwer, irgendeine Verhöhnung für das Vorgehen der Regierung zu Potsdam gegen den Jugendauschuss zu finden. Die Sache der Regierung steht so oberflächlich, daß selbst Certeel es aufgeben muß, sie zu rechtfertigen.

Dafür kommt er uns pädagogisch. Er behandelt das Programm des Fortschrittstages und behauptet, es fehle den Zuhörern nicht nur die nötige Vorbildung, sondern zum großen Teile auch die entsprechende geistige Reife, eine Reihe der schwierigsten Probleme der Naturwissenschaften zu verstehen. Bekanntlich sollte gesprochen werden über „Naturerkenntnis“, und zwar in das Programm:

Historischer Abriss. Die Entwicklung unseres Planetensystems. Die Entwicklung der festen Erdrinde. Erstarrungs- und Ablagerungsgesteinen. Die Formen der Erdoberfläche. Gebirgsbildung, Erdbeben und Vulkane. Verwitterung und Abtragung der Erdoberfläche. Das Entstehen der Erdgeschichte mit besonderer Berücksichtigung des Schiedes, wo der Vortrag stattfindet.

Das Unglück ist ja eben, daß unsere Jugend die Schule mit ungenügenden Vorkenntnissen verläßt. Aufgabe des Vortragenden ist es dann, sich dem Verständnis seiner Hörer anzupassen.

Aber Herr Certeel hat sich natürlich nicht umsonst zum Ratgeber unseres Bildungsausschusses aufgeworfen. Sein Zweck ist eine niedliche Denunziation: bei einem solchen Vortrag soll — man denke und schaudere! — Propaganda für die materialistische Weltanschauung gemacht werden. Ganz recht, Herr Certeel, biblische Schöpfungslegenden werden da nicht vorgelesen. Bisher aber beachtet kein Gelehrter, das den Glauben an diese Legenden zur Pflicht macht. Wenn es allerdings nach Certeel und Konrath ginge, dann würden wir bald dahin gelangen, daß nichts anderes gelehrt werden darf. Deshalb gilt es doppelt, den Kampf für die freie Betätigung unserer Bildungsbestrebungen durchzuführen gegen Regierung, Junker und Junkerlehre.

### Gegen Polizeischikanierungen und landrätliche Drangsalierungen

nahmen dieser Tage die in Breslau tagenden Mitglieder des Bundes der Saal- und Konzertkassalhaber Deutschlands energische Stellung. Der Meistert Konzertkassalbesitzer Reuberger-Morgenau war in der Lage, eine Fülle von erdrückendem Material beizubringen, das sowohl die Maximen der Polizei, als auch die Willkür der Landräte in bengalischer Beleuchtung erstrahlen ließ. Von allen Landräten sei der des Kreises Breslau einer der aller schlimmsten. In der unglücklichsten Weise handhabt er die Erteilung der Zangerlaubnisse an die Wirte. Wenn ein Wirt nicht „gut gefimmt“ sei, wenn er es nur einmal mit den Arbeitern halte, werde er fast durch sichte Verweigerung der zur Existenz doch so notwendigen Zangerlaubnisse fast ruiniert. Auf die Arbeiter seien aber fast alle Lokalhaber angewiesen, man sei also gezwungen, ihnen entgegenzukommen. Aus man das aber, so nähmen die Drangsalierungen der Behörden kein Ende! Auf höfliche Gesuche erhalte man obendrein Antworten, die aller Beschreibung spotteten. In den bei Breslau gelegenen Orten Gräbichen und Ostwig gäben in ersteren Orte die Saalkassalhaber ihre Lokale auch den Arbeitern her, in dem anderen nicht. Dafür erhielten die Wirte von Gräbichen, die früher dreimal wöchentlich tanzen lassen durften, nur noch Sonntags und an Feiertagen die Zangerlaubnisse! Die Ostwiger Wirte dagegen, die sich als fromm arbeitern- und sozialistenfeindlich betätigten, dürften nach wie vor dreimal wöchentlich tanzen veranstalten. (Bekanntlich ist Ostwig der Ort, von dessen Amtsvorsteher im Reichstage seinerzeit bekannt gegeben wurde, daß er einen Gastwirt deshalb an den Teufelstisch gebracht hatte, weil derselbe den Arbeitern Obdach gewährte!) In Rosenthal bei Breslau liegen zwei Tanzsäle nebeneinander. Der eine, der nur im Verdacht steht, es mit den Arbeitern zu halten (seinen Saal gibt er nicht einmal her!) erhält nur Sonntags Zangerlaubnisse, der andere, gesinnungstüchtigere, mehrere Male in der Woche! In Wildau wird den Wirten nur einmal im Monat das Tanzen erlaubt, aber nicht abwechselnd, sondern allen an ein und demselben Sonntage! Im direkt daneben liegenden Pawelwig aber, deren Wirte beim Landrat in besserem Gerüche stehen, dürfen sich die Dorfschönen allsonntäglich und nach Her in Tanze drehen! Und dabei wurde diese Willkür gerade dort am schlimmsten gehandhabt, wo die Wirte fast die einzige Kundschafft bilden. Es sei die höchste Zeit, daß durch ein Gesetz dieser Tyranisierung durch den Landrat ein Ende gemacht werde.

Der Gesandte des Bundes wurde beauftragt, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diese und ähnliche landrätlichen Uebergriffe anzukämpfen. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen:

An zustehender Stelle soll dahin gewirkt werden, daß der willkürlichen Erlaubniserteilung zur Abhaltung von Lustbarkeiten in den Landkreisen durch gesetzliche Regelung wirksam entgegengetreten wird, um der bis jetzt gehandhabten ungerichten Verteilung ein Ende zu bereiten.

Auch gegen die Willkür der Militärbehörden, die die arbeiterfreundlichen Wirte mit existenzbedrohenden Militärkonzerten verfolgten, nahm der Bundeskongreß Stellung. Zwei Anträge wurden einstimmig angenommen. Nämlich: „Eine Petition dem Ministerium des Innern zu überreichen, daß die Bedrückungen bei der Vergabe von Sälen an alle politischen Parteien den Gastwirten gegenüber von Seiten der Polizeiorgane inibidiert werden, während Magdeburg wünschte, der Bund der Saal- und Konzertkassalhaber Deutschlands möge an sämtliche Kriegsministerien Deutschlands die Eingaben betreffend Aufhebung des Militärverbots für Säle erneuern.“

Leider fand sich auf dieser Tagung niemand, der den Drangsalierungen gefogt hätte, daß sie von der Junkerregierung keine Hilfe gegen landrätliche Uebergriffe erwarten können, sondern daß sie sich dagegen selbst kräftig zur Wehr setzen müssen, vor allem bei den kommenden Wahlen!

### Dem Verdienste seine Krone.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Wassermann ist wegen seiner Mißbilligung des badischen Großhades „deloriert“ worden. Der Großherzog von Baden hat ihm das Kommandeurekreuz zweiter Klasse des Ordens vom Röhrling Löwen verliehen.

### Mandatsmüde.

Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Leonhart wird bei den kommenden Reichstagswahlen nicht mehr kandidieren. Abg. Leonhart vertritt den Kreis Londern-Quinum und ist in der Stichwahl gegen einen Nationalliberalen gewählt worden. Auf die Sozialdemokratie entfielen in diesem Kreis nur 204 Stimmen.

### Oesterreich.

Kompromiß zwischen den bürgerlichen Parteien in Böhmen. Unter dem Vorsitz des Statthalters Grafen Tondenhofe haben in Prag Verhandlungen zwischen den deutschen und tschechischen Parteien stattgefunden, um die Arbeit des Landtages zu ermöglichen. Ueber das Resultat wird aus Prag gemeldet:

Die Einigung zwischen den deutschen und den tschechischen Parteien des Landtages ist auf folgender Grundlage erzielt worden: Die Tagesordnung der ersten Sitzung des Landtages soll die Wahl einer Kommission zur Beratung der Steuervorlagen, sodann die Wahl einer Kommission zur Beratung der national-politischen Ausgleichsvorlagen, die darauf folgende Sitzung als ersten Punkt den Bericht der Ausgleichskommission, als zweiten den Bericht der Steuerkommission enthalten. Dadurch erhalten die Deutschen Gelegenheit, bei einer ihnen ungünstigen Erledigung des Berichts der Ausgleichskommission die Obstruktion gegen die Steuervorlagen fortzusetzen.

### Holland.

#### Wahlrechtsdemonstration.

Amsterdam, 17. September 1910.

Alljährlich demonstriert das organisierte Proletariat Hollands für die Eroberung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für alle großjährigen Männer und Frauen. Schon seit 10 Jahren findet diese friedliche Demonstration stets am Sonntag vor Eröffnung der Kammern statt, bald in dieser bald in jener Stadt. Von Jahr

zu Jahr aber nimmt sie an Umfang und Bedeutung zu: sie wird zur Willensäußerung des sich immer mehr und mehr um die Forderung des allgemeinen Wahlrechts und des Sozialismus schärenden Proletariats.

Die diesjährige Demonstration war die imposanteste, die Holland gesehen. Auf dem großen Sportfelde neben dem Konzertgebäude zu Amsterdam waren wenigstens 25 000 Männer und Frauen aus allen Städten und Dörfern Hollands zusammengedrängt. Delegierte von sozialdemokratischen und Gewerkschaftsorganisationen und tausende Mitglieder derselben. 980 Vereine mit 88 000 Mitgliedern, darunter 60 000 von Gewerkschaften, waren durch Delegierte vertreten. Von sechs Rednerbühnen wurde dieser Masse gesprochen von Rednern der S. D. A. P. und der Gewerkschaftsbewegung. Die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts wurde auseinandergesetzt und, obwohl die Leitung der S. D. A. P. jeden marxistischen Redner aus ihren Reihen und gewohnheitsmäßig auch Redner der S. D. P. ferngehalten hatte, konnten sich die Redner zweifellos dem Eindruck dieser Rosendemonstration nicht entziehen. Auf diesen Eindruck ist es wohl zurückzuführen, daß im allgemeinen ein schärferer Ton angeschlagen wurde als bisher, und selbst Genosse Troelstra erwähnte als schärferes Mittel den Massenstreik, der angewandt sei, sobald die holländischen Arbeiter ihre Führer zu diesem Mittel wirklich drängten, um endlich das allgemeine Wahlrecht zu erkämpfen und den Widerstand der bürgerlichen Machthaber zu brechen.

Daß die Bewegung um sich gegriffen hat und anfängt im ganzen Lande mehr Eindruck zu erwecken, kann auch aus dem Umstand konstatiert werden, daß heute vormittag die Arbeiter in diesen Plätzen, die Delegierte nach dem Landesmeeting abgeordnet hatten, diese in Demonstrationen nach den Bahnhöfen und Schiffstationen begleitet hatten, wodurch die Bewegung im ganzen Lande fühlbar wurde.

### Amerika.

#### Die Befestigung des Panama-Kanals.

Dem Kongreß ist die Forderung Lafts über zwei Millionen Dollar zur Befestigung des Panama-Kanals zugegangen. Bekanntlich besteht ein Vertrag zwischen England und den Vereinigten Staaten, demzufolge der Streifen Landes längs des Kanals neutral bleiben soll. Dieser Vertrag hindert allerdings nicht, daß die Vereinigten Staaten an beiden Enden des Kanals Festungswerke aufzuführen dürfen. Doch sind solche Befestigungen veranlagterweise überflüssig. Von einer Bedrohung der Vereinigten Staaten kann gar keine Rede sein und wenn der Suez-Kanal unbefestigt geblieben ist, so ist nicht einzusehen, warum der Panama-Kanal, der doch neutral bleiben soll, der Fortifikationen bedarf. Im Gegenteil, die Folge würde nur sein, daß im Falle eines Krieges die Ortschaften am Kanal dem Bombardement ausgesetzt wären, während so lange der Kanal neutral ist, von einer Beschädigung wehrloser Städte keine Rede sein kann. Die Forderung der Regierung ist nur ein neuer Beweis für den hinterdrückten Militarismus.

### Verurteilt, aber . . .

Aus New York wird gemeldet: Der frühere Sekretär und Schatzmeister der American Sugar Refining Company, Charles A. Heitz, wurde durch das Bundesgericht zu acht Monaten Zuchthaus und zu 5000 Dollar Strafe verurteilt, weil er die Regierung durch falsche Angaben über das Zudergewicht betrogen hat.

Verurteilt wurde in Amerika schon mancher der „reichen Räuber“, auch Rockefeller. Mit der Vollziehung des Urteils ist es freilich ein anderes Ding.

### Rußland.

#### Gefängnishölle.

Obgleich sich die Zustände in den russischen Gefängnissen mit jedem Tage verschlimmern, dringt in der letzten Zeit, wohl infolge eines strengeren Beobachtungsabdienstes und der scharfen Zensur, nur wenig an die Öffentlichkeit. In letzter Zeit wurde von einer „Revolte“ in dem berühmten Katorggefängnis zu Orel berichtet, die ein bezeichnendes Licht auf die Zustände in dieser Hölle wirft. Der Aufseher Petrow, der die Gefangenen bis aufs Blut peinigte, wurde in der Tischlerwerkstatt von einem Gefangenen mit dem Beil verwundet. Darauf wurden sämtliche Gefangenen von der herbeigeleiteten Wache mit Kugeln überschüttet, wobei drei getötet, zwei tödlich verwundet und elf mehr oder minder schwer verletzt wurden. Am folgenden Tage wurden, wie in der Stadt bekannt wird, 20 Gefangene durchgepeitscht. Auf den spontanen Ausbruch der Empörung folgte das Wiederempein der übrigen Gefangenen, an denen die vertierten Aufseher nun ihr Wüten übten.

Wie die Zustände in den Gefängnissen sind, ist aus folgender Meldung aus Kasan hervorzugehen. Infolge der Ueberfüllung und der schlechten Ernährung wüthet hier, wie in Jekaterinograd, unter den Gefangenen die Tuberkulose. Selbst die Gefängnisverwaltung sah sich genötigt, daran Notiz zu nehmen. Wie „Reitsch“ berichtet, wird in dem Gefängnis ein spezielles Lazarett für Lungenschwindsüchtige errichtet. Doch dabei aber nicht viel herauskommen wird, versteht sich von selbst.

Eine traurige Kennzeichnung der Zustände in den russischen Gefängnissen liefert das Blatt der Petersburger Bureaukratie, „Kojwoje Wremja“, anlässlich der im kaiserlichen Kuroet Wotigorski autage tretenden Gefängnisagruel. Beforgt um die Gesundheit der Kurgäste schreibt das Blatt: „Man darf nicht dulden, daß die Gefangenen mit Wissen der Administration einander mit Syphilis oder Tuberkulose anstecken. Man darf sie nicht zwingen, auf Matrasen zu schlafen, die mit Kot gefüllt sind, man darf auch Verbrecher nicht in solche Verhältnisse stellen, in denen kein anständiger Mensch ein Vieh halten würde.“

### Afrika.

#### Die Wahlen in Südafrika.

Das Endergebnis der Wahlen zum südafrikanischen Parlament liegt jetzt vor. Danach werden in ihm die Nationalisten 67, die Unionisten 17, die Unabhängigen 13 und die Arbeitervertreter vier Abgeordnete besitzen. Die Nationalisten verfügen somit über eine absolute Mehrheit von 13 Stimmen.

Eine weitere Meldung besagt, daß Vorba eingewilligt hat, von neuem in einem sicheren Wahlkreise zu kandidieren und dann wieder in die Regierung einzutreten. Ob die Nationalisten, das heißt also die Vertreter der Buren, sich am Ruder behaupten können, muß sich erst herausstellen. Nebenfalls wird es in dem neuen Parlament zu scharfen Kämpfen kommen, da starke Interessenkonflikte zwischen der Burenbevölkerung einerseits und den Vertretern des industriellen Kapitals andererseits bestehen. So z. B. ist davon die Rede, daß die Regierung Vorba die Mineralindustrie mit Sondersteuern belegen will, wogegen sich natürlich die Besitzer der Diamanten- und der Goldgruben mit Händen und Füßen sträuben. Auch sonst haben die Interessen der agrarischen Buren und der Industrie scharf aufeinander in der Frage des Ausbaues der Verkehrsmittel, der Regelung der Eingabenzölle usw. Allen diesen Interessenkonflikten wird natürlich ein ideologisches Mantelchen umgehoben und es heißt: die bursich-holländisch, die englisch. Die Arbeiter, deren Haut bei diesen Kämpfen zu Markte getragen wird, haben leider nur eine sehr schwache Vertretung und die Eingeborenen, die das Graß der Bevölkerung ausmachen, sind vollkommen der Willkür der jeweils herrschenden Lique ausgeliefert.

# Gewerkschaftliches.

## Ein Beitrag zur Geschichte des Unternehmergewinnes.

Unter dem Stichwort „Aus kleinen Anfängen“ brachte jüngst die „Frankfurter Zeitung“ eine sehr lehrreiche Notiz. Sie betrifft die bekannte Weltfirma Heinrich Lanz-Rannheim. Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Firma wurde dieses Jahr ein Erinnerungsbuch herausgegeben. In dem Buche ist mitgeteilt, daß sich in einem alten Notizbuch des Gründers der Fabrik folgende Aufzeichnungen befinden:

Rein Reinerdögen bestand am 1. Januar 1861 aus . . . . .	18 fl. 18 Kr.
Zunahme im Jahre 1861 . . . . .	40 fl. 51 Kr.
Reinerdögen am 1. Januar 1862 . . . . .	58 fl. 57 Kr.
Im Jahre 1862 verdient . . . . .	58 fl. 36 Kr.

„So klein fing der Mann an, dessen Schöpfung heute 4000 Arbeitern Verdienst gibt und dessen Witwe und Kinder innerhalb zweier Jahre vier Millionen für humanitäre und wissenschaftliche Zwecke spendeten“, schreibt die „Frankf. Ztg.“ dazu.

Die Familie Lanz gilt bekanntlich für eine der „schwersten“ in Baden und weit darüber hinaus, und wir haben gewiß nichts dagegen einzuwenden, wenn ein geringer Teil dieses Reinerdögen durch Zuwendungen an humanitäre und wissenschaftliche Institutionen der Menschheit im allgemeinen wieder zugute kommt. Aber wir werfen doch die Frage auf, ob die „ehelichen Wohlthäter“ vier Millionen stiften könnten und dabei trotzdem noch ein Reinerdögen selbst behalten, wenn vom Tage der Gründung der Firma an jeder Arbeiter das an Lohn erhalten hätte, was er wirklich verdient hat, und ob nicht diese Millionen vorentsprechender Arbeitsverdienst sind, die der geniale Gründer und seine Nachfolger für gut befunden haben, selbst zu behalten, statt an die rechtmäßigen Werteschafter gelangen zu lassen. Heute arbeiten noch Tausende Arbeitssklaven bei Lanz, deren Lohn bei voller Beschäftigung kaum 1500 M. im Jahre beträgt und die unermüdlich mithelfen, daß aus den 13 Gulden und 13 Kreuzern vom Januar 1861 Dutzende Millionen von Mark werden.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Metallarbeiter!** Vor einiger Zeit sind die Revolverdrehler der Firma Schäffer u. Dehmann, Chausseest. 46, in Streik getreten. Da alle Verhandlungen kein annehmbares Resultat ergaben, so legten circa 40 Drehler und Werkzeugmacher die Arbeit nieder und erklärten sich mit den Streikenden solidarisch. Die Firma verlangte nun von den noch im Betriebe Beschäftigten, daß dieselben einen Auktions unterschreiben, wonach sie dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande nicht angehören. Als die Arbeiter dies verweigerten, wurden sie entlassen. So sind jetzt circa 120 Arbeiter an dem Auslande beteiligt. Nun versucht die Firma durch Inzerate und Agenten Arbeitswillige zu erhalten, jedoch bisher mit wenig Erfolg.

Obwohl man für die Arbeitswilligen Schlafstellen in der Fabrik eingerichtet hat und diesen alle möglichen Vorteile verspricht, halten die Streikbrecher nicht lange aus. Die Leute werden wie im Gefängnis behandelt. Am Tage dürfen sie nicht aus der Fabrik, sondern werden nur nachts auf der Straße spazieren geführt.

Die Polizei ist bei dieser Gelegenheit der bestreikten Firma sehr behilflich. So wird den Arbeitern das Streikpostenstehen fast unmöglich gemacht. Ohne jeden ersichtlichen Grund werden Arrestierungen vorgenommen. Die Beamten drohen den Streikenden damit, daß sie den ganzen Tag auf der Wache bleiben müssen. Trotzdem lassen sich die streikenden Kollegen nicht entmutigen und erfüllen nach wie vor ihre Pflicht.

Von den Metallarbeitern Berlins erwarten wir, daß Arbeitsangebote von der Firma Schäffer u. Dehmann nicht beachtet werden.

Diese Firma ist für Metallarbeiter gesperrt.  
Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

**Mißstände bei der Firma D. Müller, L.-G., Fabrik für Lampenbrenner, Neichenberger Straße 104,** veranlassen am Montagabend die Arbeiterchaft dieses Betriebes zu einer Versammlung. Der Referent Wuschik besprach eine Reihe von Klagen, die die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Fabrik erhoben hatten. Die Versammlung war gut besucht, auch einige Meister waren erschienen, die sich gegen verschiedene Angriffe zu verteidigen suchten. Man warf ihnen vor, daß sie die Agitation für den Verband nach Möglichkeit hindern, während eine Stärkung der Organisation gerade in dieser Fabrik, besonders unter den zahlreichen Arbeiterinnen, notwendig sei, wenn den Klagen Gehör verschafft werden soll. Ein Herr Rosenfeld, Mitinhaber der Firma, wurde wegen seines anmaßenden Auftretens gegenüber der Arbeiterchaft scharf kritisiert. — Sehr bemängelt wurde die schlechte Ventilation in der Fabrik; in der Klemmerei entwickelt sich durch die Schleifarbeiten ein gefährlicher Staub und Schmutz. Die Arbeiter wehren sich gegen die verlangten Auktionsstunden, um so mehr, als oft nur 10 Pf. Zuschlag für 1/2 Ueberstunde bezahlt wird. Jugendliche Arbeiterinnen, die erst der Schule entwachsen sind, werden angehalten, 10 Stunden zu arbeiten, auch Ueberstunden sollen sie machen. Eine Beschwerde betraf die Verweigerung der Annahme von Briefschaften für die Arbeiter; eine andere Beschwerde richtete sich dagegen, daß es häufig an Arbeitsmaterial fehle, wodurch die Arbeiter geschädigt werden; auch über den Mangel an Speiseräumen wurde geklagt. Ueber die Entlassung des Obmannes des Arbeiterauschusses entspann sich eine weitere Diskussion. Die Arbeiter glaubten, daß man damit ihren Ausschuss treffen wollte, die Meister versicherten, daß die Gründe darin zu suchen seien, daß der Ausschuss unpünktlich war. Die Meister erklärten ferner, daß sie, soweit sie vermöchten, für Abstellung der Mißstände sorgen wollten. — Wuschik betonte in seinem Schlußwort, daß es in erster Linie darauf ankomme, daß der Arbeiterauschuss eine gesicherte Position gewinne und sich verständig wählte, daß die Arbeiterchaft hinter ihm steht. Dazu sei aber die Vorbedingung, daß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin sich der Organisation anschließe.

### Die Tarifbewegung der Innenbauarbeiter.

Bekanntlich galt der in der Holzindustrie bestehende Tarifvertrag für die Tischler der Innenausbaubranche nicht. Sie hatten vielmehr einen eigenen Tarif, der mit der Organisation ihrer Unternehmer abgeschlossen war, welche ein selbständiges Dasein führte und dem Arbeitgeberverbände nicht angehörte. Der Innenaustarif ist am 1. Juli abgelassen. Die Arbeiter versuchten, für einen neuen Tarifabschluß Verbesserungen zu erreichen. Besonders forderten sie die allgemeine Einführung der Lohnarbeit anstatt der bisher teilweise üblichen Akkordarbeit. Die Unternehmer lehnten diese Forderung entschieden ab. Ihre Organisation schloß sich dem Arbeitgeberverband an. Infolgedessen griff Obermeister Nohardt in die Verhandlungen ein und die Unternehmer verlangten, daß der allgemeine Vertrag der Holzindustrie einfach auf die Innenausbaubranche übertragen werde. Die Arbeiter behandelten natürlich darauf, daß die in der Branche bestehenden besseren Verhältnisse auch unter dem neuen Vertragsverhältnis bestehen bleiben. Insbesondere forderten sie, daß den Akkordarbeitern ein Kostgeld (Zuschlag) von mindestens 36 M. wöchentlich gezahlt werde. Nach anfänglichem Sträuben haben die in Frage kommenden Unternehmer, mit Ausnahme von zweien, diese Forderung

bereits anerkannt und durchgeführt. — Einer am Montag abgehaltenen Versammlung der Innenausbauarbeiter legte die Branchenleitung die Ergebnisse ihrer Verhandlungen mit den Unternehmern vor. Die Versammlung beschloß, daß bei dem Vertragsabschluß Sonderabmachungen mit dem Verein Innenausbau (der Unternehmerorganisation der Branche) nur dann zu treffen sind, wenn eine Abschlagszahlung von mindestens 36 M. wöchentlich gewährt wird.

„Wie führen wir die 5 Proz. Lohnhöhung durch“, stand auf der Tagesordnung einer Branchenversammlung der Möbeldrehler, die am Montag im großen Saale des Königstadt-Rasthofes stattfand. Es ist bezeichnend, wenn sich die Arbeiterchaft dieser oder jener Branche der Holzindustrie noch mit der Frage befaßt, wie dem allgemeinen Vertrage und der darin festgelegten Lohnhöhung Geltung verschafft werden kann, zumal wenn es sich, wie in diesem Fall, um Arbeitgeber handelt, die dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe angehören. Aber die Drehlermeister und Zugmaschinenfabrikanten Berlins haben bei den Verhandlungen mit der Kommission der Arbeitnehmer am vorigen Freitag rundweg erklärt, daß sie gar nicht daran dächten, die 5 Proz. zu zahlen. Der § 4 des allgemeinen Vertrages gelte wohl für alle anderen Branchen, aber nicht für sie. Höchstens komme für die Drehlerbranche der § 8 in Betracht, so daß ein besonderer Tarif zu vereinbaren sei. Obwohl die Arbeitervertreter sich alle Mühe gaben, die Arbeitgeber zu überzeugen, daß sie doch selbstverständlich die Verpflichtung haben, mit dem 1. Oktober dieses Jahres den vertraglich festgelegten Lohnzuschlag zu zahlen, waren sie nicht von ihrem einmal eingenommenen Standpunkte abzubringen. Die Arbeiter haben nun das Einigungsamt angerufen, von dem wohl mit Sicherheit zu erwarten ist, daß es dem Vertrage gemäß entscheiden wird.

Die Versammlung, in der der Branchenobmann Raiser über den Stand der Dinge berichtete, ließ keinen Zweifel darüber, daß die Drehler alles daransetzen werden, um dem Vertrage Geltung zu verschaffen. Es wurde allgemein als selbstverständlich bezeichnet, daß zuerst die 5 Proz. Zuschlag gezahlt werden müssen, und zwar auf die Tarifhöhe von 1908, und daß danach erst über den besonderen Ortstarif verhandelt werden kann. Es sind in den letzten Jahren in mehreren Werkstätten Lohnhöherungen vorgenommen, die abzuweichen bei der schlechten Konjunktur nicht immer möglich war. Jetzt, nachdem die Wirtschaftskrise überstanden ist, werden auch die Drehler selbstverständlich dafür zu sorgen wissen, daß ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse allgemein in annehmbarer Weise geregelt werden.

**Die Kohlenarbeiter und -Ausscher der Firma E. Kupfer u. Co., S. m. b. H., Betriebsstellen Siedingen und Bauhener Str.,** haben am Montag wegen nicht bewilligter Lohnforderungen die Arbeit eingestellt. Der Deutsche Transportarbeiterverband, Bezirksleitung Groß-Berlin, hatte in der vorigen Woche am Donnerstag bei der Firma die Forderungen eingereicht mit der Bitte, dem Verbands bis zum 17. September die Antwort zuzustellen. Am Sonntagfrüh ging diese Antwort ein. In der am Sonntag abgehaltenen Betriebsversammlung kam die Antwort der Firma zur Verlesung. Die Anwesenden beschloßen, wegen des ablehnenden Verhaltens der Firma am Montagfrüh noch einmal durch eine Kommission vorstellig zu werden. Die Verhandlung wurde von der Firma abgelehnt und die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit verlangt. Mit diesem Ansinnen erklärten sich die Arbeiter nicht einverstanden und verließen nun einmütig wie sie gekommen waren, wieder den Platz. Am Montagmittag glaubte die Geschäftsleitung, ihre Arbeiter wieder fesseln zu können. Zweimal wurde in dem Streikbureau angeklungen und den Arbeitern mitgeteilt: wer sich am Dienstag nicht zur Arbeit melde, sei entlassen und könne sich seine Papiere bei der Polizei abholen, wo sie niedergelegt werden sollten. Die Arbeiter ließen sich dadurch nicht einschüchtern und keiner holte seine Papiere. Die Firma versucht nun schon am zweiten Tage des Streiks, ihren Betrieb auf alle mögliche Art und Weise auszufrachten zu erhalten und bedient sich dabei folgender Mittel. Der Geschäftsführer W. Worchard vom Verband der Arbeitgeber im Handels- und Transportgewerbe versendet mit eigenhändiger Unterschrift folgendes Zirkular:

Herrn . . . . .  
Wie mir die Firma E. Wollke mitteilt, suchen Sie Arbeit. Ich brauche für eine hiesige Firma Ausscher und Arbeiter und ersuche Sie, morgen früh 8 1/2 Uhr in unserem Bureau, Alt-Weasitz 103, Zimmer 16, vorzusprechen.  
Achtungsvoll  
W. Worchard.

Da sich nun absolut keine Arbeitswilligen meldeten, kam die Firma am Dienstagmittag auf einen anderen Einfall. Sie setzte ihre beiden Inspektoren, die Herren Rusche und Kupp, auf einen Kohlentwagen. Diese Herren, mit weißer Weste angezogen, die Beistiege in der Hand, lenkten den beladenen Kohlentwagen durch die Stadt. Wenn die Firma Kupfer glaubt, mit diesen Mitteln ihren Betrieb aufrecht zu erhalten, dann irt sie sich doch gewaltig. Ihre streikenden Arbeiter werden schon dafür sorgen, daß Arbeitswillige ferngehalten werden. Arbeiter aller Branchen, unterstützt die streikenden Kollegen von der Firma Kupfer in ihrem gerechten Kampfe.  
Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirksleitung Groß-Berlin, Branchenleitung der Kohlenarbeiter.

In der Palmfabrik von Seibt u. Weyer zu Weihensee stehen nun 78 Personen im Streik, da sich die Gefts bisher zu Zugeständnissen nicht bewegen ließen. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn und 9 1/2 Stunden Arbeitszeit, die den geübten Arbeitern nicht bewilligt wird, wird aber den Streikbrechern ohne weiteres zugesagt. Amüsant für die Weihensee Arbeiterchaft ist es, wie die 20 Streikbrecher täglich unter Gendarmenbegleitung von und zur Arbeit transportiert werden.

Um einen Teil der geübten Arbeiter wieder in den Betrieb zu bekommen, hat man versucht, mit den einzelnen Personen zu verhandeln; jedoch ist dieser Trick nicht gelungen. Wüher sind weder von den weiblichen, noch von den männlichen Arbeitern Abtrünnige zu verzeichnen.

### Deutsches Reich.

**Die Schuhfabrik Rau u. Vogel in Grosharthau** verbietet ihren Arbeitern, sich im Feinradverband der Schuhmacher Deutschlands zu organisieren. Die Nichtbeachtung dieses Verbots durch die Arbeiter führte zur Arbeitsniederlegung. Vermittlungsversuche waren ohne Erfolg.

### Streik der Steinarbeiter in Duisburg.

Weil die Unternehmer nach Ablauf des im Jahre 1908 abgeschlossenen Tarifes für den neuen Tarif nur sehr geringe Zugeständnisse machten, legten die Steinarbeiter am 17. d. M. die Arbeit nieder. Es kommen 29 Arbeiter in Betracht. Die Konjunktur ist günstig.

### Sonderverbänden der Straßenbahner.

Die bisher unorganisierten Straßenbahner im rheinisch-westfälischen Industriebezirk planen die Gründung eines Sonderverbändchens, das in Oberhausen seinen Sitz haben soll. Der Verband soll den Namen Rheinisch-westfälischer Straßenbahnerverband führen. Die Vorarbeiten sind bereits eingeleitet. Außer einer Unterstützungskasse soll auch eine Sterbekasse damit verbunden sein. Statt sich der einzigen, für sie in Betracht kommenden Organisation, dem Deutschen Transportarbeiterverband anzuschließen, der in einzelnen Städten wie Dortmund und Essen starke Mitgliederzahlen aus den Reihen der Straßenbahner aufzuweisen hat — in Essen unterhalten sie sogar einen eigenen Beamten —, ergreifen sie sich in nutzlosen Eigenbrödelereien.

Die Maurer und Steinhauer in Freudenstadt haben nach vierstägiger Arbeitsniederlegung einen ansehnlichen Erfolg errungen. Der Durchschnittslohn der Maurer betrug seither 41 Pf. Er wird sofort um 1 Pf. erhöht und beträgt 1911 45—47 Pf. und 1912 47

bis 49 Pf. Der Lohn der Steinhauer wurde festgesetzt für 1911 auf 52 bis 54 Pf. und für 1912 auf 54 bis 56 Pf. Die Arbeit wurde Montag, den 19. September, wieder aufgenommen. — Freudenstadt ist bekanntlich Höhenluftkurort; wenn die Fremdenaison vorbei ist, beginnt in der Regel eine lebhafteste Bautätigkeit. Die Bauunternehmer Freudenstads gehören dem Arbeitgeberbunde für das Bau-gewerbe nicht an.

**Der Streik der Dachbeder in Mülheim a. Ruhr** ist mit vollem Erfolg beendet. In einer Verhandlung mit Vertretern der Zwangs-gewerkschaft wurde der von den Gehilfen geforderte Bezirkstarif für das Dachbedergewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet von der Innung anerkannt. Nach diesem Vertrag erhalten die Gehilfen eine sofortige Lohnhöhung von 3 Pf., ab 1. April 1911 wieder 2 Pf. und ab 1. Januar 1912 nochmals 3 Pf. pro Stunde Lohnzuschlag. Da der Mindestlohn für das Mülheimer Lothgebiet auf 59 Pf. im Bezirkstarif eingestuft ist, die Unternehmer aber bis jetzt nur 55 Pf. zahlen, beträgt die sofortige Lohnhöhung in vielen Fällen 4 und 5 Pf. pro Stunde. Ebenso hat nach dem angenommenen Vertrag vom 1. Januar 1912 ab eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden einzutreten.

Die Elektromonteur von Stuttgart und Umgebung befinden sich in einer Lohnbewegung. Das Stuttgarter Industriegebiet ist für alle Arbeiter der elektrischen Installationsbranche gesperrt.

### Munition für den Werftarbeiterkampf.

Die Verwaltungsstelle Kiel des Deutschen Metallarbeiterverbandes hielt Montag abend zwei stark besuchte Mitglieder-versammlungen ab, in denen der Bericht über den Stand der Aus-sperrung entgegengenommen wurde. Ein Antrag der Orts-verwaltung, den Wochenbeitrag von 65 Pf. auf 1 M. zu erhöhen, um Munition für den Werftarbeiterkampf zu schaffen, fand ein-stimmige Annahme.

Der Streik des Buchbinderpersonals in den Kunstanstalten zu Nürnberg-Fürth konnte nach fünf-wöchentlicher Dauer für die Aus-ständigen erfolgreich beendet werden. Die Arbeitsaufnahme ist am 19. d. M. erfolgt. Nach den getroffenen Vereinbarungen betragen die Lohnhöherungen im Durchschnitt 10 Proz., sie variieren zwischen 50 Pf. und 3 M. die Woche. Mehr zu erreichen war nicht möglich, weil die Unternehmer sich stets auf die unsoliden Konkurrenz Mün-chens beriefen; ein Unternehmer sagte, München ist für die Kunstanstaltsbesitzer der Schrecken Deutschlands. In Betracht kamen 600 Personen, darunter die Mehrzahl Arbeiterinnen.

### Ausland.

#### Im Industriegebiet Nordenglands

fürmen sich schwere Wolken und über kurz oder lang wird der Sturm losbrechen. Zuerst wird er 150 000 Arbeiter in 1700 Baumwoll-betrieben treffen und sie brotlos machen. Es ist bei den Textil-arbeitern dieselbe Sache wie bei den Kesselschmieden. Eine Differenz der Unternehmer mit den Kammern trieb die Arbeiter in den Streik, obwohl die Gewerkschaftsführer dagegen sind. Infolgedessen haben die Fabrikanten, wie schon kurz gemeldet, in Manchester beschloßen, am 8. Okt. in sämtlichen Werbereien den Betrieb einzustellen und 45 Millionen Spindeln ruhen zu lassen. Nur wenn bis zum 1. Oktober eine endgültige Einigung zwischen Unternehmern und Textilarbeitern erzielt worden ist, wird die Ausperrung nicht erfolgen.

Auch in der Metallindustrie drohen neue Kämpfe. Während in Edinburg zwischen den Werften und den ausländigen Kesselschmieden Verhandlungen gepflogen werden, bereiten in Newcastle Arbeiter der Maschinenfabriken einen Ausstand vor.

## Letzte Nachrichten.

### Juwelendiebstahl.

Leipzig, 20. September. (B. Z.) Ein unbekannter etwa 50-jähriger Mann, der sich in einem Juwelengeschäft Schmuck-sachen zur Auswahl vorlegen ließ, hat dabei eine mit Brillanten reich besetzte goldene Brosche im Werte von 3500 M. entwendet.

### Begen Unterschlagung verurteilt.

Altenburg, 20. September. (B. Z. V.) Das hiesige Land-gericht verurteilte den Landwirt Reinhold Senf aus Weucha zu einhalb Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Er hatte am 16. Februar auf dem Postamt Lucka 1270 M. ge-raubt.

### Die Eisenbahnkatastrophe bei Kottenmann.

Wien, 20. September. (Pres.-Tel.) Die Bahnkatastrophe von Kottenmann wurde, wie die Untersuchung ergeben hat, durch den Unfall und ums Leben gekommenen Lokomotivführer verursacht. Er überfuhr das Haltsignal an der Stelle, wo die Strecke zweigleisig ist und die beiden Schnellzüge sich hätten kreuzen müssen. An der Unfallstelle ist das Gleis auf eine Entfernung von 500 Meter durch Trümmer und Hilfszüge gesperrt.

Im Postwagen des Schnellzuges 102 befand sich Bargeld im Werte von einer halben Million Kronen. Der Postwagen wurde zertrümmert, so daß das Geld und zahlreiche Wertpapiere unter den Trümmern zusammengefaßt werden mußten. Fünf Bahn- und Postbeamte haben bei der Katastrophe ihr Leben eingebüßt. Wüher gelang es, 11 Tote und 19 Schwerverwundete zu bergen. Die Zahl der Leichtverwundeten beläuft sich auf vierzig. (Siehe auch unter „Vermischtes“.)

### Schwerer Unfall.

Zusbruch, 20. September. (B. Z.) Bei den Arbeiten an der Arlbergbahn stieß in der Nähe von Dalaas ein mit drei Arbeitern besetzter Rollwagen mit einem Lastzug zusammen. Von den Arbeitern wurde einer getötet und einer schwer verletzt.

### Feuer auf einem Dampfer.

Amsterdam, 20. September. (B. Z. V.) In der Ladung des Dampfers „Gelbes“ der Compagnie Nederland, der im hiesigen Hafen vor Anker lag, ist Feuer ausgebrochen. Es entstand in einem unteren Laderaum, der 400 Tonnen Copra enthielt. Es gelang jedoch der Feuerwehre mit vierzig Rohren des Brandes Herr zu werden.

### Neue Konflikte in Mazedonien.

Salonik, 20. September. (Pres.-Tel.) Aus verschiedenen Gegenden Mazedoniens wird das erneute Ausstehen griechischer, bulgarischer und albanischer Banden gemeldet. Vereinzelt sollen meh-rere blutige Zusammenstöße mit den Truppen erfolgt sein. Weiterhin ist ein Konflikt zwischen der türkischen Be-hörde und den griechischen Konsuln entstanden. Diesen wird das Recht abgesprochen, von griechischen Staatsangehörigen Waffen einzuziehen. Die türkische Behörde nimmt viel-mehr dies Recht für sich allein in Anspruch und läßt die Truppen mit aller Schärfe vorgehen.

### Zur Bekämpfung der Cholera.

Konstantinopel, 20. September. (B. Z. V.) Der Minister-rat hat beschloßen, 20 000 Pfund für Maßnahmen gegen Aus-breitung der Cholera aufzugeben.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg.

Zweiter Verhandlungstag.

Magdeburg, 20. September 1910.

Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender Diez eröffnet um 9 1/2 Uhr die Verhandlungen. Die Galerien sind überfüllt. Zur Verhandlung steht die badische Budgetbewilligung.

Zu der von uns bereits mitgeteilten Resolution 90 des Parteivorstandes ist ein Zusatzantrag eingegangen, der verlangt, in dem vorliegenden Absatz hinter die allerschärfste Mißbilligung auszufügen: „und erklärt, daß diejenigen Parteigenossen, die dieser Resolution zum Überhandeln, sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei stellen.“

Vorsitzender Diez: Dieser Antrag soll bereits eine starke Zahl von Unterschriften gefunden haben. Ich will aber vorläufig noch nichts darüber sagen, ehe die Unterschriften nicht endgültig vorliegen.

Reil-Stuttgart (zur Geschäftsordnung): Die Mitglieder der badischen Landtagsfraktion, die in diesem Jahre für das Budget gestimmt haben, sollen jetzt bei der Beratung dieses Gegenstandes der Tagesordnung vor Ihnen als Angeklagte auftreten. Da muß es selbstverständlich sein, daß man ihnen auch die Möglichkeit der ausgiebigen Verteidigung gewährt. (Zurufe: Selbstverständlich!) Deswegen schlage ich vor, daß sofort nach dem Genossen Bebel ein Vertreter der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion mit unbeschränkter Redezeit zu Worte kommt. (Spann-Luch ruft: Das haben wir als selbstverständlich angenommen!) Bis jetzt ist es noch nicht festgesetzt. Aber damit ist den badischen Parteigenossen noch nicht die ausreichende Möglichkeit zu ihrer Verteidigung gegeben. In einem Prozeßverfahren ist es natürlich das Wichtigste, daß man auf unrichtige und falsche Darlegungen, die sich im Verlaufe der Verhandlungen herausstellen können, zum Schluß wieder antworten kann, um sie richtig zu stellen. Daher ist erforderlich, daß ein Vertreter der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion auch am Schluß der Debatte zum Worte kommt. Dieses Recht des Schlusswortes wird jedem Angeklagten vor dem bürgerlichen Gericht eingeräumt. Daher werden wir es auch den hier Angeklagten nicht verweigern können. Ich beantrage also, daß Sie nicht nur einem Vertreter der badischen Landtagsfraktion nach Bebel mit unbeschränkter Redezeit hören, sondern daß Sie ihm auch die Rechte eines Korreferenten einräumen.

Bebel: Wenn offiziell gemeldet worden wäre, wer von Seiten der badischen Genossen in deren Namen das Wort führen soll, so wäre ihm bereits von unserer Seite erklärt worden, daß es selbstverständlich sei, daß er in umfangreichster Redezeit nach mir und auch später zu Worte kommen soll. Ich kann konstatieren, daß in der Sitzung, die der Parteivorstand und die Kontrollkommission am Sonntag gehabt haben, darüber einmütiges Verständnis herrschte. Selbstverständlich wird der sozialdemokratische Parteitag nicht hinter bürgerlichen Gerichten in bezug auf Ausübung von Recht und Gerechtigkeit zurückstehen wollen. (Zustimmung.)

Vorsitzender Diez: Ich hoffe, daß die Erklärung des Genossen Bebel völlig ausreicht, um alle Bedenken zu zerstreuen. Ich hätte dieselbe Erklärung abgegeben, wenn wir vor der Eröffnung der Diskussion gestanden hätten, aber wir stehen erst vor der Entgegennahme des Referats. So wie Bebel es gesagt hat, so wird verfahren werden.

Auer-München: Dem Vorsitzenden des Parteivorstandes ist gemeldet worden, daß ein Genosse der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion, und zwar der Genosse Dr. Frank als Korreferent in Betracht kommen solle. Es wurde uns auch gesagt, daß vor dem Referat Bebel diese Erklärung abgegeben werden sollte. Wir glauben damit das zu tun, was notwendig ist, um eine geordnete und gerechte Behandlung der strittigen Frage herbeizuführen.

Vorsitzender Diez: Diese Angelegenheit ist damit erledigt.

Bebel:

Parteigenossen! Als wir vor zwei Jahren in Nürnberg auf dem Parteitag über dieselbe Frage eine Resolution faßten, nahmen wohl alle an, daß nunmehr auf wenigstens abschbare Zeit hinaus die Budgetfrage einen Parteitag nicht mehr beschäftigen werde. Die Resolution erklärte positiv und strikte, daß aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, die Vertreter der Partei in den gesetzgebenden Körperschaften, im Reichstage und in den Landtagen verpflichtet seien, gegen das Budget zu stimmen. Es ist daher für mich keine sehr angenehme Aufgabe, heute abermals dazu das Wort nehmen zu müssen. Ich wäre lieber fern von Madrid geblieben. Aber nachdem einmal die Dinge so gekommen sind, wie sie im Augenblick liegen, habe ich mich verpflichtet gesehen, alle sonstigen Rücksichten zurückzustellen und das Referat zu übernehmen.

Zu der Resolution von Nürnberg sowohl wie in der Ihnen heute vorgelegten, ist ausdrücklich Bezug genommen worden auf eine Reihe gleicher Beschlüsse, die von früheren Parteitagen, in Lübeck und Dresden beschlossen worden sind; insbesondere ist der Dresdener Beschluß in dieser Beziehung der formell allerschärfste, den je ein Parteitag gefaßt hat. Er verpflichtet nicht nur die Abgeordneten die Mittel zur Weiterführung des Regimes der herrschenden Klassen ihren Regierungen zu verweigern, sondern er verbietet auch auf das allerentschiedenste jeden Versuch der Annäherung an bürgerliche Parteien. Unter denjenigen, die damals in Dresden der Resolution zustimmten, befanden sich mit ein bis zwei Ausnahmen fast alle süddeutschen Delegierten, die Delegierten aus Bayern, Württemberg, Baden und Hessen und es befanden sich unter ihnen auch die Genossen Kolb, Frank, v. Vollmar, Segiß, Wolf Müller, Reil, Lindemann usw.

Wir hätten also alles Recht gehabt, mit Hinweis auf den Dresdener Beschluß viel schärfer vorzugehen als tatsächlich geschehen ist, denn jene süddeutschen Genossen, die vor dem Nürnberger Parteitag das Budget bewilligt hatten, haben damals gegen den Beschluß gehandelt, dem sie selbst seinerzeit ihre Zustimmung erteilt hatten. Das muß festgesetzt werden und ebenso muß festgestellt werden, daß nach dem Nürnberger Parteitag die Mannheimer Genossen auf Antrag des Genossen Weizsäcker einstimmig dem Beschluß die Zustimmung gaben. Wir konstatieren wieder, in welcher Art man jetzt im Gegenfah zu damals vorgegangen ist. Die, die jetzt in Baden dem Budget zugestimmt haben, haben direkt gegen ihre eigenen früheren Beschlüsse gehandelt. Es ist durchaus falsch, wenn man immer nur von Disziplinbruch redet. Ein solcher liegt allerdings vor, aber es liegt noch mehr vor,

ein Bruch grundsätzlicher Festlegungen der Partei auf drei Parteitagen.

Ob die Parteigenossen der Minorität damit einverstanden sind oder nicht, kommt nicht in Betracht, denn bei wichtigen Fragen wird selten Einstimmigkeit erzielt, und es ist immer eine ziemlich starke Minorität, die sich der Majorität fügen muß. Aber ohne das Fügen unter die Beschlüsse ist ein Parteileben unmöglich. Fügen muß man sich unter allen Umständen, aber man hat das gute Recht, zu versuchen, die Beschlüsse umzustößeln. Und da spricht man von Kadavergehorsam. (Sehr gut!)

Die badischen Genossen haben für ihr Vorgehen eine Reihe von Gründen geltend gemacht. Aber wenn zehnmal mehr Gründe vorliegen, die alle so berechtigt wären, wie ich die angeführten als unberechtigt ansehe, dann wäre das Vorgehen der badischen Genossen noch immer nicht berechtigt. In diesem Falle hätten sie sich eventuell der Abstimmung enthalten können. Dann

wären die Genossen dem Nürnberger Beschluß entgegengekommen und hätten getan, was sie tun konnten. (Zustimmung.) Nun hat Frank in seinem Artikel in der „Neuen Zeit“ versucht, die Sache auf ein anderes Gleis zu schieben. Er schreibt:

„Der Nürnberger Parteitag hat keine Anweisung gegeben für den Fall, daß eine sozialdemokratische Fraktion zwar nicht die Mehrheit, aber einen Teil einer parlamentarischen Arbeitsmehrheit bildet. Das war auch nicht nötig, weil sich bis dahin noch keine bürgerliche Partei gefunden hatte, die bereit und groß genug war, mit uns ein solches Bündnis zu schließen. Zum ersten Male in Deutschland bot sich nun für die badischen Genossen die Gelegenheit zum „Großblut“, und wir hielten uns für berechtigt und verpflichtet, im Interesse unserer Bewegung darauf einzugehen. War aber dieses Zusammenarbeiten erlaubt, so mühte die notwendige Konsequenz die Zustimmung zum Budget sein, auf dessen Inhalt wir in monatelanger Arbeit Einfluß geübt hatten.“

Eine durchaus falsche Auffassung! Wir haben uns in Nürnberg, was vielleicht ein Fehler war, mit der Großblutfrage gar nicht beschäftigt. Hätten wir es getan, dann wäre wieder das Geschrei über die Bevormundung der Genossen in den Einzelstaaten entstanden. Die Großblutpolitik ist den Parteigenossen in Baden weder erlaubt noch verweigert worden. Der Parteitag hat dazu keine Stellung genommen. Wenn sie glaubten, daraus die Befugnis zur Ueberetzung des Nürnberger Beschlusses herleiten zu dürfen, dann befinden sie sich auf dem Holzwege. (Sehr richtig!) Man hat ferner gesagt, das Verhalten der Badenser sei die Folge davon, daß wir in Nürnberg die Erklärung der 88 stillschweigend haben hingehen lassen. Das ist grundfalsch. Die Erklärung der 88 ist nichts weiter als eine Deklaration ihrer Ansicht und wir entscheiden nicht über Ansichten, sondern nur über Tatsachen. Ein Recht, wie die Badenser es getan haben, läßt sich aus der Erklärung nicht herleiten. Die Erklärung erkennt in ihrem Einleitungsabsatz dem deutschen Parteitag, als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei, die oberste Entscheidung in allen das ganze Reich berührenden Angelegenheiten zu. Na, das ist doch wohl selbstverständlich. Dann geht es in der Erklärung weiter: „Wir sind aber auch der Ansicht, daß in allen speziellen Angelegenheiten der Landespolitik die Landesorganisation die Instanz ist, die auf dem Boden des gemeinsamen Programms den Gang der Landespolitik nach den besonderen Verhältnissen selbstständig zu bestimmen hat, und daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehalten bleiben muß.“ Also es handelt sich um Ansichten. Die 88 meinten, die Landesorganisation allein habe zu entscheiden, nicht aber die Gesamtpartei. Das ist ja eben die Streitfrage, um die es sich auch heute wieder handelt. Aber solange dieser Erklärung nicht die Tat folgte, hatten wir kein Recht, einzugreifen. Im Laufe der Debatte sind ja noch viel schärfere, mündliche Erklärungen gefallen. So sagte Timm: „Diese Resolution ist für uns unannehmbar, hier gibt es keine Unterwerfung, sondern nur entschiedenen Widerstand.“ Frank sagte: „Diese Resolution würde unsere parlamentarische Stellung untergraben.“ Das sagt Frank, obgleich sie 24 Stunden lang in Karlsruhe gegen das Budget stimmten wollten. (Hört! Hört! und Sehr gut!) An einer anderen Stelle sagte Frank: „Treiben Sie es nicht zum Aussehen.“ Also eine förmliche Drohung. Ähnlich äußerten sich Hildenbrand-Stuttgart, Rauch-Hannover und David, der schon damals von Kadavergehorsam sprach. Nun, würde in der Armee ein solcher Kadavergehorsam herrschen wie in unserer Partei, dann würden die Herren aus der Haut fahren und von ihrem Standpunkt aus mit vollem Recht. (Lebhafte Zustimmung.)

Nunmehr liegt die Tat vor. Man hat sich nicht gefügt, man hat den Nürnberger Beschluß übertreten. Man hat von einem gar nicht zu reparierenden Schaden gesprochen, den man durch Verweigerung des Budgets der Partei zugefügt hätte. Vor Tisch las man anders. Auf dem Lübecker Parteitag hielt Reil, der damals noch auf der radikalen Seite stand (Seiterkeit), eine scharfe Rede gegen Friedrich. Er sagte damals: Friedrich lobt es, daß unsere badischen Abgeordneten als gleichberechtigt behandelt werden. Das ist doch wirklich der Gipfel der Bescheidenheit für einen Sozialdemokraten. Seit wann müssen wir denn eine Gegenleistung dafür gewähren, daß man uns die selbstverständliche Gleichberechtigung mit den bürgerlichen Parlamentariermitgliedern einräumt. . . Die Sympathien der Volksmassen für uns würden schwinden, wenn wir durch schließliche Zustimmung zum Budget unserem eigenen Prinzip ins Gesicht schlagen würden.“ (Sehr gut!) Was für ein Schaden ist denn der Partei dadurch erwachsen, daß früher die badische Fraktion das Budget verweigerte? Ueber die badischen Genossen ist die Erleuchtung auf einmal gekommen, und ihr Prophet ist der Genosse Kolb. Der hat ja in Offenburg so ungefähr gesagt: Wir sind die Avantgarde für die neue Taktik. Unserem Beispiel wird Deutschland, Europa folgen, ich glaube sogar die ganze Welt. (Seiterkeit.) Kolb hat in Offenburg und in seinen Artikeln im „Vollstreund“ eine so scharfe Verurteilung unserer bisherigen Taktik, besonders der Taktik der Reichstagsfraktion ausgesprochen, daß die Frage ein ganz neues Gesicht gewinnt. (Sehr richtig!) Wir wären vollberechtigt, heute in eine

Debatte über die Gesamttaktik der Partei einzutreten.

Aber ich will diese Debatte nicht, ich will sie nicht auf Rücksicht auf das kommende Jahr. Erspart bleibt sie uns nicht, sie muß kommen. (Sehr richtig! auch bei den Süddeutschen.) Es muß noch vieles anders kommen. Ich erinnere daran, daß in den sogenannten „Sozialistischen Monatsheften“ Dr. Hoch von uns fordert, daß wir für alle agrarpolitischen Forderungen, für das Reichsbudget usw. stimmen sollen, und daß ähnliche Anschauungen in der badischen Presse, in Mannheim und Karlsruhe ausgesprochen werden. (Frank ruft: Das ist niemals geschehen!) Da haben wir es allerdings sehr nötig, und einmal darüber zu unterhalten, ob unsere Taktik, die wir seit 43 Jahren im Parlament befolgt haben, die uns groß gemacht hat, eine falsche war. Das letzte Jahr aber hat gezeigt, wie richtig unsere Taktik war.

Die Wähler laufen ein in Scharen zu, darum, weil wir die einzige feste Fraktion sind, die gegen Volksandrang, Volksdruck, Volksnebelung auf das allerenergischste Front gemacht hat.

(Stürmischer Beifall. Juraß bei den Süddeutschen: Da waren wir doch auch dabei!) Wenn ein Gegner von Regation der Sozialdemokratie redet, so denke ich mir, er ist ein dummes oder böswilliger Kerl, der eben nicht anders schreiben kann. Aber wenn ein Parteiführer wie Kolb, derart redet, so müssen wir uns fragen, ob solche Angriffe die allermindeste Verächtlichung haben. Darüber später noch.

Die Haltung der badischen Parteigenossen in der Budgetfrage konnte gar nicht widerprüchlicher sein, als sie gewesen ist. In der Kommission bei der Beratung der Gemeindeordnung erklärte Herr v. Bodman, von einer Gleichberechtigung der Sozialdemokratie könne keine Rede sein. Sozialdemokratische Bezirksräte würden nicht akzeptiert. Genosse . . . Herr v. Bodman (Große Heiterkeit) — je eigentlich war Herr v. Bodman viel korrekter als unsere Leute — Herr v. Bodman hat diese Erklärung abgegeben. Darauf große Entrüstung unter unseren Leuten. Genosse Frank erklärte in der „Kämpfer Volkszeitung“, sie hätten zwar seit Monaten für das Budget stimmen wollen, aber nach dieser ungeheuerlichen Erklärung hätte keine Rede mehr davon sein können. Das wäre die größte Beleidigung gewesen, die man der Partei hätte antun können. Parteigenossen, wenn ein Minister des heutigen Staates, ein Vertreter der heutigen staatlichen Gesellschaftsordnung sagt, er erkenne die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie nicht an, so hat er von

seinem Standpunkt ganz recht. (Frank: Unerbört!) Ich finde das ganz natürlich. (Frank: Unerbört!) Eine Beleidigung liegt nicht darin. Ist das nicht tausendmal gesagt worden? Als man uns das Sozialistengesetz um den Hals warf, da haben wir uns nicht beleidigt gefühlt, da waren wir empört, da waren wir von Horn und Hah erfüllt, und wenn wir damals gelohnt hätten, wie wir innerlich wollten, so hätten wir losgeschlagen und hätten alles zertrümmert, was uns im Wege lag. Wir wären Verbrecher gewesen, wenn wir das nicht getan hätten. Aber wir konnten es nicht, und da ließen wir es bleiben. Es ist also keine Beleidigung, wenn ein Minister derartiges sagt. Das wird uns allezeit und überall gesagt. Wer im Weich der Macht ist, sucht darin zu bleiben. Der von den Badenfern beschrittene Weg ist grundfalsch. Frank hat Herrn v. Bodman eine sehr komplizierte Natur genannt. Ich habe wenig von dem Herrn v. Bodman gehört, aber das Wenige hat mir gefallen. Er scheint mir eine sehr einfache Natur zu sein. (Seiterkeit.) Der Genosse Frank ist für mich eine weit kompliziertere Natur. (Große Heiterkeit.) Ich habe auf den Genossen Frank große Hoffnungen gesetzt. (Hört! Hört!) Er war einmal eine Zeitlang mein Liebling. (Große Heiterkeit.) Aber ich habe mich gewaltig getäuscht, er hat meine Hoffnungen betrogen. (Hört! Hört!) Ueber die inneren Motive seiner Sprünge bin ich mir bis heute noch nicht klar geworden, aber seine Taten sind nicht kompliziert, da bin ich mir sehr klar darüber, und gegen sie wende ich mich auf das allerentschiedenste.

Herr v. Bodman hat schon früher ganz ähnliche Erklärungen abgegeben, und Frank sprach schon 1908 vor einer Versammlung, die Bodman gegen ihn gehalten habe. Nun haben freilich die badischen Parteigenossen das Glück gehabt, daß die badischen Konservativen und die „Neuzeitung“ gegen Herrn v. Bodman donneten. Es läßt mich leid, wenn über diese Strohhalm Herr v. Bodman stolpern sollte, nicht, weil ich etwas besonderes in ihm sehe, sondern weil in einem solchen Proklamierungsjahr nicht gleich ein Minister fallen muß. Und Herr Erzberger braucht auch nicht so den Mund aufzureißen, der doch weiß, daß viel höher stehende Leute als Herr v. Bodman der Sozialdemokratie ganz andere Komplimente gesagt hat. (Hört! Hört!) Doch darüber noch nachher. Also nach jener ersten Erklärung Bodmans treten unsere Genossen zusammen und beschließen: jezt verweigern wir das Budget. Der Beschluß ist ihnen sehr schwer geworden. Er kommt auch Herrn v. Bodman zu Ohren und der sagt sich: es ist schon für mich, für das Land und alle bürgerlichen Parteien, wenn ich mir die Sozialdemokraten einjagen kann, und er erklärt in der Ersten Kammer, die Sozialdemokratie sei eigentlich eine großartige Bewegung, eine durchaus berechtigte Erscheinung. Ueber diese nichtsjagende Erklärung sind nun unsere Leute so entzündet, daß sie eilig zusammentreten und beschließen: jezt stimmen wir für das Budget. Alle Gefahren, die damit zusammenhängen, waren in diesem Augenblick vergessen. Ja, wer mit solchen nichtsjagenden Reden eine ganze sozialistische Fraktion einjagen kann, der ist ein Staatsmann, aber diejenigen, die sich so fangen lassen, das sind keine Staatsmänner. (Große Heiterkeit.) auch wenn sie sich für noch so große Staatsmänner halten. Da kommt nun der Genosse Frank und erklärt, in diesem offenen mutigen Bekenntnisse des Ministers liege etwas Großes, es scheine darin eine Zurücknahme jener in der Kommission getanen Neuerung des Ministers zu liegen, die unsere Fraktion so sehr verletzete und — nach kurzer Beratung kam die Fraktion zu dem Beschluß, das Finanzgesetz zu bewilligen, wie es die politische Lage verlangt haben soll.

Wir haben im Laufe der Jahre in der Partei manches zu kosten bekommen, aber ein solcher Unfall auf eine so nichtsjagende Bemerkung hin ist mir noch nicht vorgekommen. Wo denn, Sie gläubiger Thomas (zu Dr. Frank), wo liegt denn in den Worten Bodmans die Gleichberechtigung, wo liegt darin die Wahlbarkeit zu Bezirksräten. Der Minister hat gar nichts versprochen. Er ist konsequent auf seinem Standpunkt geblieben, nur Ihre (zu den Badenfern), Ihr seid umgefallen. Aber da kommt Kolb und setzt die falschen Vorteile auseinander, die die Budgetbewilligung der badischen Partei bringen muß, die gewaltige Stellung, die sie im Lande hat. Die Rationalisten liegen zu unseren Füßen, die Regierung ebenso und in zehn Jahren wird jeder Beamte Sozialdemokrat sein dürfen usw. (Seiterkeit und Bewegung.)

Vor zehn Jahren, im Februar 1900, da hat Kolb auch prophezeit. Er hat prophezeit, daß wir das Frauenstimmrecht und die Forderung des Beginns der Wahlfähigkeit mit 20 Jahren über Bord werfen müßten. (Hört! Hört!) Dabei wählt in der Schweiz jeder 20jährige die Gesetzgeber, die Richter, die Beamten, die Schullehrer und dabei ist das Frauenstimmrecht in einem großen Siegeszug begriffen, und Kolb hat oft genug in seinem Blatt solche Erfolge mitteilen müssen, die im Gegensatz zu seinen Prophezeiungen standen.

Vor drei Jahren hat Herr v. Bodman lebhaft bedauert, daß bei den Stichwahlen Bürgerliche für sozialdemokratische Kandidaten eintraten, und er suchte bis zum letzten Augenblicke eine Einigung zwischen Zentrum und den Rationalisten gegen die Sozialdemokratie zustande zu bringen. Er hat erklärt, daß er sozialdemokratische Beamte nicht dulde, und ist konsequent dabei geblieben. Frank führte in Nürnberg als einen Grund für die Bewilligung des Budgets die Besserstellung der Weichenssteller an. Die badischen Weichenssteller erhalten bis 1400 M., die preussischen Weichenssteller erster Klasse bis 1700, zweiter Klasse bis 1500 M. Also selbst die preussischen Junter haben mehr für die Weichenssteller getan, als die badische Parlamentsmehrheit. (Hört! Hört!)

Was hat denn eigentlich Herr v. Bodman gesagt: „Die Bewegung der Sozialdemokratie kann man doch nicht schlechthin als eine Krankheit bezeichnen, in bezug auf ihre Verneinung der Monarchie und in bezug auf ihre Bekämpfung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mag man sie utopisch nennen, aber sie ist zugleich eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes und man muß versuchen, ihren Bestrebungen zur Hebung der Arbeitermassen gerecht zu werden.“ Darauf folgten die Lobeshymnen im „Vollstreund“ und der berühmte Unfall.

Derselbe erliche deutsche Kaiser, der das Sozialistengesetz unterzeichnet hat, sprach von der Notwendigkeit positiver Maßregeln, um dem berechtigten Kern der Arbeiterbewegung Rechnung zu tragen. Kein Mensch wird bestreiten wollen, daß das viel mehr ist, als Herr v. Bodman gesagt hat. (Zustimmung.) 1884 erklärte im Reichstage Bismarck nach einer Rede unseres Genossen Auer, wenn es keine Sozialdemokraten gäbe, würden die mächtigen Fortschritte, die wir bisher in der Sozialreform überhaupt gemacht hatten, gar nicht existieren. (Hört! Hört!)

Bismarck erklärte hier positiv und direkt die Sozialdemokratie als die Urheberin der Sozialpolitik.

Das ist die sogenannte Regation. Die Regierer haben in der Welt viel mehr erreicht, als die positiven Arbeiter. (Bewegung.) Scharfe Kritik, scharfe Opposition fällt allezeit auf fruchtbaren Boden, wenn sie berechtigt ist, und unsere ist berechtigt.

In den Februar-Erlassen von 1890 nimmt der Kaiser direkt Bezug auf den großen internationalen Kongreß in Paris 1889. Was die internationale Vereinigung der Arbeiter will, sagte hier der Kaiser, muß in der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Im gleichzeitigen Erlaß an den damaligen Handelsminister, nämlich Bismarck, heißt es, daß den lautgewordenen Klagen und Beschwerden der Arbeiter Rechnung getragen werden soll. Also ganz klar ist hier ausgesprochen, daß an gesetzgeberische Aktionen gegangen werden soll, weil die Arbeiter es verlangen. Wie nichtsjagend ist dagegen die Rede Bodmans. Herr Erz-

berger, der jetzt glaubt, gegen Bodman vorzugehen zu müssen, soll sich nur diese laienhaften Vorkämpfer vornehmen, da wird er sehen, wie viel mehr als von dem bodischen Minister von allerhöchster Stelle für die Sozialdemokratie gesagt worden ist. (Heiterkeit.)

Im Jahre 1900 hatten wir den großen Kampf um die lex Heinze. Das war auch eine Regation. (Bewegung.) Unsere Fraktion hat die Vorlage durch Obstruktion zu Fall gebracht, und da schrieb der konservative Professor Delbrück: „Den Sieg verdankt die Geschicklichkeit der sozialdemokratischen Fraktion. Kunst, Wissenschaft und Bildung haben in Deutschland unter die Rittige der Sozialdemokratie flüchten müssen.“ (Hört! hört!) Und einer unserer fanatischsten Gegner, den ich als solchen schon von Meerane kannte, der hochkonservative Oberbürgermeister von Dresden, Weutler, sagte: „Ich kann mit Freuden konstatieren, daß wir bei unseren Maßnahmen für die Verbreitung guter Vorkämpfer die größte Unterstützung bei der Leitung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie gefunden haben.“ Als im heftigen Landtage der Sozialdemokraten vorgeworfen wurde, daß sie gegen alles gestimmt hätten, sagte der Fortschrittler Gutfleisch: „Das ist wahr, aber es ist ein großer Unterschied, ob ich gegen ein Gesetz stimme, weil ich es nicht mag, oder ob ich gegen ein Gesetz stimme, weil es mir zu wenig bietet und das Letztere war bei der Sozialdemokratie der Fall.“

Im Jahre 1882 sagte der Abg. Damberger im Reichstage bei dem ersten Entwurf über die Unfallversicherung der Arbeiter, er verheißt nicht, warum Weibel nicht Geheimrat sei und den Gesetzentwurf nicht betreffe.

Wenn der enthalte ja ganz das, was Weibel in seiner Rede ein Jahr zuvor gesagt habe.

Dieser Gesetzentwurf war aber dem Zentrum und den Liberalen zu weitgehend, und sie haben ihn niedergestimmt. Die Kreisfahrungen haben gegen die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Alters- und Invalidenversicherung gestimmt, das Zentrum gegen die Invalidenversicherung, und diese Leute können, ohne Widerspruch bei ihrer Partei zu finden, behaupten, sie hätten korrekt gehandelt. Die Sozialdemokratie ist es gewesen, die den gewaltigen, geradezu unerhörten Umschwung in der staatlichen und gesellschaftlichen Auffassung herbeigeführt hat. In den 60er und 70er Jahren lehnten alle bürgerlichen Gelehrten, die ganze Kapitalistenklasse, alle Staatsgewalten ohne Ausnahme es aus, entschärfte ab, daß die Staatsgewalt zum besten der Arbeiter einzutreten hätte.

Die Sozialdemokratie war es, die die Gelehrten zwang, sich mit der sozialen Frage zu beschäftigen.

1871 war es Adolf Wagner, jetzt auch ein alter Kerl wie ich, der zu sagen mochte: „So geht es nicht weiter, der Staat muß eingreifen, wir verlangen den gesetzlichen Jahrsurlaubstag! Der Nationalökonom Oppenheim, nicht zu verwechseln mit Oppenheimer, er fand damals als Schimpfwort das Wort von den Natbederzsozialisten. Noch unter dem Sozialistengesetz haben Damberger und Eugen Richter auf Tod und Leben gegen unsere Auffassung gekämpft. Richter so ziemlich bis zu seinem Tode, wenn er auch schließlich merkte, du bist unterlegen, du bist im Strom der Zeit mit deinen Anschauungen untergegangen. Mit Jug und Recht kann die Sozialdemokratie behaupten, daß sie die Wissenschaft und die Staatsmänner zu ihrer eigenen Auffassung bekehrt hat. Das war die Wirkung der sogenannten Regation des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft.“

Wie kann man überhaupt von Regation reden, wo wir unsere positiven Forderungen in unserem Programm haben, wo wir allmählich dazu übergegangen sind, in die Landtage, in die Gemeindevertretungen einzudringen. Es ist doch ein ungeheures Stück Arbeit geleistet worden. Ich sage es ohne zu prahlen, weil es wahr ist:

es gibt in der ganzen Welt keine Sozialdemokratie, die so viel Positives geleistet und errungen hat, als die deutsche Sozialdemokratie.

(Stürmischer Beifall.) Und da kommen Leute aus den eigenen Reihen, da kommen die Vorkämpfer in Baden und sagen: die ganze Taktik muß anders werden! Ihr habt nur regiert, wir müssen jetzt positiv arbeiten. — Das heißt also, wir müssen alles, für das wir gekämpft haben, durch das wir groß geworden sind, aufgeben. Wir müssen das aufgeben, was uns zur stärksten Partei in Deutschland gemacht hat, die heute 3 Millionen zählt und das nächste Mal 4 Millionen Anhänger haben wird. Trotz aller dieser Erfolge sollen wir auf einmal sagen: wir haben geteilt, wir müssen andere Wege wandeln! Wir verbinden uns mit den Nationalliberalen, unseren Todfeinden, und machen so praktische Arbeit. (Heitere Zustimmung.)

Das schlägt ja in das Kapitel des Blochs ein. Wer sind denn die Nationalliberalen? Die nationalliberale Partei ist die Partei der Scharfmacher par excellence. Sie sind die Kapitalistenpartei, die erste Kapitalistenpartei. Die Nationalliberalen sind Scharfmacher erster Güte. Sie haben im Reichstage für alle Ausnahme Gesetze gestimmt, für die Ausnahme Gesetze gegen die Elfen-Bohrer, gegen das Zentrum, gegen die Sozialdemokraten, gegen die Dänen, die Polen usw. Und heute erscheint in der nationalliberalen Presse Süddeutschlands ein Artikel, der neue nationalliberale Parteitag müsse sich auf die Heidelberger Erklärung zurückziehen, und diese fordert ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie. (Stürmischer Hört! hört!)

Das sind die Bundesgenossen unserer Freunde in Baden. (Lebhaftes Hört! hört!) Sie haben gemeint, Sie müßten Thron, Altar und Geld retten, indem Sie für das Budget stimmen. Sie dürften die Macht nicht dem Zentrum überlassen. Ach, Ihr konntet ruhig gegen das Budget stimmen! So lange das neue Deutschland besteht, ist kein einziges Beispiel da, daß eine bürgerliche Partei gegen das Budget zu stimmen gewagt hat. In den heftigsten Zeiten des Kulturkampfes, als das Zentrum mit Ruten und Skorpionen geschnitten wurde, da hat es gehorcht die Hand geküßt, vorderes es geprägt wurde und hat für das Budget gestimmt. Gibt es eine Partei in Deutschland, die schlimmere Verfolgungen un menschlicher Art zu erdulden hatte als die Polen? Und auch die Polen haben die Hand geküßt, die sie prägelte und haben für das Budget in Preußen gestimmt, für das Budget im Reich, für alle Finanzvorlagen, für alle indirekten Steuern. (Zuruf: Und für die Finanzreform!) Die Nationalliberalen sind die Verteiliger aller Militär-, aller Marine- und aller Flottenvorlagen, ebenso jeder Kolonialpolitik. Sie sind die Freunde der indirekten Steuern. Wenn sie im letzten Jahre bei der Finanzreform dagegen stimmten, so taten sie es, weil sie den schwarz-blauen Bloch nicht unterstützen wollten. Aber auf dem Programm der Nationalliberalen stand auch die Biersteuer, die Tabaksteuer und die Branntweinsteuer. Auch heute noch stimmen sie für die Liebesgaben, die Agrarabgabe, die Lebensmittelabgabe, die Einfuhrabgabe, die Spermaabgabe. Als im Jahre 1894 und 1895 die Zuschußvorlage kam, weil in Frankreich ein Wahnsinniger den Präsidenten der Republik ermordet hatte, da war es der verstorbene Großherzog von Baden, der an die Spitze einer Agitation für das neue Umsturzgesetz trat. Denselben Großherzog haben dann die Genossen Frank und Kolb bei seiner Verdrigung das Geleit gegeben. (Lebhaftes Hört! hört!) Der hohe Herr hat mich ganz speziell in sein Herz geschlossen gehabt. (Heiterkeit.) Meinen Namen hat er zwar nicht genannt, aber es war am Hohenotel oder in Billingen, da hat er fast nach jeder Rede, die ich hielt, in einem Militärverein eine Rede gegen mich gehalten. (Heiterkeit.)

Also der Mann ging weiter als die übrigen deutschen Fürsten, er war

unser bewußter Feind,

er hat bei jeder Gelegenheit gegen uns polemisiert, aber das hat die Sozialdemokraten nicht abgehalten, ihn zu Grabe zu geleiten. (Hört! hört!) Er hätte sich wohl gehütet, Sozialdemo-

krate die gleiche Ehre zu erweisen, und wären es selbst Kolb oder Frank gewesen (Heiterkeit), über die ich mich übrigens sehr freue, daß wir sie nach unter und haben. Die Nationalliberalen sind die stärksten Feinde des allgemeinen Wahlrechts. Ihr in Baden, die Ihr Euch heute so brüderlich mit den Nationalliberalen verbrüderet habt, Ihr hättet heute noch nicht das allgemeine Wahlrecht, wenn Euch nicht das Zentrum dazu verholfen hätte, natürlich einzig und allein in seinem eigenen Interesse. Da müßten denn natürlich auch die Liberalen diese Forderung aufstellen, und so kam Ihr dazu, ohne daß Ihr Euch sonderlich die Hände verreckt habt. (Widerspruch bei den Süddeutschen.) Da spottet dann Kolb über den preussischen Wahlrechtskampf! Euch ist die gebrauchte Laube in den Mund geflogen. (Widerspruch bei den Badenfern.) Auch die Bayern sind mit nicht viel mehr Nähe dazu gekommen. Aber der Kampf in Preußen bedeutet etwas ganz anderes. (Lebhaftes Zustimmung.) Und da schimpft man über die Einmischung der Preußen und Sachsen in die badischen Verhältnisse; der ärgste Partikularist kann es nicht toller treiben. (Sehr gut!) Der preussische Staat ist ein ganz ander Ding. Wenn wir den erst in der Hand haben, haben wir alles. (Sehr richtig!) Aber das kostet Mühe, das kostet Arbeit, das kostet Schweiß, das kostet eben noch weit mehr. (Lebhaftes Zustimmung.) Da könnt Ihr in Süddeutschland Euch gar nicht mit messen, Ihr habt kein Recht, über diese Dinge zu urteilen, denn Ihr versteht sie nicht. Ich denke, die preussischen Genossen haben wahrlich Bewunderungswürdiges geleistet. (Zustimmung.) Aber sie haben es auch mit einem ganz anderen Gegner zu tun, wie Ihr in Süddeutschland. Das spricht ja auch einigermahen zu Euren Gunsten. Das macht allein begreiflich, daß Ihr so seid, wie Ihr seid. Wenn diese Schwankungen in der Budgetfrage bei den Nationalliberalen vorgekommen wären, bei der Partei, die wir unausgesprochen als Drehscheibe bezeichnen, wie hätte dann wohl der „Volkstreu“ geschrieben über diese Jammerlappen. (Sehr gut!) Ich wage nicht zu sagen, was die Konsequenz wäre! Einzelne in der Partei fangen ja überhaupt an, nationalliberal zu werden. Als neulich in Berlin ein Redner auf die Artikel von Dr. Bloch in den „Sozialistischen Monatsheften“ hinwies, die diese rein nationalliberale Politik verteidigen, da sagte Richard Fischer, den wohl niemand für einen Radikalen halten wird (Heiterkeit), Richard Fischer ruft: Das war nie mein Ehrgeiz!, na, lang ist's her (Heiterkeit), da sagte Richard Fischer: „Ach, der Bloch ist ja nationalliberal.“ Ich habe mir gesagt, nie hat Richard Fischer etwas Besseres gesagt. (Stürmische Heiterkeit.) Aber ich denke, wir sind eine Partei von Sozialdemokraten, und

wenn Nationalliberale unter uns sind, dann müssen sie hinaus, dann können sie nicht in der Partei bleiben.

(Sehr gut!) Wir haben schon mehr solcher Nationalliberaler, die ganz nationalliberale Politik machen, die die Partei ins nationalliberale Lager führen wollen, zum Bundesbund mit derselben Partei, die wir seit Jahrzehnten auf Tod und Leben bekämpft haben. Ich will auch darüber heute nicht reden, das wird Gegenstand weiterer Erörterungen zu gegebener Zeit sein.

Kun reden die Genossen in Baden von den großen Errungenschaften, die sie mit der Blochpolitik gehabt haben. Partei-genossen in Baden, ich bin der Meinung, zu keiner der sogenannten Errungenschaften wäre der Bloch notwendig gewesen. Freilich, ich bin sehr im Zweifel, ob ich als Sozialdemokrat zum Beispiel für ein Gemeindevahlrecht gestimmt hätte, das statt der Zwölftelung die Sechstelung einführt, aber doch immer ein Klassenwahlrecht ist. Würden unsere Genossen im preussischen Landtage für eine derartige „Verbesserung“ des Dreiklassenwahlrechts stimmen, dann könnten sie darauf gefaßt sein, daß ihnen die Berliner den Stuhl vor die Tür setzen würden. (Lebhaftes Zustimmung.) Man hat leider wegen viel geringerer Dinge unseren Leuten schon den Stuhl vor die Tür gesetzt. Aber wo sind denn diese Errungenschaften? Ich überlasse es Frank, sie aufzuzählen, er wird es ja tun und sie in bengalischer Beleuchtung erscheinen lassen. (Heiterkeit.) Den Errungenschaften stehen nach den Behauptungen von bodischen Genossen auch Verschlechterungen gegenüber, jedenfalls aber lassen sich Fortschritte, die man mit Hilfe der Nationalliberalen erzielt, nicht halten. (Sehr richtig!) Davon brauchen wir kein Aufhebens zu machen. Und dabei begibt man sich ganz in die Abhängigkeit von den Nationalliberalen. Das wird selbstverständlich bestritten, es wird gesagt: Das Gegenteil ist wahr, wir sind es, die das Recht in der Hand haben. Nun, der Führer der Nationalliberalen erklärt: Wir sind um kein Jota von unserem Standpunkt abgewichen, aber die Sozialdemokraten haben große und schwere Opfer gebracht. (Hört! hört!) Ja, das ist wahr, wir haben die Opfer gebracht, die Nationalliberalen dagegen haben nicht das Allergeringste von ihrem alten Standpunkt aufgegeben. Das sagen die „Königliche Zeitung“, die „Straßburger Post“ und andere nationalliberale Blätter runderherum. Natürlich gibt es auch solche, die das Gegenteil behaupten. (Frank: Hunderte.) Für uns kommt es darauf an, was vorliegt, und da sage ich: das war nicht dazu angetan, daß wir unser Erstgeburtrecht verkaufen. (Sehr richtig!) Man sagt weiter, wir hätten einen ungeheuren Schaden gehabt, wenn wir anders gehandelt hätten. Ich habe bisher auf den Beweis dafür vergeblich gewartet, ich habe bis jetzt nicht das geringste davon bemerkt, aber wie ist es denn mit dem Bloch? Wenn ich als Sozialdemokrat in ein Bündnis mit den bürgerlichen Parteien eintrete, dann ist tausend gegen eins zu wetten, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern die bürgerlichen Parteien die Gewinnenden und wir die Verlierenden sind. (Sehr richtig!)

Es ist ein politisches Gesetz, daß überall, wo Rechte und Linke marschieren, die Linke verliert und die Rechte gewinnt.

(Stürmische Zustimmung.) Den besten Beweis dafür habt Ihr ja selbst an dem von Euch so verpörrten Sülow-Bloch gehabt. Das war dasselbe im großen, was Ihr in Baden im Kleinen habt. Was ist die notwendige Folge, wenn ich ein solches Bündnis eingetage mit meinen geschworenen Feinden, die ganz anders denken und handeln müssen wie ein Sozialdemokrat? Wenn ich einmal in ein politisches Freundschaftsverhältnis mit einer mir im übrigen grundsätzlich fremden Partei trete, dann habe ich notwendigerweise meine Taktik darauf einzurichten, daß ich das Budget nicht breche, ich darf nicht mehr darauflos kritisieren, ich darf nicht mehr grundsätzlich kämpfen, denn damit verleihe ich meine Bundesgenossen, ich bin gezwungen zu schweigen, über manches den Mantel der Liebe zu decken, manches zu rechtfertigen, was sich nicht rechtfertigen läßt, zu vertuschen usw. Das sind die notwendigen Folgen des Blochs, die sich ja auch auf anderen Gebieten gezeigt haben. Was haben denn die Gewerkschaften bisher von Euren Bloch gewonnen? Die Gewerkschaften, deren Führer heute in ihrer großen Weisheit auf dem Standpunkt stehen, daß die Frage der Budgetbewilligung Sache der Einzel-landtage ist? Genossen aus den Gewerkschaften, ich sage Euch, der Tag wird kommen, wo auch Ihr ebenso wie der deutsche Parteitag gezwungen sein werdet, zu fragen: was haben die sozialdemokratischen Vertreter in den Landtagen getan? (Sehr gut!) Die Frage wird entstehen, Ihr werdet auf Euren Generaterversammlungen, auf Euren allgemeinen Gewerkschaftstreffen so gut wie heute diese Frage erörtern müssen. In einem Flugblatt der sächsischen Eisenbahner heißt es: In kaum zwei Stunden sind die Petitionen in der Kommission erledigt worden. Die Eisenbahner sind um eine Hoffnung ärmer, aber desto reicher an Enttäuschung. Unter der Signatur Finanzklemme sind alle Anträge auf Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse abgelehnt worden. Und der Genosse Koyte hat darauf hingewiesen, daß in keinem Bande Deutschlands der Textilarbeiterverband mehr Unterstützung an Gewerkschaften zu bezahlen hat, als im badischen Musterlande. (Hört! hört!) Das badische Ländchen, der Hauptsitz der deutschen Tabakfabrikation, und der schlechteste entlohnte Tabakarbeiter hat

keine Hunderttausend Mark abzig zu Unterhaltungen der zu Tausenden brotlos gewordenen Zigarrenarbeiter (Hört! hört!), obwohl es doch die Pflicht einer Regierung wäre, die mit für dieses schreckliche Gesetz gestimmt hat, diese Armen zu unterstützen. Es ist geradezu himmelfreiend, daß man einer solchen Regierung das Budget bewilligt. Weil wir im Reichstage nur die Reichsregierung pöden können, sollten um so mehr die Genossen in den Einzellandtagen ihre Regierungen anpacken, die alle, ob freiwillig, ob unfreiwillig, für die schänderhafte Reichsfinanzpolitik mit verantwortlich sind. (Lebhaftes Zustimmung.) Wie hat es denn die bodische Regierung bei Rheinfeinden gehalten und wie in Mannheim? Unsere Gewerkschaften hätten alle Ursache, ein gehöriges Sündenregister aufzurollen, und das wird auch noch geschehen. Auf die Dauer läßt sich das Wasser nicht gefallen. Die Konsula, sagten die Römer, sollen sehen, daß dem Gemeinwesen kein Schaden erwächst und ich sage, die Parteigenossen müssen darüber wachen, daß die Parteiführer der Partei keinen Schaden tun. (Lebhaftes Beifall.) Demokratisches Mißtrauen, und nochmals demokratisches Mißtrauen gegen alle ohne Ausnahme, auch gegen mich. (Sehr gut!)

Setzt den Führern auf die Finger, setzt den Redakteuren auf die Finger.

(Stürmischer Beifall.) Schlafen denn unsere Preßkommissionen? Um 30, 40 M. notwendige Ausgaben gibt es nächste Woche, aber über Konflikte, wie in Dresden, wie damals bei den „Vorwärts“redakteuren, wie jetzt mit den Badenfern, da wird in manchen Blättern in geradezu skandalöser Weise alles unterdrückt, was ihnen nicht paßt. (Zuruf: Leipziger Volkszeitung!) Es wird auch in Alton gesündigt, aber mehr noch außerhalb Altons, und Ihr in München habt ein ganz besonderes Exemplar. (Heiterkeit.) Wenn unsere Gegner nicht bis hoch hinauf so furchtbar dumme Spiel wären, dann könnten sie es uns ganz anders in die Bude schenken lassen. Es gibt sehr viele sozialistische Sumpel, die sich sehr gern fangen lassen. (Sehr gut!) Unsere Regierung braucht es nur danach anzufangen — den Weg, wie sie es machen soll, will ich ihr lieber nicht zeigen. (Heiterkeit.) Aber wenn der Sumpfang stattfinden sollte, dann reden wir auch darüber. Herr Wassermann freilich will vom

Bloch von Wassermann bis Bebel

nichts wissen. Nun, auch der Bebel will nichts davon wissen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Im Anfang dieses Jahres, als Pfarrer Rammann diese Parole ausgab, trat ich im Reichstage auf Wassermann zu und sagte: Verehrter Blochbruder, wie steht es denn mit uns. (Heiterkeit.) Da sagte er: Ach was, Unsinn, Blödsinn. Ich sage: Jawohl, einverstanden! (Große Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Sogar Genosse Peus sieht ein, daß das Unsinn und Blödsinn ist. In seinem Blättchen stehen Dinge, daß mir oft die Haare zu Berge stehen, aber wenn er dann nach Brandenburg zu seinen Wählern geht, dann ist er ein ganz anderer Kerl. Als es sich darum handelte, seine Kandidatur festzustellen, war er merkwürdig eckig, ich habe mich sehr über ihn gefreut und ich hoffe, Genosse Peus, Sie bleiben einmal eine Weile bei diesem Standpunkt stehen. (Unter großer Heiterkeit des Parteitagbes meldet sich Genosse Peus beim Bureau zum Worte.)

Kun hat man ja ausgeführt: Was diesmal die Badenfer gemacht haben, wäre auch früher geschehen, und besonders sei ich dabei der Sündenbock gewesen. Genosse David hat die alten Protokolle ganz genau studiert und hat auf den einstimmigen Beschluß des St. Gallener Kongresses von 1887 hingewiesen, wonach bei den nächsten Wahlen in den Stichwahlen für keinen Freisinnigen eingetreten werden sollte. Und das Zentralwahlkomitee hat dann das Gegenteil getan. Das stimmt. Wir hatten bei den Septennalwahlen für die Freisinnigen gestimmt, und der Freisinn hat uns im Stich gelassen. So verloren wir trotz unseres Stimmzunachwachs Mandate wie 1907. Daraufhin wurde dann der Beschluß von St. Gallen gefaßt. Dann kam 1890, und wir haben, entgegen dem Beschluß, aufgefördert, für die Liberalen zu stimmen. Inzwischen war nämlich eine ganz gewaltige Umgestaltung der Dinge eingetreten.

Bismard wollte das Sozialistengesetz verewigen;

es war gefallen. Nationalliberale und konservativere waren während über den Fall. Da sagten wir uns: jetzt kann es auf eine Stimme im Reichstag antommen und da müssen wir alles tun, was wir können, um das zu verhindern. (Sehr richtig!) Ich habe dann beantragt, den von mir selbst in St. Gallen beantragten Beschluß wieder aufzuheben. (Zuruf bei den Süddeutschen: Das verstehen wir!) Nun ja, das hat damals die ganze Partei verstanden. In Halle machten dann die Jungen großen Krach über unser Verhalten. Darauf sagte ich: Jawohl, wir haben das Karbinalverbrechen begangen. Auf Briefe von allen Seiten aus Deutschland hin haben wir die Parole geändert. Diese Frage ist keine Frage des Prinzips, sondern eine Frage der Taktik. (Sehr richtig!) Aber was wir jetzt haben, ist eine prinzipielle Sache. Das haben drei Parteitage beschlossen. Sie (zu den Süddeutschen) haben das Recht, das nicht zu glauben, aber es ist beschlossen, und wohl oder übel müßt Ihr Euch fügen. Es ist ein Unterschied, ob es sich um eine dauernde Einrichtung im parlamentarischen Leben der Partei handelt, oder ob es sich um einen Beschluß für einen bestimmten Fall handelt. Der Parteivorstand hat immer die Vollmacht gehabt, in bestimmten Fällen andere Weisung zu geben. Im Jahre 1870 beschloß auf Antrag von Schweyer der Allgemeine deutsche Arbeiterverein den sogenannten Ehrlichen, den Eisenbahner, das heißt speziell Viehrecht und mir, bei keiner Wahl eine Stimme zu geben. Für die Liberalen sollte gegen die Eisenbahner gestimmt werden, und bei einer Stichwahl zwischen einem Konservativen und einem Eisenbahner sollte man sich der Abstimmung enthalten. So wurde beschlossen, aber gehandelt haben die Allgemeinen Deutschen nicht danach. Bei der Wahl in Leipzig im März 1871 haben sämtliche Allgemeinen Deutschen Mitglieder mich gewählt. So wird es allezeit sein, das sind ganz andere Dinge. Wenn wir entgegen einem Parteitagebeschlusse aufgefördert haben, Mitglieder der freisinnigen Vereinigung Vorkandidaten vorzuziehen, so wußten wir im voraus, daß die Partei hinter uns stand, und die Beschlüsse des Parteitagbes haben und recht gegeben. Also die gegen uns gerichteten Vorwürfe treffen in keiner Weise zu. Hier haben wir es mit einem prinzipiellen Beschluß, in den anderen Fällen mit taktischen Beschlüssen zu tun.

Kun ist es doch ganz selbstverständlich, daß die Parteigenossen es sich nicht gefallen lassen, daß ein Teil der Partei den mit gewaltwehrt angenommenen Beschluß grundlegender Natur für ihre praktische Betätigung im Landtage mißachtet.

Dabei kann keine Partei auf die Dauer bestehen.

(Lebhaftes Beifall.) Das geht nicht, daß ein Kollegium von Abgeordneten eigene Wege wandelt, vielleich, weil sie sich für Wesen höherer Art halten. (Heiterkeit.) Es gibt nämlich Leute unter uns, die glauben, daß sie höhere Wesen sind, sobald sie ein Mandat haben. (Große Heiterkeit und Zustimmung.) Wenn Sie meinen, Sie könnten mit der Partei umspringen, wie Sie wollen, dann hätte auch jeder Parteigenosse das gleiche Recht. Wenn die berühmte petulante Freiheit entscheiden soll, wo kommen wir da hin, was soll da werden, wenn jeder sagt: ich fühle mich durch einen Beschluß in meinem Gewissen bedrückt und handle dagegen. Da ist kein Parteileben mehr möglich. Wenn ein gemeiner Parteigenosse sich viel geringer gegen einen Parteitagebeschlusse verhalten hat als die Badenfer, dann wird er ausgeschlossen aus der Partei, dann weiß man ihm den Weg. (Lebhaftes Zustimmung.) Man ist in Norddeutschland selbst soweit gegangen — ich habe dagegen angeknüpft und es nicht gebilligt —, daß man Parteigenossen ausgeschlossen hat, weil sie sich an der öffentlichen Klassenwahl nicht beteiligt haben. Ich sage, das ist unredt. Wie können sich kleine Geschäftsleute selbst demütigen? Stimmt einer gegen die Partei, dann raus mit ihm! Ihn aber herauszuwerfen, weil er sich ent-

hält, das geht nicht ohne Weiteres. Aber wenn man so in Norddeutschland verfahren hat, dann begreift man die ungeheure Erbitterung, die das Verhalten der Badenier hervorgerufen hat, dann begreift man es, daß eine Menge von Anträgen gekommen sind, die erklären:

#### Sinaus mit Ihnen!

Sie gehören nicht mehr zur Partei, denn Sie haben Parteitagbeschlüsse verletzt und bewußt gegen den Willen der Partei gehandelt. (Lebhafte Zustimmung.)

Run mache ich gar kein Hehl daraus, ich habe mich auch eine Weile beonnen, ob ich einen solchen Antrag einbringen soll. (Bewegung.) Ich habe sogar eine Fassung gehabt, ich will es Ihnen ruhig sagen, es sind keine Staatsgeheimnisse. Wir haben dann darüber beraten. Da hat man mir Gründe gebracht, so daß ich gesagt habe: Nein, wir lassen das weg. Aber ich habe mir gesagt: Wenn es wieder vorkommt, dann gibt es keine Gnade mehr. (Lebhafte Beifall.) Wir können zusehen, daß die Abgeordneten im guten Glauben handelten, und daß es sich tatsächlich ergeben hat, daß die badische Partei ihren Schritt billigt. Das sprach zu ihren Gunsten. Ich halte es für ungerade, wenn man bei den Anträgen soweit gegangen ist, daß man gesagt hat: Sie haben Verrat an der Partei begangen. (Hört! hört!) Wenn ein Parteigenosse Verrat begeht, dann gibt es kein Erbarmen, kein Mitleid, dann muß er herauf! (Stürmische Zustimmung.) Um das zu beweisen, genügt nicht, daß der eine oder andere Vermutungen hat, die Badenier seien Verräter. Das müßte bewiesen werden, da müssen Tatsachen vorliegen. Die bloße Tatsache, daß man gegen einen sehr klaren und wiederholt ausgesprochenen Beschluß der Partei gehandelt hat, stempelt einen noch nicht zu einem Verräter. Verräter ist einer, wenn er mit Absicht die Partei verdrängen will oder hofft, Vorteile zu gewinnen, sagen wir, vielleicht Geheimrat zu werden. (Weiterkeit.) Wenn das nachgewiesen werden könnte, wenn einer so dumm gewesen wäre, das zu sagen, das wäre ein Verräter. Den können wir nicht brauchen. Wie die Dinge heute liegen, können wir Geheimräte nicht als Parteigenossen ansehen.

Ich erkläre auch, ich glaube auch im Namen meiner Vorstandsgenossen und der Kontrollkommission, deren Gesamtprodukt in der von mir hier vertretenen Resolution vorliegt, daß wir dem Zusatzantrag der 200 Genossen nicht nachkommen können, daß wir nicht dafür stimmen können, und daß wir die Parteigenossen dringend bitten, das Amendement zurückzugeben. (Beifall.)

Aber ich erkläre auch wieder, daß es in unserer Resolution klar und deutlich heißt: „Die Wahrung von Parteitagbeschlüssen ist ein der schlimmsten Vergehen, dessen sich ein Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann.“ Wenn nun, nachdem eine breite Diskussion stattgefunden hat, nachdem die Partei wochenlang in der fürstlichsten Aufregung gehalten wurde, nachdem Parteitagbeschlüsse vorliegen, wenn dann wieder anders gehandelt werden sollte, dann hört alles auf! Das lassen wir uns nicht gefallen, dann mag passieren, was will. Dann sage ich: Schluß! Mag dann in Frage kommen, wer will. (Bewegung.)

Run ist die Frage aufgeworfen worden, welche Befugnisse der Partei zukommen und welche nicht. Ich habe schon auf die Erklärung der 68 hingewiesen. Der Bayerische Parteivorstand hat ja etwas Ähnliches in Erlangen verkündet. Ich gebe wohl nicht feil, wenn ich sage, diese Erklärung Auer's war wohl präpariert im Ausschuss in München. Es wird darin gesagt, daß über alle speziellen Fragen der Landespolitik die Landesorganisationen selbständig zu bestimmen haben sollen. Es ist inzwischen ein Streit unter den bayerischen Genossen entstanden über die Bedeutung dieser Erklärung. Sie enthält in der Hauptsache daselbe, was die 68 sagen. Demgegenüber erkläre ich, und ich bin eben, entschlossen, diese Erklärung als Resolution dem Parteitag vorzulegen:

„Der Parteitag der Gesamtpartei ist die oberste Instanz der Partei. Als solche hat der Parteitag das unbestreitbare Recht, als letzte Instanz in allen Parteianglegenheiten, seien sie prinzipieller, taktischer oder sachlicher Art, endgültige Entscheidung zu treffen, sobald er dazu angerufen wird. Es gibt keine Organisation, kein Kollegium, keine Person, die sich dem letztinstanzlichen Entscheid des Parteitages der Gesamtpartei entgegen setzen kann. Diese autoritative Stellung des Parteitages ergibt sich naturgemäß aus der Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie eine einheitliche Partei ist mit einer einheitlichen Organisation, mit einem gemeinsamen Programm und mit gemeinsamen Zielen.“

Run will ich hören, ob jemand gegen diesen Standpunkt auftritt und sagt: Nein, das gestehen wir dem Parteitag nicht zu, dazu hat er kein Recht! Dann wollen wir darüber entscheiden. Es wäre doch merkwürdig, wenn der deutsche Parteitag seine eigene Autorität herabsetzen würde, weil da Leute in Reich-Schleissheim, Wilsberg, Püschel, Bayern, Baden, Württemberg meinen, wir müßten anders verfahren. Wir haben diese traurigen Gebilde deutscher Herrlichkeit, die sind lieber da, aber so weit zu gehen, daß sie das Recht haben, selbstherrlich zu entscheiden, und daß der Parteitag zuseht, selbst wenn es auch noch so toll zugeht, nein, ich danke. Davor werden wir uns hüten. Das kommt schließlich darauf hinaus, daß jeder machen kann, was er will. Da geht die ganze Partei zugrunde. Ich sage es ganz offen: Ihr Süddeutschen seid ganz famose Kerle, sogar ein Capua habt Ihr. (Weiterkeit.) Vielleicht verbringe ich gar den Rest meiner Tage in Capua (Hört! hört!), aber Capuaner werde ich nicht. (Lebhafte Beifall.) Ihre Süddeutschen habt zu viel Gemüt, Ihr seid zu weich, Ihr laßt Euch zu leicht knebeln. (Auer ruft: Sehr richtig! Weiterkeit.) Wir brauchen aber stramme, aufrechte, rüdgelastete Männer. Wir brauchen entschlossene Leute, die auftreten und wissen, was sie wollen, und die auch danach handeln und die den Gegner nicht im Zweifel darüber lassen. Aber wenn es vorkommt, daß in Bayern, wo der Ultramontanismus in der fürchterlichsten Weise regiert, wo die Regierung ganz im Banne der Ultramontanen steht, wenn es da vorkommen kann, daß in der Fraktion noch ein kleiner Teil vorhanden ist, der unter solchen Verhältnissen für die bayerische Regierung das Budget bewilligen will, da hört der Capua auf. Da wollen wir die Kontrolle haben. Wenn wir da freie Hand lassen, dann kann es uns sehr schlecht gehen, dann leidet die Partei darunter.

Run ist aber noch verschiedenes vorgekommen, das außerordentlich bedauerlich ist. In dem erregten Kampfe, der sich entwickelt hat, haben die Süddeutschen ganz direkt gesagt: Da mischen sich in unsere Angelegenheiten nicht nur die Preußen und die Sachsen, sondern auch die Ausländer, die Rosa Luxemburg und Pannekoek! Das ist der internationale Standpunkt der Süddeutschen. Rosa Luxemburg ist deutsch wie Auer, Pannekoek ist Ausländer, man hat ihn um seine Stellung gebracht. Da kommt die Pforzheimer Freie Presse und nennt die vier Bremer Abgeordneten zum Parteitag und drückt den Namen Pannekoek gesperrt. So wird denunziert. Das ist abscheulich und erbärmlich und sollte nicht vorkommen. Auch der Kolb hat in das Horn geblasen; auch er ist gegen die Ausländer. Wie heißt es doch gleich: „Ausländer, Fremde sind es weißt, die unter uns gesät den Geist der Rebellion; dergleichen Sünden sind meistens keine Landesünden.“

In Baden gibt es das nicht. Ihr seid zu sahm erzogen dort, Ihr erzieht auch Eure eigenen Leute zur Sahnheit. Ich erinnere nur an den Artikel über Goethe im Karlsruhe' „Volksfreund“. Ich will erklären, daß Kolb daran nicht Schuld ist. Aber es handelte sich um einen Verein, wo Pfaffen und Muder und Nationalliberale und selber auch Sozialdemokraten mitwirkten. Wie konnte ein sozialdemokratisches Blatt ein derartiges Referat bringen. Während da geeifert wird gegen die Parteigenossen, die sich eingemischt haben, hat Kolb selbst im Mai dieses Jahres, als sich Herr in Rom dem italienischen König gegenüber sehr merkwürdig

benahm, geschrieben: „Jeder Mensch hat das Recht, sich zum Karren zu machen, soviel er will, aber keiner hat das Recht, seine Partei zum Karren zu machen.“ Ich wünsche, das würde von uns stets beachtet, besonders von den Badenern.

Wir sind jetzt in einer Zeit, wo wir uns auf faule Kompromisse nicht einlassen dürfen.

Die Klagen gegen uns werden nicht milder, sie werden schärfer. (Zustimmung.) Wir marschieren sehr, sehr ernsten Zeiten entgegen.

(Zustimmung.) Was kommt nach den nächsten Wahlen? Das wollen wir abwarten. Wenn es gar dazu kommt, daß 1912 oder sonstwann ein europäisches Kriegsgewitter herunterläuft, dann sollt Ihr sehen, was wir zu tun haben, und wo wir da zu stehen haben. Sicherlich ganz wo anders, als wo man jetzt in Baden steht. (Auer ruft: Da sind wir ja auch noch da!) Das will ich ja. Glaubt Ihr, ich will Euch ausschließen? Eure Taktik aber erregt Erbitterung, sie hemmt die Entschlossenheit, die Schlagfertigkeit, das Vorwärtsmarschieren mit festem Schritt und Tritt. In Reich und Glied soll marschieren werden, wir können keine Seitensprünge brauchen. Das wollte ich mit meinen Worten sagen. (Lebhafte Beifall.)

Auch die Hofgängererei verbittet sich die Partei. (Zuruf von den Badenern: Wir waren doch nicht dabei!) War das nicht auch ein Hofgang, daß man ganz überflüssigweise zu dem feierlichen Landtagschluß ging? Im Karlsruhe' Schloß wird man Euch das wohl angerechnet haben? Die wollen doch aber auch keine Leute mit Seitensprüngen. Ihr verzerret es mit uns und mit ihnen, Ihr sitzt zwischen zwei Stühlen. (Widerspruch Frank's.) Jawohl, mein lieber Frank! Das habt Ihr mit Eurer Weisheit, mit Eurer staatsmännischen Klugheit, mit Eurer Diplomatie erreicht, die so unklug war wie noch nie. (Stürmische Zustimmung.)

Niemals haben Parteigenossen sich so blamiert vor den Gegnern wie Ihr

(Stürmische Zustimmung.) Im Schloß zu Karlsruhe findet heute die Hofcour zum Jubiläum des Großherzogspaares statt. Es freut mich, daß die von der Fraktion erwählten Vertreter Geiß und Pfeiffle hier in unserer Mitte sind. (Weiterkeit.) Die Mannheimer Parteigenossen haben nämlich gesagt: Die schiden wir nach Magdeburg, da sind sie aus der Verlegenheit heraus! (Große Weiterkeit.) Aber wie steht es denn mit dem § 74 der Geschäftsordnung des badischen Landtags? Der sollte Euch doch zwingen, daß Ihr da die Deputation mitmacht. (Frank ruft: Jeder ist doch mal verhindert!) Der § 74 bindet Euch, es freut mich aber, daß Ihr Euch nicht binden lassen, ebenso freut es mich, daß Ihr 24 Stunden lang gegen das Budget stimmen wolltet. Ich sage doch, es geht, daß man gegen das Budget stimmt, Ihr habt es selbst bewiesen, Ihr könnt reden, was Ihr wollt. Die Tatsache, daß Ihr 24 Stunden lang das Budget verweigert habt, muß alle Eure Argumente über den Haufen werfen.

Run hat man freilich in Karlsruhe über die Schlammelei gelacht, mit der man den höfischen Festlichkeiten ferngeblieben ist, man läßt da überhaupt über manches. (Weiterkeit.) Kolb hat immer gesagt: zwingt mich nur nicht, daß ich mehr sage! Und dabei hat er soviel gesagt, was er nicht hätte sagen sollen, daß ich mir sagte, na, so ein Schlammeier ist mir noch nicht vorgekommen. (Weiterkeit.) Der das Gegenteil dessen tut, was er eigentlich tun will und tun sollte. Nein, Genossen, so geht es nicht weiter, wir müssen Gieß an Gieß, Kopf an Kopf marschieren in geschlossener Reihe. Sollte jemand so tollkühn sein, so sagen, ich gebe meinen eigenen Weg, ich kann nicht akzeptieren, was Ihr beschloßene habt — nun, so soll er es tun. (Stürmischer Beifall.) Es sind Episoden in der Geschichte der Partei, wo ähnliches war. Ich erinnere an Bräuer, der 1875 von der Vereinigung nichts wissen wollte, der aus der Partei auswich und mit seinem kleinen Häuflein jahrelang unbemerkt wie ein Weiskerl am Wege geblüht hat. Kein Dahn hat danach gekräht. Paffelmann verjagte die Partei zu Sprengen, Wolf verjagte es, sie sind hinausgehoben und die Partei ist weiter marschiert. (Zuruf von den Süddeutschen: Wollen wir denn die Partei sprengen?) Aber ich bitte Euch, hört doch, was ich sage. Wenn einer da wäre, der das wollte, den erinnere ich an die geschichtlichen Vorgänge, und wenn es mehrere wären, selbst die angesehensten, und wenn ich es machen wollte, ich wäre sehr bald ein General ohne Armee. (Sehr richtig!) Wir können unsere Stellung als Führer nur behaupten, wenn wir im Sinne und Geiste der Partei arbeiten und tätig sind. (Bravol!) Nur das allein kann uns die Stellung geben. Wir dürfen auch nicht, wir werden weit mehr gehoben, als wir führen, und das ist gut so. Denn wenn es manchmal auf die Führer ankäme, dann würden wir irre gehen. (Sehr richtig!) Aber ich finde mich in diese Rolle, auch ich habe schon Dummheiten gemacht. (Weiterkeit.) Ich habe es aber immer zugegeben, wenn ich es eingesehen habe. (Erneute Weiterkeit.) Das ist ein Unterschied, und ich habe mich gehütet, einen zweiten Fehler zu machen. Also jetzt steht es, geschlossen marschieren, den Ereignissen, die kommen, die Stirn bieten, nicht nach rückwärts schauen. Vorwärts, marsch, durch und drauf. (Draufender, anhaltender, sich mehrfach wiederholender Beifall.)

#### Dr. Franz-Mannheim:

Genossinnen und Genossen: Soweit ein Sünder überhaupt mit der Rede seines Anklägers zufrieden sein kann, war ich von den Worten Nebels angenehm überrascht. Ich muß sagen, es hat bei allem Ernst eine gewisse Järrlichkeit für uns Badenier herausgehaut. (Weiterkeit.) Und ich habe an den Vers denken müssen aus der Weisheit des Brahminen:

„Was soll ein Vater tun, wenn ihm ein Sohn mißratet? Der Läter bleib ihm lieb, so leid ihm sind die Taten.“

Nebel hat sich damit auf jenen Boden gestellt, auf den überhaupt nur eine kameradschaftliche Diskussion möglich ist. (Sehr richtig!) Er hat anerkannt, daß wir in guter Absicht, in der Meinung, unserer Bewegung zu nützen, gehandelt haben; er hat anerkannt, daß unsere Personen und unsere Überzeugungen zu respektieren sind bei aller sachlichen Gegnerchaft. Ich bin zu meiner Freude durch diese Tatsache der unangenehmen Aufgabe überhoben, mich mit jener Gruppe von Genossen auseinanderzusetzen zu müssen, die geglaubt haben, andere Wege gehen zu sollen, die nicht nur unsere Meinung zu bekämpfen, sondern außerdem unsere Motive und unsere Personen zu verächtlichen sich verpflichtet glaubten. Ich kann nicht alle aufzählen und will es nicht tun; daß die „Leipziger Volkszeitung“ dabei war, ist selbstverständlich. (Sehr richtig!), aber für ihre Verhältnisse, ich sage es offen, war sie direkt anständig. (Weiterkeit.) Sie hat bloß behauptet, daß wir parlamentarische Kretins und Kleinbürger sind; das nehmen wir dem Genossen Penz nicht übel; wir wissen, daß er gewohnt ist, die Dinge und Menschen vom hohen Hof herab zu beurteilen. (Weiterkeit.) Genosse Stadthagen sagte uns ja allerdings hündisches Benehmen nach, und es kam auch Genosse Antick und das Blatt des Genossen Gewehr, das uns bezeichnete als Hyzantiner und als Streber, die nach Ministeresseln schielen. (Waden.) Ich halte es für unter der Würde des Parteitages und der badischen Genossen liegend, auch nur mit einem Worte zu erwidern. (Zustimmung.) In die eine Wagtschale lege ich die Meinung Nebels und in die andere das Urteil Stadthagens, Anticks, Gewehrs und Penz's und überlasse getroßt dem Parteitag die Entscheidung, auf welcher Seite das gewaltigere Urteil ist. (Sehr gut!)

Wir kommen zu Ihnen nicht reumütig, sondern in dem Bewußtsein, das Gute gewollt und getan zu haben. Wir haben die Partei nicht provoziert und nicht überfallen, sondern wir konnten gar nicht offener und klarer zu Werke gehen. Von allen Seiten sind, wie Nebel schon erzählt hat, in Nürnberg die möglichen Folgen eines verfehlten Beschlusses vorausgesagt worden. Die

Warnungen wären umsonst, und es kam die Resolution und die Erklärung von Siegh. Die Erklärung Siegh war nicht nur eine Art Rechtsverwahrung, sie bräute den ersten und festen Entschluß aus, bei aller Achtung vor der Gesamtpartei und den Beschlüssen des Parteitages die Verhältnisse der einzelnen Länder nicht zu verbessern, die sich nicht alle einseitlich bewerten lassen. Die an den Parteitag anschließenden Proklamationen des badischen und bayerischen Landesvorstandes, die beide jene Erklärung der 68 zu der ihrigen gemacht haben, mußten alle Zweifel über die Natur jener Erklärung beseitigen. Daß sie verstanden worden ist, beweist ein Artikel im „Correspondenzblatt der Generalkommission für Deutschland“. Dieses so vorsichtig geleitete Organ hat damals geschrieben:

„Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein? Das ist die Frage, über die nunmehr in der Parteipresse lang und breit geleitet wird. Man hätte sich diese Frage besser vor dem Parteitage vergegenwärtigt, denn sie führt fast allgemein zu ruhigerer Erwägung der Dinge und zu dem lebhaftesten Wunsch, die Süddeutschen möchten keinen Schritt tun, der zu einer Trennung führen könnte. Die Frage ist aber auch gar nicht unmittelbar zu beantworten, weil sich eben Budgetabstimmungen nicht auf Jahre hinaus dirigieren lassen. Eben deshalb, weil es sich um eine Frage der parlamentarischen Taktik handelt, sind die süddeutschen Genossen gar nicht imstande, jetzt schon zu erklären, was sie bei der in zwei Jahren wiederum fälligen Abstimmung zu tun gedenken. Sie werden durch den Gang der Landespolitik bestimmt, zu handeln, wie es notwendig erscheint. Sie werden dabei selbstverständlich nicht den Wunsch haben, neue Auseinandersetzungen mit den Genossen jenseits des Rhins oder der Elbe zu provozieren und die kostbare Zeit eines Parteitages für ihre Landesangelegenheiten in Anspruch zu nehmen — sie werden bei ihrer Entscheidung also auch dieses Maß von Verantwortlichkeit berücksichtigen müssen. Man kann indes nicht von ihnen verlangen, daß sie automatisch das Budget verweigern und eine entsprechende Menge von Gründen aufzählen, sondern man muß ihnen in ihrem Kampfe mit bürgerlichen Parteien so viel Ellenbogenfreiheit gewähren, um im Dienste der Arbeiterbewegung politisch erfolgreich tätig sein zu können. Es werden also für die Folge Budgetabstimmungen doppelt vorsichtig erwogen werden, aber auch da werden Budgetbewilligungen nicht absolut ausgeschlossen sein. Möge dann von allen Seiten rechtzeitig der Weg der Verständigung beschritten werden, um einer Entwicklung der Auseinandersetzungen vorzubeugen, die diesmal der Partei die Gefahr der Spaltung nahegebracht hätten.“

Auch bürgerliche Kreise haben damals denselben Eindruck gehabt. Ich bringe dieses nicht etwa darum vor, um Schuldlosigkeit für uns abzuleiten, ich will aus der politischen Frage keine Rechtsfrage machen; ich bringe es nur vor, um zu sagen, es war kein Zufall, daß gegenüber diesen Dingen die Partei und der Leipziger Parteitag vollständig geschwiegen haben. Sie laien das deshalb, weil ein großer Teil von Ihnen nach Nürnberg das Gefühl hatte: wir haben den Bogen überspannt. (Zustimmung und lebhafter Widerspruch. Gelächter.) Wir haben auf eine große Minderheit in der Partei nicht die Rücksicht genommen, die notwendig ist für die Aufrechterhaltung der Mehrheitsbeschlüsse. (Zustimmung, Widerspruch, Rufe: Juviel! Juviel!) Aber auch wenn das Schweigen und diese Erklärung nicht vorhanden gewesen wären, wir hätten trotzdem nicht anders gehandelt und nicht anders handeln können, als wir gehandelt haben, weil wir der Auffassung sind, daß gegenüber der Pflicht der Disziplin auch die Pflicht besteht, diese Disziplin vernünftig auszuüben, und daß es Umstände gibt, unter denen der Disziplinbruch zur Pflicht wird.

Das oberste Gesetz, unter dem wir alle stehen, ist, alles zu tun, was den Aufstieg der Arbeiterklasse zur politischen Macht fördert. (Zustimmung.) Und alles zu verhindern, was diesen Aufstieg hemmt. (Sehr richtig! Zuruf: Wer entscheidet das?) Wenn ein Parteibeschluß der Bewegung schweren Schaden brächte, dann kann ein Disziplinbruch zur Pflicht werden. Die Partei will keinen automatischen Gehorsam. Nebel hat das vollständig zugegeben, denn das entspricht der Tradition und Taktik der Partei. Jeder Parteitagbeschlus gilt unter dem stillen Vorbehalt, daß er nicht von Maschinen, sondern von vernünftigen Menschen ausgeführt wird. Nebel und Singer haben mehrfach, der erzie eben noch zugegeben, daß sie unter Umständen gegen Parteitagbeschlüsse gehandelt haben. Dagegen kann man sich nur aus dem Geist der unbedingten Wortdisziplin wenden, die gestern in Städtgen so ausgezeichnet verpöthet hat. (Sehr gut!) Bei jenem Bruch des St. Gallener Beschlusses hat Singer mit Recht erklärt: wir wären Verräter gewesen, wenn wir Stimmenthaltung proklamiert hätten. Run sagt Nebel, es ist ganz etwas anderes, wenn von der leitenden Stelle eine solche von den Beschlüssen abweichende Stellung ausgeht (Nebel: Das habe ich nicht gesagt!) von denen, die die Überzeugung haben, daß sie die Gesamtpartei hinter sich haben. Nebel hat weiter darauf hingewiesen, daß er selbst nachher um Indemnität ersucht hat. Ja, wenn ich wüßte, daß ich die Mehrheit bekomme, würde ich auch um die Indemnität bitten. (Große Weiterkeit.) Nebel: Das ist eben der Unterschied! Nebel machte weiter einen Unterschied zwischen Programm und Taktik. Ja, es ist häufig fürchterlicher herauszufinden, wo es sich bei den Beschlüssen um das Programm, und wo um die Taktik handelt. Wenn man beschließt, einmal eine Dummheit zu machen, so ist das ein taktischer Beschluß, wenn man beschließt, die Dummheit immer zu machen, dann ist es ein prinzipieller Beschluß. Auf Grund des Wortlautes des Nürnberger Beschlusses kann man einfach nicht sagen, daß dort ein Prinzip aufgestellt ist. (Sehr richtig!), denn ein Prinzip läßt keine Durchlöcherung zu, und der Nürnberger Beschluß läßt Ausnahmen zu. Der Parteitag kann schließlich ebenso wenig wie das englische Unterhaus aus einem Mann eine Frau machen. (Weiterkeit.) Wir können nicht die Natur der Dinge ändern, und wir können nicht aus taktischen Dingen ihrer Natur zum Prinzipielle Dinge machen.

Wie sind wir zu unserem sogenannten Disziplinbruch gekommen? Ich weiß, daß für den Teil des Parteitages, der sich auf den disziplinarrechtlichen und parteistrafrechtlichen Standpunkt stellt, meine Ausführungen verlor sind. Wer auf solchem Standpunkt steht, sagt einfach: es muß Order pariert werden, mag da folgen, was da will. Aber aus den Ausführungen von Nebel glaube ich entnehmen zu dürfen, daß dieser rein formale Standpunkt niemals der Standpunkt der Partei gewesen ist. Wir sind nach langen Kämpfen — nehmen wir an, sie seien leicht gewesen — in Baden zum direkten Wahlrecht gekommen. Zunächst kämpften wir Seite an Seite mit den bürgerlichen Demokraten und dem Zentrum gegen die Liberalen, später haben die Liberalen mitgemacht. Bei den ersten direkten Wahlen bekam das Zentrum im ersten Wahlgang von 78 Sitzen 28. Die schwarze Gefahr stand vor den Toren. Da sind wir von den Massen dazu getrieben, dazu gekommen, jenes Gebilde zu schaffen, das unter dem Namen „Großblock“ jetzt so viel herab wird. Bei manchem Genossen gehört es in der letzten Zeit zum guten Ton, über diesen Großblock zu lächeln und zu mittel. Es muß doch ein lebensfähiges Gebilde sein, denn sonst wäre es in fünf Jahren schon totgeredet und totgeschrien worden. Spielen wir nicht mit Worten. Seit Jahrzehnten stimmt unsere Partei in den Stichwahlen überall für die Liberalen gegen die rechts stehenden Parteien, wenn es auch einmal Instimmigkeiten mit Luidde und Blumenthal gibt. Immer wird darüber geflagt, daß es ein einseitiges Verhältnis sei, daß wir die Liberalen wählten, und sie uns durchfallen lassen. Das Wesen des Großblocks besteht nun eben darin, daß wir erklärt haben, wir machen das nicht weiter mit. Wir wählen die Liberalen, wenn sie sich schriftlich verpflichten, auch uns zu wählen, diesen Vertrag voröffentlichen und auch halten. (Sehr richtig!) Und der Vertrag ist gehalten worden. Der Großblock ist also nichts weiter, als die Herstellung der Gegenseitigkeit, die von uns in Norddeutschland immer verlangt aber nicht durchgeführt worden ist. (Sehr

richtig!) Man versteht man unter dem Großblod zwei verschiedene Dinge, nicht bloß das Vorgehen bei den Wahlen, sondern auch das, was nach den Wahlen folgt. Nach den Wahlen von 1905 lagen sich Nationalliberale und Zentrum bald wieder in den Armen und machten eine rückwärtige Bewegung. Nun kamen die vorjährigen Wahlen, bei denen die Liberalen auf Grund ihres dummen Benehmens von 1905 bis 1909 im Landtag eine gründliche Niederlage erlitten. Die nationalliberale Partei, die einstige Beherrscherin des Landes, brachte im ersten Wahlgange ganze 4 Mandatblöcke durch. Da waren sie gezwungen, mit uns den Großblod abzuschließen, der sich ausdrücklich nicht auf diese Bezirke erstreckte, wo die Wahl eines Liberalen oder Konservativen nicht zu befürchten war. Wir eroberten im zweiten Wahlgange 4 Mandate gegen die Liberalen. Das Endresultat waren 20 Sozialdemokraten, 17 Nationalliberale, 7 Linkliberale, 26 Merkale und 3 Konservative. Zur Bildung einer Mehrheit hatten die Liberalen wieder, wie 1905, die Wahl zwischen uns und dem Zentrum. Ratgeberungen, um nicht noch mehr Stimmen an uns oder an die Linkliberalen zu verlieren, kamen sie zu uns.

Wir erhielten im Landtag den ersten Vizepräsidenten und einen Sekretär, aber ich will auf diese repräsentativen Dinge keine ausschlaggebende Bedeutung legen. Vor allem gewannen wir bei den Arbeiten in der Kammer selbst eine andere Stellung. Die Art der Geschäftsverteilung ist in den kleinen Landtagen eine andere, bedeutungsvollere, als im Reichstage. Wir bekamen in verschiedenen Kommissionen den Vorsitz und wichtigere Referate als früher. Dabei wirkte das Zentrum ausnahmslos gegen die Liberalen mit. Ich überschätze wirklich diese Dinge nicht (Zuruf: Doch!), ich bringe sie vor, als Symptom für das Wachsen unseres Einflusses. Es kam dann ein Volksschutzgesetz mit verschiedenen wertvollen Änderungen, mit Verlängerung der Schulzeit, mit obligatorischen Schulärzten, wenigstens für größere Orte, mit Erhöhung der Lehrgelöhner und der Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht. Das Zentrum, das im Reichstage in seinem Toleranzantrage verlangt, kein Kind solle gegen den Willen des Vaters zum Besuche des Religionsunterrichts gezwungen werden, stimmte gegen diesen Dissidentenparagrafen und wegen dieses Paragrafen gegen das ganze Gesetz. Sollten wir etwa gegen das Gesetz stimmen und zur Auslieferung der Schule an die Kirche die Hand bieten! Keineswegs sind alle unsere Forderungen erfüllt, aber wir haben doch die ersten Schritte zur Erfüllung unseres Schulideals erreicht. (Zuruf: Alle Grundzüge habt Ihr preisgegeben!)

Werden wir jemals anders unsere Grundzüge durchsetzen können, als indem wir zunächst unsere weitergehenden Forderungen erheben, und wenn es nicht anders geht, wenigstens einige Fortschritte erreichen? Ist das eine Preisgebung unseres Programms? Wir haben die Abschaffung des Religionsunterrichts gefordert. (Zuruf: Nein!) Jawohl, aber dieser Antrag ist niedergelegt mit Worten, aber dann ist wenigstens die Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht erreicht worden. Auch beim Steuergesetz haben wir immerhin Erleichterungen für linderreiche Familien erzielt. Wir haben gegen Herabsetzungsanträge des Zentrums stimmen müssen, weil wir absolut keinen Grund hatten, die heuchlerische Demagogie des Zentrums zu unterstützen, die das Gesetz zu Fall bringen wollte. Beim Gemeindegeseß haben wir das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Personen über 21 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts verlangt. Wenn, was ich nicht weiß, Kolb sich früher einmal gegen das Frauenwahlrecht ausgesprochen haben sollte, so hat er jedenfalls seitdem gründlich umgelernt. Auch ein Teil der Liberalen hat für das Frauenwahlrecht gestimmt, sicherlich nicht aus Liebe zu den Frauen (Große Heiterkeit!), sondern auf Grund der Tatsache, daß die sozialdemokratische Frauenbewegung zu einer Macht geworden ist. Wir sind nicht mit leeren Händen aus der Kommission gekommen, wir haben durchgesetzt, daß in den wichtigen Armen- und Schulkommissionen künftig Frauen Mitglieder sein müssen. (Hört! hört!) Immerhin ein Schritt vorwärts, der nicht zu verachten ist. Denken Sie doch an die Nichtbefähigung der Wahl Sängers zum Mitglied der Schuldeputation. (Sehr richtig!) In Preußen hat die Sozialdemokratie noch nicht einen Genossen in eine Schuldeputation hineinkommen. Wenn uns Rosa Luxemburg das Interesse bewahrt, das sie in der letzten Zeit für Baden bewiesen hat (Sehr gut! und Weiterkeit!), sie brauchte sich nur die Stadt auszusuchen, wo sie bei uns in die Schulkommission gewählt werden will. Wir haben ferner die direkte Wahl der Gemeindeführer für Orte bis zu 4000 Einwohnern durchgesetzt, was für ein Land wie Baden mit seinen vielen kleinen und mittleren Städten erheblich in Betracht kommt. Die in der Landtagitation praktisch tätigen Genossen werden mir befehlen, wieviel von unserer Stellung auf den Rathhäusern abhängt. (Sehr richtig!) Wir haben, glaube ich, in Preußen nicht ein einziges Magistratsmitglied, in Baden werden wir fast ohne Ausnahme auf Grund der Verhältnismäßigkeit in jedem Rathhause in die Magistrate kommen. (Hört! hört!) Es ist uns nicht gelungen, die direkte Wahl für die Großstädte durchzusetzen, aber die Schöpfung, statt der Zwölftelung ist doch auch nicht zu verachten. Soweit ich mich entsinne, hat schon vor zehn Jahren Dreßbach zusammen mit Adolf Geß einen Initiativantrag auf Einführung der Sechstelung eingebracht. (Hört! hört!) Wir haben zwar nicht die Herabsetzung des Wahlrechts von 26 auf 21 Jahre, aber doch auf 23 Jahre erreicht, und wir haben durchgesetzt, daß beim Wegzug nicht ohne weiteres das Wahlrecht verloren geht, vielmehr jemand, der das Wahlrecht gehabt hat, es ohne weiteres behält, wenn er innerhalb zweier Jahre an seinen Wohnort zurückkehrt. Man hat ja anzuerkennen versucht, daß da und dort vielleicht eine Kleinigkeit durchgesetzt worden ist, aber man hat behauptet, daß sie nur möglich gewesen durch Preisgabe von Grundzügen. Wir haben niemals irgendeinen Grundzahn preisgegeben. Ich finde es geradezu komisch, wenn man den Beweis gegen uns aus ein paar Artikeln der bürgerlichen Presse herleiten will. Vor vielen Jahren hat ein Genosse auf einem Parteitage erklärt: "Ich würde es überhaupt als eine persönliche Herabsetzung meiner selbst ansehen, wollte ich mir ein Urteil über einen Parteigenossen daraufhin bilden, was die generische Presse über ihn sagt." Dieser Genosse war August Bebel. (Hört! hört!) Wie leicht wäre es mir, andere Blätter zu zitieren, z. B. das Urteil des badischen Zentrumsführers Wacker, wonach wir in Baden einen Einfluß erreicht hätten, wie er es überhaupt nicht für möglich gehalten hätte. Ähnlich äußerte sich auch das Hauptorgan der Konservativen in Süddeutschland.

Genosse Rehring sagte in einem Artikel, die Frage sei die: "Wir den Teufel oder der Teufel uns". Das mag für ein Bündnis mit dem Teufel zutreffen, ich bin da nicht zuständig (Weiterkeit!), in der wirklichen Welt gibt es aber Zwischenstufen vom schwarzen Teufel bis zum roten Engel. Kein vernünftiger Mensch wird behaupten wollen, daß wir oder die Liberalen auch nur eine Minute länger zusammenarbeiten, als beide Teile glauben, dabei auf ihre Rechnung zu kommen. Es ist selbstverständlich der badischen Partei niemals eingefallen, eine Uebertragung der für unsere Verhältnisse passenden Politik auf Verhältnisse zu verlangen, die dafür nicht passen. Wir Badenser verlangen nichts anderes als Gleichberechtigung. Wir wollen, daß wenn künftig Liberale oder andere Parteien unsere Stimmen wollen, bei Wahlen im zweiten Wahlgang, sie uns Gegenseitigkeit verbürgen. Diesen Großblod halten wir nicht für utopistisch. Das wird von der ganzen Partei jeden Tag verlangt.

Wir haben keine Dinerpolitik getrieben. Die Nationalliberalen waren durch die Verhältnisse gezwungen, sich bei uns anders zu betragen als auf anderen Plätzen. Wir haben durchgesetzt, daß sie für die Einstellung von Arbeiterkontrollen stimmen, daß sie 100 000 M. für die Arbeitslosenversicherung bewilligen. Wir sind keineswegs gezwungen gewesen, besondere Rücksichten zu übernehmen. Wir haben bei allen Gelegenheiten den Arbeiterstandpunkt, den sozialdemokratischen Standpunkt, wenn Sie wollen,

den revolutionären Standpunkt vertreten, so energisch, wie er in keinem deutschen Parlament energischer vertreten wird.

Nun hat Bebel behauptet, man habe die Petitionen der Eisenbahner kurzer Hand abgetan. Wenn man nach diesem Schema Anträge konstruieren wollte, wie würde es da unserer Reichstagsfraktion ergehen. Die Petitionen sind eingehend behandelt worden. Dabei muß man hervorheben, daß der Eisenbahnerverband von der Verwaltung als Organisation anerkannt wird, und daß auch die Regierung die Fortarbeiter nicht verhindert, sich zu organisieren.

Beim Schulgesetz und bei der Frage der Dissidentenkinder ist durch den Blod verhindert worden, daß die Schule liberalisiert wurde. Wir waren uns klar, daß ein monatelanges Zusammenarbeiten mit den Liberalen zuletzt die Konsequenzen haben mußte, daß wir das Budget, das unter unserem Einfluß zustande kam, genehmigen mußten. Der Nürnberger Beschluß sieht die Zustimmung nur vor, wenn wir die Mehrheit haben. Nach dem Geist der Worte muß es dasselbe sein, wenn wir Einfluß auf das Budget gewinnen. Nun erklärte Herr v. Bodman, er könne nicht vorschlagen, Sozialdemokraten zu Bezirksräten zu machen. Wir beschloßen daher als Demonstration das Budget abzulehnen, weil wir mindere Rechte haben sollten. Wir hatten auch schon eine Erklärung beraten, die wir abgeben wollten. Sie lautete: Wir bedauern, daß wir durch die Regierung gezwungen werden das Budget abzulehnen. (Zuruf: Und Parteitagbeschlüsse zu halten! Große Heiterkeit.) Sicherlich hat es mehr als einen in der Fraktion gegeben, der trotz aller Entrüstung über die Erklärung Bodmans froh war, daß er das gesagt hatte, weil er damit eine anständige Ausrede hatte, das Budget abzulehnen und in seinen Konflikt mit der Partei zu kommen.

Wir waren keinesfalls darauf aus, einen Konflikt zu suchen. Es ist wirklich kein Vergnügen, ein paar Monate im Mittelpunkt parteigenösslicher Aufmerksamkeit zu stehen (Weiterkeit!). Dann wurde Bodman von Seiten liberaler Barone heftig angegriffen, weil er gewissermaßen der Helfershelfer der Sozialdemokratie sei. Herr v. Bodman erwiderte nicht bloß, daß die Sozialdemokratie eine grobpartige Bewegung sei, sondern er erklärte auch, daß man die Leute nicht nur nach dem schäßen müsse, was sie zahlen, sondern was sie für die Gesellschaft leisten. Er sagte, es seien Kräfte im Volk und in der Arbeiterschaft vorhanden, die man für den Staat und die Gesellschaft dienstbar machen müsse. Im Zusammenhang mit der ganzen Situation mußten wir diese Erklärung als Zurücknahme einer Bemerkung, die gegen uns gerichtet war, erbliden. Wir haben nicht Bodman zuliebe für das Budget gestimmt, sondern der politischen Situation, uns und der Bewegung zuliebe. Es ist ein großer Unterschied, ob ein Mann wie Bismarck unter dem Ausnahmegefeß erklärt, es sei ein berechtigter Kern in der Sozialdemokratie. Einem solchen Mann verzeiht man jede Liebeshandigkeit gegen unsere Bewegung. Es ist aber etwas anderes, wenn man einem Minister vorwirft, daß er uns Konfessionen macht. Es ist doch zu beachten, daß die bürgerlichen Gegner über Herrn v. Bodman ganz aus dem Häuschen geraten sind; so ein halbes Dutzend Redner auf dem Rathhause und die Selben in Braunschweig. Diese Reue ist jedenfalls ein Symptom für die Tatsache, daß die Arbeiterklasse heute eine Macht ist. Darum begrüßen wir sie.

Die Zustimmung zum Budget ist nicht notwendig ein Vertrauensvotum. Es wurde auch in Baden stets einstimmig angenommen. Nun ein einziges Mal vor der Revolution mit 33 gegen 19 Stimmen, aber eine große Zahl derer, die dafür stimmten, erklärten, daß sie nicht daran dächten dem Ministerium ein Vertrauensvotum auszusprechen; sie wollten nur das Ministerium binden, die Steuern so zu erheben, wie vorgeschlagen war. Natürlich kann man umgekehrt durch Ablehnung ein Mißtrauen ausdrücken. Das ist bei jeder parlamentarischen Abstimmung. Jedes Gesetz kann aus zwei Gründen abgelehnt werden. Entweder, weil der Inhalt nicht so weit geht, oder weil man kein Vertrauen zum Ministerium hat. Wer aber jedes Gesetz ablehnt, der muß aus dem Parlament herausbleiben. Man kann nicht im Parlament Antiparlamentarismus treiben. (Sehr richtig!) Wir machen ja auch in der Praxis Unterschiede zwischen der Justizvorlage und sozialpolitischen Gesetzen, zwischen Posodowsky einerseits und Rheinbaben und Köller andererseits. Wenn Sie meinen, man könne unter allen Umständen nur kleine Konfessionen erreichen, mit einer solchen Lehre der Hoffnungslosigkeit erobern Sie nicht die Welt, nicht einmal den kleinsten Wahlkreis. (Beifall und Widerspruch.)

Schauen Sie doch die Gewerkschaften an, die monatelang kämpfen und hungern, um Erfolge von wenigen Pfennigen durchzusetzen. Sehr oft hält man für eine kleine Konfession etwas, was ein Keim der Zukunft ist. Nun ist uns vorgeworfen, wir hätten die Budgetablehnung verächtlich als bloße Demonstration behandelt. Ich halte unter Umständen sehr viel von Demonstrationen, wenn sie wirksam sind. Aber diese Demonstration in einem kleinen Parlament, von der die Gegner wissen, daß die Genossen gegen ihren Willen vom Parteitag dazu gezwungen werden, sind wirklich nicht wirksam. Eine Demonstration gegen das historische Unrecht, das der Arbeiterklasse geschieht, muß gewaltiger ausfallen, als eine einfache Abstimmung einiger Landtagsabgeordneter. Diese Demonstration aber haben wir, das ist die Arbeiterbewegung selbst. (Zustimmung.) Wir brauchen nicht erst von Rosa Luxemburg zu lernen, daß Baden noch nicht zum Paradies der Arbeiter geworden ist. Baden wir nicht unsere ganze Kraft daran setzen, die erbärmlichen sozialen Verhältnisse zu verbessern? Baden ist sicher ein schönes Land, aber als Paradies hat es noch keiner aufgefacht oder höchstens die Genossin Luxemburg, sonst wäre sie nicht solange bei uns geblieben. (Weiterkeit.)

Nun hat man auch behauptet, daß wir an monarchischen Kundgebungen und beteiligt haben. Ich glaube, man tut der Budgetfrage Unrecht, wenn man sie in einem Atemzug mit jener Monarchengeschichte behandelt. Geradezu abenteuerliche Vorstellungen sind über die Ausbreitung monarchischer Gelüste unter den badischen Genossen verbreitet. Reulich war in Baden große Ordnungsverteilung. Da hat man uns natürlich auch gefragt, ob auch bei dieser Gelegenheit die Gleichberechtigung hochgehalten wird. (Bebel: Verdient hätte! Wenn wir schon Orden bekommen, wollen wir uns auch bedingen, daß wir sie am roten Bande tragen.) Selbstverständlich müssen wir uns in den Parlamenten an Geschäftsordnung und Verfassung halten. Ueber Differenzen in Geschäftsordnungsfragen sollten sich die Parteigenossen doch nicht die Köpfe zerschlagen. Wir meinen, daß die Partei ihre Taktik gegenüber der Monarchie nicht verändern will, schließen wir aus der Debatte, die zwischen anderen Genossen geführt wurde. Wir werden unsere republikanische Ueberzeugung nie verleugnen, aber wir halten es mit Bebel's Worten in Amsterdam: im Vordergrund stehen uns die Klassenforderungen des Proletariats; es kann gewiß Stanten geben und gibt sie, wo zeitweise der schärfste Kampf gegen den Monarchen nötig wird. Aber Bebel selbst hat uns ein Beispiel gegeben, daß man jene Konzepte, die sich uns nicht feindlich entgegenstellen, eben nicht persönlich bekämpft. Bebel hat selbst erklärt, bei einer eventuellen Kaiserwahl wäre es Prinz Ludwig von Bayern, auf den mit Recht die meisten Stimmen fallen würden.

Was soll jetzt geschehen. Bebel hat ausdrücklich anerkannt, daß wir die Partei nicht haben schädigen wollen, sondern daß wir das Beste, nach seiner Ansicht auf falschen Wegen, anstrebten. Dazu paßt die Vorstandsresolution sehr schlecht. Diese Anerkennung unserer guten Absicht müßte doch auch in der Resolution, die die Meinung der Partei zum Ausdruck bringen soll, ausgesprochen sein. Jetzt steht aber nur drin, daß wir behauptet haben, daß die Partei nicht schädigen wollten. Bebel fügte hinzu, daß bei einer Wiederholung mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden würde. Genossen, entweder man meint, daß eine bewußte und absichtliche Verletzung des Parteibeschlusses vorliegt, dann braucht man nicht die Wiederholung abzuwarten, wenn die Sache aber anders ist und man bloß meint, wir seien in guter Absicht auf falschen Wegen gegangen, dann kann man nicht in die

Resolution schreiben, daß wir das Bewußt sein haben. Wir haben natürlich nicht unbewußt gehandelt, aber unsere Absicht war, der Arbeiterbewegung zu nützen, und die Verletzung des Parteibeschlusses war dabei nur eine unangenehme Begleiterscheinung. Ein alter Parteistaffler, der seit 25 Jahren das Parlament kennt, hat mir gesagt, ihr seid zu ehrlich, warum habt Ihr nicht gesagt, was Ihr getan, sei im Rahmen des Nürnberger Beschlusses; denn Ihr habt doch für das Budget gestimmt, damit nicht durch seine Ablehnung ein schlechteres Budget herbeigeführt wird (Anruhe); ja, Genossen, das Zentrum hat gegen all unsere Anträge für Arbeiterfrucht, für Schule usw. gestimmt. Und wenn unter dem Einfluß des Zentrums das nächste Budget zustande gekommen wäre, wäre es ein schlechteres. -- Der Landtag hat beschlossen, die Steuern nicht zu erhöhen. Deshalb hat die Zentrumspresse und der rechtsnationalliberale "Schwäbische Merkur" der Regierung vorgeworfen, es sei ihre und des Großblods Schuld, daß die Regierung verhindert wurde, einen Steuererhöhungsblod aus Zentrum und Liberalen zu gründen. Nun Genossen, ich habe absichtlich und offen diese Dinge erzählt. Es ist besser, wir haben eine falsche Begründung zu einem richtigen Handeln, als umgekehrt. (Zuruf: Wer ist dieser Ratgeber?) Es ist Genosse Ulrich, und ich meine, der Name hat wohl ganz guten Klang.

Redner bespricht nun den Antrag Braun-Königsberg, daß die Partei endlich einmal einen Weg suche, um aus den ewigen, schon langweilig werdenden Budgetdebatten herauszukommen (Anruhe). Wir haben diese Debatten seit 16 Jahren, und jeder, besonders marxistisch gesuchte Genossen, müssen zugeben, daß das nicht zurückzuführen ist auf die Bosheit einzelner Genossen, sondern daß das in den Verhältnissen begründet sein muß. -- In Nürnberg hat mein Freund Timm mitgeteilt, daß er seinerzeit in Frankfurt als Schatzrichter über die Budgetsünder fungierte, ohne zu wissen, was ein Budget sei! (Gelächter.) Es ist überhaupt die Frage falsch gestellt. Nicht, was ein Budget ist, haben wir zu fragen, sondern: wie sehen die Budgets der deutschen Staaten und des Reiches aus. Zwischen dem sogenannten bairischen Typ und dem Reichstyp eines Budgets besteht der Unterschied, daß das bairische Finanzgesetz bloß eine kurze Erklärung ist, daß in den nächsten zwei Jahren folgende direkte Steuern erhoben werden sollen, was an die alten Rechte der Landstände, Auflagen zu machen, anknüpft, -- während der Reichstyp von den Steuern überhaupt nicht spricht, sondern nur die Einnahmen und Ausgaben enthält, da die Steuern im Reiche nicht auf ein bis zwei Jahre, sondern ohne Rücksicht auf das Budget dauernd erhoben werden. Wenn wir nun beschließen, daß die Finanzgesetze stets abzulehnen sind, das heißt, daß die Steuern verweigert werden müssen, dann ist die Konsequenz davon, daß wir auch im Reichstag jedes Steuergesetz niederstimmen müssen. Wir haben, soviel ich mich entsinne, im Reichstag aber für die erste Erbschaftsteuer vorlage gestimmt, auch für die Wechselsteuer und haben also dort gegen den Nürnberger Beschluß gestimmt. (Widerspruch.) Ich will Ihnen ja meine Meinung nicht aufdrängen. (Dittmann-Solingen: Das gelingt Ihnen auch gar nicht!) Aber ich will doch nur, daß Sie diese Fragen studieren. Warum stimmen Sie nicht für den Antrag, das Material zu sammeln? Sie fürchten, den Einbruch hervorzuheben, daß Sie uns Recht geben. (Bebel: Nein, weil wir uns fürchterlich lächerlich machen würden.) Lassen wir doch endlich einen Beschluß, der die Partei aus einer Sadgasse herausbringt und uns den Frieden bringen würde, den wir alle wünschen. Angst vor falscher Auslegung Ihrer Beschlüsse sollte Sie davon doch nicht abhalten. Ich bin überzeugt, daß wir endlich diesen Weg gehen müssen und daß die große Mehrheit der Partei, der Genossen, die auf Wunsch Bebel's die Vertrauensleute beauftragten sollen, aufatmen würden, wenn endlich ein Weg gefunden würde, der uns einigte zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind, (Stürmischer Beifall bei der Wiederkehr.)

Vorsitzender Dietz: Ich schlage vor, sämtliche Anträge zum Budgetbewilligung bis auf den Antrag 63 als unterstützbar gelten zu lassen. Den gegenstandslos gewordenen Antrag 63 zieht vielleicht Genosse Liebkecht zurück. (Liebkecht: Ich ziehe ihn zurück.) Auf Grund des Ganges der Nürnberger Verhandlungen möchte ich vorschlagen, daß bei dieser Diskussion immer ein Redner für die Badenser und ein Redner gegen die Badenser spricht. Das würde sicher zur Klarstellung beitragen. Natürlich können von den Rednern dabei familiäre Anträge in den Bereich der Erörterungen gezogen werden. 55 Wortmeldungen liegen vor. Jeder Redner müßte selbst ankommen, ob er für oder gegen die Badenser sprechen will. In Nürnberg ist die Rednerliste in der Reihenfolge, wie die Meldungen eingingen, geführt worden, und innerhalb dieser Reihenfolge hat dann ein Redner für und ein Redner gegen das Wort erhalten. Ist der Parteitag damit einverstanden, daß wir in derselben Weise verfahren? Widerspruch erhebt sich nicht, es ist also beschlossen.

Dittmann-Solingen (zur Geschäftsordnung): Ich möchte beantragen, daß die alte Uebung, daß eingezogene Redner ihre Plätze in der Rednerliste tauschen, ausdrücklich vom Parteitag als berechtigt anerkannt wird. Ich halte es ferner für eine falsche Formulierung, daß Redner für oder gegen die Badenser zum Worte kommen. Es muß, wie in Nürnberg, heißen: für oder gegen die Vorstandsresolution.

Dr. Dawid: Der Vorschlag des Präsidenten trifft das Richtige. Wenn abwechselnd Redner für oder gegen die Vorstandsresolution zum Worte kommen, so können, wie es in Nürnberg war, unter den Gegnern auch radikalere Elemente rangieren, die die Vorstandsresolution verwerfen, weil sie ihnen zu nah ist.

Es wird beschlossen, daß ein Wechsel in der Rednerliste stattfindet. Es bleibt dabei, daß immer je ein Redner für und gegen die Badenser (nicht für oder gegen die Vorstandsresolution) zu Worte kommt.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort Bebel: Genosse Bebel behauptet, ich hätte in meinem Wahlkreis anders gesprochen als in meinem "Blättchen". Zunächst ist das Blättchen das Wort der anhaltischen Parteigenossen. Wenn Genosse Bebel recht hätte, dann müßte ich ein ganz verächtlicher Mensch sein, dann verdiente ich nicht, als Reichstagskandidat der Partei zu fungieren. (Sehr richtig!) Genosse Bebel hat auch nicht den geringsten Beweis für seine Behauptung erbracht. Ich habe immer noch für einen gehalten, der mit seiner Meinung nicht zurückhält. (Sehr richtig!) Ich werde mich nicht wundern, wenn in die Flugblätter meiner politischen Gegner diese Bemerkung des Genossen Bebel hineinkommt. (Sehr richtig! Anruhe!) Wenn Genosse Bebel glaubt, auf Grund seiner Stellung sich ein solches Vorgehen gegen mich leisten zu können, so muß ich erklären, daß ich Genosse Bebel um diese Fähigkeit nicht beneide. Ich erkläre ferner, daß ich ihn nicht fürchte und daß ich mich nicht einschüchtern lasse, daß ich aber gegen die Ranier protestiere. Wenn Genosse Bebel dann gemeint hat, ich würde hoffentlich radikal bleiben, so halte ich mich in der Tat für radikaler (Lachen) als manche andere, die sich mit Worten begnügen.

Darauf tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein. (Schluß in der 2. Beilage.)

### Eingegangene Druckschriften.

Zur preussischen Verwaltungsreform. Denkschrift verfaßt im Auftrage der Kellerei der Kaufmannschaft von Berlin. Von Dr. Hugo Preuss. Preis geb. 3 M. -- Deutsche Sprach- und Stillehre. 3. Auflage. Eine Anleitung zum richtigen Verständnis und Gebrauch unserer Muttersprache. Von Prof. Dr. D. Weise. Preis 1,20 M. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig.

Der Sinn des Lebens und die Wissenschaft. Grundlinien einer Volksschulphilosophie. IV, 290 Seiten gr. 8°. Von Dr. F. Müller-Ber. Gebunden 4 M., gebunden 5 M. A. B. Lehmanns Verlag in München.

Konkretprogramme der Gegenwart. Von Hugo Schlemmmer. Erstes Jahrbuch. Inhaltlich mindestens 20 Feste. Abonnement 3 M. pro Jahr. Verlag Hugo Schlemmmer, Frankfurt a. M.

Schopenhauers Leben. Von Wilhelm v. Gumbner. Dritte, neu-gedruckte und verbesserte Ausgabe. Mit 4 Porträts und 1 Steinbild. 139 Seiten. F. A. Brockhaus Leipzig.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Rachmittagsführung.

Den Vorsitz führt Dieck.

Die

Debatte über die Budgetfrage

wird eröffnet. Eingegangen sind die Anträge 93 und 94\*) und folgende Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion des württembergischen Landtages, die von der 16 Mitglieder zählenden Fraktion mit allen gegen eine Stimme beschlossen ist:

Die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtages ist der Überzeugung, daß im Interesse wirklicher Geltendmachung ihres Einflusses in den Fragen der Landespolitik ihr die Entscheidungsfreiheit in Sachen der Budgetablehnung oder Annahme gewahrt sein muß und richtet daher an den Parteitag die dringende Bitte, eine Abänderung des Beschlusses des Nürnberger Parteitages in der Richtung vorzunehmen, daß eine aus zwingenden Gründen notwendige Zustimmung zu einem Budget den Landtagsfraktionen erleichtert wird.

Rahenstein-Stralsund: Die badischen Genossen haben ihre Haltung mit besonderen Gründen der politischen Lage erklärt, aber diese besonderen Gründe haben früher nicht vorgelegen und sie haben trotzdem für das Budget gestimmt, und zwar zu einer Zeit, in der sie in der schärfsten Opposition zur Regierung gestanden haben. Es kann also nicht stimmen, daß es bloß die heutige politische Konstellation war, sondern es ist die gesamte Stellung, die unsere Genossen dort und unter ähnlichen Verhältnissen den Regierungen gegenüber einnehmen, und ich glaube, daß diese Haltung sich ganz wohl erklärt aus gewissen Verhältnissen, die Sie ja alle kennen, aus der nicht ganz so scharfen Zuspitzung der sozialen und politischen Gegensätze, und weiter daraus, daß unsere Genossen, zumal in Deutschland, politisch überaus anspruchlos sind. Die deutschen Arbeiter sind nur zu sehr geneigt, entgegenzukommen, wenn etwas mildere Seiten aufgezeigt werden. Man mühte solche Dinge ja eigentlich verschleiern, aber die preussische Regierung hat ja glücklicherweise nicht so viel Intelligenz, um die Latenz ihrer süddeutschen Kollegen nachzuahmen. (Heiterkeit.) Eine freundliche Behandlung von oben, sofern sie nicht erlumpft ist, liegt gar nicht im Interesse der Partei. (Sehr richtig!) Es ist wünschenswert, daß die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen der Sozialdemokratie und ihren Gegnern den Massen jederzeit im Bewußtsein bleiben. Ich halte es für wünschenswert, daß der Bogen recht straff gespannt wird, um so schärfer fliegt der Pfeil aus der Sehne. (Sehr richtig!) Die bevorstehenden schweren Kämpfe erfordern äußerste Kraftanstrengung. Wie der Großherzog von Baden, der persönlich ja als nicht unsympathisch bezeichnet wird, der Freund, Vetter und Bruder seines Kollegen von Preußen ist, so ist die badische Regierung nichts anderes, als ein detachiertes Part der norddeutschen Befestigung. In Fragen der Reichspolitik hat die badische Regierung ebenfalls keine Sonderstellung eingenommen. Sie hat die früheren Ausnahmegesetze und die neueren Finanzmaßnahmen gebilligt. Alles hat sie mitgemacht, und sie verdient, wie jede andere deutsche Regierung, die allerschärfste sozialdemokratische Opposition. Eine Gleichberechtigung der Sozialdemokratie besteht auch in Baden nicht. Selbst wenn wir eine wirkliche Demokratie hätten, müßten wir das Budget verweigern. Höchstens, wenn die Regierung gewählt wäre, könnte man anderer Meinung sein. In Baden haben wir genau dasselbe aristokratisch-bureaucratische System wie in anderen Staaten. Selbst erstbeste bürgerliche Parteien müßten demgegenüber zu den allerschärfsten Oppositionsmitteln greifen. Solange unsere Partei eine Minderheit ist, ist die Budgetablehnung eine Demonstration, aber, wenn man will, ein Bekenntnis. Beim Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien muß man um so mehr Gewicht auf die klare Herausarbeitung des grundsätzlichen Gegensatzes legen. Vor allem kommt die Rücksicht auf die Genossen der eigenen Partei. (Sehr richtig!) Die badischen Genossen aber haben einen Keil in die Partei getrieben.

Unsere Kraft liegt nicht in momentanen Erfolgen, sondern darin, was die Masse aus der Partei macht. Die Folge der Fortsetzung der badischen Politik würde die Verwischung des Unterschiedes zwischen diesen Genossen und dem linken Flügel des Bürgertums sein, und die weitere Folge wäre dann die Entstehung einer starken, antiparlamentarischen anarchischen Partei neben der unseren. (Bravo!)

Hilsenbrand-Stuttgart: Wir stehen vor einer folgenschweren Entscheidung. Schon 1894 auf dem Frankfurter Parteitag erhob Genosse v. Bollmar seine warnende Stimme und warnte vor einem halblösen Beschluß, der nur die Quelle fortwirkender Zwietracht werden würde. Ich wiederhole heute aus meiner persönlichen Erfahrung heraus diese Warnung. Auch wenn Sie heute die Resolution des Parteivorstandes mit großer Mehrheit annehmen, ist die Frage der Budgetabstimmung für den deutschen Parteitag keineswegs erledigt. (Hört! Hört!) Die Verhältnisse einzelner Staaten im Reiche halten es auf die Dauer gar nicht mehr aus, einen derartigen ablehnenden Standpunkt ausnahmslos einzunehmen. Keine zweite sozialdemokratische Partei außer der deutschen hat das Verhalten ihrer parlamentarischen Vertreter zum Budget grundsätzlichen festgelegt. Alle Parteien mit Ausnahme der deutschen haben bis heute diese Frage nach den jeweiligen Verhältnissen entschieden und haben wegen dieser Angelegenheit unter sich keinerlei Streitigkeiten gehabt. In diesem Standpunkt wird, glaube ich, die Praxis auch die deutschen Genossen befestigen. Auch Bebel hat in Lübeck erklärt, daß, wenn die Sozialdemokratie in eine Mehrheitsstellung eintritt, unmöglich der grundsätzliche Ablehnungsstandpunkt aufrecht erhalten werden kann. Es müßte dann selbstverständlich das Budget angenommen werden, obgleich damit keineswegs der Charakter des Klassenstaates beseitigt ist. Ich bedaure es, daß der Parteivorstand und die Mehrheit der norddeutschen Parteigenossen sich sogar keine Gedanken darüber machen, wie die süddeutschen parlamentarischen Genossen trotz aller Unterschiede des Temperaments, der Anschauung mit ganz wenigen Ausnahmen auf dem Standpunkt stehen, daß die grundsätzliche Stellungnahme in dieser Frage auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Selbst wenn der Parteitag die Verschärfung der Resolution annehmen

solte, die für die Zukunft die Abstimmung für das Budget mit dem Ausschluß bedroht, selbst dann wird diese Frage nicht für alle Zukunft erledigt sein. Der Parteitag sollte sich solchen Schritt um so mehr überlegen, weil doch niemand in der ganzen Partei von irgend einem Budgetabhängiger eine parteifähigende Absicht annehmen wird. (Sehr richtig!) Wir haben doch wahrlich andere Gelegenheiten genug, um unsere Opposition gegen den Klassenstaat in der schärfsten Weise zum Ausdruck zu bringen. Gerade solange wir an einen Parteitagbeschuß gebunden sind, nehmen unsere Gegner die Budgetabstimmung nicht als Ausdruck unserer Überzeugung an. Die Wucht der Ablehnung wird um so größer sein, wenn sie freiwillig aus unserer Überzeugung heraus erfolgt und nicht auf eine gegebene Marschroute hin. Ich protestiere auch im Namen vieler Parteigenossen gegen die Auffassung, daß die Sozialdemokratie erst recht gebittelt werden muß, um vorwärts zu kommen. Wir brauchen nicht unter der Fuchtel zu stehen, um mit aller Schärfe für unsere Prinzipien einzutreten. Soll etwa unsere ganze Propaganda, unsere Stachkraft davon abhängen, ob wir mehr oder weniger geschätzt werden? Mit Recht hat der Genosse Adler gesagt, daß man bindende Beschlüsse auf das Notwendigste beschränken muß. (Sehr richtig!) Wir haben Ihnen einen Antrag unterbreitet, der die Frage unter einem allgemeinen Gesichtspunkt prüft. Die ganze Frage ist ja eigentlich noch völlig ungeklärt. Die Verfassungsbestimmungen in den einzelnen Ländern sind völlig verschieden. Also, ganz abgesehen von der Sache der Wadener, verlangen wir vom Parteitag, daß nach eingehendem Studium einmal eine gründliche Erörterung der materiellen Seite des Staatsbudgets auf einem Parteitage stattfindet. Bisher haben wir immer nur dekretiert. Will der Parteitag gerecht sein, muß er unseren Antrag annehmen. Aus der Klärung der Sache wird hoffentlich eine Stellungnahme herauskommen, die allen Parteigenossen die Möglichkeit gibt, einheitlich für die Gesamtpartei zu wirken. (Bravo!)

Lipinski-Leipzig: Frank hat in ganz geschickter Weise eine Neuherung Bebel's aufgegriffen, um glauben zu machen, daß die badischen Abgeordneten gutgläubig gegenüber den Parteigenossen des ganzen Reiches gehandelt haben. Das beitrete ich auf das allerentschiedenste. (Unruhe bei den Süddeutschen.) Von einer Gutgläubigkeit und einem Irrtum kann bei diesem planmäßigen Vorgehen keine Rede mehr sein, daß die Partei zwingt, sich in der jetzigen Situation wieder mit dieser Frage zu beschäftigen. Man hat die Partei in die Zwangslage versetzt, eine Frage in einer nicht genehmen Situation zur Entscheidung zu bringen. Die badische Fraktionsmehrheit hat bewußt die Partei vor diese Frage gestellt unter der Voraussetzung, daß der Parteitag sich hüten würde, in der gegebenen Situation die Konsequenzen zu ziehen, daß er gutmütig darüber hinweggehen und den Irrtum entschuldigen wird. Auch wir wollen die Einheit der Partei. Wir sind von Dresden an immer gutmütig gewesen. Nun wird aus neue die Spekulation auf die Gutmütigkeit versucht. Man sucht die ganze große Frage der Disziplin als nebensächlich, harmlos hinzustellen. Die Wadener sagen sich: uns kann ja gar nichts geschehen, jeder Parteitag erteilt uns Abjuration und dann sind wir natürlich wieder einsig. So kann es aber nicht weitergehen. Handeln die Wadener fortgesetzt gegen Parteitagbeschlüsse, so haben sie sich ohne weiteres außerhalb der Partei gestellt. (Sehr richtig!) Wird die Einheitsliebe der Partei aufgelöst in dieser Frage, dann wird es auf diesem Weg kein Halt mehr geben, dann zersplittern wir uns in Atome und dann stellen wir uns, wie das Bollmar schon 1891 in Erfurt dargestellt hat, auf den Boden bürgerlicher Politik. — Was die positive Arbeit betrifft, wo ist sie denn vernachlässigt worden? Kolb versucht die ganze Tätigkeit der Partei auf einen bürgerlich-demokratischen Standpunkt zu stellen, wie ja auch Auer in Hannover sagte: warum muß denn immer das Endziel am Taschentuche oben baumeln? Das kann so nicht weitergehen. Und darum haben wir den Zusatzantrag zu der Resolution des Parteivorstandes gestellt. Bebel hat sich dagegen gewandt. Aber was haben wir erreicht, wenn fortgesetzt der Parteitag beschließt: es ist ein Irrtum passiert, die Parteigenossen waren wieder einmal unschuldig, die Angelegenheit ist erledigt. Dann geht auf jedem Parteitag die Sache von neuem los. Organisation und Parteiarbeit werden a u f s s c h w e r s t e geschädigt und uns wird kostbare Zeit geraubt. Darum sind wir der Meinung, daß die, die derartige grundsätzliche Parteibeschlüsse nicht anerkennen, sich ohne weiteres von selbst außerhalb der Partei gestellt haben. (Sehr richtig!) Stellen Sie sich außerhalb der Partei? (Zurufe bei den Wadenern: Nein!) Dann können Sie natürlich Ihren Kleinbürgerlichen Standpunkt nicht weiter vertreten. (Ohne Pause bei den Süddeutschen.) Nehmen wir die Resolution Bebel an, so haben wir natürlich keine Veranlassung, eine Studienkommission einzusetzen. Das würde heißen, daß wir Beschlüsse gefaßt haben, für die uns die Unterlegen gefehlt haben. (Sehr richtig!) Die Resolution Bebel muß mit unserem Zusatzantrag angenommen werden. Dann wird der Verleisterung ein Ende gemacht und klar gesagt, was ist. (Lebhafte Weisfall und Widerspruch.)

Wittl-München: Genosse Bebel hat uns bayerischen Genossen einige Komplimente gesagt. Er kündigte an, er wolle evtl. nach München überfliegen und dort seine Tage beschließen. Wir heißen Sie, Genosse Bebel, aufs herzlichste willkommen, und wenn Sie wollen, daß wir Ihnen einen Empfang bereiten (Bebel: Ja, Kinder, macht keine Geschichten, dann komme ich nicht! Stürmische Heiterkeit). Kommen Sie nur, Genosse Bebel, Sie werden finden, daß die Luft der bayerischen Hochebene ein wenig freier und angenehmer ist, als die Luft der Mark Brandenburg. Bebel hat gleichzeitig die Versicherung abgegeben, daß er nie Revisionist werde, aber ich glaube, daß Bebel, wenn er nach München kommt, Revisionist werden wird. (Stürmische Heiterkeit.) Bebel hat dann weiter gemeint, wir bayerischen Genossen seien ganz nette Kerle, aber wir seien verweichlicht und lassen uns kneien, man könne mit uns machen, was man wolle. Ob wir so leicht kneibar sind, darüber mag die Geschichte urteilen. (Bebel: Das hat ja Auer gesagt!) Bei den letzten Wahlen waren die Bayern im Wahlkampf die Singigen, die durchweg an Stimmen zugenommen haben. (Zurufe: Auch die Badischen, auch die Berliner!) Ich wünsche den preussischen Genossen im allgemeinen und denen der Mark Brandenburg im besonderen, daß sie sich auch so durchkneien lassen, wie wir uns haben durchkneien lassen. (Heiterkeit.) — Lipinski hat bewiesen, daß er so wenig in der Lage ist, objektiv zu urteilen, wie die sächsischen Gerichte. (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Wenn Sie die Resolution des Parteivorstandes annehmen wollen, tun Sie es in Gottes Namen. (Große Heiterkeit.) Aber Sie haben damit keine Gewähr dafür, daß in Zukunft die Quelle von Streitigkeiten versiegt. Die Resolution enthält die gleichen allgemeinen Redewendungen wie die Beschlüsse von Lübeck und Nürnberg. Wenn die Budgetabstimmung eine prinzipielle Sache ist, dann muß sie eine prinzipielle Sache sein in unserer gesamten Parteitätigkeit. Was soll denn nun in der Gemeinde geschehen. Wir haben ja gesehen, daß man selbst im unentwegten Preußen eingeleiten kann. Kautekly erklärt: ja die Gemeinde, das ist etwas ganz anderes. Dabei beläuft sich das Verbot, das die Gemeinden verwaltet, auf Milliarden. In dem Gemeindecetat befinden sich auch Positionen für Militär, Polizei, für feierliche Zwecke usw. In Bayern werden wir wohl bei den nächsten Landratswahlen Vertretung in den Landräten bekommen. Welche Haltung hat nun die Partei bei den Landräten zu den Etats einzunehmen? Studieren Sie die Sache ohne Haß und Voreingenommenheit und treffen Sie Maßregeln, die der Partei dienen, nicht aber persönliche Stimmungen entsprechen. Wir stehen vor schweren Kämpfen und

haben hierauf die Kräfte zu konzentrieren. Das dient bedeutend mehr der Partei, als wenn Sie sämtliche Wadener aufreissen. (Weisfall.)

Zabel-Berlin: Die Resolution des Parteivorstandes hat eine klaffende Lücke, sie sagt kein Wort davon, was in Zukunft geschehen soll, wenn wieder ein Teil der Genossen die Beschlüsse des Parteitages unberücksichtigt läßt. Die übergroße Mehrzahl der deutschen Genossen und auch ein Teil von Süddeutschland versteht das nicht; wir haben es endgültig satt, daß die kostbare Zeit des Parteitages in der Weise verbracht wird. In der sozialdemokratischen Partei darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Nach unten heißt es auch in Baden: wer sich nicht fügt, der fliegt, aber nach oben: ja, Bauer das ist ganz was anderes. Da wird Rücksicht nach jeder Hinsicht genommen. Die Resolution der Parteileitung in Verbindung mit unserem Zusatzantrag ist das mindeste, was hier beschlossen werden muß. (Lebhafte Zustimmung.) Hunderttausende von organisierten Genossen haben sich in den letzten Monaten gefaßt: jetzt ist das Maß voll, jetzt läuft es über. (Sehr wahr!) Wir müssen kautelen dagegen schaffen, daß wir uns in ein oder zwei Jahren wieder mit denselben Sachen und denselben Personen beschäftigen müssen. Wer glaubt, sich nicht fügen zu können, dem stehen die Türen offen. (Sehr richtig!) Nehmen Sie unseren Zusatzantrag mit möglichst großer Mehrheit an. (Bravo!) Warum haben denn die Genossen Frank und Kolb nicht die erneute Behandlung der Budgetfrage auf dem Leipziger Parteitag beantragt. (Zuruf: Der Antrag wäre ja doch abgelehnt worden!) Das wäre noch die Frage, und wenn er abgelehnt wäre, hätten sich eben die Wadener fügen müssen, wie andere sich fügen. Jetzt, wo den Wadenern das Feuer unter den Nägeln brennt (Sachen bei den badischen Delegierten), stellen sie den Antrag auf eine Untersuchung über die Budgetfrage. Damit soll die ganze Frage verschoben werden. (Sehr richtig!) Aber die Majorität des Parteitages wird unbekümmert um diesen Antrag die Stellung einnehmen, die sie einnehmen muß, wenn sie nicht die Achtung von Freund und Feind verlieren will. In Bayern hat sogar ein großer Teil der liberalen Wähler ihren eigenen Abgeordneten die bittersten Vorwürfe über ihre Budgetbewilligung gemacht. (Hört! Hört!) Was die Wadener erreicht haben, haben wir in Berlin längst erreicht, ohne daß wir für das Budget gestimmt haben. Aber natürlich, Berlin ist ja nur eine Kommune, nicht ein deutscher Einzelstaat mit einem Großherzog an der Spitze. (Heiterkeit.) Das nicht Herr v. Bodman erst ein paar Monate vor der Budgetbewilligung einen Bund zwischen Liberalen und Zentrum gegen die Sozialdemokratie zustande zu bringen versucht, und nun die Budgetbewilligung wegen einiger lebenswürdiger Worte! Die Wadener täuschen sich, wenn sie glauben, daß Nationalliberale und Zentrum auf die Dauer sich als Feinde gegenübersehen würden. Nicht lange dauert es, und sie liegen wieder Brust an Brust. Dann hat der Kolb seine Schuldigkeit getan, dann kann der Kolb wieder gehen. (Frank: Wir gehen aber nicht!) Er wird selbstverständlich noch im badischen Landtag bleiben, fragt sich nur in welcher Stärke. (Frank: Das ist unsere Sorge!) Ohne die Referenten in den Berliner Versammlungen wären die Resolutionen viel scharfer ausgefallen. (Sehr richtig!) Es ist auch nicht ganz gleichgültig, wie sich die großen Zentren, wie Berlin, Hamburg usw. in der Sache äußern. Sie haben die Munition geliefert, mit denen die Süddeutschen ihre Kämpfe liefern. Die Bayern waren ganz außerstande gewesen, das Geld auszubringen. (Widerpruch bei den bayerischen Delegierten.) Wenn es den Wadenern Spaß macht, sollen sie sich außerhalb der Partei stellen. Die Achtung vor den Parteitagbeschlüssen muß erzwingen werden, sie muß von den angehenden Führern der Sozialdemokratie verlangt werden, ob sie nun im Norden, Süden oder Osten sind. Würde unser Parteivorstand öfter und scharfer zugreifen, würde er der Presse mehr Aufmerksamkeit schenken, besonders der süddeutschen Presse a la Kolb, dann würden wir in diese elenden Zustände nicht hineingeraten sein. (Lebhafte Weisfall.)

Engler-Freiburg: Ich wußte schon, daß man sagen wird, was seid ihr denn, wenn ihr den Berliner Geldbeutel nicht mehr habt. Damit schreckt man uns aber nicht. Wir sind wohl im Stande, die Mittel für unsere Kämpfe aufzubringen. Von unseren badischen Genossen wird ein ganz anderer Opfermut verlangt, als von den Genossen in den Großstädten. Wir haben Gegenden, wo zur Verteilung von Flugblättern eine Tagesreise nötig ist. Wenn wir wegen ein paar Ministerworten umgefallen wären, wären wir Wammerlappen. (Sehr richtig!) Die Behauptung ist nicht wahr und wird auch durch die Wiederholung nicht wahr. Die Budgetbewilligung hat sich mit Notwendigkeit aus der Politik ergeben, wie sie in Baden betrieben wurde. Wenn Bebel sagt, daß wir nichts von den preussischen Wahlrechtskämpfen verstehen, so dürfen wir auch wohl sagen, daß die preussischen Genossen nichts von unseren Dingen verstehen. Wir wissen wirklich, wie wir unsere Politik zu betreiben haben. Jetzt sucht man die Gewerkschaften gegen uns scharf zu machen. Wenn auf den Gewerkschaftkongressen verfahren wäre, wie auf dem Nürnberger Parteitag, so wären in den neunziger Jahren die Tarifgemeinschaften wegdekretiert worden. Aber der Gewerkschaftskongress greift nicht so in die einzelnen Verhältnisse ein, wie der deutsche Parteitag in die bundesstaatlichen Verhältnisse. Genossin Luxemburg hat in Laht mit dem eisernen Willen des Parteitages gedroht. Aber die Parteitagbeschlüsse sind von Delegierten gefaßt worden, die aus Bundesstaaten kommen, für die die Budgetbewilligung keine Bedeutung hat. Daß die Delegierten der in Betracht kommenden Bundesstaaten fast geschlossen zusammenstehen, sollte doch zu denken geben. Wir wäre es ja auch lieber, wenn wir nicht 24 Vaterländer hätten, aber wir müssen mit den gegebenen Verhältnissen rechnen. Dadurch, daß die Fraktion zuerst die paar Ministerworte zum Vorwand nehmen wollte, um das Budget abzulehnen, hat sie bewiesen, daß sie gern dem Willen des Parteitages Rechnung trägt, wenn sich nur ein Ausweg finden läßt. Die Einheit, die Lipinski aufrechterhalten will, ist die Einheit nach Leipziger Muster. Wenn wir die Frage als taktische behandeln wissen wollen, so bedeutet das nicht, daß jeder machen kann, was er will, sondern daß die betreffende Fraktion stets die Möglichkeit hat, zu tun, was der Moment gebietet. Auch wenn Sie den Antrag Mauerer ablehnen, wird trotzdem auf jedem Parteitage die Frage von neuem wieder aufgetaucht werden. (Lebhafte Weisfall bei den badischen Delegierten.)

Haase-Königsberg i. Pr.: Ich hatte vom Genossen Frank Klarheit darüber erwartet, wie die Wadener in Zukunft sich stellen werden. Darauf hat er eine bestimmte Antwort nicht gegeben. (Hört! Hört! und Sehr richtig!) Die Parteigenossen im Lande und die Mehrheit der hier anwesenden Delegierten wollen aber keine papiernen Resolutionen, sondern kautelen gegen die Fortsetzung des Parteihadens. (Lebhafte Weisfall.) Darum ist der von 208 Delegierten unterschriebene Zusatzantrag Jubel gestellt worden. Bebel hat sich zwar dagegen gewandt, aber seine Ausführungen deuten sich inhaltlich mit den Forderungen des Antrages. (Sehr richtig!) Auch wir denken nicht daran, unsere badischen Freunde auszufleischen zu wollen. Wir müssen aber Klarheit darüber haben, was geschehen soll, wenn die badischen Genossen sich wieder über Parteitagbeschlüsse hinwegsetzen sollten. Frank verlangte Rücksicht auf eine immerhin kompakte Minderheit, die anderer Auffassung ist. Aber er kann überzeugt sein, daß die Mehrheit, der Parteivorstand und der Referent Bebel stets auf das sorgfältigste und gewissenhafteste die Gründe der Minderheit erwohnen haben. Aber das kann Frank doch nicht verlangen, daß die Mehrheit ihre Ansichten preisgeben soll zu Gunsten der Minderheit. Genosse Frank und alle Wadener mühten sich der Tragweite der Budgetbewilligung Bewußt sein. Die einfachste parteigenössliche Rücksicht gebet namentlich in dieser Zeit

\*) 93. Zubeil und Genossen. Zusatz zu Resolution 90 (einzufügen am Schluß des zweitlehten Absatzes hinter „allerschärfste Mißbilligung aus“): „und erklärt, daß diejenigen Parteigenossen, die dieser Resolution zuwiderhandeln, sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei stellen“.

94. Müller-München und Genossen. Um die Wiederholung der die Parteibewegung hemmenden Konflikte zwischen einzelnen Landtagsfraktionen und der Gesamtpartei zu verhindern, beschließt der Parteitag, eine Kommission zum Studium der budgetrechtlichen Verhältnisse des Reichs und der Bundesstaaten einzusetzen.

Dieser Kommission sollen außer einem Delegierten des Parteivorstandes, Vertreter der Parteioorganisationen aller Bundesstaaten angehören.

Das von der Kommission gesammelte und durchberatene Material ist rechtzeitig vor dem nächsten Parteitag zu veröffentlichen.

unbedingtes Festhalten am Nürnberger Beschluß. Mindestens liegt bei Franz Dolus eventualis (Heiterkeit) vor. Ich meine das natürlich nicht im Sinne unserer Staatsanwälte. Wie geistlos und durchaus unwahr ist das Gerücht vom Dogmatismus, von der Inquisition und vom Kadavergehorsam in unserer Partei. Keine andere Partei ist so nachsichtig gegen Seitenfränge, wie die unsrige. Sogar die Nationalliberalen haben den Kommerzienrat Wenk wegen seiner Angriffe auf das Reichstagswahlrecht und Graf Oriola und Hehl wegen ihrer Haltung bei der Reichsfinanzreform ausgesprochen.

In unseren Reihen aber sind Leute tätig, die sich Sozialdemokraten nennen, aber wie auch Richard Fischer betont hat, von der überwiegenden Mehrheit der Genossen nicht mehr als Sozialdemokraten, vielleicht sogar als Nationalliberale angesehen werden. Ganz gewiß muß die Disziplin vernünftig angelegt werden. Man kann in die Zwangslage kommen, einen Parteitagbeschuß übertreten zu müssen. Aber dann tritt man, wie Bebel in dem St. Gallener Fall vor dem Parteitag und bittet um Indemnität. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin gewiß überzeugt, Freunde aus Baden, daß Sie auch richtig den Parteiinteressen zu dienen beabsichtigen haben, aber wer entscheidet denn über das Parteiinteresse? Die Unterinstanz oder die Oberinstanz, der Parteitag oder irgend eine Fraktion, oder kraft des jetzt veränderten Rechts auf selbstherrliche Individualität der einzelnen Parteigenossen? Dann ist es aus mit der Geschlossenheit und Einigkeit, dann ist die Auflösung da! (Lebhafte Zustimmung.)

Mein Freund Braun beantragt Niederschlagung einer Studienkommission. Ich muß mich dagegen wenden, wie ich es schon in Nürnberg getan habe. Es hieße doch, den Parteitag beleidigen, wenn man annimmt, daß er nach so vielen eingehenden Erörterungen noch nicht die Budgetfrage begriffen hat. — Wenn es auch noch einige Taxis unter uns geben mag. Die Budgetfrage ist keine Einzelfrage. Sie läßt sich nicht losgelöst von unserer gesamten theoretischen und faktischen Grundlage beurteilen. Sägt ja auch Kolb keinen Zweifel darüber, daß er planmäßig die Partei vom Boden der Dresdener Resolution entfernen will. Das ist der politische Charakter der Budgetfrage, das ist ihre hohe Bedeutung. (Lebhafte Zustimmung.) Genosse Frank beschwerte sich über die Angriffe gegen die Großblockpolitik. Niemand wird etwas Gewichtiges gegen das Stichwahlbündnis mit den Liberalen einwenden. Aber ganz anders steht es mit der parlamentarischen Tätigkeit. Sie kennen doch, Genosse Frank, den Hohn und Spott, den wir alle über die konfessionell-liberale Paarung ausgegossen haben. Das Verhalten der Liberalen war doch verteilungsfähig dem Verhalten unserer badischen Genossen. (Sehr richtig! Lebhafter Widerspruch bei den Süddeutschen. Bebel ruft: Es ist ganz gleich!) Die Taxis, wie sie uns hier empfohlen wird, ist die uralte Taxis, die die Nationalliberalen von Niederlage zu Niederlage geführt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Jeder von uns will Konzessionen erzwingen, will Verbesserungen durchsetzen. Es heißt Konzessionen mitbringen, wenn man meint, daß er auf dem Standpunkt steht, je schlechter, desto besser. Gerade im Interesse des Friedens bitte ich um Annahme der Zusatzresolution. Später mag eine Studienkommission eingesetzt werden. Aber verstopfen Sie jetzt nicht diese Einziehung mit der Frage, die uns hier beschäftigt. (Lebhafte Zustimmung.) Frank hat sich mehrfach öffentlich auf das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften bezogen, aber gerade Legien hat auf das allerhöchste die Verpflichtung betont, Disziplin zu üben auch gegenüber einem Beschluß, den man nicht billigt, wie er den Nürnberger Beschluß nicht billigt. Lassen Sie uns hier die Frage ohne Leidenschaftlichkeit (Sachen bei den Süddeutschen), ohne Gefährlichkeit schlichten und führen wir dann den Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Ich bin überzeugt, Sie (zu den Süddeutschen) werden nach einiger Zeit einsehen, daß der von der Mehrheit eingenommene Standpunkt der einzig richtige ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Niem-Dresden: Auch ich hätte es lieber gesehen, wenn die badischen Abgeordneten in Befolgung des Nürnberger Beschlusses diesmal das Budget abgelehnt hätten. Ich glaube, wenn sie dann vor dem Parteitag getreten wären, so hätte der Parteitag erneut den Nürnberger Beschluß geprüft. Aber unbedingt ist den Badenfern der gute Glaube zuzusprechen. Die Dresdener Genossen waren 1907 auch der Meinung, es wäre besser gewesen, wir hätten damals den Antrag für uns angenommen. Diesmal haben sie eine scharfe Resolution gegen die Badenfer angenommen; ich bin aber doch zum Delegierten gewählt worden, obwohl die Dresdener Genossen meine Stellungnahme kannten. Ich betrachte die Budgetfrage als eine faktische Frage. Legien, der gesagt hat, die Badenfer müßten ausgeschlossen werden, hat das doch gesagt, um die Unmöglichkeit des Nürnberger Beschlusses zu dokumentieren. (Lebhafte Widerspruch.) Wenn Legien selbst hier wäre, er würde das bestätigen. Ist doch das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ gegen den Nürnberger Beschluß aufgetreten. Die Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten liegen eben verschieden. Wir in Sachsen wärmen froh, wenn wir Erfolge erzielt hätten, wie in Baden.

Warum will man jetzt den Gelehrten aufzuziehen, vor dem jeder auf Befehl des Ausschusses seine Referenz machen muß. Sollen die Genossen gegen ihre Überzeugung einen anderen Standpunkt einnehmen? (Sehr gut! und Widerspruch.) Dadurch erzieht man sie zu Heuchlern. Und darum muß ich mich entschieden gegen die Zusatzresolution wenden. Näher wird das allerdings nichts, da ja schon die Mehrheit des Parteitages sie unterzeichnet hat. Was hat denn der Parteitag noch für einen Zweck, wenn sich schon vorher eine Mehrheit in Subparteitagen festsetzt? (Große Anruhe und Zurufe: Unstim.) Ich bin aber auch gegen die Vorkonferenzresolution. Auf keinen Fall haben die Badenfer die Gesamtpartei provoziert. Nicht nur in dem Fall St. Gallen, sondern in manchen anderen Fällen sind Parteitagbeschlüsse mißachtet worden. Die Leipziger haben seinerzeit trotz des Parteitagbeschlusses die Wahlbeteiligung lebhaft bekämpft und der Partei unabsehbare Schäden zugefügt. Wenn man von parlamentarischem Kritizismus spricht, kann man es den Genossen nicht berübeln, wenn sie sagen, warum machen wir uns solche Arbeit, um parlamentarische Erfolge zu erringen. (Sehr gut.) Zum Fenster hinaus kann man in jeder Volksversammlung sprechen. Dazu braucht man keine Parlamentstribüne. Die Annahme des Antrages auf Einsetzung einer Studienkommission kann auf keinen Fall schaden. Sie würde aber vorzüglich zur Veruhigung der Gemüter dienen. Ich bitte Sie im Interesse der Einigkeit und Geschlossenheit der Partei um Annahme dieses Antrages. (Vereinzelter Beifall.)

Heinrich-Dresden: Ohne weiteres nehmen wir an, daß die Badenfer im guten Glauben gehandelt haben. (Frank: Lipinski.) Wenn das nicht der Fall wäre, dann müßten sie ohne weiteres hinausfliegen. Aber mit gutem Glauben kann man nicht alles entschuldigen. Niem hat zweifellos nicht im Sinne der überwiegenden Mehrheit der sächsischen Genossen gesprochen. (Beifall.) In Sachsen werden sich unsere Genossen und Führer im Parlament in absehbarer Zeit wohl nicht auf den Boden dieser Konzessionspolitik drängen lassen. Wir in Sachsen haben unter allen Umständen die Parteibeschlüsse hochgehalten. (Frank: Auch in Leipzig!) Es ist dafür gesorgt, daß in Sachsen nicht wieder Wehnsches passiert wie damals. Wie kann man von einem Gelehrten und einem Subparteitag sprechen. Wenn die Radikalen unter sich beraten haben, so sind sie nur dem revisionistischen Beispiel gefolgt. Sind denn Ihre 113 Unterschriften im Handumdrehen zusammengekommen oder haben Sie sich nicht auch vorher verständigt. (Zuruf: Es tut Ihnen nur leid, daß nicht mehr unterschrieben haben.) Gewiß wären wir in Sachsen froh, wenn wir erreichen könnten, was in Baden erreicht worden ist. Aber auch im sächsischen Parlament sind die Zustände von heute himmelweit verschieden von den früheren. Unsere jetzige Stellung jedoch haben wir nicht durch Nachgiebigkeit erlangt, sondern durch unsere kräftige und zielbewußte Politik. (Lebhafte Zustimmung.) Nicht die Fraktion mit ihren 25 Mitgliedern, sondern die Massen, die hinter ihr stehen, sind es, die den Gegnern Respekt einflößen. Niemand und andere, die davon gesprochen haben, daß auch sonst Disziplinbrüche vorgekommen sind, haben auch Beispiele aus Sachsen angeführt. Die Beispiele treffen aber in keiner

Weise zu. Daß wir in einem Wahlkreis für den Nationalliberalen gegen den Konfessionellen Andre stimmten, war durchaus kein Disziplinbruch, ausdrücklich hatte der vorhergehende Landesparteitag dem Landesvorsitz die Vollmacht gegeben, gemeinsam mit dem Wahlkreisvorsitzenden die Stichwahlparole zu bestimmen. Es wurde also durchaus loyal verfahren und in keiner Weise gegen die Wünsche und Absichten des Landesparteitages verstoßen. Es trifft auch nicht zu, wie gesagt worden ist, daß in Sachsen das Finanzgesetz eine bloße Formalität ist und seine Ablehnung die einzelnen Wahlkreise gar nicht berühren würde. Das Finanzgesetz ist verfassungsrechtlich festgelegt und die Verfassung trifft sogar für den Fall der Ablehnung des Finanzgesetzes Vorsehrungen. Ich bitte dringend die Parteigenossen, sich nicht von Gefühlen leiten zu lassen, sondern so zu entscheiden, wie es der Würde des Parteitages und der Gesamtpartei entspricht. (Lebhafter Beifall.)

Kolb-Karlruhe: Der von Lipinski und Fleischer konstruierte scharfe Gegensatz zwischen der badischen und der sächsischen Landtagsfraktion ist nur scheinbar. Sachlich stehen beide Fraktionen auf demselben Standpunkt. (Zustimmung und Widerspruch.) Nur haben wir Badenfer den Mut der Konsequenz gehabt, während die sächsische Landtagsfraktion ein Scheinmandat ausführte. (Widerspruch.) Die Sachsen erklärten, indem sie sich auf den Nürnberger Beschluß stützen, ihre bewußte Ablehnung damit, daß sie dem Klassenstaat grundsätzlich die Mittel verweigern. Sie fügten aber vorsichtigerweise hinzu, daß damit die frühere Zustimmung bei den einzelnen Wählern nicht aufgehoben sein soll. (Heiterkeit.) Das ist keine wuchtige Demonstration mehr, das ist ein sächsischer Schildbürgerstreich. (Anruhe.) Wenn ich konstatiere, daß die vorherige Zustimmung nicht aufgehoben sein soll, dann habe ich eben nur scheinbar abgelehnt, in Wirklichkeit aber doch bewilligt. (Sehr richtig!) Solche Resolutionen führen also zu der Konsequenz, daß die Genossen entweder gegen ihre Überzeugung stimmen oder Scheinbündnisse machen müssen, über die jeder Politiker lachen muß. Auch die vorliegende Resolution ist nach keiner Richtung hin konsequent, sondern ein faules Kompromiß, das schon auf dem nächsten Parteitag wieder neue Konflikte hervorrufen muß. Für jeden Kenner der badischen Entwicklung ist es unzweifelhaft, daß ein anderes, schlechteres Budget zustande gekommen wäre, wenn wir nicht so manchen Einfluß auf die Gestaltung des Budgets ausgeübt hätten. Nach dem Genossen Kagenstein liegt der wesentliche Unterschied zwischen Sozialismus und Liberalismus in der Stellung zum Budget. Das ist grundfalsch. Der Unterschied ist der, daß für uns alle Reformen nur Mittel zum Zweck der Umgestaltung der Gesellschaft, für die Liberalen aber Selbstzweck sind. (Zustimmung.) Wir werden keine Ruhe bekommen in der Partei, solange solche Resolutionen beschlossen werden, die uns in allen den Staaten, wo unsere Partei etwas bedeutet, am Arbeiten hindern und unseren Einfluß beeinträchtigen. Das ist das Uebel, das alle diese Resolutionen gegen alle jene Parteigenossenschaften gefaßt werden, die andere politische Verhältnisse haben als Preußen und Sachsen. Wäre Preußen ein parlamentarisch geregelter Staat oder ein Staat nach süddeutscher Art — die Haltung der preußischen Parteigenossen wäre sicher eine andere. Wäre in Dänemark das Experiment geglückt, dann hätten unsere Parteigenossen mit den Radikalen zusammen das Budget bewilligen müssen, ja sie hätten wahrscheinlich in einer Monarchie in die Regierung eintreten müssen. Rechnliches werden wir auch in den nächsten Jahren erleben. In Preußen hat es seinen Wert, ob Ihr Secht für oder gegen das Budget stimmt. Wenn aber wir in Baden die Regierung zwingen, sich in Abhängigkeit von dem Zentrum zu begeben, schalten wir uns selbst aus, und bringen uns um den Erfolg von zwei Wahlsiegen. Darum billigt die sächsische Mehrheit der badischen Genossen die Haltung der badischen Landtagsfraktion. Wenn die Vorkonferenzresolution angenommen wird und wir gegen das Budget stimmen, dann lacht man uns aus, und sagt, Ihr habt so handeln müssen, es war Euch eben so aufgetragen. Die Frage wird solange bestehen bleiben, bis Sie den einzelnen Landtagsfraktionen die Freiheit geben, die sie unbedingt haben müssen. (Lebhafte Zustimmung.)

Süßheim-Nürnberg: Es gibt Genossen, die in Kolb den bösen Geist der Badenfer sehen. Ich kann nicht entscheiden, wie weit diese Annahme richtig ist. (Anruhe bei den Badenfern.) Jedenfalls war es klug, daß die Badenfer ihre Verteidigung lieber Frank als Kolb anvertraut haben. Ich unterschätze die in Baden erreichten Erfolge nicht, aber trotzdem wird die Budgetbewilligung dadurch nicht genügend erklärt. Warum hat Frank keine bündige Erklärung abgegeben, was die Badenfer eigentlich in Zukunft tun wollen? (Frank: Der Antrag Jubel war wohl der geeignete Weg zu solcher Erklärung?) Es handelt sich darum, ob Parteibeschlüsse befolgt werden müssen oder nicht. Der Unwille über die Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Budget trat nicht nur in Norddeutschland, sondern auch in Süddeutschland vielfach zu Tage. So hat die Schwäbische Tageszeitung darauf hingewiesen, daß man sich nach dem Offenburger Parteitag trotz aller schönen Reden des Eindrucks nicht erwehren konnte, als ob man in Baden den Versuch mit der Gesamtpartei wünschte. (Widerspruch bei den Badenfern.) Ich sage ja nicht, daß Ihr das wollt, aber die „Tageszeitung“ hatte diesen Eindruck. (Frank: Das ist unser Gönner Westmeyer.) Sie können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß Sie noch 24 Stunden vor der Abstimmung entschlossen waren, das Budget zu verweigern. So schnell kann sich die Dekoration nicht verändern. Sie haben der Erklärung des Ministers Bedeutung beigelegt, anstatt sich nach seinen Taten zu richten. Ich bin fest überzeugt, daß die Ablehnung des Budgets keine schlimmen Folgen für die badischen Genossen gehabt hätte. Wir müssen von jedem verlangen, daß er Parteibeschlüsse achtet, mögen sie ihm unangenehm sein oder nicht. Das gilt auch für unsere Abgeordneten, die doch nicht ein Inzident des Himmels, sondern das Sprachrohr und die Vertreter der Massen sind. Man muß erstauht sein, daß die Badenfer der Budgetbewilligung so ungeheure Bedeutung beimessen, daß sie den Konflikt dafür in Kauf genommen haben. Durch den Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission würden wir die Budgetverweigerung in Permanenz erklären. Der Antrag ist nur eine Verschleppung, er würde uns vor den nächsten Reichstagswahlen eine neue Budgetdebatte bringen. Wenn die Mehrheit der Parteitagbeschlüsse nicht befolgt, dann ist es mit der Einheit der großen deutschen Partei zu Ende. (Beifall.)

Reil-Stuttgart: Ich lehne es ab, mich in das Proletariat des Revisionismus oder des Radikalismus einspannen zu lassen. Aber in dieser Frage gehe ich mit David und Frank zusammen, weil ich auf Grund meiner Erfahrungen zu dem Ergebnis gekommen bin, daß mit dem Nürnberger Beschluß auf die Dauer unmöglich auszukommen ist. Das habe ich bereits in Nürnberg betont. Leider ist einem großen Kreis von Genossen dadurch, daß man die Frage unter die Richtungsbrille genommen hat, der Blick getrübt worden. (Zustimmung und Widerspruch.) Ich sage nicht, daß an dem verfahrenen Karren die Genossen, die auf dem Boden der Vorkonferenzresolution oder gar noch einer schärferen stehen, allein die Schuld tragen. Nein, ein großer Teil Schuld an allen diesen Wirrungen fällt auf die „Sozialistischen Monatshefte“, die sich anscheinend bemühen, neue Wege für die praktische Tätigkeit der Partei zu bahnen, in Wirklichkeit aber diese neuen Wege verperren. Ich sehe noch heute auf dem Boden des letzten Absatzes der Lübecker Resolution und halte die Beseitigung des Nürnberger Beschlusses für nötig. Die Regel wird ja doch für uns die Ablehnung des Budgets sein, die Zustimmung wird nur eine Ausnahme bilden. Aber wenn wir das wollen, dann dürfen wir nicht immer eine unmögliche Resolution auf die andere setzen. Ich erkläre in der Budgetfrage eine Waffe, die ebenförmig wie eine andere Waffe ohne Ueberlegung und ohne Bewußtsein gebraucht werden darf. Gerade dadurch, daß wir uns die Möglichkeit der freien Entscheidung erlängten, ob für das Budget gestimmt werden darf, wollen wir die Wirkung der Budgetverweigerung erhöhen. Gewiß ist es richtig, daß auch wir im Süden im Klassenstaat leben. Aber in der Re-

solution zur Wahlrechtsfrage weist ja der Parteivorstand ausdrücklich auf die gewaltigen Unterschiede zwischen dem Wahlrecht im Süden und im Norden hin. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Sie werden auch in Würtemberg, Baden oder Bayern in öffentlichen Versammlungen niemals einen wehgedachten Tisch geschmückt mit zwei blankgeputzten Gelmen vorfinden. Ich habe noch nie gehört, daß norddeutsche Genossen den Wunsch ausgesprochen haben, es möchten im Interesse unserer Erziehung im Süden dieselben Verhältnisse herrschen, wie in Preußen. Im Gegenteil, man hat sich überall darüber gefreut, und gewünscht, daß wir die Vorteile, die wir im Süden haben, fruchtbar machen, und ihnen zu dem gleichen Zustande zu verhelfen. In dem Zwecke wollen wir ja auch die Waffe der Budgetverweigerung anwenden und ich bitte Sie, nüchternen Blickes unter Ablogung der Richtungsbrille die Frage zu prüfen, und zu einer Entscheidung zu kommen, die dem Wohle der Partei dient. (Beifall bei den Süddeutschen.)

Mit Rücksicht auf das am Abend von den Regensburger Genossen zu Ehren des Parteitages veranstaltete Konzert werden die Verhandlungen abgebrochen.

Lipinski-Leipzig erklärt, daß die Leipziger keinen Disziplinbruch begangen, sondern sich, nachdem ein Parteitag eine Entscheidung gefällt hat, an den Landtagswahlen beteiligt haben.

Kagenstein-Stralsund erklärt, daß Hildenbrand seine Ausführungen falsch verstanden habe. Er habe weder gesagt, es soll nur bei der Budgetabstimmung demonstriert werden, noch habe er sich gegen eine Verbesserung unserer politischen Zustände ausgesprochen.

Schluß 6 Uhr.

Berichtigung: In dem Bericht über die Eröffnungsfeier am Sonntag ist unter den Mitgliedern der Beschwerdekommission W. Mann, Berlin IV, versehenlich weggelassen worden.

## Aus der Reichsversicherungsordnungskommission des Reichstages.

Sitzung am Dienstag, 20. September.

Die Kommission begann heute nach den Sommerferien mit der Beratung des dritten Buches der Vorlage, das die besonderen Bestimmungen für die Unfallversicherung enthält.

Zunächst handelt es sich um den Kreis der Personen, die versichert sein sollen. Nach dem Entwurf soll der Kreis der Versicherten erweitert werden, jedoch würden auch dann noch sehr viele Arbeiter in Betrieben mit weniger als zehn beschäftigten Personen nicht versichert sein.

Deshalb hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß die Versicherung auf alle gegen Lohn beschäftigten Personen — wie in der Krankenversicherung — ausgedehnt wird. Die Antragsteller weisen nach, wie ungerecht es ist, daß jene Arbeiter im Falle eines Betriebsunfalls ohne die notwendige Entschädigung dastehen. Auch zeigten sie den Weg, auf dem die Versicherung der kleinen Betriebe ohne Belastung derselben durchgeführt werden kann. Trotzdem stimmten die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Polen den Antrag der Sozialdemokraten nieder.

Außerdem hatten die Sozialdemokraten die Ausdehnung der Versicherung auf die Personen gefordert, die bei der Rettung von Personen oder Sachen berunglückt sind. Selbst der Ministerdirektor Caspar mußte zugeben, daß die Versicherung dieser Personen dringend notwendig und schon seit vielen Jahren versprochen worden ist. Er sprach sich aber gegen den Antrag der Sozialdemokraten aus, weil die Versicherung — später einmal in einem besonderen Gesetz geregelt werden soll. Der Antrag wurde denn auch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen abgelehnt.

Die Sozialdemokraten bemühten sich dann noch, in die Regierungsvorlage wenigstens die Verbesserung hineinzubringen, daß die Versicherungspflicht auf die wichtigsten Gruppen der sonst ausgeschlossenen Arbeiter ausgedehnt wird. Auch gegen diese Anträge, mit einer einzigen Ausnahme, stimmte dieselbe Mehrheit.

Die eine Ausnahme ist der Antrag, daß die Versicherung auf die Winnenfischererei ausgedehnt wird. Der Antrag wurde mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen.

Den Konserverativen und Nationalliberalen ging die Vorlage aber in einem Punkte noch zu weit. Es sollen nämlich u. a. versichert sein Betriebe zur Verbesserung von Personen und Gütern oder zur Behandlung der Ware, wenn sie mit einem kaufmännischen Unternehmen verbunden sind, das über den Umfang des Kleinbetriebs hinausgeht. Dadurch wird zwar erreicht, daß die größeren Ladengeschäfte der Unfallversicherung unterstellt werden, jedoch bleiben die kaufmännischen Kleinbetriebe und in den versicherten Betrieben der Teil, in dem die Bureauangestellten beschäftigt sind, ausgeschlossen.

Die Sozialdemokraten wollten auch diese Lücke ausfüllen und die Versicherung auf alle kaufmännischen Betriebe ausdehnen. Die Konserverativen und Nationalliberalen dagegen wollten die Versicherung noch mehr einengen, sie namentlich bei allen den Betrieben ausschließen, die keine offene Verkaufsstelle haben. Beide Anträge wurden aber abgelehnt.

Wichtig ist der Kreis der versicherten Betriebe so, wie ihn die Vorlage vorgeschlagen hat, mit der Erweiterung durch die Betriebe der Winnenfischererei angenommen worden.

Fortsetzung morgen.

## Aus der Justizkommission.

Sitzung am Dienstag, den 20. September.

Die erste Sitzung nach den Ferien begann am Dienstag mit der Beratung des 3. Abschnittes des 4. Buches der Strafprozessordnung, „schieuniges Verfahren“.

Nach den Bestimmungen der §§ 410 bis 420 können auch Vergehen, für deren Beurteilung das Amtsgericht zuständig ist, im schieunigen Verfahren behandelt werden. Das schieunige Verfahren wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Sachen eröffnet, wenn der Verdächtige auf freier Tat ergriffen oder verfolgt wird oder wenn derselbe gefänglich ist. Im schieunigen Verfahren fällt die Anklagefrist fort, die durch den Antrag auf Einleitung des schieunigen Verfahrens ersetzt werden soll. Dieser Antrag kann mündlich gestellt werden. Die Hauptverhandlung muß dann spätestens am nächsten Werktag stattfinden. Zeugen, Sachverständige und Angeklagte können von jedem Polizei- oder Gerichtsbeamten mündlich geladen werden. In der Hauptverhandlung wirken Schöffen nicht mit. Der Einspruch des Angeklagten gegen das schieunige Verfahren wird von dem vernehmenden Richter geprüft und von diesem entschieden. Wenn der Angeklagte glaubhaft machen kann, daß er auf seine Verteidigung nicht genügend vorbereitet ist, so ist die Sache auf den Weg des ordentlichen Verfahrens zu verweisen oder die Verhandlung ist auf drei Tage auszusetzen. Gegen ein im beschleunigten Verfahren ergangenes Urteil kann Berufung eingelegt werden.

Ueber diesen Abschnitt fand eine Generaldiskussion statt, da von den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern und dem Abg. Gröber beantragt wurde, den ganzen Abschnitt, der eine bedeutende Verschärfung des § 411 der geltenden Strafprozessordnung in sich schließt, zu streichen. — Mit vollem Nachdruck wiesen unsere Freunde auf die Gefährlichkeit der neuen Bestimmungen hin. Wenn man theoretisch auch einige scheinbare Vorteile aus dem Entwurf herauslesen konnte, so würden in der Praxis diese Paragraphen dem Angeklagten sehr nachteilig werden, denn in letzter Linie bedeutet das schieunige Verfahren in der vorgeschlagenen Form nichts anderes als eine Aburteilung des Verdächtigten unter Aus-

**Schluss aller Verteidigungsmöglichkeiten.** Besonders gefährlich würden diese Bestimmungen den Streikposten, politischen Demonstrierenden und anderen „Tätern“ sein, die auf „frischer Zeit“ ergriffen werden. Eventuell könnte man nur dann für ein beschleunigtes Verfahren eintreten, wenn dem Angeklagten genügende Rechtsgarantien gebietet sind.

Die Nationalliberalen, Konservativen und die Freisinnigen, letztere mit einer Ausnahme, erklärten sich im Prinzip für die Ausdehnung des beschleunigten Verfahrens über die bestehenden Bestimmungen hinaus, nur legten die Freisinnigen Wert darauf, daß der Angeklagte seine Zustimmung zur Einleitung des beschleunigten Verfahrens zu geben hätte.

In der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag und damit auch der Antrag Gröber auf Streichung des Abschnittes gegen die Stimmen der vier Antragsteller und eines Freisinnigen abgelehnt. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, es bei dem geltenden Recht zu belassen, abgelehnt.

Zur Spezialdiskussion liegen zu den einzelnen Paragraphen des Abschnittes eine Reihe von Änderungsanträgen vor, bei denen beim § 410 ein Antrag Gröber hervorzuheben ist, nach welchem das beschleunigte Verfahren auf jugendliche Verdächtige nicht angewendet werden darf. Dieser Antrag wurde abgelehnt, nachdem von der Regierung erklärt wurde, daß die Bestimmungen über das beschleunigte Verfahren gegen Jugendliche auch im beschleunigten Verfahren beachtet werden sollen. Darauf wurde der § 410 mit knapper Mehrheit angenommen.

Eine längere Debatte entfiel ein Antrag unserer Genossen zum § 411, nach welchem zur Einleitung des beschleunigten Verfahrens die ausdrückliche protokolllarische Bestimmung des Angeklagten erforderlich ist. Dagegen wendete sich vor allen Dingen der Regierungsdirektor, der erklärte, daß mit der Annahme dieser Bestimmung das ganze beschleunigte Verfahren ausgefallt werden könnte. Auch die Redner der Konservativen, Nationalliberalen und Antisemiten sprachen sich gegen den Antrag aus. Dafür traten die Freisinnigen und ein Teil der Zentrumsglieder ein. In der Abstimmung wurde der Antrag mit den Stimmen der Konservativen, Antisemiten, Nationalliberalen und eines Teils der Zentrumsglieder abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag Gröber, nach dem die beschleunigte Aburteilung nur dann vom Amtsgericht vorgenommen werden kann, wenn anzunehmen ist, daß auf keine schwerere Strafe als sechs Wochen erkannt werden wird. Ferner sollte der Angeklagte über die Bedeutung der beschleunigten Aburteilung vom Richter belehrt werden.

Zum § 412 stellten unsere Genossen die Anträge, daß zwischen dem Antrag und der Hauptverhandlung mindestens drei Tage und höchstens eine Woche liegen müssen. Ferner mühten auch beim beschleunigten Verfahren Schöffen zugezogen werden. Ein abgeschwächter Antrag lag dazu vom Abg. Gröber vor, der verlangte, daß an Schöffengerichtstagen auch die beschleunigten Sachen vom dem Schöffengericht erledigt werden müssen. Auch hier behauptete der Regierungsdirektor wiederum, daß durch die Annahme dieser Anträge die hauptsächlichsten Bestimmungen über das beschleunigte Verfahren durchbrochen werden. Nach längerer Debatte wurde die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

## Die Unfälle bei der Nachtarbeit.

Die preussischen Regierungs- und Gewerbebehörden haben in ihren Jahresberichten für 1908 die Unfälle, die sich bei den Nachtschichten ereigneten, speziell besprochen. Für die Vergleichbarkeit erübrigte sich eine solche Spezialerörterung, da im Bergwerksbetriebe die Arbeitsart und die Gefahren bei der Tag- und der Nachtschicht überall fast ganz gleich sind. Bei den anderen Industriezweigen ist die Häufigkeit der regelmäßigen Nachtarbeit und der Prozentsatz der vorkommenden Unfälle sehr verschieden. In einigen Bezirken, z. B. dem von Danzig, findet fast gar keine industrielle Nachtarbeit statt, in anderen nur bei einigen Saisonbetrieben, wie Zucker- und Stärkefabrikation, aber in vielen kommen noch eine Reihe verschiedener Betriebe vor, die mehr oder weniger regelmäßig das ganze Jahr in Tag- und Nachtschichten arbeiten; wie Zeitungsdruckerien, Brauereien, Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Ziegelmöhlen, Porzellanfabriken, chemische Fabriken und besonders in Rheinland-Westfalen die Grobseisenindustrie. Die Zahl und Schwere der Unfälle ist in diesen verschiedenen Betrieben sehr verschieden. Wo wie in der Papierfabrikation, der Mälzerei und ähnlichen Betrieben der nächtliche Dienst hauptsächlich in der Ueberwachung des ungeschehenen, selbstständigen Betriebsbesteht, ist selbstverständlich die Zahl der Unfälle in der Nacht nur eine kleine. Ueberhaupt mühte man annehmen, daß bei den Nachtschichten immer weniger Unfälle vorkommen sollten als bei den Tagsschichten, denn in der Nacht kann man ruhiger und ungestörter arbeiten, es halten sich weniger Personen in den Arbeitsräumen auf, als in der geräuschvolleren Tageszeit, es werden dann keine jugendlichen und weiblichen Arbeiter beschäftigt, Rohmaterial wird meist nur bei Tage herbeigeschafft und Reparatur-, Verladungs- und Transportarbeiten, die leicht Unfälle herbeiführen, werden auch möglichst nur bei Tage ausgeführt. Es fallen also bei der Nachtschicht eine Reihe von Unfallursachen weg, die nur die Tagsschicht treffen. In der Tat ereignen sich im allgemeinen in der Nachtschicht weniger Unfälle als in der Tagsschicht. Nur ungenügende Beleuchtung der Arbeitsräume ist in der Nacht oft auch Ursache zu Unfällen. So wurden im Regierungsbezirk Vergebung im Jahre etwa 5700 Arbeiter in regelmäßigen Nachtschichten beschäftigt und die Zahl der ermittelten Unfälle derselben wurde zu 144 ermittelt, so daß auf 100 Nachtarbeiter 2,5 Unfälle kommen, während auf 100 Tagarbeitern aus demselben Bezirk 4,44 kamen. Also erweist sich die Nachtarbeit als bedeutend weniger gefährlich wie die Tagarbeit. Trennt man aber die in den einzelnen Industriezweigen vorgekommenen Unfälle, so findet man, daß z. B. in den chemischen Fabriken im Bitterfelder Bezirk auf 365 Nachtarbeiter 34 Unfälle kamen, das sind auf 100 Arbeiter 9,3 Unfälle, während bei den Arbeitern der Tagsschicht nur 7,1 Unfälle auf 100 Arbeiter kamen. Hier waren also in der Nachtschicht die Unfälle nicht nur fast viermal so häufig als im allgemeinen in der Nachtschicht, sondern sie übertrafen sogar die Unfallzahl der Tagsschichten dieser speziellen Betriebe noch um 2,2 Proz. Auch in den Kupferhütten desselben Bezirks kamen in der Nachtschicht desselben Bezirks 5,2 Unfälle auf 100 Arbeiter, dagegen also auch hier reichlich das Doppelte des Durchschnitts. Dagegen kam in den Zuckerraffinerien, Mälzereien und Mühlen noch nicht ein Unfall auf 100 Arbeiter. Durchschnittszahlen haben also für die Beurteilung der Gefährdung der Arbeiter bei Nachtarbeit sehr wenig Wert.

Es ist also sehr verfehlt, lediglich aus solchen Durchschnittszahlen von einer Anzahl verschiedenartiger Betriebe Schlussfolgerungen über die größere oder geringere Unfallgefährlichkeit der Nachtarbeit zu ziehen, wie es z. B. in dem Bericht für den Bezirk Köln geschieht, in dem es heißt: „Brauchbare Unterlagen für einen Vergleich der Unfallhäufigkeit in den Tag- und in den Nachtschichten sind durch eine Zusammenstellung der verschiedenen Unfallziffern von 13 geeigneten Betrieben verschiedener Industriezweige gewonnen worden, in denen bestimmte Arbeiterkategorien oder alle Arbeiter während des ganzen Jahres bei regelmäßiger Wechsel in Tag- und Nachtschichten gearbeitet haben. Es handelt sich um 2226 Arbeiter, die während der Tagsschicht von 191 und in der Nachtschicht von 87 Unfällen betroffen wurden. Die Unfallhäufigkeit in der Nachtschicht ist mithin ganz wesentlich niedriger als in der Tagsschicht, und zwar verhält sie sich zu dieser wie 1 : 2,2. Diese Tatsache ist in einwandfreier Weise festgestellt.“ Nun ist allerdings das arithmetische Verhältnis zwischen 87 und 191 wie 1 : 2,2; aber daraus kann man keine Schlussfolgerung auf die Gefährlichkeit der Nachtarbeit in irgend einem Betriebe oder einer Arbeitergruppe ziehen. Zudem gibt es keinen Betrieb, in dem alle Arbeiter das ganze Jahr in regelmäßigem Wechsel in Tag- und Nachtschicht arbeiten, denn in jedem Betriebe sind auch für nur am Tage

vorzunehmende Arbeiten eine Anzahl Arbeiter beschäftigt. Das berücksichtigt auch der Bericht für den Bezirk Aachen. Er teilt mit, daß von 15 975 der Gesamtarbeiterschaft in diesem Bezirke mehr als die Hälfte, nämlich 8207, nur am Tage beschäftigt waren, und da in den Tagsschichten 1112 und in den Nachtschichten 332 Unfälle vorkamen, so fielen doch in die Tagsschicht 10,47 und in die Nachtschicht 9,8 Unfälle auf 100 Arbeiter, also prozentual beinahe ebensoviel als in der Tagsschicht. Daß man die absoluten Zahlen der Nachtunfälle nicht ohne weiteres mit denen der Tagunfälle vergleichen kann, zeigt auch eine Mitteilung des Potsdamer Berichts. Er sagt, daß in den 3 größten chemischen Fabriken des Bezirkes Teltow-Ostern mit zusammen 11 674 Arbeitern der Tage 122 und der Nacht nur 4 Unfälle vorgekommen seien, so scheinen hier die Unfälle in der Nachtschicht ungleich häufiger gewesen zu sein, als in der Tagsschicht. Aber es arbeitete in der Nachtschicht nur 52 Leute, also der 32. Teil der Leute, und danach fallen auf 100 Arbeiter der Tagsschicht 7,5 und auf 100 Arbeiter der Nachtschicht 7,7 Unfälle, und bei flattertem Geschäftsgang würde das Verhältnis der Unfälle noch mehr bei den Nachtarbeitern steigen.

In dem Bericht aus dem Bezirk Düsseldorf tritt das Ueberwiegen der Unfälle in der Nachtschicht gegenüber den in der Tagsschicht noch stärker hervor. Danach stieg in den Werken der Grobseisenindustrie, den Hütten- und Bergwerken, Holz- und Hammerwerken, in denen die Arbeit besonders große Anstrengung und Aufmerksamkeit erfordert, die Unfallhäufigkeit von 18,3 Proz. in der Tagsschicht auf 21,7 Proz. in der Nachtschicht. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß auch hier Transport-, Verladungs- und Rangierarbeiten, die erfahrungsgemäß in der Grobseisenindustrie viele Unfälle verursachen, überwiegend in der Tagsschicht ausgeführt werden. Daß es also, wie Herr Generalrat Simon in Düsseldorf in seinem letzten Bericht in gepreßter Schrift erklärt, nicht zweifelhaft sein kann, daß die Arbeiten der Nachtschicht in der Grobseisenindustrie in bezug auf die drohenden besonderen Unfallgefahren mit an erster Stelle stehen. Ueberhaupt haben die in den Betrieben der Gruppen III und VI — Hütten- und Maschinenwesen — beschäftigten Arbeiter die meisten Unfälle, nämlich 19,0 resp. 19,1 auf 100 Arbeiter in der Tagsschicht und 21,1 Unfälle auf 100 Arbeiter in der Nachtschicht.

Diese hohen Unfallzahlen hatten die Gewerbeaufsichtsbeamten veranlaßt, auf die Notwendigkeit einer Einschränkung der Arbeitszeit in diesen Betrieben hinzuweisen, die mit Ueberstunden nach Abzug der Pausen sehr häufig 13 bis 14 Stunden und länger bei harter, schwerer Arbeit dauerte. Es erschien dann auch am 19. Dezember 1908 eine Bekanntmachung des Bundesrats, die aber nur für folgende Werke der Grobseisenindustrie gelten sollte: Hochofenwerke, Hochofen- und Röhrengebläse, Stahlwerke, Puddelwerke, Hammerwerke, Brechwerke, Walzwerke und daran angehängte Reparaturwerkstätten und Nebenbetriebe. Danach müssen alle Arbeiter, die über die Dauer der durch die Arbeitsordnung festgesetzten Arbeitszeit hinaus beschäftigt werden, mit Namen in ein Verzeichnis eingetragen werden, das für jeden Arbeiter über die Dauer der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit und über die Ueberstunden für jeden Tag genaue Auskunft gibt. Diese Verzeichnisse müssen am Schluss jeden Monats der Ortspolizeibehörde eingesandt werden, die sie zur Revision den Gewerbeaufsichtsbeamten zustellt. Nebenbei bemerkt, macht das Revidieren dieser Verzeichnisse den Gewerbeaufsichtsbeamten und die dieserhalb nötigen Rücksprachen eine große Arbeit und beansprucht viel Zeit, um welche dann die auf Revisionen von Betrieben verwendete Gelder zu verwenden muß. Dann müssen in allen Schichten, die länger als 8 Stunden dauern, Pausen in einer Gesamtdauer von 2 Stunden gewährt werden. Die höhere Verwaltungsbehörde kann aber — wenn Rücksicht auf die Arbeiter es geboten erscheinen lassen, heißt es sehr schön in der Bekanntmachung — und die Schicht nicht länger als 8 Stunden dauert, die Pausen auf 1½ oder auf eine Stunde einschränken. Auch können die Arbeiter angehalten werden, während der Pause in der Nähe der Arbeitsstelle zu bleiben, um in dringenden Fällen zur Hilfeleistung bereit zu sein. Ferner muß für jeden Arbeiter vor Beginn der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 8 Stunden liegen. Aber auf die Regelung der Beschäftigten findet diese Bestimmung keine Anwendung, ebenso braucht sie in gewissen anderen Fällen nicht innegehalten zu werden. Diese Bestimmungen scheinen mehr in der Absicht festgesetzt zu sein, ut aliquid fieri videatur (damit es so scheine, als geschähe etwas); denn eine längere als 14stündige regelmäßige tägliche Arbeitszeit bei schwerer, gefährlicher Arbeit und eventuell weniger als eine Stunde Pause für einen ganzen Arbeitstag kann man füglich wohl nicht einem Menschen zumuten. Das ist also kein Schuß für die Arbeiter gegen Betriebsunfälle, weder bei Tag- noch bei Nachtarbeit, und die Unfälle haben auch seit Geltung dieser von Herrn von Weismann-Hollweg unterschriebenen Verordnung nicht abgenommen. Einige Betriebe hatten auch schon vor Erlaß der Bekanntmachung eine ordnungsgemäße Mittagspause eingeführt. Diese Verordnung hat nicht bewirkt, daß die Unfälle in der Grobseisenindustrie seit ihrer Geltung abgenommen hätten, namentlich nicht in der Nacht.

Ebenso liegt es in der Gruppe eines anderen Industriezweiges, nämlich in der Gruppe VII, der chemischen Industrie. Auch bei dieser kommen viele Unfälle und bei der Nachtschicht auch noch mehr als bei der Tagsschicht vor. Diese große Unfallgefahr bei der Nachtarbeit in der chemischen Industrie tritt in den Berichten aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden besonders stark hervor. Dieser Bericht, Seite 338 der Jahresberichte, reißt alle gemeldeten Unfälle der Nachtschichten im Bezirk im Jahre 1908 nach den Gruppen und Unfallursachen. Danach kamen in den Betrieben der 13 Gewerbegruppen III bis VI und VIII bis XV in den Nachtschichten beim Transport, Verbrennungen, Augenverletzungen, Verstauchungen, Umfallen von Gegenständen, Stolpern, Sturz in der Dunkelheit, Ueberfahren und Verschiedenes zusammen 157 Unfälle vor; aber in der einzigen Gruppe VII, chemische Industrie, namentlich durch heiße und ätzende Flüssigkeiten, Transport, Sturz von Personen, Umfallen von Gegenständen und Verschiedenes allein 327 Unfälle, also in der einen Gruppe VII über zweimal soviel, wie in den anderen 12 Gruppen zusammen. Allerdings befinden sich gerade im Bezirk Wiesbaden die bekannten Niesenerbetriebe der chemischen Industrie in Höchst, Griesheim, Frankfurt am Main und andere. Und in diesen Betrieben kommen bekanntlich zu den Unfällen noch eine Reihe fürchterlicher Gewerbetrauerheiten, eigentlich auch Unfälle, die durch Benzidin und andere Anilinpräparate und Chemikalien hervorgerufen werden, wie qualvolle Nasentumoren, Nutharnen, Strangurie, Sehstörungen, Krämpfe, Hautausschläge usw., von denen diese Arbeiter heimgesucht werden und hinflehen müssen. Wohl bräuten sich die 30 und mehr Prozent Dividende schlundenden Aktionäre dieser Niesenerbetriebe ebenso wie die Grobseisenmagnaten mit den grobhartigen, opulenten Dotationen und Wohlhabensrichtungen, die sie für ihre Arbeiter geschaffen haben, wohl ist auch unsere chemische Technik so ausgebildet und ihre Apparatur so vervollkommen, daß sich die Unfälle und Erkrankungen fast immer durch entsprechende Vorsicht und Sorgfalt und sachkundige Leitung beim Arbeiten vermeiden lassen; aber die Berichte der Beauftragten wie die der Gewerbeaufsichtsbeamten zeigen nur zu oft, wie sich durch etwas größere Vorsicht wohl ein Unfall hätte verhüten lassen und wie Jahr für Jahr Tausende von Arbeitern dieser Dividendenjagd ihre Gesundheit und nicht selten auch ihr Leben opfern müssen.

Benignsten für die Arbeiter der Grobseisenindustrie und der chemischen Industrie sollte Herr von Bethmann-Hollweg als Reichsminister wirksamere Schutzbestimmungen erlassen, als diese ist, die er als Vertreter des Reichsanstalters am 19. Dezember 1908 erlassen hat, für erstere Wegfall der Ueberstunden und Verlängerung der Pausen, natürlich ohne Kürzung der Löhne, für letztere weit schärfere Bestimmungen in bezug auf die Sicherheit der Fabrikeinrichtungen, der Aufsicht und Schonung der Arbeiter.

## Soziales.

**Ein Pfarrer wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht.** Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich vor dem Landgericht Sandbühn a. Har der katholische Pfarrer Michael Stöber aus

Geberstfelden zu verantworten. Er war beschuldigt, als Vorstand des Armenpflegschaftsrates durch Vernachlässigung der ihm obliegenden Aufsichtspflicht den Tod einer Armenhauskinderin verschuldet zu haben.

Der Prozeß liefert ein überaus lehrreiches Beispiel dafür, wie „gewissenhaft“ in manchen Gemeinden die Armenpflege gehandhabt wird. Die in Geberstfelden heimatische Ottilie Sager war in München erkrankt und dort ins Krankenhaus gebracht worden, wo einem Herzeiden festgestellt wurde. Der Unterhalt im Krankenhaus für den die Heimatgemeinde aufzukommen hatte, erschien dieser jedenfalls zu kostspielig; sie verlangte und erreichte auch, daß die Kranke in die Heimat zurückgebracht wurde, und hier wies man ihr das Armenhaus zum Aufenthalt an, wo sie ein eigenes Zimmer und eine monatliche Unterstützung von 15 M. erhielt; von diesem Gelde sollte sie sich verpflegen. Im Armenhaus sah sie der Bezirksarzt Dr. Siebinger, der die Diagnose auf Westphalose stellte; in einem Gutachten, das er dem Hgl. Bezirksamt sandte, wies er auf den bedenklichen Zustand der Kranken hin und erklärte eine ständige Pflege und Aufsicht oder die Unterbringung der Frau in einer Heilanstalt für notwendig. Obwohl nun das Bezirksamt dem Armenpflegschaftsrat eine dementsprechende Weisung zugehen ließ, traf die Kranke am 27. März besuchende Tochter die Mutter in einem ungeheizten Zimmer in dürtigster Kleidung frierend an offenen Fenstern sitzend an. Auf eine Beschwerde der Tochter und ein Memorandum des Bezirksamtes vom 4. April beschloß endlich der Armenpflegschaftsrat die Ueberführung der Sager in die Kreisirrenanstalt. Dieser Beschluß wurde aber nicht vollzogen, weil der Pfarrer, als Vorstand des Armenpflegschaftsrates, die vorläufig getroffenen Anordnungen für Wartung und Pflege für genügend erachtete!

Am 1. Mai starb Frau Sager. Der unmittelbar nach dem Tode erschienene Bezirksarzt Dr. Siebinger äußerte sofort, als er die Leiche betrachtete, die Frau sei ja verhungert, worauf der besagte Polizeibeamter Maier gesagt haben soll: „Ja, ich habe es schon lange gesagt, mit der geht es bald dahin.“ In der Gerichtsverhandlung wollte Maier vor dieser seiner Aeußerung nichts wissen. Der praktische Arzt Dr. Pils, der die Leichenschau vorgenommen hatte, bekundete, daß die Verstorbenen zwar eine herabgekommene Person war, daß er aber auf Hungertod mit Sicherheit nicht habe schließen können und Diagnose auf Herzschlag gestellt habe. Bezirksarzt Dr. Siebinger sprach seine Ansicht dahin aus, daß der Tod durch allmähliche Entkräftung infolge lange andauernder Unterernährung eingetreten sei. Die völlige Leere des Magens und des Darms bezuge jedenfalls, daß die Verstorbenen in den letzten Tagen keinerlei Nahrung zu sich genommen habe. In einer Anstalt hätte die Frau die richtige Pflege erhalten und wäre jedenfalls länger am Leben geblieben. Nach Aussage des Landgerichtsarztes Dr. Grammer haben die Stiefmutter der Verstorbenen Pflege gezeigt, die denen eines zwölfjährigen Kindes entsprach, er hält ebenfalls langandauernde Unterernährung für die Todesursache.

Auf Grund dieser Gutachten beantragte der Staatsanwalt gegen Pfarrer Stöber eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen wegen fahrlässiger Tötung. Der Gerichtshof verurteilte die Urteilsverurteilung auf den 21. September.

### Ein Beitrag zur Gefindeordnung.

Das Dienstmädchen Verta Sommer stand bei dem Gutbesitzer Gerich in Bornim bis zum 2. April d. J. in Dienst. Sie verließ denselben, weil sie nach ihrer Ansicht von der Dienstherrschaft schikaniert wurde. Auf Antrag des Gutbesitzers Gerich wurde sie am 9. April durch die Polizei wieder in den Dienst zurückgebracht. Sie verließ denselben jedoch sofort wieder. Hierauf erhielt sie unterm 11. April vom Amtsdirektor in Bornim ein Strafmandat über 6 M., weil sie ohne triftigen Grund den Dienst verlassen habe. Diese Summe wurde bezahlt. Unterm gleichen Datum erhielt sie eine Strafandrohung von 60 M. oder fünf Tage Haft, falls sie nicht binnen 24 Stunden in den Dienst zurückkehre und daselbst bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses verbleibe. Diese Anforderung, bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses im Dienst zu verbleiben, ist zu Unrecht gefordert, denn nach der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 17. Januar 1905 ist die Polizeibehörde nicht befugt, dem entlaufenen Gefinde aufzugeben, den Dienst während der Dauer des Mietvertrages fortzusetzen. Leider wendete sich der Vater nicht an das Oberverwaltungsgericht. Gegen diese Verfügung hatte der Vater des 19jährigen Mädchens beim Landrat sowohl als beim Regierungspräsident Beschwerde eingelegt, doch ohne Erfolg. Da das Mädchen weder in den Dienst zurückkehrte, noch die 60 M. zahlen konnte, denn diese Summe bedeutete für sie beinahe einen halben Jahreslohn, wurde sie einfach fünf Tage lang in das Bornstedter Spritzenhaus eingesperrt. Doch damit ist die Sache noch nicht erledigt. Am 18. Juni und dann noch einmal zwei oder drei Wochen später gab sich die Polizei noch einmal dazu her, das schon zweimal gestrafte Mädchen abermals dem Gutbesitzer Gerich auf dessen Antrag zuzuführen. Es ist dies ein ganz unzulässiges Verfahren. Am 17. August hat nun das Mädchen vom Amtsdirektor ein drittes Strafmandat über 15 M. oder drei Tage Spritzenhaus erhalten, über welches in den nächsten Tagen das Amtsgericht zu entscheiden hat. Dieser Fall zeigt aufs neue, daß die Sozialdemokratie nicht scharf genug die Beseitigung der Gefindeordnung fordern kann.

### Lehrlingsausbildung.

Der Schildermalerlehrling L., der von der Firma H. Canter G. m. b. H. vor Beendigung des Lehrverhältnisses entlassen worden war, klagte beim Gewerbegericht auf Zahlung der Vertragsstrafe von 150 M. Weiter begehrt er Abänderung des ihm erteilten Zeugnisses. Die Beklagte wendete ein, der Kläger habe die Arbeit verweigert. Der Kläger, der während der zurückgelegten 2½ Jahre seiner Lehrzeit stets mittels Handwagen die Leitern transportieren mußte, hatte sich eines Tages geweigert, den Leitertransport zu besorgen, weil er glaubte, die dazu benötigte Zeit müsse zu seiner Ausbildung im Schildermalerstand verwendet werden. Das Gutachten eines Sachverständigen ergab auch, daß der Kläger in seinem Fache nicht so weit ausgebildet war, als man es nach 2½jähriger Lehrzeit billigerweise verlangen könne. Dazu ergab die übrige Beweisaufnahme, daß das Betragen des Klägers, sowie auch seine Arbeitswilligkeit keinesfalls einen Anlaß zur Ausfertigung eines solchen Urteils liefere, wie er ihn erhalten, gegeben hat. Das Gericht verurteilte denn auch die Beklagte zur Zahlung der Vertragsstrafe und Ausstellung eines ordnungsmäßigen Zeugnisses. Die Weigerung des Klägers, noch weiter den Handwagen zu schieben, sei in Anbetracht seiner bisherigen Ausbildung berechtigt gewesen. Der Fall zeigte wieder mal, was manche Handwerksmeister unter „Ausbildung“ verstehen. Solche Lehrherren sind es denn nachher auch, die sich fürchtbar entrücken, daß die Gesellen, obwohl sie nichts können, doch es wagen, Lohnforderungen zu stellen.

### Deutsche Buchdrucker.

„Gott grüß die Kunst“ steht auf dem Titelblatte des Berichtes der Deutschen Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft zu lesen, direkt unter dem Kopfe des auch schon vom Kapital ausgenutzten Erfinders Gutenberg. Und wer sich heute noch einbildet, daß die Buchdrucker die bestgelohnten Arbeiter Deutschlands seien, dem sei dieser Bericht zum Studium empfohlen, aus welchem wir einzelnes berichten wollen. Erwähnt wird, daß „trotz schlechter wirtschaftlicher Verhältnisse“ die Zahl der Betriebe fast ebenso gewachsen sei, wie in den Vorjahren. Auch die Zahl der versicherten Personen und „sogar die Löhne und Gehälter seien gestiegen.“ „Sogar“ ist gut, zumal in einer Zeit allgemeiner starker Teuerung. Von verschiedenen Zeitungverlegern sei öffentlich Beschwerde darüber geführt worden, daß die Zeitungsträger versichert seien, „die nach ihrer Art als Agenten betrachtet werden müssen“. Die Genossenschaft hält aber an dem richtigen Standpunkte fest, daß dieselben versicherungspflichtig seien, weil deren sozialen Verhältnisse, insbesondere nach der Höhe ihres Einkommens, sich von den Arbeitern nicht wesentlich unterscheiden, die Rente im Falle eines Unfalles

eben nötig sei. Wo aber die Genossenschaft Pflichten habe, müsse sie auch Rechte besitzen. Im Jahre 1908 waren 7188 Betriebe an 2313 Orten verstreut, im Berichtsjahre dagegen 7404 Betriebe an 2354 Orten. Wiederrum weist der Bericht darauf hin, daß dieser Zuwachs „im Widerspruch zu der allgemeinen Geschäftslage des Gewerbes in dieser Zeit steht“. Gelöst wird aber diese Frage nicht, trotzdem der Bericht immer und immer wieder auf die „kräftig auftretende Geschäftslage“ hinweist. Eine Tabelle des Berichtes gibt uns auch Aufschluß über die Größe der Betriebe. Es waren hiernach vorhanden: Betriebe bis zu zwei beschäftigten Arbeitern 1632 oder 21,7 Proz., mit bis 5 Arbeitern: 1797 Betriebe oder 23,9 Proz., mit bis 10 Arbeitern: 1405 Betriebe oder 18,7 Proz., 25 Arbeitern: 1460 Betriebe oder 19,5 Proz., bis zu 50 Arbeitern: 901 Betriebe oder 8 Proz., bis zu 100 Arbeitern: 340 Betriebe oder 4,5 Proz., und bis zu 300 Arbeitern: 231 Betriebe oder 3,1 Proz., und 44 Betriebe mit über 300 Arbeitern oder 0,6 Proz. Bemerkenswert ist hierzu, daß diese Aufstellung gemacht worden sei, um zu untersuchen, ob „eine großbetriebliche Entwicklung im Gewerbe aus den Großgruppen der Betriebe erkennbar ist“. Da man aber bis zum Jahre 1901 nur 4 Großgruppen unterschieden habe, sei kein klares Bild zu gewinnen. Die Zahlen der letzten 5 Jahre aber würden ergeben, daß die Verhältniszahl der Großbetriebe nicht erheblich zugenommen hat. Gegen das Jahr 1908 ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 4534 auf zusammen 152.771 gestiegen. In einer Anlage meldet der Bericht, daß die Jahreslöhne der Buchdrucker Deutschlands im letzten Jahre von 1139 M. auf 1145 M. gestiegen sind. Der Durchschnittslohn ist also „fogar“ um ganze 16 M. gestiegen, wovon die Unternehmer erlitten. Eine weitere graphische Darstellung gibt uns eine Uebersicht über die Löhne selbst. Während im Jahre 1886 der Jahresdurchschnittslohn 958 M. betrug, ist derselbe auf 787 im Jahre 1896 gefallen und dann erst langsam angestiegen bis zur „Höhe“ von 1145 M. Der Bericht meint hierzu: „Für das Studium der gewerblichen Verhältnisse auf dem Lohngebiete dürfte in dieser Tafel wie ebenso in der Tafel 12 die Kurve der Löhne von ganz besonderem Interesse sein. Vom Jahre 1890 an, in welchem bekanntlich die zum Streik von 1891 führenden Unruhen begannen, bis zum Jahre 1896, in welchem der Lohn tarif erneuert wurde, also in der tariflosen Zeit, bewegen sich die Löhne fast durchweg in sinkender Tendenz (unter der Nulllinie), während sie von da ab regelmäßig steigen. Naturgemäß ist dieses Steigen in den Jahren der Erneuerung des Tarifvertrages stärker als in den dazwischen liegenden, aber es ist doch sehr beachtenswert, daß in den zwischenliegenden Jahren ein fortgesetztes Steigen stattfindet, womit der Schluss verknüpft werden darf: die Minimallohntage haben keine erstarrende Wirkung auf die durchschnittliche Entlohnung.“

Den Einfluß der Maschinenleistung auf die Zahl der Unfälle weist der Bericht auch zahlenmäßig nach. Deshalb ist auch die Aufstellung wertvoll, daß die Zahl der Tiegeldruckpressen von 12.652 auf 12.733, die Zahl der Schnellpressen von 16.493 auf 16.974, die der Rotationsmaschinen von 1211 auf 1273, die der Sechsmaschinen von 2488 auf 3076, die der Schneidemaschinen von 7074 auf 8140 gestiegen ist. Zurückgegangen ist nur die Zahl der Steindruckmaschinen, und zwar von 878 auf 868. Seit dem Jahre 1904 hat sich z. B. die Zahl der Sechsmaschinen nahezu verdreifacht. Gemeldet wurden im Berichtsjahre 3031 Unfälle, wovon laut Bericht sich Montags 470, Dienstags 514, Mittwochs 483, Donnerstags 488, Freitags 489 und Sonnabends 524 ereigneten. Damit ist die „Montagsgefahr“ wohl auch widerlegt. Sonntags ereigneten sich außerdem 65 Unfälle. Berichtet wird, daß die Anzahl der Unfälle an Rotationsmaschinen mehr als zweimal so hoch wie die von allen anderen Maschinen ist“. Entschädigt wurden neu 454 von den gemeldeten Unfällen, wovon 285 sich an Maschinen ereigneten. Bemerkenswert ist, daß auch die Zahl der Unfälle an Tiegeldruckpressen „wesentlich zurückgegangen“ wurde, wenn an diesen Maschinen nicht so viele ungenügend unterworfene jugendliche Personen beschäftigt würden, betrifft doch beinahe die Hälfte (46 Proz.) aller Unfälle an diesen Maschinen Personen, die 14—16 Jahre alt sind“. Vetteres und ausgebildetes Personal sei sich eher der Gefahr bewußt. In einem Bezirke sei nun die Beschäftigung von Arbeitern unter 16 Jahren an diesen Maschinen verboten worden. Und was sagt der Unternehmerbericht hierauf: „Eine Verallgemeinerung dieses Verbotes würde die allgemein übliche Verwendung von Lehrlingen an Tiegeldruckpressen gänzlich ausschließen, was die kleineren und mittleren Betriebe aber zweifellos sehr empfindlich schädigen müßte.“ Und deshalb sollen die Lehrlinge weiter an gefährlichen Maschinen beschäftigt werden. Dabei meint der Bericht später sehr richtig, daß die Verhütung der Unfälle die Hauptsache sei, da „jeder verhütete Unfall für die Genossenschaft durchschnittlich ein Gewinn von mindestens 3000 M. sei, für den von dem Unfall behüteten Arbeiter dürfte der Gewinn noch höher sein“. Sehr richtig! Lehrlinge sind aber doppelt und dreifach gefährlich, da außerdem die Menge nach den niedrigen ortsüblichen Tagelöhnen für immer festgesetzt werden. Geklagt wird auch, daß auch bedeutende Maschinenfabriken eine „gewisse Unwilligkeit“ gegen das Anbringen von Verhütungsmaschinen bekunden, und Unternehmer „bei Bestellung neuer Maschinen auf die Mitlieferung von Schutzvorrichtungen ausdrücklich verzichten“. Aufklärung über die Unfallgefahren sei auch wohl durch das Organ der Genossenschaft, dem „Korrespondent“ gebracht worden. Bei den Unternehmern sei aber das Interesse geringer, und „zum Teil ist den Unternehmern das Verständnis der Vorschriften deshalb auch erschwert, weil sie keine ausreichende technische Kenntnis besitzen, denn abgesehen von denen, die aus anderen Verufen stammen, sind viele aus dem Seherstand herbeigekommen, und nie an Maschinen beschäftigt gewesen“. Das sind aber doch nur Ausreden. Bei Nachreviditionen sei beobachtet worden, daß Unternehmer die verlangten Schutzvorrichtungen gar nicht angebracht hätten. Und welche Ausreden diese Unternehmer haben, geht aus einer Bemerkung des Berichtes hervor, daß in einem Betriebe die Arbeiter sich um Mitternacht weigerten, an einer Rotationsmaschine weiter zu arbeiten, die Arbeit niederlegten, weil angeblich das Arbeiten an der Maschine durch eine neue Schutzvorrichtung erschwert worden sei.

## Gerichts-Zeitung.

### Polizei und Justiz gegen Streikende.

Durch polizeilichen Haftbefehl ist dem Schmied Wüttnitz eine Strafe von 30 M. zudiktirt worden, weil er durch Beschimpfung von Streikbrechern groben Unfug verübt haben soll. Wie am Dienstag vor der 141. Abteilung des Schöffengerichts festgestellt wurde, sind die bei dem Hoffschmiedemeister Bobb beschäftigten Arbeitswilligen jeden Abend in einer Autodroschke unter Begleitung des Sohnes des Herrn Bobb nach einem Bahnhof befördert worden, um von da ihre Wohnung zu erreichen. Nach dem Zeugnis des jungen Herrn Bobb und eines Arbeitswilligen soll der Angeklagte, der auf einem Fahrrad die Autodroschke folgte, die darin sitzenden Arbeitswilligen Laufjungen und Streikbrecher geschimpft haben. Die Angabe des Angeklagten, daß er zuerst von den Insassen der Droschke beschimpft worden sei, konnte nicht erwiesen werden, daß außer Herrn Bobb und seinen Arbeitswilligen keine Zeugen bei dem Vorgange zugegen waren.

In unsfältiger Weise habe der Angeklagte geschimpft, sagte der Amtsanwalt und beantragte, es bei der polizeilich festgesetzten Strafe von 30 M. zu belassen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Lesser, bezeichnete die Ausdrucksweise des Amtsanwalts als ungehörig. Darauf meinte dann auch der Vorsitzende des Gerichts, daß der Amtsanwalt mit dem Ausdruck „unsfältig“ zu weit gegangen sei.

Weiter führte der Verteidiger aus: Der Antrag des Amtsanwalts zeige, daß er sich entgegen der Rechtsprechung des Kammer-

gerichts und des Reichsgerichts der von der Polizei beliebigen Bekämpfung der Streikenden anschleie. Selbst wenn man annehme, daß der Angeklagte die Arbeitswilligen beschimpft habe, ohne von ihnen dazu gereizt worden zu sein, liege kein grober Unfug vor, denn es fehle die Voraussetzungen desselben, nämlich die Verletzung des Publikums oder auch nur eines Teils desselben. Lediglich wegen Verleumdung von drei Arbeitswilligen könne der Angeklagte bestraft werden, wenn einer der Verleumdigten Strafanzug gestellt hätte. Das sei aber nicht geschehen. Der Schöffe, welcher im vorliegenden Falle die Anzeige erstattete, habe auch das richtige Gefühl für die Sachlage gehabt, denn in der Anzeige sei nur von Verleumdung die Rede. Dann werde gesagt, Strafantrag aus § 185 werde nicht gestellt. Die Polizei habe diesen Passus aus der Anzeige gestrichen und entgegen der geltenden Rechtsprechung die einfache Verleumdung als groben Unfug qualifiziert. In dem Strafbefehl werde ausdrücklich gesagt, der Angeklagte habe die „mittels Kraftdroschke nach ihrer Wohnung fahrenden Arbeitswilligen des Hoffschmiedemeisters Bobb beschimpft und dadurch groben Unfug verübt“. Also die Polizei wolle eine Handlung zu einer strafbaren machen, die gar nicht strafbar sei. Sie wolle den Arbeitswilligen einen besonderen Schutz angedeihen lassen, von dem das Gesetz nichts wisse. Grober Unfug liege nicht vor, deshalb müsse der Angeklagte freigesprochen werden. Weiter bestritt der Verteidiger, wie schon früher, die Rechtsgültigkeit des Strafbefehls.

Das Gericht stellte sich hinsichtlich des Arbeitswilligenschutzes auf denselben Standpunkt wie die Polizei. Es hielt groben Unfug für vorliegend, der begangen sei nicht nur durch Schimpfen, sondern auch dadurch, daß der Angeklagte auf seinem Fahrrad die Droschke umkreist und dadurch die öffentliche Ordnung gefährdet habe. Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von 6 M.

### Sauberei, Kunst und Wissenschaft.

Wegen Uebertretung des Hausiersteuergesetzes war der Zauberkünstler Alpers vom Potsdamer Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Er machte in seiner hiergegen gerichteten Revision geltend, daß er nicht unter das Hausiersteuergesetz falle, weil seine Darbietungen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft für sich beanspruchen könnten. Das ergebe sein Kunstschon, der in rechtlicher Weise vom Landgericht nicht genügend gewürdigt worden sei. Dieser, vom Sachverständigen Direktor König ausgefertigte Kunstschon befragt: Proben seines Könnens hätten ergeben, daß A. auf dem Gebiete der Zauberkunst in Verbindung mit chemisch-physikalischen Experimenten Vorzügliches leistet, so daß seine Darbietungen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft involvieren.

Das Kammergericht verwarf die Revision mit folgender Begründung: Das Landgericht habe festgestellt, daß unter 24 vom Angeklagten dargebotenen Nummern sich nur eine mit höherem wissenschaftlichen Interesse befinde. Ohne Rechtsirrtum ziehe es hieraus den Schluß, daß die Gesamtdarbietung kein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft beanspruchen könne und die Bestimmungen über den Gewerbebetrieb im Umherziehen Anwendung fänden. Die in dem Kunstschon zum Ausdruck gekommene gegenteilige Auffassung ändere daran nichts, denn das Gericht habe seine Feststellung selbständig zu treffen.

Der Kohlenhändler Radler, der im Herbst 1900 bei den Berliner Nachwahlen zum Landtag vor seinem Geschäftslokal in der Bielestraße einen Zusammenstoß mit einer unserer Schlepperinnen hatte, sollte am Dienstag vor Gericht erscheinen, um als Angeklagter sich wegen jener Affäre zu verantworten. Es war damals zwischen Herrn Radler und unserer Genossin Frau Sattler, weil Radler sie bei ihrer Schlepparbeit gehört und belästigt hatte, zu einem Wortwechsel und schließlich zu Tätlichkeiten gekommen, bei denen ihm viel weniger schlimm als unserer Genossin mitgespielt wurde. Herr Radler verstand es, den Staatsanwalt für seine Sache zu interessieren, und er erreichte, daß Frau Sattler zu 15 M. Geldstrafe verurteilt wurde, während ihr selber es überlassen blieb, Radler durch eine Privatklage zur Rechenschaft zu ziehen. Nachdem das Urteil gegen sie in allen Instanzen bestätigt worden war, sollte nunmehr endlich auch ihre Privatklage gegen Radler verhandelt werden. Radler war aber zum Termin nicht erschienen. Da er vorchriftsmäßig geladen war, so beschloß das Gericht, ihn zum nächsten Termin durch die Polizei vorzuführen zu lassen.

## Aus aller Welt.

### Ein aufrechter Bürgermeister.

Großes Aufsehen erregt in Tirol ein Reisebenteurer des Erzherzogs Ludwig Viktor, des Bruders des Kaisers Franz Josef. Wie das „Neue Wiener Journal“ aus Vogen meldet, machte der Erzherzog am Sonntag in Zivil in Begleitung seines Adjutanten eine Automobiltour durch das Eggental. Da die Straße für Automobile gefährlich ist, sind Autofahrten streng verboten. Der Wagen des Erzherzogs wurde infolgedessen auch bald angehalten. Auf Befehl des Adjutanten fuhr der Chauffeur aber weiter. Nun telephonierte die Behörde nach allen Orten des Eggentales und in Welschen Rosen rittete sich die ganze Bevölkerung mit Sensen und Reuten bewaffnet zusammen und sperrte durch zwei Wagen den Weg, den das Auto passieren mußte. Der Adjutant erklärte dem an der Spitze der Menge erschienenen Bürgermeister, daß der Insasse der Erzherzog sei und daß ihm der Weg freigegeben werden müsse. Der Bürgermeister entgegnete: „Das ist gleichgültig, auch ein Erzherzog muß das Gesetz respektieren.“ Der Bezirkshauptmann von Vogen, den der Adjutant telephonisch von dem Zwischenfall verständigte, befohl dem Bürgermeister, das Auto passieren zu lassen. Gegen diesen Befehl aber wandte sich erregt die Menge, die erklärte: „Die Gerechtfame aber die Straße haben wir erhalten mit unseren Steuern.“ Schließlich konnte das Auto nach  $\frac{3}{4}$  stündigem Aufenthalt weiterfahren.

Nach der Auffassung des Bezirkshauptmanns scheint also der Erzherzog über dem Gesetz zu stehen.

### Schweres Unglück im Bergwerk.

Wie uns ein Privattelegramm meldet, stürzte gestern auf der fiskalischen Grube „Potsdam“ in Gladbeck ein Förderkorb infolge eines Maschinendefektes mit sieben Mann in den Schacht. Einer der Berunglückten war sofort tot, die sechs anderen wurden so schwer verwundet, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen werden.

### Wüstlingstreiben.

Vor der Bremer Strafkammer hatte sich am Montag eine Anzahl Lebemänner zu verantworten, die sich schwere sittliche Verfehlungen an 13- bis 16-jährigen Knaben haben zuschulden kommen lassen. Die Angeklagten gehörten der sogenannten besseren Gesellschaft an; am schwersten belastet war ein Schiffsbauingenieur, in dessen Wohnung

die Angeklagten zusammenkamen, nachdem sie ihre Opfer dorthin verschleppt hatten. Die Angeklagten hatten die jungen Leute durch Pflanzigaretten und andere Mittel bewußtlos gemacht, um dann ihre elsthaften Gelüste zu befriedigen. Die Verhandlung fand unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete gegen den Schiffsbauingenieur auf  $1\frac{1}{2}$  Jahre Gefängnis. Zwei Angeklagte erhielten einen und zwei Monate und zwei junge Leute je eine Woche Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

### Zwei Eisenbahnkatastrophen.

Gestern früh  $2\frac{1}{2}$  Uhr stieß in der Station Rottenmann in Steiermark ein nach Wien fahrender Schnellzug mit einem anderen von Wien nach Triest fahrenden Schnellzuge zusammen. Hierbei wurden sieben Personen getötet und zwölf Personen schwer verletzt. Die Lokomotiven der beiden Züge sind entgleist, eine Anzahl Wagen wurden zertrümmert. Einzelheiten über das Unglück liegen nicht vor, da die Telegraphenleitungen infolge des Zusammenstoßes zerstört wurden.

In der Nähe von Porto in Portugal entgleiste ein Personenzug, in dem sich mehrere Hundert Passagiere befanden. Etwa 150 Reisende erlitten Verletzungen, darunter mehrere lebensgefährlich.

### Die reiche Heirat.

Böse hereingefallen ist ein 80-jähriger Fabrikbesitzer aus Warmen. Er lernte in einem Düsseldorf'er Tanzlokal ein 17-jähriges zählendes Mädchen kennen, das sich ihm als Baronessa von Bingerdorf, Nichte des preussischen Ministers v. der Rede, vorstellte. Nach durchstanzter Nacht fuhr die Baronessa mit ihm nach Köln, wo beide gemeinschaftlich in einem Hotel übernachteten. Ihrem schnell erworbenen Gatten erzählte sie, daß sie ein Vermögen von 4 Millionen habe, über das sie nach Eintritt ihres 18. Lebensjahres verfügen könne. Als sich die junge Baronessa Mutter fühlte, reichte man nach München, und in gemeinsamer Wohnung erwartete sie ihre Rückkunft. Es kam ein Knäblein. Der gute Fabrikbesitzer meldete auf dem Standesamt das Kindlein als ein eheliches an, und so wurde es auch in das Personenstandsregister eingetragen. Nun reiste man nach England und schloß den Bund fürs Leben. Als mit Eintritt des 18. Lebensjahres der Herr Gemahl bei seiner besseren Hälfte auf die Beschaffung der 4 Millionen Heiratsgut drang, stellte sie heraus, daß seine junge Frau keine Brautbühne ist, sondern ihm nach jeder Richtung hin, auch bezüglich der dreiviertel Millionen, einen blauen Dunst vorgemacht hatte. Sie war lediglich eine Prostituierte. — Der Fabrikbesitzer strengte nun gegen seine Frau Klage auf Nichtigklärung der Ehe an, weil er durch die Angaben der Bingerdorf, sie sei eine Baronessa und nebenbei eine Jungfrau, in einen Irrtum verfiel und durch ihre Behauptung, sie habe 4 Millionen und sei eine Nichte des Ministers von der Rede arglistig getäuscht worden sei. Das Landgericht München tat ihm den Gefallen und löste die vermeintliche Ehe auf. Er aber wurde noch wegen eines Vergehens gegen das Personenstandsgesetz zu einem Tag Gefängnis verurteilt. Dummheit ist eine Gabe Gottes, aber man darf sie nicht mißbrauchen!

### Keine Notizen.

Ein schweres Unglück ereignete sich gestern morgen bei Straßenarbeiten im Hamburger Stadtteil Niensburg. Durch einen Einsturz von Erdmassen wurden fünf Arbeiter mit in die Tiefe gerissen, zwei von ihnen sind tot, die anderen drei schwer verletzt.

Eine dreizehnjährige Doppelmörderin. Nach einem Telegramm aus Ritz (W. St. v. R.-A.) hat ein dreizehnjähriges Mädchen das Geständnis abgelegt, seinen Vater und seinen Onkel aus Rache ermordet zu haben. Das Mädchen verübte die blutige Tat, weil es von seinem Vater wegen eines Vergehens gestraft wurde. In der Nacht erhob sich das Mädchen aus dem Bett, nahm einen Revolver und tötete dann erst den im Schlaf liegenden Vater und dann den Onkel.

Russische Kleinigkeiten. In der Verwaltung der Petersburger Wasserleitung wurde ein Fehlbetrag von fünf Millionen Kilogramm Steinkohlen aufgedeckt.

Die Cholera. In Bukarest wurde bei einem vor drei Tagen erkrankten Doharbeiter asiatische Cholera festgestellt. Ein zweiter Doharbeiter ist unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt. — In Apulien sind in den letzten 24 Stunden vier Personen an Cholera erkrankt, eine Person ist gestorben.

Schwere Unwetter sind gestern über mehrere Provinzen Spaniens niedergegangen. In den Städten Lorca und Tieza hat das Wasser eine Höhe von mehr als zwei Meter erreicht; in Barcelona wurden der niedrig gelegene Stadtteil unter Wasser gesetzt. Der Straßenbahnverkehr ist unterbrochen. In der St. Paulskirche in Barcelona drang das Wasser bis zu den Altären vor. — In den vom Unwetter betroffenen Gegenden wurde die ganze Wein- und Olivenernte zerstört.

### Briefkasten der Redaktion.

Die türkische Ezechunde Acher Lindenstraße Nr. 60, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 12 bis 7 Uhr abends, Sonnabends von 12 bis 6 Uhr nachmittags. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Dankschreiben und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Gütige Anfragen trage man in der Ezechunde vor.

N. 1868. Ihr Standpunkt ist der zutreffende gemäß § 1709 Abs. 2 und 1807 Abs. 2. Der Kommentar von Reichsgerichtspräsidenten A. G. S. sagt in Anmerkung 2 zu § 1807 (auch anwendbar für den § 1709), daß das Gesetz den Anspruch in der Form gewährt, daß es von den Teilenden — also hier auf die Mutter — den Anspruch des Bedingten — hier des Kindes — abergehen läßt. Wir raten, gegen die Anordnung des Vormundschaftsgerichts bei diesem Verwirre einzulegen. — N. 225. Wir halten Sie nicht für ersichtlich, sofern Sie nachweisen können, daß das Zimmer unverschlossen geblieben ist und der Dieb einen Schlüssel besessen hat. — Platte u. Thiele. Sie können Strafmandate erhalten. — N. 100. Antrag beim Vormundschaftsgericht, der aber ansichtslos erscheint. — G. W. 900. Rein. — N. 3. Ja. — N. 6. 100. Dazu sind Sie nicht berechtigt. — N. 28. Beauftragen Sie einen Rechtsanwalt mit der Zwangsversteigerung. Für den Fall der Freischlichtung laden Sie den Schuldner zum Offenbarungseid. — N. 6. Rudolf. Birkow. Kranfenshans. — N. 2. 1. Ob das fragliche Einkommen der Besteuerung unterliegt, wird durch Urteilsstatut der Gemeinde geregelt. 2. Landrat. — N. 6. 100. Fragen Sie bei der Agentur der Boermann-Linie, Max Hiler, Neustädtische Kirchstr. 13. an. — Zeig. 40. 1. Von der 13. Woche ab. 2. In bestimmten Fällen ja. Um in dem fraglichen Ausmaß geben zu können, müssen wir den Sachverhalt kennen. 3. Ja, sofern die Unfallrente noch nicht gewährt wird. — E. 100. 1. Es liegt Verjährung vor. 2. Nur dann, wenn die Forderung zu Recht besteht. Sie müssen gerichtliche Entscheidung beantragen. — Max. Kummelsburg. Rein. — Parteigenosse Wedding. 2. Rein, sofern Sie die Arbeiterbildungs-karte meinen. 3. D. Konrad, Kirchhof, Steinmetzstraße 51. 3. Ja, die länger als vier Jahre zurückliegenden Ansprüche. 4. Ja, für die letzten vier Jahre.

### Eingegangene Druckschriften.

Fried. Reuter. Ein Bild seines Lebens und Schaffens. Von Richard Dohse. 72 Seiten. Einzelpreis geb. 30 Pf., geb. 50 Pf. Verlag E. Gieseler, Frankfurt a. M.

Wie verhält man die Hebertragung der Lungenentzündung. Von Dr. med. D. Knein. Preis 1 M., geb. 1,40 M. Verlagsanstalt Emil Abt, Wiesbaden.

Max Schippel als Protektionist.

Jegrim-Schippel hat wieder einmal das Bedürfnis gefühlt, die Partei zu verunglimpfen. Er lagert deshalb in den Dr. Joseph Bloch'schen Festen zu allmonatlicher Vegeferung der Partei einen Artikel ab, der den sehr hochtrabenden Titel „Leuerung und Weltwirtschaftliche Entwicklungen. Defonomisch-historische Betrachtungen“ trägt.

Wer auch nur die geringste Aufklärung über das Problem der Leuerung in diesem Artikel sucht, täuscht sich. Er kennt eben die feine Manier von Schippel-Jegrim nicht. So ein „Edelmarxist“ — das ist der neueste Wig, à la commis voyageur, der dem geistreichenden Lesethen einfällt — setzt sich auf die Hosen und sucht die Preisgestaltung zu untersuchen; aber solche Arbeit überläßt unser Schöngest den Kantak, Otto Bauer, Hilferding und tutti quanti.

Man sieht, es ereignen sich in dieser Welt noch ganz andere Dinge als gute oder schlechte Zollgesetze, glückliche oder unglückliche Handelsverträge, und den parlamentarischen Kretinismus, der von allen großen, grundlegenden weltwirtschaftlichen Umgestaltungen nichts sieht und nichts hört als den Roll und Preis und hinter dem Zoll und dem Preis nur die jeweilige miserable Regierung, so wie er ruhig den alten freisinnigen A. W. C. W. überlassen: den alten, weil bereits seit Jahren in den jüngeren linksliberalen Umkehrungen viel fortschreitende Erkenntnis des wirklichen Wechselspiels von Ursachen und Wirkungen während der letzten Jahrzehnte und Jahre sich wieder spiegelt.

Wenn Schippel etwas mehr Gewissenhaftigkeit haben würde, müßte er hinzusetzen, daß die Fleischsteuerung in Oesterreich eben die Folge schlechter Zollgesetze und nicht unglücklicher, sondern niederträchtiger Handelsverträge ist. Denn es weiß jeder A. W. C. - Schütze, daß die plötzliche Fleischsteuerung in Oesterreich die Folge der von den Agrariern erzwungenen Sperrung der Einfuhr von Vieh aus den Anlianländern ist. Daß, ferner die miserable Regierung in Oesterreich vor allem daran schuld ist, wenn Milliarden für Rüstungen ausgegeben werden, während die Verkehrswege über alle Wägen verwaist sind, und infolgedessen Agrardistrikte von großem natürlichen Reichtum, wie das östliche Galizien und die Bukowina, ihre Produktion nicht entwickeln, während der Westen der Monarchie nur Mangel an Ackerbauprodukten leidet. Besteht darin die „marxistische Tiefenergründung“, daß man statt handgreifliche Dinge zu fassen, mit lödenden Worten, wie „große, grundlegende weltwirtschaftliche Umgestaltung“ um sich wirft?

Kleines feuilleton.

Josef Kainz † Tausendmal hat er auf den Brettern mit dem Tode gerungen: er ist den Bühnentod des klassischen Dramas, er ist den Tod der modernen Bühnenkunst gestorben. Die letzten Monate aber war's ein fürchterliches Ringen um den letzten Tod: jenen, der uns Menschen für immer von der Bühne des Lebens hinunterstößt.

Nach einer großen Gastspielreise, die den interessantesten der deutschen Schauspielerei dieses Frühjahr noch einmal an die alten Säulen seiner Triumphe geführt hatte, war er im Mai krank nach Wien zurückgekehrt. Er wurde am Darne operiert. Die Ärzte erkannten wohl schon damals die Schwere der Krankheit, aber Kainz schenkte wieder zu gesunden. Aber der Rückschlag kam, unentrinnbar, wie es bei den tödlichen Krebsleiden zu sein pflegt, und Kainz's Schicksal war besiegelt. Während alle Eingeweihen wuhnten, daß er mit dem Siegel des Todes gezeichnet war, suchten die Ärzte und die Presse im Einvernehmen mit einander, dem Sterbenden die Illusion der Heilung zu erhalten. Welch eine tragische Komödie!

Die Katastrophe des Personalrat'schen, der besonders in Wien sein Wesen treibt, haben seit Monaten die Presse mit dem elendesten Schicksal über Kainz, seine Kontrakte, seine Krankheit und anderes erfüllt. Wie die Schweißfliegen fiele sie über das Opfer her, und in ihrem angeborenen Vhyantinerium suchten sie die Vorstellung der Größe und Bedeutung von Kainz zu wecken, indem sie uns Kammerdienerintimitäten aufzählten. Nun ist der Tote wenigstens vor dieser Sorte von Bemerkungen gefeit.

Nicht ganz 58 Jahre ist der große Schauspieler geworden, der als Zwanzigjähriger (1878) zum ersten Male in Berlin auftrat und später im Engagement oder als Gast zu wiederholten Malen in die preußische Hauptstadt zurückkehrte, wenn ihm die bayerische oder die österreichische längere oder kürzere Zeit gehalten hatte. Groß war sein Talent, groß sein Fleiß, bewundernswert seine körperliche Beweglichkeit, sein Geberdenpiel, vor allem jedoch seine Sprachtechnik, so daß er trotz seiner schwächlichen Figur Erfolge erzielte, wie sie nur wenigen Schauspielern beschieden sind. Ueber den Stil seines Spiels, über die Auffassung dieser und jener seiner Rollen läßt sich streiten, aber den Stil, den er gab, die Auffassung, die ihm richtig schien, beherrschte er meisterhaft, zumal nachdem er sich im Verlaufe seiner künstlerischen Entwicklung allerlei launische Unarten hatte abgewöhnen lassen. Er spielte Koliobe und Grillparzer, Goethe und Schiller, Kleist und Subermann, Schalepeare und Hofland, Schiller und Restrog. In ernsten wie in lustigen Rollen stand er seinen Mann, und als er sich vom Karl zum Franz Moor und schließlich zum Mephisto durchgearbeitet hatte, da begann seine Künstlerische sich der Reife zu nähern.

Kainz war am 2. Januar 1858 in Bieselburg in Ungarn geboren, aber in Wien erzogen. Mit sechzehn Jahren betrat er die Bühne. Sein ungeschümmtes Temperament bestimmte ihn zum jugendlichen Helden. Bei den Weininger fand er Verständnis. In München, wo ihn der schwärmerische Ludwig II. eine Zeitlang umfremdete, und dann im neugegründeten Deutschen Theater in Berlin erregte er wachsendes Interesse. Sein früherer Bruch mit allen Traditionen half ihm den Charakter des Interessanten zu geben, den der moderne Künstler braucht, vor allem in Berlin braucht, um bekannt zu werden. Das typische

Große, grundlegende wirtschaftliche Umgestaltungen vollziehen sich in der Tat vor unseren Augen. Das hervorragende Merkmal dieser Umgestaltung ist, daß mit unheimlicher Beschleunigung die monopolistischen Gebilde, die Trusts, die Herrschaft über Produktion und Warenumsatz an sich reißen, und daß dadurch die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft nicht etwa eingeschränkt, sondern gefördert wird. Die immensen Extraprofite, die auf diese Weise entstehen, bewirken unter anderem, daß das verfügbare Kapital vollständig von den Industrien absorbiert wird, in denen die Verstrufung am weitesten fortgeschritten ist und es an Kapital mangelt, um die landwirtschaftliche Produktion zu fördern, die Agrarländer zu erschließen, die Landwirtschaft in den alten Kulturländern auf höhere Stufe zu heben. Dies einer der wichtigsten Umstände, die es bewirken, daß zurzeit der Mangel an Getreide, an Fleisch, an Wolle, Baumwolle und Häuten sich fühlbar macht, die Preise dieser Produkte steigen und damit den Schutzzöllen zuweilen zu schwindelhafter Höhe getrieben werden. Nicht übersehen darf dabei werden, daß infame Regierungen das ihrige dazu tun, das Chaos zu verschlimmern. Millionen Bauern sind von der zarischen Regierung ins Elend gestoßen und so die russische Landwirtschaft ruiniert; die Regierungen der südamerikanischen Staaten, diese Vanden von Industrierittern, sind bestrebt, die Geschäfte der Bucherer zu besorgen und legen der Entwicklung jener Staaten schier unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen; in Westeuropa ist Brot- und Fleischwucher Trampf. So wird jenes Uebel verstärkt.

Ist aber das Steigen der Preise für Agrarprodukte das charakteristische Zeichen der Entwicklung in den letzten Jahren, so wird der Schutz Zoll zum offenen Hohn auf die Vernunft. Steigende Weltmarktpreise durch Wucherzölle künstlich in die Höhe zu treiben, das ist wuchererischer Wahnsinn. Aber gerade die Art, in der das deutsche Protektorat die Folgen dieser Wucherzölle schwerer denn je zu fühlen bekommt, sucht sich der famose Max Schippel aus, um folgende niedliche Behauptung aufzustellen: „Bei der Vieh- und Fleischproduktion haben die kontinental-europäischen Länder zum Teil, Deutschland an der Spitze, sogar glänzende Fortschritte erzielt. Aber doch nur auf Grund der staatlich verbesserten Preise“. Und in einer Note wird endlich das große Wort gelassen ausgesprochen:

In der Behandlung der deutschen Viehstatistik findet man oft die seltsame Behauptung, die große, obwohl für den noch rascher gewachsenen Konsum immer noch ungenügende Viehzunahme beweise, daß der Zoll vollständig überflüssig sei. Sie beweist doch wohl nur, daß sich ganz unter Preisen, wie sie sich durch Grenzsperrern und Zölle stellen, ganz gut reichlicher produzieren läßt. Daß aber unter dem Wogel dieser Preise ganz anders produziert werden würde, sollte man doch niemand erst zu sagen brauchen.

Ach nein, Verehrtester! Man muß es doch sagen, daß von den kontinentalen europäischen Ländern nicht jene ihre Fleischproduktion am frühesten gesteigert haben, die „staatlich verbesserte“, d. h. durch Wucherzölle künstlich gesteigerte Preise haben, sondern Dänemark, Holland, Belgien, die keine Sperrern und Zölle kennen; daß die größte Produktionssteigerung auf diesem Gebiete im freihändlerischen England eingetreten ist. Wenn schon gesunkert werden muß, dann doch etwas geschickter.

Schippel ereifert sich über die „spottschlechten Muster“ der freisinnigen Freihandelsagitation. Er hat recht. Sie sind spottschlecht und sind auch in der sozialdemokratischen Agitation nicht angewendet worden, außer in einem Handbuche, das geradezu von solchen freisinnigen Argumenten froht, nämlich in dem „Sozialdemokratischen Reichstags-Handbuch“ von 1902, das Max Schippel zum Verfasser hat, und das er geschrieben, nachdem er 1898 auf dem Parteitag von Stuttgart mit dem Schutz Zoll kollektiert hatte. Heute würde er sich

offenbar anderer Muster bedienen. Er würde nämlich allem Anschein nach seine Argumente für den Schutz Zoll aus dem Argumenten-Arsenal des Bundes der Landwirte holen, wie obiges Zitat beweist. Schippel beruft sich in seinem Artikel mit großem Wohlgefallen auf seine Stellung auf jenem Parteitage von 1898. Aber Verehrtester! nochmals: wenn schon gesunkert werden muß, dann doch mit mehr Geschick! Soviel wir wissen, hat Schippel selbst 1898 eine Resolution vorgelegt, die fordert: „weitere Ermäßigung und schließlich Aufhebung aller unserer Lebensmittelszölle, welche gerade die ärmsten Schichten der Bevölkerung am schwersten bedrücken und in der Erhöhung der Lebenshaltung hemmen.“

Heute verteidigt er die „staatlich verbesserten Preise“, die zur Verschärfung der Unterernährung führen und tut dabei so, als hätte er Grund, auf seine Haltung im Jahre 1898 sehr stolz zu sein. „Marxistisches Tiefenergraben“ ist das sicher nicht, aber wenn man will, Tiefenergrubung in den Sumpf eigener Konfusion und eigener Widersprüche.

Aus der Partei.

Die Stuttgarter Genossen zum Budgetantrag der württembergischen Landtagsfraktion.

Am Sonnabend tagte in Stuttgart eine Parteiverammlung, die sich auf einen Antrag Schumacher mit dem Vorgehen der württembergischen Landtagsfraktion in Sachen der Budgetbewilligung bezog. Genosse Landtagsabgeordneter Fischer gab darauf den Wortlaut der Resolution bekannt, die die Landtagsfraktion an den Parteitag gerichtet hat. (Sie wird in unserem heutigen Parteitagbericht mitgeteilt.) Dann ergriff Genosse Landtagsabgeordneter Hildenbrand zur Verteidigung der Fraktion das Wort.

Wir entnehmen über die Reden dem Bericht der „Schwäbischen Tagwacht“:

Landtagsabgeordneter Hildenbrand: Die Angelegenheit ist in sensationeller Weise aufgebauscht worden; die Folgen werden sich noch recht unangenehm fühlbar machen. Die Stuttgarter haben zu der Budgetfrage Stellung genommen, aber uns, den Abgeordneten, muß auch das Recht gegeben werden, unsere Meinung zu sagen. Wir können nicht alle in Magdeburg sein. Unsere Resolution wurde verfaßt, um zu erklären, daß man unseren Fraktionsmitgliedern entgegenhält, sie sprechen nur für ihre eigene Person. Es soll auch der Anschein vermieden werden, als ob sich die Fraktion unter einem bestimmten Willen beugen müßte. Uns steht die Budgetangelegenheit nicht an erster Stelle, sondern die Einigkeit der Partei. Diese Einigkeit wird aber so lange nicht vorhanden sein, so lange der Parteitag nicht einen Beschluß faßt, nach dem sich alle Fraktionen richten können. Die Wirkung des Schreibens an den Parteitag wird nicht verändert, wenn Sie auch heute dazu Stellung nehmen. Sie können beschließen, was Sie wollen, die Fraktion wird handeln, wie sie es für richtig hält. (Stürmischer Widerspruch.) Die Fraktion verlangt nicht die Freiheit, um jeden Preis für das Budget zu stimmen; es können aber Fälle eintreten, die eine Zustimmung notwendig machen. Wir verlangen, daß die Entscheidungsfreiheit sicher gestellt wird. Es handelt sich für uns darum, den gegenwärtigen unhaltbaren Zustand zu beseitigen.

Westmeyer: Die Sache sollte nicht, wie es von dem Vordner abermals geschehen ist, auf das persönliche Gleise gehoben werden, dazu ist sie denn doch zu ernst. Das steht fest, daß die Partei ihren Willen mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht hat, sie muß ihm auch Nachdruck verleihen. Es ist total falsch, wenn man sagt, wir wollten unseren Abgeordneten nicht Bewegungsfreiheit lassen. Diese Freiheit hat aber ihre Grenzen an den Grundsätzen und an den Beschläßen der Partei. Man hat auf die parlamentarischen Erfahrungen hingewiesen. Wir achten die Erfahrungen, wenn sie als lauter Gold

Berliner, traditionslose, moderne Berliner Bourgeoispublikum erhob Kainz auf den Schild. Seine glänzenden Mittel, der Gesang der Stimme, die Elastizität des Körpers bestachen. Ein Kontraktbruch am Berliner Theater schloß Kainz 1889 von den kontrollierten Bühnen aus. Er gastspielte an kleinen Theatern, ging nach Amerika, fand schließlich in L'Arronge einen wogemutigen Direktor, der ihn 1892 dem Deutschen Theater wieder zuführte. Kainz beherrschte die Situation und konnte 1899 in die Wiener Hofburg übertreten. Auch hier wurde ein förmlicher Kultus mit ihm getrieben und die Allianz mit der Presse begründet, die all seinen Eigenarten willig folgte. Gastspiele erhielten seine Popularität bei den oberen Zehntausend in Berlin. Aber die letzten Jahre zeigten doch, daß die Zeit des jugendlichen Helden trotz eminenter Mittel vorbei waren und daß der Charakteristiker Kainz bei aller blendenden Virtuosität häufig ins Gesuchte und forcierte verfiel und die Gefahren des paradiertenden Solospielers nicht vermied. Es war ein Uebergang: Der Tod hat den Künstler Kainz verhindert, und die letzte, große Harmonie von Können und Intellekt zu geben.

Was eine Operetten-Inszenierung kostet. Den gewaltigen Einnahmen, die eine erfolgreiche Oper oder Operette den Autoren und den Theaterleitern bringt, stehen die ungeheuren Kosten der modernen Inszenierung gegenüber, die in den letzten Jahren immer mehr emporgeschneilt sind. Der Laie macht sich nur selten eine Vorstellung von den großen Summen, die gepöfert werden, um seine Schaulust zu befriedigen. Eine englische Wochenschrift gibt einige Zahlen, die heute wohl als typisch gelten können. Die Inszenierung der „Dollarprinzessin“, die seit einem Jahre im Londoner Daily Theater gegeben wird, hat allein 200 000 M. für die Ausstattung verschlungen, ehe der Vorhang zum erstenmal emporgehoben konnte. Nur die Entwürfe und die Aufrihtung der Dekorationen ohne Möbel haben über 20 000 M. erfordert; dazu treten die Kosten der Möbelstücke, die weitere 20 000 bis 30 000 M. kosteten. Doch die Dekoration und die Ausstattung der Bühne ist bei weitem nicht das, was die größten Opfer erfordert. Das meiste Geld wird für die Kostüme des Chors aufgewandt. Im ersten Akt der „Dollarprinzessin“ treten 35 Chordamen auf, im zweiten Akt die gleiche Zahl, und im dritten Akt gar 65. Wenn man dabei in Rechnung setzt, daß einige von ihnen im selben Akte die Kostüme wechseln, so ergibt sich, daß allein für die Damen nicht weniger als 100 Kleider und Toiletten nötig werden. Diese Kostüme, die ebendam noch aus billigem Material gefertigt wurden, das im Kampenlichte wie echt wirkt, werden heute nur noch aus den kostbarsten echten Stoffen hergestellt. In der Tat werden für eine Toilette einer Chordame durchschnittlich 400 M. angelegt, so daß allein die weibliche Staffeterie der Aufführung eine Schneiberrechnung von 50 000 M. repräsentiert. Dazu treten nun noch die Hute, die durchschnittlich 80—100 M. kosten, die seidnen Strümpfe und die Fußbekleidung, für die die Direktion mehr als 5000 M. ausgeben muß. Die Kleidung der männlichen Statisten stellt sich zwar verhältnismäßig viel billiger, aber gut und elegant sollen sie alle angezogen sein. In der „Dollarprinzessin“ treten 20 Choristen auf, die in jedem Akte verschiedene Kleidung anlegen müssen. Für den Anzug werden gewöhnlich 80—100 M. angelegt. Dazu treten nun noch Hüte, Wäse, Strümpfe und Fußbekleidung, so daß bei der Londoner Aufführung der „Dollarprinzessin“ allein die Kostümierung des Chores 120 000 bis 140 000 M. erfordert. — Man sieht, wieviel für ein Nichts verschwendet wird.

Trugsonnen. Die verhältnismäßig seltene und merkwürdige Naturerscheinung von Trugsonnen ist am 10. September an

der südennglischen Küste bei Gashbourne (östlich von Brighton) beobachtet worden. Die „Nature“ empfängt darüber einen eingehenden Bericht. Das Schauspiel war danach etwa von 1 bis 2 Uhr nachmittags sichtbar. Etwas vor 1 Uhr beobachtete der Gewittermann einen leichten Dunst am Himmel, indem einige sehr dünne und ziemlich gleichmäßig über den Himmel verteilte Wolken zu schweben schienen. Er bemerkte nun weiter einen leuchtenden Kreis von weißem Licht um den Zenith, in dessen Umfang die wirkliche Sonne stand, während zwei andere Stellen des Kreises durch außerordentlich leuchtende Flecken ausgezeichnet waren. Außerdem aber war noch ein zweiter weit schwächerer und kleinerer Kreis sichtbar, der sich um die Sonne als Mittelpunkt herumwand und von einem glänzenden gefärbten Band berührt wurde. Das farbige Band durchschneidet den großen Kreis in zwei Punkten, die von der Sonne gleichen Abstand hatten. An diesen Schnittpunkten waren die Farben von besonders starkem Glanz. Ihre Anordnung war überall so, daß der rote Farbensreif der Sonne zunächst gelegen war. Das Lichtband war nur noch mit Schwierigkeit über den großen Kreis hinaus zu verfolgen. Die ganze Erscheinung war von ungewöhnlichem Glanze, der wenigstens zwanzig Minuten ungeschwächt anhielt. Nach dem Bericht eines anderen Augenzeugen war der Kreis um die Sonne hauptsächlich blau gefärbt, der andere Kreis weiß mit Ausnahme der beiderseitigen Schnittpunkte, wo die Regenbogenfarben auflauten. Dieser Beobachter will sogar noch drei andere Kreise mehr oder weniger deutlich unterschieden haben. Nach seiner Angabe wäre dies die zweite derartige Naturerscheinung an der Südküste von England seit etwa 70 Jahren.

Musik.

Schnitzlers „Liebele!“ als Oper. Aus Frankfurt am Main wird uns geschrieben: Man ist heute, in den Tagen, da Richard Wagner's Kunstanschauung vorherrscht, gegen eine moderne Opernhandlung, die mitten aus dem gesellschaftlichen Leben der Gegenwart gegriffen ist, voreingenommen. Warum, weiß eigentlich niemand recht.

Kaum ist in der modernen dramatischen Produktion ein Werk, in dem die einfachste Handlung so mit dem Auge eines Dichters gesehen ist, wie in Arthur Schnitzlers dreitägigem Schauspiel „Liebele!“. Eine einfache Lebensskizze mit den tiefen Atemzügen der Wirklichkeit.

Diese Handlung fordert zur Steigerung durch die Musik direkt auf. Wenn man den zweiten Akt liest, fehlt die musikalische Illustration, das Festhalten dieser latenten poetischen Stimmung. Wenn bislang — die „Liebele!“ ist 1895 erschienen — kein Komponist zu diesem Textbuche griff, so mag das zum Teil daran liegen, daß unsere dramatischen Komponisten für tragische Stoffe des schweren Wagnerpathos nicht entbehren können, dann mag auch eine gewisse Schwierigkeit im einseitlichen Stil dieses Werkes, der Uebergang vom Heiteren zum Ernsten, manchen abgestreift haben. Nur in der Form und Art etwa Puccini's war eine Komposition der „Liebele!“ möglich. Franz Neumann, in Frankfurt und auch an anderen Bühnen als Opernkapellmeister geschäftig, hat einen solchen Stil für seine Komposition der „Liebele!“ gewählt und uns eine wertvolle Bereicherung der modernen Opernliteratur damit besichert. Neumann beherrscht mit sicherer Meisterschaft die Komposition, wertvoller scheint noch der Hinweis, daß er ausgeprochen musikalisch-dramatisch empfunden und vor allem gestaltet kam.

Die Aufführung in der Frankfurter Oper am 18. September gestaltete sich zu einem großen Erfolge. Der Komponist wurde mit Arthur Schnitzler über ein Duzend Mal gelassen. W.

zusage treten; aber die Erfahrung können wir nicht gelten lassen, die sich danach richtet, was die Gegner sagen. Unsere Abgeordneten unterliegen der Kontrolle der Partei, sie sind ihr für ihre Handlungen verantwortlich. Nur durch die Partei sind sie zu diesen Ämtern gekommen. Die Auseinandersetzungen sind nur dadurch hervorgerufen, weil man sich abermals über die Parteibeschlüsse hinwegsetzt hat. Man hat bei der Beschlussfassung genau gewußt, daß es einen Sturm der Entrüstung gibt, wenn die Handlungswiese bekannt wird. Die Beschlüsse der Partei gelten für jeden, mag er oben oder unten stehen.

Von Schumacher ist eine Resolution eingelaufen, in der das Bedauern über die Haltung der Fraktion ausgesprochen wird.

Höschl wendet sich entschieden gegen das Vorgehen der Fraktion. Die Behauptung, daß nicht genügend Abgeordnete zum Parteitag kommen, um die „bekannte“ Stellung der Fraktion dort zu vertreten, sei unzutreffend. Der Parteitag werde bereits zuviel von Abgeordneten beeinflusst, die sonst in der Partei tätigen Genossen werden dadurch zurückgebrängt.

Schumacher spricht für seine Resolution. Sie soll dem Parteitag zeigen, wie wir über die Sache denken.

Landtagsabgeordneter Mattiat verteidigt die Haltung der Fraktion.

Vullmer: Wir verlangen, daß die parlamentarisch tätigen Genossen mit uns Schulter an Schulter kämpfen, daß sie nicht über uns, sondern mit uns marschieren. Wir handeln dabei aus der Empfindung heraus, daß wir gemeinsam den Weg gehen müssen, den die Partei bestimmt.

Stettin mißbilligt gleichfalls das Vorgehen der Fraktion, bedingte Genosse Bly.

Wegen vorgerückter Zeit wurde dann die Versammlung ver-

tagt. Eine häßliche Note bringt das Hellbronner „Redar-Echo“ in die Angelegenheit. Es bringt folgende Notiz:

Jetzt scheint die Stuttgarter Parteileitung mit ihrer Kunst, die Bewegung „glanzvollen und herrlichen Zeiten“ entgegenzuführen, doch auf dem Höhepunkt angelangt zu sein. Und da darf — wenn doch einmal die Zeit einer gründlichen Känderung gekommen sein soll, eine Kleinigkeit nicht verschwiegen bleiben, die erst das Ganze verständlich macht: das neue Fraktionsmitglied Kinkel-Wöpplingen war es nämlich, das als einziger gegen die Abfindung des Briefes gestimmt hatte und hinterher die große Reue sofort dem Stuttgarter Parteivorstandes Westmeyer erzählte. Dieser ging dann in die gerade geschickte gekommene Versammlung des Bezirks Westen und richtete an den zufällig anwesenden Abgeordneten Reichel seine Anfrage. Es ist jetzt Zeit, daß der tatsächliche, nicht der scheinbare, Kern der Stuttgarter Parteigenossenschaft wieder gründlich in die Versammlungen geht und das Nötige veranlaßt.

Ob der verzweifelte Anruf an den „tatsächlichen Kern“ Erfolg hat, wollen wir ruhig abwarten. Zu der furchtbaren Enttäuschung über die Tätigkeit des Genossen Kinkel aber haben wir zu bemerken: Bravo! Kinkel! Denn er hat seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan, als er den Geheimbeschluss der Fraktion der Parteigenossenschaft mitteilte. Die Parteigenossen hatten den größten Anspruch darauf, von diesem Beschluss sofort zu erfahren und die Fraktion hatte nicht die Spur von Recht, ihn geheim zu halten!

#### Genosse Walther-Rörnberg

erläßt in der „Freie Tagesspost“ zu dem von uns in Nr. 219 wieder-gegebenen Angriff der „Münchener Post“ eine Erklärung, der wir entnehmen:

... Man hat in München eine bestimmte Auslegung meiner Worte beliebt. Auf Grund dieser selbst zurückgelegten Deutung forderte dann der Genosse Kuer in kommunistischer Weise von mir Rechenschaft. Ein Vorgang, der schon deshalb unbeachtet bleiben wird, um nicht den Glauben aufkommen zu lassen, als hätten wir Inquisitoren. Was meine Worte selbst andeutet, so darf ich wohl doch in erster Linie sagen, was damit gemeint war. Es war bisher auch noch immer klar, daß man Äußerungen so auslegte, wie der betreffende Redner sie aussprach, und nicht, wie sie Fernstehende sich zurecht konstruierten. Und so muß ich dem nochmals erklären, daß nicht die mir von München mit vollem Unrecht unterschobenen Motive zur Känderung meiner Auffassung über die Erklärung der 90 Delegierten, zu denen auch ich gehörte, Anlaß gaben, sondern rein sachliche Momente. Daß man in München gar kein sachliches Motiv für meine jegliche Auffassung der Dinge, sondern nur den bösen „Verdacht“ sah, zeigt ja, wie Parteigenossen eingeschätzt werden, die eine andere Meinung haben. Ohne dem Genossen Kuer, den früheren Landesvorstandesmitgliedern und der „Münchener Post“ irgendwelche eine Berechtigung zu ihrer Aufforderung einzuräumen, will ich, um weiteren Legendenbildungen die Spitze abzubreaken, feststellen, daß schon allein der Verlauf des Falles Hoffmann genügt hat, mich zu überzeugen, daß die von mir in Rörnberg 1908 mit befolgte Taktik unrichtig war. Und wenn ich diese meine gewonnene Überzeugung unter Berufung auf den tiefen Einblick, den ich als Mitglied des Landesvorstandes habe, offen zum Ausdruck brachte, so tat ich das, was jedem Genossen zusteht.

Dann will ich noch eine weitere Verklärung der Tatsachen feststellen. Man schreibt davon, daß ich auf dem Erlanger Parteitag das hätte sagen sollen. Dazu lag gar keine Veranlassung vor, denn in Erlangen wurde über diesen Gegenstand, wie ja bereits festgelegt wurde, überhaupt nicht gesprochen.

Die „Münchener Post“ entgegnet auf diese Erklärung in einer „Schluß“ übertriebenen Notiz, worin es heißt:

Die bestimmte Deutung seiner (Walthers) Worte ist nicht in München beliebt worden. Seine Ausführungen zu der Rörnberger Parteiverammlung über den tiefen Einblick, den er als Landesvorstandesmitglied in die Landespolitik getan hat, sind in der ganzen Parteipresse so aufgefaßt worden, wie sie eben aufgefaßt werden mußten. Und der „Vorwärts“ hat darum die betreffende Stelle auch in Fettdruck hervorgehoben. Wenn Genosse Walther nun erklärt, daß er es anders gemeint habe, so nimmt er uns selbst die Möglichkeit, und ferner in eine Diskussion mit ihm einzulassen. Die weitere Behandlung der Angelegenheit muß dem Landesvorstand überlassen bleiben.

Die „Münchener Post“ ist sehr lässig in ihren Behauptungen. Es ist gar keine Rede davon, daß die Worte des Genossen Walther „in der ganzen Parteipresse“ so aufgefaßt wurden, wie in der „Münch. Post“. Und wenn unser Münchener Parteiblatt gar als Beweis anführen will, daß der „Vorwärts“ die betreffenden Worte durch Fettdruck hervorgehoben habe, so haben wir zu dieser schnellfertigen Deduktion einfach zu sagen, daß sich die Hervorhebung dieser Worte, ohne daß man ihnen den Sinn zu unterstellen braucht, den die „Münchener Post“ und die Münchener Landesvorstandsmitglieder mit Gewalt darin finden wollen, durch ihren Inhalt ohne weiteres rechtfertigt.

#### Zum Saalerwerd in Dessau

wird uns noch von dort geschrieben:

Für die Arbeiterbewegung ist damit ein bedeutender Vorteil errungen. Volksversammlungen konnten seither wegen des Ueberrichts der Beamten, des Militärs usw. und dem infolge dessen gewählten bürgerlichen Saalterrorismus nur in ungenügenden Lokalitäten abgehalten werden. Auf größere Feste mußten die Dessauer Arbeiter ganz verzichten, oder diejenigen Fälle irraunteren, die ihnen für Versammlungen verschlossen waren. Dieser unwürdige Zustand ist nun beseitigt. Der Terrorismus und Boykott des Bürgerturns hat bei den Arbeitern das Maß von Mauth entwicelt, das erforderlich war, um dort als Besucher aufzutreten, wo man sie als Gäste verschmähte. Als Geschäftsführer der Gesellschaft Livoli, G. m. b. H. zeichnen die Genossen H. Deist, Geschäftsführer des „Volksblatt“, und H. Hoppe, Geschäftsführer des Dessauer Konsumvereins.

#### Die „mißbrauchte“ Ortsschelle.

Ueber einen lösbaren Erlaß der pfälzischen Kreisregierung wird aus Zweibrücken berichtet. In einer Sitzung des Stadtrats gab Bürgermeister Köfinger unter der schallenden Heiterkeit des Kollegiums Kenntnis von einer Verfügung der Regierung, wonach es im 2. pfälzischen Reichstagswahlkreis vorgekommen sein soll, daß politische und insbesondere sozialdemokratische Versammlungen mittels der — Gemeindegemeinde bekannt gemacht wurden. Die Regierung beauftragt die Gemeindeverwaltungen, gegen diese mißbräuchliche Verwendung der Ortsschelle einzuschreiten und in öffentlicher Sitzung des Gemeinderates einen entsprechenden Beschluß zu fassen. Auf eine Beschwerde eines sozialdemokratischen Vereins hatte die Kreisregierung bereits früher geantwortet, daß die Ortsschelle nicht für politische Bekanntmachungen da sei, daß aber gegen die Verwendung einer eigenen Schelle nichts einzuwenden sei. Auf diesen Beschluß hin haben sich die Sozialdemokraten des Wahlkreises auch bereits eine Schelle angeschafft, um in den kleinen Orten ihre Versammlungen mit der Schelle bekannt zu machen. Der Regierung aber dürfte es eine Verabfolgung sein, daß diese Klänge nicht einer „amtlichen“ Schelle entlockt werden.

Die Mannheimer „Volksstimme“ teilt im Anschluß daran mit, daß in vielen badischen Gemeinden politische (also auch sozialdemokratische) Versammlungen unbeanstandet mit der Ortsschelle bekannt gegeben werden.

## Aus Industrie und Handel.

#### Gegen die Fleischsteuerung

nahm auch die Duisburger Handelskammer Stellung. Sie verlangt eine Milderung der für die Einfuhr von dänischem Rindvieh bestehenden Beschränkungen. Die Forderung wird damit begründet, daß auch die Duisburger Schlachtwirtschaft, da die heimische Viehzüchtung nicht ausreicht, auf die Einfuhr ausländischen Viehes angewiesen seien. Die naberliegende holländische Grenze sei indes angeblich wegen Seuchengefahr gesperrt. Deswegen gelange, namentlich während des Sommers viel dänisches Vieh hierher. Der Viehhandel unseres (des Duisburger) Bezirkes habe aber, so heißt es in dem jetzt veröffentlichten Protokoll der Handelskammer Sitzung vom 9. September, darüber zu klagen, daß ihm diese Einfuhr unnötig erschwert und er dadurch an einer ausreichenden Versorgung der Märkte verhindert werde. Das habe zur Folge, daß die Vieh- und Fleischpreise weiter in die Höhe gingen und daß die Volksernährung darunter lide. Die Klagen des Handels beziehen sich insbesondere auf die Tuberkulinimpfung. Sie sei zwecklos, weil sie keineswegs zulässig sei für die Entdeckung tuberkulöser Erkrankung des Viehes. Eine große Anzahl der geimpften Tiere reagiere auf die Impfung, ohne tuberkulös zu sein, während bei manchen tuberkulösen Tieren trotz der Impfung die Krankheit nicht in die Erscheinung trete. Diese Klagen sind der Kammer von tierärztlicher Seite bestätigt worden. Daher wird es als besonders verfehlt bezeichnet, daß bei der Fleischburger Quarantäneanstalt, über die hauptsächlich das dänische Vieh hierher gelangt, die Tuberkulinimpfung strenger als anderswo gehandhabt wird. Zweckmäßig würde es sein, die Tuberkulinimpfung aufzuheben. Unso unbedenklicher könne das geschehen, als ja das eingeführte Vieh aus den Quarantäneanstalten direkt in die Schlachthöfe übergeführt und dort nach dem Schlachten genau untersucht wird. — Die Handelskammer beschloß, einen entsprechenden Antrag an den Landwirtschaftsminister zu richten und in der Eingabe zugleich darum zu bitten, daß die Doffnung der holländischen Grenze für die Vieheinfuhr, unter Aufrechterhaltung aller zum Schutze gegen Seuchengefahr notwendigen Maßnahmen in erste Ermägung gezogen wird.

Nach dem statistischen Monatsbericht der Stadt Duisburg vom Juni, der vor etwa 14 Tagen erschien, ist der Auftrieb auf dem hiesigen Schlachtwirtschaft um mehr als 1100 Stück Vieh gegen das Vorjahr und um 900 Stück gegen den Vormonat zurückgegangen. Auf den Auftrieb entfallen 219 Stück auf Rinder, 122 Stück auf Ochsen und Stiere und zusa 800 Stück auf Schweine. Und der in den letzten Tagen erscheinende Bericht vom Monat Juli weist abermals einen Rückgang des Auftriebs nach.

#### Ein Jahr Schnapsboykott.

Es ist ein Jahr her, daß der sozialdemokratische Parteitag zu Leipzig beschloß, dem Schanaps den Krieg zu erklären.

Die Ziffern der Produktion, des Verbrauchs und der Lagerbestände zeigen, daß der Parteitag nicht umsonst gerufen hat. Nach den jüngsten Ziffern, die überhaupt vorliegen — Monat August — ergibt sich das folgende Bild:

	in Hektolitern	1909	1910	+ oder —	gegen 1909
Erzeugung	im August	45 740	40 422	—	17,0 Proz.
Trinkverbrauch		213 003	146 277	—	31,9
Gewerblicher Verbrauch		85 853	134 029	+	56,9

So sieht das Bild im August aus. Es ist ein Monat geringer Produktion, der Verbrauch geht aus den Lagerbeständen ab. Der Trinkbranntweinkonsum zeigt für den Monat, in dem die Vorderlieferung wohl nicht mehr voll zur Geltung kommt, einen Rückgang gegenüber derselben Zeit des Vorjahres, der rund 32 Prozent ausmacht!

Für die ganze Zeit vom 1. Oktober bis zum letzten August, also in 11 Monaten 1909/10, ergibt sich das folgende Bild:

	1909	1910	+ oder —	als 1909/09
Erzeugung	4 168 112	3 545 048	—	14,9 Proz.
Trinkverbrauch	2 300 618	1 636 474	—	28,8
Gewerbl. Verbrauch	1 425 847	1 729 100	+	21,3

Der Trinkbranntweinverbrauch ist demnach in 11 Monaten um 664 144 Hektoliter oder 28,8 Proz. zurückgegangen! Aber nicht nur der Trinkbranntwein zeigt jetzt geringere Ziffern, der Schnapsboykott hat auch die Alkoholproduktion selbst um 623 064 Hektoliter zurückgehen lassen! Das was den Schnapsjunkern noch die letzte Rettung war, ist der stark gestiegene Verbrauch an Alkohol für gewerbliche Zwecke. Hier müssen die Arbeiter noch gründlich aufpassen, denn jetzt weisen schon Bekanntmachungen der Behörden darauf hin, daß die starke Steigerung an vergästem Alkohol mit darauf zurückzuführen ist, daß ihn gewissenlose Privatbranntweinsbrenner zu besonders scharfen und bitteren Schnapsen verwenden. Aber trotz dieser Einschränkung bleibt bestehen, daß der Auf des Leipziger Parteitages nicht ungehört verhallt ist. Die Einnahmen aus den Schapssteuern, die insgesamt vom 1. April bis Ende Juli 1909 49,1 Millionen Mark betrug, sind für dieselbe Zeit 1910 auf 42,8 Millionen Mark gesunken. Arbeiter, denkt an den Schnapsboykott, damit seine Resultate entscheidend für die deutschen Schnapsjunker und ihre amtliche Steuerfabrikantin, die deutsche Regierung, werden.

Mannesmann-Nöhrenwerke. Die Gesellschaft erzielte im letzten Geschäftsjahre 10 964 317 M. Bruttogewinn. Aus dem Reingewinn von 4 699 134 M. (im Vorjahre 4 678 981 M.) sollen wiederum 12 1/2 Proz. Dividende verteilt werden.

#### Verstärkung des Schutzollsystems.

Der kürzlich erschienene Jahresbericht der Bochumer Handelskammer enthält folgende Auslassung, aus der man entnehmen kann, wer neben den Vandalen hinter der Maßparole vom „Schutz der nationalen Arbeit“ steht:

Wenn den Bedürfnissen unserer Industrie genügend Rechnung getragen werden soll, so werden diese Handelsverträge und das ihnen zugrunde liegende Zolltarifgesetz nebst Tarif nicht unerheblichen Änderungen unterzogen werden müssen. Aber gerade angesichts dieser Notwendigkeit muß man den kommenden Verhandlungen und der Stellungnahme der politischen Parteien mit wachsendem Unbehagen entgegensehen. Die Kämpfe um unsere äußere Handelspolitik dürften noch schwerer als die der Jahre 1902 und 1903 werden, und die Industrie wird dafür Sorge tragen müssen, daß sie das Schwergewicht ihrer großen Interessen, unter bestimmter Zurückweisung aller solcher Behauptungen, die den gewerblichen Kreisen in diesem Kampfe eine falsche Frontstellung geben wollen, bei den verbündeten Regierungen und bei den in Betracht kommenden politischen Parteien zur Geltung bringt. Unsere Industrie bedarf der Erhaltung und teilweisen Verstärkung unseres Schutzollsystems nicht nur zur Sicherung unseres Inlandsmarktes, sondern auch zum Zwecke der Entfaltung eines ausreichenden Ausfuhrhandels, denn nur vom Boden eines positiven Inlandsmarktes aus, dem eine blühende Landwirtschaft, ein gesunder Mittelstand und eine verbrauchstarke Arbeiterbevölkerung zum Kaufe Kraft verleiht, vermag die deutsche Industrie den immer schwerer werdenden Kampf auf dem Weltmarkt mit Erfolg durchzuführen.

## Aus der Frauenbewegung.

Reaktionäre Schulmeister und Altrats. Der Lübecker Senat beschloß kürzlich, die Leitung des Volkshochschulunterrichts einem weiblichen Direktor zu übertragen. Das erregte in liberalen Kreisen und besonders bei den „freisinnigen“ Lehrern Stürme der Entrüstung. Der Senat war vernünftiger als die reaktionäre Spitze; sein Antrag, der damals keine Mehrheit gefunden hatte, stand am Montag wieder auf der Tagesordnung und wurde nunmehr zum Beschluß erhoben. Die Lehrer haben eine neue, wohlverdiente moralische Niederlage erlitten.

Frauenarbeit in China. Die Ausstellung in Kanton hat eine große Neuerung für die Verwendung der Frauenarbeit gebracht. Bis hier waren weibliche Arbeitskräfte außer der Tätigkeit im elterlichen oder ehemännlichen Haushalt von fast jeder Arbeit streng ferngehalten. Man beschäftigte sie fast nur in Spinnereien, Webereien und in der Herstellung der Seidenstoffe, die dort getragen werden. Alle übrigen Arbeitszweige, die man bei uns als speziell weibliche kennt, waren ihnen verschlossen; so die Bekleidungs- und Modeindustrie und selbst häusliche Dienstleistungen. Jetzt hat der Generaldirektor der Ausstellung die Zulassung der Frauen zu jeder Art Arbeit, als Bedienerinnen, Verkäuferinnen usw. zugelassen. Eine große Anzahl hat von der Erlaubnis Gebrauch gemacht, und man erwartet, daß die Neuerung in China nicht wieder verschwinden wird.

#### Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, den 21. September, 8 1/2 Uhr in den Corona-Festsaal, Kommandantenstraße 72: Erster Vortrag aus dem Zyklus: „Shakespeare, seine Bedeutung für unsere Kunst und unser Leben.“ Referent: Schriftsteller Julius Bab. Gäste willkommen.



# Sunlicht Seife

bleibt trotz allen wunderbaren neomodischen Erfindungen auf dem Gebiet der chemischen Waschmittel der sorgsam Hausfrau zuverlässigste Freundin, sie verleiht ohne die Gewebe anzugreifen Reinheit, Frische u. Weisse, da sie reinste Seife ist, hergestellt aus streng geprüften Rohmaterialien.



Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S.

Rosenheimer, M., Fritz Schnicke

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Goldtröpfchen

Orangen-Feuer

A. Lutter & Co.

Sinalco (Bilzbrause)

Gen.-Vertret. Otto Starick

Si-Si

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk!

Robben & Jöring

Bäckereien, Konditor

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Hankes Brotbäckerei

Carl Kappler

Kunze, Grossbäckerei

Rich. Liebenow

Mache, Carl

Peter's Großbäckerei

Th. Turban

Ulbrich

Heinrich Wittler

Badeanstalten

Bürger-Bad

Friedrichsbad

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Kur-Anstalt Grundmann

Mistelsky'sche

National-Bad

Neander-Bad

Neptun-Bad

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Brauerei „Germania“

Brauerei F. Happoldt

Brauerei Pfefferberg

Caramel-Weißbier

Groterjans

Goldbier

Kaiser-Brauerei A.G.

S. D. Mewes

Phönix-Brauerei

Becker, Reinh.

Kronen-Grossmann

Neuendorf, O. P.

Schramm, H.

Stoff, N. R.

Schröter, R.

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

Georg Wunder

Cacao, Chocolate

Cylix, G.

Die Fabrikate der „Sarotti“

Seiffert, Erich

Teichmann, H.

Clarenhandlungen

Adolf, A. G.

Böckmann, J.

Brager, J.

Conrad, W. R.

Frei, Hans

Proba, Gust.

Gonalle, Rudolf

Hennig, A. S.

Alb. Kasulke

Klein, Wilh.

Keschorek, O.

Krebs, Aug.

H. Mischke

Willy Münstermann

Philogen, Wilh.

Schirmer, A.

Strahler, W. S. W.

Tauber, Franz

Ernst Wandel

Verkauf zu Engrospreisen

Weber, K. R.

Wolters, Theod.

Damenkonfektion

Hugo Ahronfeld

Hansen, Klara

Max Arnsdorff

Oranienstr. 178

Blusen-Kab. Hl.

Carl Brinowitz

Cohn, Geschw.

Czerwinski, F.

Carl, Paul

Aufstieg, 100

Wilmersd. 27

Wilmersd. 27

Anders, Otto

Gust. Bosse

Brenneke, C.

M. Exxeling

Willy Erpel

J. Föhmann

Gerike & Wolfram

Rob. Heinze

C. Müller

Jacob, Otto

Carl Jung

Carl Karstadt

Kiessling, G.

Kniehase, A.

E. Koppe

Rurt Kranke

Lamprecht, Martin

Gust. Lenz

Linde, P.

Löbbecke, Ernst

Osk. Mann

Franz Müller

Müller, R.

Paschke, Max

A. Radloff

Max Richter

Rüssel, F.

Rühlmann, P.

A. Sandow

Schröder, G. H.

J. C. Schütze Nachf.

Heinz Schupke

Selbach, Th.

Georg Stasnowski

Rob. Stindt Nachf.

E. Teusch

Paul Tiede

Wolf, Carl

Franz Wellmer

Wormser, Max

Fabrikat. Nähmaschinen

M. Ahle

Carl Alm

Carl Baum

Brennabor

Fischhandlungen

C. Dittmann

Winkler & Barthold

Fleischer u. Wurstw.

Robert Bludschus Nachf.

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Paul Friedrich

Gablen, Carl

Gerhardt

Fr. Geisach

Herm. Hartmann

Hegel, Wilh.

Oskar Klähn

Ernst Köbe

P. Pogorzelsky

A. Rathenow

Schubhaus

Stettiner-Fleisch-Centrale

Wihl. Vogel

Wähle, Gust.

Paul Zwarg

Gardinen

Gardinen-Fabriken

Joh. Pellot & Co.

Verkauf zu unv. Orig.-Preisen

O. Gr. Frankfurter

O. Gr. W. 28

O. Niederbarnimer

S. Oranienstr.

S. Kottbusser Damm

Glas u. Porzellan

A. Wilborn

Grammoph. Sprechm.

Becker, W.

Hoppe, E.

Hoyer, A.

Jendrosch & Co.

Reinhold, H.

Wesch, Th.

Jahre, M.

Look's Rollschuh

Phonographen-Ratz

Plötsch, Hugo

Herren- u. Knabengard.

Amerikan. Verkaufshaus

J. Buer

Behrens, R.

Bergmann, E.

Besser, Julius

Eier, Julius

Ed. Freitag

Garderebans

Goldene 100

Grünstein

Haber, S.

Hamburg-Steglitz

Herr. Bekleid.

Hirsch, J.

Hirschfeld

Lieferant d. Rom.-Genossenschaft

S. Hoffmann

Rud. Isenol

Max Kaplan

Große Auswahl fertiger Kleidung

O. Krugmann

Leske & Stapecki

R. Ludwig

Perleberger

Mahlke, J.

Marcus, S.

Marks, F.

Müller, Adolf

Ost, W.

D. Perleberger

Berlin N.

Pfandbriefe

S. Posner

Prager, Ludw.

Raitzel, Ad.

Recl und billig zu streng festen

Heinr. Prester

Ringel

Rosner, Max

Lager fertig und nach Maß

Salberg, H.

Schackmann

Schloßinger, H.

Schönland & Sohn

Continuation of the directory listing on the right edge of the page.



Das Osborne-Urteil vor dem englischen Gewerkschaftskongress.

Vierter Tag.

Sheffield, 17. September. (Fig. Ver.)

Die bei weitem wichtigste Frage, die der diesjährige Kongress zu entscheiden hatte, war die durch das Osborne-Urteil geschaffene Lage.

Der Kongress protestierte nachdrücklich gegen das Osborne-Urteil, das die wirkliche parlamentarische Vertretung der organisierten Arbeiterschaft verhindert.

Die Entscheidung verteidigt den Gewerkschaften das Recht, ihren statutenmäßigen Zweck, nämlich die Regelung des Verhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter, auszuführen.

Der Kongress fordert, daß diese Rechte sofort wieder hergestellt werden, damit die Gewerkschaften wieder in die Lage versetzt werden, ihre statutarischen Funktionen in einer Weise erfüllen zu können.

Angeichts der Ungerechtigkeit der Entscheidung und der Dringlichkeit der Angelegenheit fordert der Kongress alle angeschlossenen Organisationen auf, gegenüber den Entstellungen der Lage, die in der Presse erschienen sind, jeden möglichen Druck auf die Regierung auszuüben.

Bei der Besprechung dieser Resolution zeigte sich der Kongress vollkommen auf der Höhe seiner Aufgabe. Es zeigte sich mit aller Deutlichkeit, daß die Herausforderungen der strapalosen Klassenjustiz die revolutionären Kräfte weckte.

Während der ganzen Debatte bei der Kongress ein Bild der festen Entschlossenheit dar. Die Regierung hatte, wie gewöhnlich, ihre Vertreter in Gestalt zweier Beamten des Arbeitsamtes des Handelsministeriums zugegen.

Bei der Besprechung dieser Resolution zeigte sich der Kongress vollkommen auf der Höhe seiner Aufgabe. Es zeigte sich mit aller Deutlichkeit, daß die Herausforderungen der strapalosen Klassenjustiz die revolutionären Kräfte weckte.

Alle anderen Redner dagegen protestierten gegen das Urteil in sehr heftigen Worten, was jedesmal mit brausendem Beifall aufgenommen wurde.

Nach Schluß der Debatte und unmittelbar vor der Abstimmung ergriff der Abgeordnete Chadleton im Namen des Parlamentarischen Komitees das Wort zur Resolution.

Alle diese Tendenzen konnten bei der Abstimmung über die Resolution natürlich nicht zum Ausdruck kommen.

Schon die Nachmittagsitzung sollte indes zeigen, daß auch Chadletons Macht über den Trades-Union-Kongress heute nicht mehr unbegrenzt ist.

Briefkasten der Redaktion.

100 R. S. Fragen Sie bei dem Reisebureau der Hamburg-Amerika-Linie, Unter den Linden 8, an. - R. J. Seckir. 10. Die Kündigung wirkt für den nächst zulässigen Kündigungstermin.

die Polizei. - R. S. 41. 1. Fragen Sie bei dem Amtsgericht an, wann die Auszahlung zu erwarten ist. 2. Rein. 3. Unter 3-6 sind Bestimmungen enthalten, die Sie nicht unmittelbar angehen.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 19. 9., am 18. 9., am 17. 9. and 4 rows of data for various locations like Remel, Iltis, Regal, Jüterburg, etc.

+) bedeutet Waß. - (Fall. \*) Unterbezel.

Advertisement for Eduard Appelt, mentioning his death and funeral arrangements.

Advertisement for Helmut Pelikan, mentioning his death and funeral arrangements.

Advertisement for Heinrich Eder, mentioning his death and funeral arrangements.

Advertisement for Frack-Verleih-Institut, offering suit rental services.

Advertisement for Burgtheater-Kinematograph, showing live photographs.

Advertisement for Westmanns Trauermagazin, offering mourning clothing.

Advertisement for Sozialdemokratischer Wahlverein zur Schöneberg, mentioning Eduard Appelt.

Advertisement for Deutscher Metallarbeiter-Verband, mentioning Helmut Pelikan.

Advertisement for Danfagung, mentioning Auguste Vanselow.

Advertisement for Syphilis-Nachweis, offering medical services.

Advertisement for Charlottenburg, offering watch and jewelry services.

Advertisement for Westmanns Trauermagazin, featuring an illustration of people in mourning.

Advertisement for Danfagung, mentioning Emilie.

Advertisement for Zentralverband d. Stukkateure Deutschlands, mentioning Heinrich Seidel.

Advertisement for Danfagung, mentioning Hermann Vanselow.

Large advertisement for Westmann, featuring a window display illustration and text about clothing and mourning.

# Theater und Vergnügungen

**Mittwoch, 21. September,**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Künigl. Opern-Theater.**  
Harrar Monon.  
**Künigl. Schauspielhaus.** Die  
Nebenmeisterin.  
**Deutsches Die Romantischen.**  
Kammerstücke. Gaudin. An-  
fang 8 Uhr.  
**Sesling.** Rosmersholm.  
Anfang 8 Uhr.  
**Romische Oper.** Der Ketzler  
Willen.  
**Berliner.** Musikantenmäd-  
chen. Die goldene Ritterzeit.  
**Neues Schauspielhaus.** Lartiffe.  
Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Residenz.** Noblesse oblige.  
**Klein.** Die verführten Frauen-  
zimmer. I. Akte.  
**Thalia.** Polnische Wirtschaft.  
**Schiller O.** (Wagner-Oper.)  
Der Bibliophar.  
**Schiller Charlottenburg.** Robert  
und Bertram.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.**  
Faust.  
**Berliner Volkoper.** Der Freischütz.  
(Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Luisen.** Durchgegangene Weiber.  
**Welfen.** Die schönste Frau.  
**Modernes.** Der Wert des Lebens.  
**Trianon.** Pariser Witwen.  
**Neues Oberreithen.** Der Graf von  
Luzemburg.  
**Lustspielhaus.** Der Feldherrnhügel.  
**Herrnfeld.** Wenn zwei dasselbe tun.  
Das starke Stück.  
**Rose.** Dorf und Stadt.  
**Goltes Caprice.** Der schwarze  
Schimmel. — Das alte Ghetto.  
(Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Metropol.** Hurra — Wir leben  
noch!  
**Raffa.** Der schneidige Rudolf.  
**Walhalla.** Spezialitäten.  
**Wägnere.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Stettiner Sänger.** Zum Schluß neu:  
„Im Hausloch“.  
Mitt. Humor. v. Reffel.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr  
Sonntags  
7 Uhr.  
**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Der schwarze Schimmel**  
Bunter Teil:  
Das alte Ghetto.  
Vorverkauf 11—2, abends ab 6 Uhr.  
**Walhalla-  
Variete-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Die großen  
September-Spezialitäten.  
**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Gans Reich-Ensemble.  
Donnerstag, den 22. September 1910  
**Kyritz-Pyritz.**  
Poffe mit Gesang in drei Aufzügen  
von H. Wilfen und O. Justinus.  
Musik von G. Reichels.  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**  
Saiseneröffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.  
**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9.  
Heute:  
**Der Bettelstudent von Berlin.**  
Spezialitäten, Konzert und Ball.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Heute abends 8 Uhr:  
**In den Dolomiten.**  
**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr: Premiere:  
**Durchgegangene Weiber.**  
Poffe mit Gesang u. Tanz v. H. Berlin,  
bearbeitet von Jacobson und Wilfen.  
Donnerstag: Im Spätsommer.  
Freitag: Nean.  
Sonnabend: Die schöne Ungarin.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches  
Schauspielhaus.**  
Mittwoch, 21. Septbr., abends 8 Uhr:  
**Faust.**  
Donnerstag: Metten, Rode.  
Freitag: Faust.  
Sonnabend: Wiederleute.  
**Lustspielhaus.**  
Heute abends 8 Uhr:  
**Der Feldherrnhügel.**  
**ROSE=THEATER**  
Große Franzfurter Str. 182.  
Bei aufgehob. Abonnement:  
**Dorf und Stadt.**  
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte  
Dirch-Weißer.  
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Donnerstag 2. A. Eine gute Partie.  
**Trianon-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Pariser Witwen.**  
**Metropol-Theater.**  
**Hurra!!!**  
**Wir leben noch!!!**  
Große Aufführungsbühne in 7 Bildern  
v. N. Freund. Musik v. B. Holländer.  
In Szene gesetzt von Dir. H. Schult.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Rauchen gestattet.  
**WINTERGARTEN**  
**Morris und Leona**  
in ihrem vollendeten Tanz-Akt  
als  
**Pariser Apachen**  
sowie das von Publikum  
und Presse  
glänzend beurteilte  
**Eröffnungs-Programm!**  
**Herrnfeld  
Theater**  
Nur noch bis Freitag:  
**Wenn zwei dasselbe tun,**  
Das starke Stück  
mit Anton und Donat Herrnsfeld.  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.  
Sonnabend, 21. September:  
**Doppel-Premiere**  
der Rollen  
**Eine verlorene Nacht.**  
Ein lustiger Kreuzerfall in 2 Akten  
von Anton und Donat Herrnsfeld.  
**Der Derby-Sieger.**  
Sportkomödie von August Feldhardt.  
Premieren-Billets ab heute.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wagner-Oper.)  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Bibliophar.**  
Schwan in 4 Akten v. Gustav Krieger.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Kabale und Liebe.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Wallensteins Tod.**

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Robert und Bertram.**  
Poffe mit Gesang in 4 Abteilungen  
von Gustav Krieger. Ende 10 1/2 Uhr.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Robert und Bertram.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male:  
**Die Kreuzschreiber.**

**Brauerei Friedrichshain  
Am Königstor.**  
Größter Konzertsaal Berlins!  
Vom 23. September bis 2. Oktober 1910 täglich:  
**Gastspiel-Konzerte von Johann Strauß aus Wien**  
mit seiner gesamten Kapelle.  
Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree Wochen-  
tag 50 Pf., reserv. Platz 75 Pf., Sonntags 1 M. — Billets im  
Vorverkauf zu ermäßigten Preisen (Entree 40 Pf., reserv. Platz  
60 Pf., Sonntags 75 Pf.) in den „Vorwärts“-Speditionen Zucht,  
Immanuelkirchstraße 12, Hahnisch, Auguststraße 51 und Mann,  
Petersburger Platz 3.

**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
30. April bis 2. Oktober.  
Am Park täglich Doppel-Konzert.  
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab  
50 Pf., Sonntags 50 Pf., Dauer 6 M.

**ZOO  
LOGISCHER  
GARTEN**  
Täglich:  
**Großes Militär-  
Konzert.**  
Eintritt 1 Mark.  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder  
unter zehn Jahren die Hälfte.

**Ausstellungshallen am Zoo**  
Riesen-Kinematograph.  
6—11 Uhr.  
Rauchen überall gestattet

**Apollo  
Theater**  
8 Uhr: Das sensationelle Programm.  
9 1/2 Uhr:  
**Das Tagesgespräch Berlins**  
**Verbotene Frucht.**  
Annie Vana, Ludwig Mertens a. G.  
Ferner: 4 Sisters Amatis.  
Gisela Schneider-Nissen.  
Das verrückte Hotel usw.

**Königstadt-Kasino.**  
Dolgenstraße 72, Ecke Merganderstraße.  
**Franz Sobanski.**  
Elsa Para, Walter Klär, Geschwister  
Herrmann, Matr. Adolph, Geschwister  
Aletta, Jongleure.  
Um 9 Uhr das Lustspiel:  
**Im Herbstmanöver**

**Zirkus Busch.**  
Mittwoch, den 21. Sept.,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Großer Gala-Abend**  
Herr Dir. H. E. Orlando,  
Freiheitsdresuren.  
Dieber-Reiterkap. Frediani.  
Herr Alfred Ott, Schulkreiter.  
Hons. Velancho m. seinen  
fußballspielenden Hunden.  
Die 3 Fratellinis, urkom. Clowns.  
**Banola-Truppe!**  
9 1/2 Uhr, zum 5. Male:  
**„Venezia“** (Marino  
Falleri).  
U. a.: Madia Surith usw.

**Casino-Theater**  
Lützowring Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Die urkomische Poffe  
**Der schneidige Rudolf.**  
Rudolf Bimpelmann: Dir. H. Berg.  
Vorher das glänzende bunte Progr.  
Nur Attraktionen ersten Ranges.  
Sonnt. 8 1/2 Uhr: Der Hochmutsteufel.

**Luna Park**  
TERRASSEN  
HALENSEE  
Größter Vergnügungspark  
des Kontinents.

Donnerstag, den 22. September 1910:  
Eintrittspreis 50 Pf. Kinder bis zu 12 Jahren frei!

**Großes Kinderfest**  
bei festlicher Dekoration des Parkes.  
Jedes Kind erhält in der Zeit von 3 bis 7 Uhr nachmittags  
ein Billet für eine Attraktion gratis.  
Um 8 Uhr abends:  
**Große Kinder-Polonäse**  
mit Fackelzug, bei welcher jedes Kind ein Andenken erhält.  
**Bengalische Beleuchtung. Illumination.**  
Sonnabend, den 24. September:  
**Populärer Elite-Abend.**  
Eintrittspreis 50 Pf.

**Passage-Panoptikum.**  
Boddhas dunkles Geheimnis.  
**Der Mann mit dem  
eisernen Schlund!**  
Von 4—7 Vitaskop-Theater  
Uhr  
**Aquanoptikum**  
Experiment aus der 4. Dimension.  
Alles ohne Extra-Entree!

**Passage-Theater.**  
Das Eröffnungs- Progr.  
der  
**Winter-Saison!**  
Abends 8 Uhr:  
**Claire Waldoff**  
mit ihren neuen Schlagern  
von Walter Kollo.  
**Collins 10 eng-  
lisch-Backfische.**  
die  
Polmey u. May, unerreichten.  
**George Barrington**  
und 12 Starnummern.

**Karl Haverland-**  
Anfang Theater. Kommandanten-  
präz. 8 Uhr. Straße 77/79.  
**Ganz neues Programm.**  
Hugo Römer prolongiert.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluß neu:  
„Im Hausloch“.  
Mitt. Humor. v. Reffel.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr  
Sonntags  
7 Uhr.

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Der schwarze Schimmel**  
Bunter Teil:  
Das alte Ghetto.  
Vorverkauf 11—2, abends ab 6 Uhr.

**Walhalla-  
Variete-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Die großen  
September-Spezialitäten.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Gans Reich-Ensemble.  
Donnerstag, den 22. September 1910  
**Kyritz-Pyritz.**  
Poffe mit Gesang in drei Aufzügen  
von H. Wilfen und O. Justinus.  
Musik von G. Reichels.  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**  
Saiseneröffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9.  
Heute:  
**Der Bettelstudent von Berlin.**  
Spezialitäten, Konzert und Ball.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Zirkus A. Schumann.**  
Mittwoch, 21. September,  
abends 7 1/2 Uhr.  
Kustreien sämtlicher für Berlin  
neuen Spezialitäten.

**Der Kreisel-Globus.**  
Neueste Kreation des Direktors  
A. Schumann.

**Brothers Miranos!!!**  
**Apache zu Pferde**  
geleitet von Frä. Dora Schumann  
und Herrn Karl Heß.  
**Bellonis** wunderbar dressierte  
**Kakadus.**  
**Luftpotpourri**  
der 10 Personen Lopicq  
sowie die übrigen Attraktionen.

**Zirkus Klapproth**  
Berlin NW. vis-a-vis Bahnh.  
Neue Attraktion.  
Heute Mittwoch, 21. September:  
**2 große Extravorstellungen.**  
Kleine Preise.  
Anfang der ersten nachmittags 4 Uhr,  
zu dieser Vorstellung ein Kind frei.  
Abends 8 1/2 Uhr:  
**Haupt-Vorstellung.**  
Donnerstag, den 22. September,  
abends 8 1/2 Uhr:  
**Neues Programm.**

**Puhmanns Theater**  
Schönhauser Allee 148. Inh. H. Puhmann.  
Donnerstag: „Groß-Berlin“  
Theater- und Variete-Ensemble.  
**Verlorene Ehre.**  
Vorher: Brillante Spezialitäten!  
Anf. 8 Uhr. Abomm. Preise 15-20 Pf.

**Theater Sanssouci.**  
Hochbahnstation Rottbuscher Tor.  
32 Fahrverbin. aus allen Stadtteilen.  
Täglich:  
8 Uhr 15 Minuten:  
**Großer Varieté-Teil.**  
5 neue Debüts.  
9 Uhr 30 Minuten die Poffe:  
**Nu hat's geschnappt.**  
Von Oscar Sado. Musik v. Paul Lindt.  
11 Rauchen überall gestattet!!

**Voigt-Theater**  
Gesundbrunnen Badstr. 58.  
Mittwoch, den 21. September 1910:  
**Das Opferlamm.**  
Schwan in 3 Aufzügen von Oscar  
Wolff und Leo Stein.  
Saiseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Moabiter  
Gesellschaftshaus**  
Wielestr. 24. Emdener Str. 40.  
Größtes  
**Kientopp-Theater**  
Moabits.  
Tägliche Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Gar den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

**Telephon: Amt Moabit 8212** **Circus Cyrill Hatlé** **Telephon: Amt Moabit 8212**

**Berlin-Norden: Trift-Ecke Tegeler Straße (nächst der Müllerstraße).**

Die städtische Straßenbahnlinie E hält vor dem Circus. — Ca. 5 Minuten von den Nordringbahnhöfen Wedding und Putzstraße entfernt.  
Ferner fahren die Straßenbahnlinien 22, 25, 26, 28, 29 und 31 und der Autobus 4B zum Circus Hatlé.

**Neue Pferde-Dressuren!** Täglich 8 1/2 Uhr: Gaia-Abend. **Neue Pferde-Dressuren!**  
Mittwochs und Sonntags: 2 Vorstellungen 2  
nachmittags 4 und abends 8 1/2 Uhr.

Auf zum **Circus Hatlé** im **Norden Berlins**, wo Sie zu bisher **unerreicht billigen** Preisen  
ein **Riesenprogramm** mit erstklassigen Attraktionen, mit Elefanten-, Löwen-, Pferdendressuren und glanzvollen  
artistischen Schlagern zu sehen bekommen, wie es bis jetzt in einem Zeltcircus vereint  
hier noch niemals geboten worden ist.

**Kleine Preise:**

Wochen- **30 Pf. 60 Pf. 80 Pf. 1 M. 1<sup>50</sup> M. 3 u. 4 M.** | Sonntags: **40 Pf. 80 Pf. 1 M. 1<sup>50</sup> M. 2 M. 3 u. 4 M.**

# 4. Landtags-Wahlkreis. 3 öffentl. Wähler-Versammlungen

**Mittwoch, den 21. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,**  
in Habels Brauerei-Kudschank, Bergmannstr. 5/7. — Referent: Genosse Paul John.  
**Donnerstag, den 22. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,**  
bei Rabe, Fichtestr. 29. — Referent: Genosse Wilhelm Siering.  
**Donnerstag, den 22. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,**  
bei Giesing, Wassertorstr. 68. — Referent: Genosse Georg Käs.  
Tages-Ordnung: 1. Die Landtagswahl. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Wahlmänner.  
Der Einberufer: **Gustav Häusser**, Alexandrinenstr. 109.

## Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Donnerstag, den 22. September 1910, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:  
**Versammlung der Holzbildhauer Berlins**  
Tagesordnung: Bericht der Kommission.  
Vollzähliger und pünktlicher Besuch wird erwartet.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
Col I. Amt 3, 1239. Charlottenstraße 3. Col III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 22. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,  
in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:

## Allgemeine Versammlung der Klempner.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Müde über „Genossenschaften und Arbeiterbewegung.“ 2. Diskussion. 3. Die Frage der Vorkarbeit in unserem Beruf. 4. Branchenangelegenheiten.  
Die Kollegen der Firmen Thielemann, Harkenberg, Cöbberger, Kramer-Hildorf, Düringer-Zadende und Schirlich sind hierzu ganz besonders eingeladen.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 22. September, abends 8 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (großer Saal):

## Versammlung

der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker etc., sowie der in den mechanischen Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag mit Lichtbildern über: „Gold- und Veredelungswesen in früherer Zeit.“ Referent: Kollege Gutliche. 2. Diskussion. 3. Berufs- und Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Kollegen und Kollegen! In Anbetracht der sehr interessanten und lehrreichen Tagesordnung erwarten wir einen zahlreichen Besuch dieser Versammlung. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß bei **Damm, Fruchtstr. 33/34** und bei **Stöckel, Oranienstr. 204**, eine Zahlstelle errichtet ist.  
Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.  
Mittwoch, den 21. September  
abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

## Vertrauensmänner-Versammlungen

für sämtliche Branchen und Bezirke  
in Freyerd Festsälen, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:  
1. Die am 1. Oktober eintretende Lohnerhöhung und Besprechung der Vertragsbestimmungen.  
2. Verbandsangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch und Vertrauensmänner-Karte legitimiert.

Um 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr im selben Lokal:

## Sitzung der Ortsverwaltung.

## Möbelpolierer.

Donnerstag, 22. September, im Königsplatz-Kasino, Holzmarktstr. 73.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über die mit den Arbeitgebern gepflogenen Verhandlungen. 2. Diskussion. 3. Anträge zur Arbeitsvermittlung. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten.  
Die Branchenleitung.

## Garten- und Kontormöbeltischler.

Donnerstag, den 22. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

## Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Was bietet uns der Tarifvertrag. 2. Branchenangelegenheiten.  
Die Ortsverwaltung.

## Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Donnerstag, den 22. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5:

## Versammlung

Tagesordnung:  
1. Besprechung vom zweiten Quartal. 2. Branchenangelegenheiten.  
Die Ortsverwaltung.

## Vorjährige Winter-Paletots Herbst-Anzüge

Jetzt 20—40 Mark.  
Täglicher Verkauf.  
Kavaliere-Klub,  
Unter den Linden 61 II.

## 1910er Gänse, Enten

Heftet (s.o. garant. leb. Ankunft) 10 weiße ganz ausgewachsene Gänse 34 Mk.,  
12 ganz ausgewachsene Enten 20 Mk.  
Schmeier, Myslowitz O/S., Nr. 2.

Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade II. (Stadt-Börse).

## Wegen Neubau meines Geschäftshauses Räumungs-Extra-Angebot.

Imit. Perser	Prima Velour
170/235 = 8,85	170/235 = 19,50
200/300 = 11,75	200/300 = 29,50
250/350 = 16,50	250/350 = 49,00
300/400 = 20,00	300/400 = 62,00

## Teppich-Thomas

Ältestes und vertrauenswürdigstes  
**SPEZIALHAUS**  
für  
Teppiche, Gardinen, Portieren,  
Möbel- und Dekorationsstoffe, Läufer,  
Tisch-, Divan-, Stepp-, Reise- und  
Schlafdecken.  
Berlin SW. 68, Oranienstr. 126.  
Zweiggeschäft: Oranienstr. 160.

Möbel, Spiegel, Kastanien-Allee  
u. Polsterwaren **Julius Krause** No. 40.  
Kompl. Wohnungseinrichtungen zu anerkannt soliden Preisen  
Teilzahlung gestattet.

Neu! Geben ersöhnen: Neu!  
Kindersegen und Arbeiterklasse oder Wie schütze ich mich  
vor starkem Familienzuwachs auf unschädliche Art?  
Preis 30 Pf., gegen Voreinsendung 35 Pf. in Briefmark. portofrei ins Haus.  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.  
Zu beziehen durch die Buchhdlg. Vorwärts.

## Möbel-Lechner

am Rosen- Brunnenstraße 7, am Rosen-  
thaler Tor thaler Tor  
**Wohnungseinrichtungen auf Kredit**  
— Riesen-Auswahl. —  
1 Stube und Küche v. M. 200.— an, Anzahlung v. M. 15.— an  
2 Stube und Küche v. M. 325.— an, Anzahlung v. M. 40.— an  
Mod. Schlafzimmer v. M. 350.— an, Anzahlung v. M. 30.— an  
Mod. Herrenzimmer v. M. 500.— an, Anzahlung v. M. 45.— an  
Mod. Speisezimmer v. M. 550.— an, Anzahlung v. M. 50.— an  
Bunte Küchen, großes Lager.  
Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an.  
Wochenraten nach Vereinbarung. — Lieferung auch nach auswärts.  
Vorzeiger dies. Inserats erhält b. Kauf 5 M. gutgeschrieben.  
Sonntags geöffnet v. 8—10 u. 12—2 Uhr.



## Unsere Leistungsfähigkeit

Um die Haltbarkeit der von uns zum Verkauf gelangenden Beinkleider dem Publikum vor Augen zu führen, haben wir bei dem Königlichem Material-Prüfungsamt die von uns verwandten Stoffe zur Hose „Kern und Kraft“ „Preis 3.00 Mark“, einer Prüfung unterziehen lassen.

Abschrift des Prüfungsergebnisses unserer Hose „Kern u. Kraft“

### Festigkeit und Dehnung

A. Nr. 51820 Abl. 3 No. 20707 A-B.

Bruchbelastung in Kilogramm		Reißlänge in Millimeter		Dehnung in Prozenten		Zimmerwärme °C	Feuchtigkeit der Luft Prozente
Kette	Schuss	Kette	Schuss	Kette	Schuss		
91,0	66,5	2250	1650	19,6	15,3	18	65

Die Werte sind Mittel aus je 5 Versuchen. Die Reißlänge ist aus dem Quadratmetergewicht der Probe bei 65 pCt. Luftfeuchtigkeit berechnet. Preis Einspannlänge der Probestreifen 500 mm. Breite der Probestreifen 90 mm. Die Streifen wurden beim Zerreißen der Länge nach doppelt zusammgelegt. Quadratmetergewicht 467 Gramm.

99. Königlichem Material-Prüfungsamt

Die Hose „Kern und Kraft“ wie oben beschrieben 8 M.  
Engrospreis bei Entnahme von 6 Hosen 46.50

Die Stoffe zur Hose „Kern und Kraft“ werden ausschliesslich für uns fabrikt.

# Baer Sohn

Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 11 Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 99 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenlos u. portofrei.

42 eigene Dampfer

## Billige Seefischtage!

Infolge großer Fänge unserer Dampfer verkaufen wir von  
Mittwoch früh 8 Uhr an:  
ff. lebendfrische Seekarpfen (Goldbarsch) 10 Pf.  
per Pf. mit Zubereitung wie Flußkarpfen, Kochbücher gratis  
ff. lebendfrische Schollen, 2 bis 4 pfündig, 25 Pf.  
per Pfund mit reelle, p. Pf. mit 20 Pf.  
ff. Kabeljau i. Anschn. p. Pf. 28 Pf. ff. große Rotzunge per Pfund 40 Pf.  
ff. Seelachs „ 22 Pf. ff. Heilbutt i. Anschn. p. Pf. 60 Pf.

## Deutsche Dampffischereigesellschaft „Nordsee“

Größte Hochseefischerei Deutschlands  
Hauptgeschäft: Berlin C. (Bahnhof Börse) Tel. Amt III 8804  
Niederlagen:  
S., Oranienstr. 3.  
Charlottenburg: Angsbürger Str. 18.  
Spandau: Breite Str. 54.  
Schöneberg: Akazienstr. 31.  
Steglitz: Schloßstr. 121.  
Zehlendorf: bei Herrn Karl Schöe, Grunewald-Allee 2.  
Fernsprecher 1179.  
Weißensee: Langhansstr. 143  
Eigener Seehafen.

## Bekanntmachung.

Behufs Vergrößerung verlege meine Fabrikations-, Lager- und Engros-Verkaufsräume am 1. Oktober cr. nach

## Swinemünder Str. 64, 1. Etage

an der Millionenbrücke (Aufgang Ramlerstraße).  
Um mein enormes Zigarrenlager bis zum Umzuge zu verkleinern, stelle einen großen Teil bedeutend unter Preis zum Ausverkauf.

## H. Preuß, Gleimstr. 43

Zigarren-, Zigaretten- und Tabak-Fabrik-Großhandlung.  
Preisliste gratis und franko.

Hofert auf Teilzahlung  
bequeme Teilzahlung  
bei kleinster Anzahlung in be-  
kannter Güte  
(mit größter Rücksicht bei Krank-  
heit und Arbeitslosigkeit)  
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58



Partei - Angelegenheiten.

Vierter Landtagswahlkreis!

Drei öffentliche Wählerversammlungen heute Mittwoch, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Dabe 1, Bergmannstraße 5/7, am Donnerstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Giesing, Wassertr. 68 und bei Rabe, Fichtestr. 29. Tagesordnung: 1. Die Landtagswahl. 2. Disziplin. 3. Aufstellung der Wahlmänner.

Es ist Pflicht aller Wähler, in diesen Versammlungen zu erscheinen. Die Kommission.

Hohen-Neuendorf. Am Sonntag, den 25. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, findet im Lokale „Zum Feldschützen“, Stolper Str. 27, eine öffentliche Versammlung statt zur Erinnerung an die Erschießung unseres Genossen Wolf Hermann. Die Bezirksleitung.

Posen. Die am Donnerstag fällige Wahlvereins-Versammlung fällt aus. Dafür findet nach dem Parteitage eine Versammlung mit einem darauf bezugnehmenden Referat statt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Blühendes Heidekraut.

Nun hat auch im dürren Sande jeder Kiefernwald seinen schönsten Schmuck, denn das Heidekraut steht im vollsten Flor. So klein die Blüten sind, so weit leuchten sie doch, weil sie dicht nebeneinander gedrängt und außerdem auch noch alle nach derselben Seite gerichtet sind. Und da jeder kleine Busch Duzende solcher rötlich und bläulich leuchtenden Linien trägt, so schwirren nicht nur die Insekten in Menge herbei, sondern auch der Mensch fühlt sich angezogen von dieser gleichzeitig anspruchslosen und doch so reizvollen Erscheinung, die gerade dem scheidenden Sommer den Stachel nimmt, indem sie uns bis tief in den Herbst hinein begleitet.

Sehen wir uns, nachdem wir einen Strauß gepflückt haben, den wir zu Hause trocken, ohne Wasser in eine Vase stellen, die kleinen Blüten näher an, so finden wir zunächst vier rötliche Blütenblätterchen, die aber in Wirklichkeit der Kelch sind, und innerhalb dieses Kelches ein kleines, vierzippeliges Wümchen, das die eigentliche Blütenkrone darstellt. Acht Staubgefäße mit schön braunen Staubbeutel bilden in der Mitte der Blüte einen Kegel, aus dem der weibliche Stempel schräg nach oben gekrümmt herausragt. Im unteren Raum der Blüte ist für die Gäste, vor allem für die Biene, der Tisch gedeckt. Aber der Rest ist nicht ganz frei zugänglich. Mit freiem Auge, noch besser mit der Lupe, sehen wir, wie vom Grunde jedes Staubbeckens zwei weibliche fransenähnliche Zipfel den unteren Teil der Blüte verengen. An diesen Zöpfeln muß der Dienerrüssel vorbeigehen, wenn er zum Honig will; bei dieser lederen Arbeit erschüttert das Tier die erwähnten Fransen, diese die Staubbeutel und die Folge ist, daß der Kopf der Biene mit herabfallendem Blütenstaub eingepudert wird. Sie fliegt von Blüte zu Blüte, streift den Staub an der nächsten Narbe ab, wird wieder eingepudert usw. Für diese leichte Beschäftigung erntet eine fleißige Biene im Heidekraut eine gehörige Menge Honig ein.

Unser märkisches Land um Berlin ist keine eigentliche Heidegegend. Die Pflanze wird hier weder so groß, noch schlecht sie sich zu so üppigen Beständen zusammen, wie z. B. in der Lüneburger Heide und überhaupt in Nordwestdeutschland. Bei uns scheint die Regenmenge nicht auszureichen und daher finden wir das Heidekraut bei uns auch mitten im Walde, während es dort, wo es so recht heimisch ist, eine Sonnenpflanze ist, die jedes freiverwendbare Fleckchen rasch überzieht und nirgends Sandstellen frei läßt, wie sie ja bei Berlin genug vorkommen. Immerhin haben wir bei uns, besonders östlich von Berlin, Strecken genug, wo die Heide am Saume von Wäldern prächtig gedeiht und stundenweit die Gegend schmückt. Es ist, bei allem Reiz dieser zahllosen Blüten, eine gewisse Monotonie in der Erscheinung, wenn das Auge über das rötliche Farbenmeer schweift, aus dem das Summen der Insekten dringt. Aber diese Eintönigkeit gehört hier zum Wesen; auf ihr beruht ein Teil der Stimmung, die die Heide im Spätsommer und Herbst erzeugt, jene Stimmung, die eine Schöpfung vergehen sieht und doch weiß, daß sie in einigen Monaten wieder neu erstehen wird.

Der Altweibersommer flattert wieder durch die herbstlichen Wüste. Vereinzelt ertit segeln die grauen Fäden dahin, doch jeder kommende Tag mehrt ihre Zahl. Der grauerhangene, nur selten von Sonnenlichtern übersponnene Himmel und das zeitig gilbende Laub haben nicht umsonst des Sommers Ende gekündigt.

Alles ist auf den Herbst gestimmt. Draußen auf den Feldern knien Frauen im Sande und häufen die Kartoffeln in den bereitstehenden Kiepen. Ihre Rücken sind krumm, ihre Kopftücher hat der Septemberwind zerzaust. Ihre braunen, abgearbeiteten Finger aber wühlen ohne Unterlaß im narkotischen Erdbreich nach den braunen Knollen, die bei der herrschenden Fleischnahrung so unendlich vielen Familien fast ausschließlich als Nahrungsmittel dienen müssen.

Schwer und müde geht die Luft. Nebel und Regen hat sie gefeuchtet. Die Blumen, die noch an geschützten Stellen ihr buntes Haupt erheben, erscheinen alt und matt. Ueber die Salme an den Waldändern ist schon längst das Bräunen gegangen. Eine Vogelschar nach der anderen rüftet zum Fortfluge. Die Krähen werden immer dreister und aufdringlicher. Sie wissen es, daß ihre Zeit beginnt und daß die Tage der guten Jahreszeit bereits gezählt sind.

Auch an der Peripherie der Großstadt hält der Herbst den großen Rehras. In den Laubenkolonien wird es Woche um Woche stiller und eintöniger. Die Bohnenranken um das Lattenwerk der Holzhäusern rascheln hart wie Lederschnüre. Schwarz hängen die Blätter am Rankenwerk. Die letzten Gemüsesorten sind bald eingeerntet. Die Kartoffelkrautfeuer qualmen und füllen die feuchte Luft mit ihrem blauen, beißenden Rauch. Auch für die Großstadtproletarier ist die „Sommeraison“ vorüber.

Schon bindet der Herbst sich aus den immer kahler werdenden Ästruten der Büsche und Bäume den großen Wesen. Er besorgt sein Geschäft mit Ruhe und Gründlichkeit. Er kann ja warten. Die Beute ist ihm sicher. Und wie so der Sommer langsam stirbt und die grauen, zähen Herbstfäden durch die Luft flattern, da ist es jedem, der die Natur lieb hat, als legte auf den weichen, schmiegsamen Altheiber-

sommergespinnsten die Wehmut in die Welt, als hätte ein großes Sterben begonnen, das den Vermissten der Armen eine letzte und einzige Freude rauben will. — die Freude an der bunten Mannigfaltigkeit und Hülle der wechselnden Natur.

Im Plänterwald tut die Stadtverwaltung leider noch immer viel zu wenig, dem Publikum die Benutzung dieser schönen Anlage zu erleichtern. Aus einer bloßen „Baumschule“, als die der Plänterwald ursprünglich gedacht war, hat er sich im Laufe der Jahrzehnte zu einer vielbesuchten Erholungsstätte der Bevölkerung von Berlin-Südost entwickelt. Wie lange aber hat es gedauert, bis der Plänterwald z. B. seine Ruhebänke bekam! Längst hätte man begonnen, Spazierwege durch ihn hindurchzulegen, um ihn mehr und mehr in einen Park umzuwandeln, doch Bänke hielt man einstweilen nicht für nötig. Die ältesten Bänke, die sich im Plänterwald finden, wurden vor nicht viel mehr als 10 Jahren aufgestellt. Ihre Zahl ist seitdem Jahr um Jahr vermehrt worden, aber noch immer macht in manchen Teilen des Plänterwaldes an schönen Sommermorgen ein sehr empfindlicher Mangel an Bänken bemerkbar. Schlimmer noch und bedenklicher ist im Plänterwald der Mangel an Bedürfnisanstalten, über den nicht nur von Spaziergängern, sondern auch von den dort beschäftigten Parkarbeitern seit langem geklagt wird. Für den ganzen Plänterwald hält die Parkverwaltung eine einzige Bedürfnisanstalt für ausreichend! Diese befindet sich in dem vorderen, der Stadt zunächst liegenden Teil des Plänterwaldes, dicht hinter dem alten Treptow und der Parkstraße. Aber in dem ganzen übrigen Gebiet des Plänterwaldes, der bis Baumschulenweg sich hinzieht, sucht Du vergeblich nach einer verschwiegenen Stätte, an der Du Dich zurückziehen könntest. Man mache sich einmal klar, was das zu bedeuten hat, wenn an Sonntagsmorgens viele Tausende von Spaziergängern die Anlagen durchfluten. Vor dem großen, im mittleren Teil des Plänterwaldes gelegenen Spielplatz, der leider vom Publikum nicht betreten werden darf, aber mit seinen ihm umgebenden Schulhöfen besonders bei unsicherem Wetter viele Besucher anlockt, sind es 10 Minuten bis zu jener oben erwähnten Bedürfnisanstalt. Da ziehen denn viele es vor, einfach „in die Sträucher“ zu gehen. Und etwas anderes bleibt auch den Arbeitern nicht übrig, die Tag für Tag auf dem Spielplatz und in seiner Umgebung beschäftigt sind. Für die Sommerferien war im benachbarten Gebiet eine Bedürfnisanstalt aus Brettern zusammengeschlagen worden, damit wenigstens für die Schulkinder gesorgt sei, die in den Ferien täglich auf dem Platz zu spielen verdammt wurden. Diese Bretterbude ist zwar noch stehen geblieben, aber auch sie kann von den Arbeitern nicht benutzt werden, alldieweil sie jetzt — verschlossen gehalten wird. Die Parkverwaltung scheint zu meinen, daß hier für Erwachsene eine Bedürfnisanstalt nicht nötig sei. Sollen vielleicht die Parkarbeiter, wenn ein größeres Bedürfnis sich meldet, nach einem der den Plänterwald umgebenden Restaurants laufen? Nicht jedem paßt es, ein Restaurant aufzusuchen, auch nicht jedem Spaziergänger, den Wirten kann es keiner verdenken, wenn sie nicht „Gäste“ dulden wollen, die nichts bezahlen. Im Plänterwald soll es vor einigen Jahren einem dort beschäftigten Arbeiter passiert sein, daß ein Gendarm — da draußen hat noch der Gendarm zu kommandieren — ihn aufforderte, weil er an öffentlichem Ort sein Bedürfnis verrichtet hätte. Man sieht, zu welchen für die Parkarbeiter wie für die Spaziergänger unangenehmen Konsequenzen die Nachlässigkeit der Parkverwaltung führen kann. In jedem Gewerbebetrieb gilt es als selbstverständlich, daß für die Arbeiter Bissoirs und Klosetts bereitgehalten werden. Nur die Parkverwaltung der Stadt Berlin glaubt das da draußen nicht nötig zu haben.

Was alles verboten ist.

Wir leben im Zeitalter der Erfindungen, der Elektrizität, des Kindes, des Verkehrs? Nicht doch... unser Dasein ist in Preußen und schwarz-weiß-roter Umgebung das Zeitalter der Verbote. Was heutzutage alles verboten wird, geht auf keine Kuhhaut mehr. Wenn der politische Mummelreis aus der Berliner Wilhelmstraße sein philosophisches Wäntelchen in dünne Streifen schneidet und die Enden zusammenknüpft, wäre diese Regierungstrippie, an der das Volk in gottgewollter Abhängigkeit zappeln soll, noch immer zu klein, um den königlich preussischen Verbotsfad zuzubinden. Die individuelle Freiheit in unserem modernen Staatsleben, garantiert durch die märchenhafte sogenannte Verfassung, ist ein Schemen geworden. Auf Schritt und Tritt begegnen wir der traurigen Warnung: Verboten... verboten... verboten! Halbwegs umsichtige Regierungsmänner, eine Handvoll natürlich nur, erklären ganz offen, daß das amtliche Verbot nahezu zum bürokratischen Sport geworden ist und sie sich in den Tausenden von Verboten kaum mehr zurechtfinden können. Auf dem Lande hat die Draconisierung unter landräthlicher Fuchtel einen selbst der Bauerngeduld gegen den Strich gehenden Umfang angenommen, und in der Stadt vergeht keine Woche ohne ein neues, in das praktische Leben tief einschneidendes Verbot. Der Hausbewohner ist in seinen eigenen vier Wänden nicht sicher vor dem bestrafungsklisternen Polizeiauge. Der das Straßenpflaster tritt oder sich mit unseren modernen Verkehrsmitteln fortbewegt, kollidiert alle Augenblicke mit dem, was nicht erlaubt ist. Ob du radelst, autelst, fußballerst, rollst, schwimmst, turnst, selbst bloß spazieren gehst, überall riedt dir liebevoll die polizeiliche Spürnase nach. Willst du an einer öffentlichen Versammlung teilnehmen oder dich an einem Massenvergügen beteiligen, so lerne, um unbelästigt zu bleiben, vorher das zu einem Riesensande angewachsene Verbotsllexikon auswendig. In Wald und Flur grinst dir aller Orten das Gespenst „Verboten!“ entgegen, auf dem Wasser und ganz frisch vom Alexanderplatz verzapft nun auch gar noch in der Luft, die bisher als unantastbares Allgemeingut galt. Leider lassen sich hier oben keine adlergeschmückten Warnungsschilder anbringen, aber vielleicht ist die Zeit nicht mehr so fern, in der der luftschiffende Schutzmantel oder Landgendarm uns das Strafmandat gleich durch den Schornstein wirft. Unter Tausenden von Polizeiverboten werden Handel und Industrie in ihrer Entwicklung unerhört beschränkt oder direkt lahmgelegt. Uralte Verordnungen, die für unser modernes Leben längst Sinn und Zweck verloren haben, sind noch in Geltung als willkommene Lückenbüsser und werden bei passender Gelegenheit aus verstaubten Aktentwinkeln hervorgehast — der Reaktion zur Stärkung des Nachtstücks, dem entrechteten Volke zu forciertem Freiheitsberaubung. Nicht das unerträgliche Regierungssystem allein ist schuld daran, auch das Bürgertum, der sogenannte Liberalismus. Gerade aus bürgerlichen Kreisen heraus wird am lautesten nach Verboten schon bei den geringsten Kleinigkeiten geschrien, und nur zu bereitwillig geht die Polizei auf die Wünsche dieser Sorte „Fortschrittlern“ ein. „Je lauter das Gepfeife, desto tiefer sitzt einer in der Seife.“ Da wäre es doch praktischer, an allen Strahnenenden anzuschlagen, was in Preußen noch erlaubt ist. Das nimmt nicht viel Platz weg und würde etwa so lauten: Erlaubt ist außer Hurra-schreien das Raul zu halten, sein Blut für König und Vaterland zu opfern, möglichst viele Steuern

zu blechen, den agrarischen Volksberratern Liebesgaben in den Schoß zu schütten und zu frieden zu sein, wenn der Proletenbauch mit Steinen gefüllt wird! Wer diese höchsten Tugenden des loyalen Staatsbürgers erfüllt, kommt zur Belohnung auf die nächste Ordensliste. Nur weiter so mit der Züchtung des Verbotsbazillus in preussischer Reinkultur. Das ist der schnellste und sicherste Weg, um die Uebergewalt des Staates zu brechen und die Freiheit des Einzelnen wiederherzustellen.

Mit dem Ankauf des Tempelhofer Feldes durch die Gemeinde Tempelhof muß sich u. a. der auf Montag, den 26. d. M. einberufene Kreisrat des Kreises Teltow beschäftigen. Auf der Tagesordnung desselben steht unter Punkt 11 die Uebernahme einer Garantie. Es handelt sich hierbei um die Garantie, die der Kreis Teltow wegen des Erwerbs des westlichen Teiles des Tempelhofer Feldes durch die Gemeinde Tempelhof für letztere dem Reichsmilitärfiskus gegenüber übernehmen soll. Die Gemeinde Tempelhof will unter Assistenz eines Bankkonfortiums vom Reichsmilitärfiskus das Tempelhofer Feld zu einem Preise von 72 Millionen Mark erwerben. Außerdem will die Gemeinde die Kosten derjenigen beiden Eisenbahnunterführungen, die vom Tempelhofer Felde aus nach Tempelhof geplant sind, selbst übernehmen. Hierdurch erhöht sich für die Gemeinde Tempelhof der Kaufpreis für das Gelände auf rund 74 Millionen Mark. Der Reichsmilitärfiskus will bei dem Verkauf des Tempelhofer Feldes für spätere Zeiten Weiterungen vermeiden und soll daher von der Gemeinde Tempelhof verlangen haben, daß er an sie nur dann verkaufe, wenn der Kreis Teltow die Garantie für den Kaufpreis für die Gemeinde Tempelhof übernehmen würde.

Weiterer Meldung zufolge wird das Terrain voraussichtlich nicht nach dem vom Kriegsministerium ausgearbeiteten Plane bebaut werden. Die Gemeinde Tempelhof hat sich einige Grundzüge daraus zunutze gemacht, sonst aber einen eigenen Plan entworfen, in dem für eine villenartige Bebauung allerdings kein Platz ist, da sich dies aus wirtschaftlichen Gründen bei dem hohen Anschaffungspreis des Geländes verbietet. Auf dem Felde wird eine neue Stadt entstehen, die 50- bis 60 000 Einwohnern Raum zum Wohnen bietet.

Die Jugendschriftenausstellung im Gewerkschaftshaus ist morgen, Donnerstag, von 5-9 Uhr geöffnet. Zugang zum Ausstellungsraum Portal B, erste Tür rechts. Eintritt frei. Kinder haben nur in Begleitung von Erwachsenen Zutritt.

Für 36 000 M. Pelzwaren erbeuteten Einbrecher in der Nacht zum Dienstag in der Großhandlung von L'Hoist in der Adlerstraße 14. Sie gelangten in die Lagerräume, indem sie eine Scheibe einbrachen und dann ein Fenster aufriegelten. Aus den Boxrädern nahmen sie die kostbarsten Pelze in der Originalpackung „Zimmer“, die je 50 Stück enthält: Nerz, Zobel, Vison, Singilia und Hermelin. Auch das Geldpind verlockten sie zu erbrechen; es gelang ihnen aber nicht. Von den Tätern und dem Verbleib der Beute fehlt bisher jede Spur.

Choleraerkrankungen. Nachdem nunmehr die bakteriologische Untersuchung der Exponente des Ingenieurs Gustav Meyerberg einwandfrei ergeben hat, daß Cholera asiatica nicht vorliegt, sind die sämtlichen im Schöneberger Krankenhaus interniert gewesenen fünf Personen gestern entlassen worden. Auch bei den 16 an Typhus Erkrankten ist das Befinden ein so gutes, daß ihre völlige Wiederherstellung in etwa acht Tagen zu erwarten ist. Neue Fälle von Choleraverdacht oder Typhus sind in Schöneberg nicht mehr zu verzeichnen gemeldet.

In Spandau scheint die Choleraerfahr nunmehr vollkommen beseitigt zu sein. Es sind zwar aus Sicherheitsgründen einige Reueinsparungen an Durchbruchfall erkrankter Personen im Spandauer Krankenhaus vorgekommen, doch handelt es sich in allen Fällen um ziemlich harmlose Darm- oder Magenkrankheiten. Die polizeilichen und sanitären Sicherheitsmaßnahmen werden jedoch auch weiterhin in vollem Umfang aufrecht erhalten, dagegen ist die Sperre der städtischen Flußbadeanstalten aufgehoben.

Freie Scholle. An der Peripherie Groß-Berlins, zwischen Waldmannslust und Tegel, umrahmt von hohen dunklen Kiefern, liegt idyllisch und friedlich die Ansiedlung der Bauerngenossenschaft „Freie Scholle“. Nach 15-jähriger opferreicher Arbeit hat die Genossenschaft den Gedanken des Einfamilienhauses inmitten eines 20-25 Quadratrußen großen Gartens verwirklicht. Während vor 11 Jahren der Grundstein zu den ersten drei, den neueren Bauten gegenüber recht primitiven Häusern gelegt wurde, konnte am Sonntag die Vollendungsfeier der gesamten Ansiedlung stattfinden. Ab 1. Oktober werden insgesamt 173 Familien mit rund 800 Köpfen auf „Freier Scholle“ wohnen. Die Häuschen, die rechts und links an der einzigen Straße liegen, machen durch die teilweise recht schmutzen Gärten einen freundlichen Eindruck. Der Entwurf der neueren Häuser weicht, wohl dem Bestreben der Genossenschaften entsprechend, von der früher beobachteten Gleichförmigkeit der Bauten wesentlich ab und lehnt sich mehr an den Typ des modernen Landhauses an. Die Kolonie hat man weiter durch Anlegung von Spiel- und Rasenplätzen und Anpflanzungen zu verschönern gesucht. — Für den Arbeiter, der tagsüber in gutgeschwängerten Fabrikräumen, bei unversprechendem Lärm und Schreien emsig arbeiten muß, gewiß eine Erholung, hier in freier Natur, in eigenem Garten und gesunder Wohnung zu hausen. Nur die Fahrt von und nach Berlin raubt dem Arbeiter die freie Zeit fast ganz, so daß ihm bei zum Teil langer Arbeitszeit nicht viel zur Erholung übrig bleibt.

Ein Auto überfahren und lebensgefährlich verletzt wurde gestern nachmittags um 1/5 Uhr am Kleinen Stern ein Radfahrer. In bedenklichem Zustande wurde der Verunglückte nach der Charité gebracht.

In dem großen Einbruch in Dahlem, bei dem dem Vaudirektor Rosler für 85 000 M. Silberzeug und Schmucksachen entwendet wurden, wird mitgeteilt, daß der mutmaßliche Täter, der Diener Hans Berndt, auf den von Anfang an der Verdacht fiel, nach den bisherigen Ermittlungen wahrscheinlich ins Ausland entkommen ist. Berndt ist am 6. März 1881 in Berlin geboren, 1,79 Meter groß und schlank und hat dunkelblondes Haar, einen kleinen Schnurrbart und ein bageres Gesicht. Auf dem rechten Unterarm trägt er eine Tätowierung: Herz und Dolch mit der Aufschrift „Keltangabe Beking 5. 12. 00.“ Bei Rosler war er nur vier Tage. Während dieser Zeit stahl er aus einem kleinen Kästchen, das nur Eingeweichte konnten, 700 Mark. Nachdem er diese durchgebracht hatte, baldwerte er die Gelegenheit zu einem Einbruch aus, der ihm dann auch gelang.

Aus der Spree gefischt. In der Nähe des Restaurants „Abtei“ in Treptow wurde vorgestern vormittags von einem dort angestellten Kellner die Leiche eines etwa 40-jährigen unbekannten Mannes gefischt. Der Tote, der keine äußeren Verletzungen aufweist, ist etwa 1,80 Meter groß und war mit einem dunkelblauen und steifen schwarzen Hut bekleidet. Außer einigen mit G. G. gezeichneten Wäschehäuten ist nichts vorhanden, was zur Ermittlung des Toten dienen könnte. Die Leiche hat allem Anscheine nach drei bis vier Tage in dem Wasser gelegen.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Berlin. Heute abend 9 Uhr: 5. Abteilung in Rixdorf, Erntestr. 8. Morgen, Donnerstag, 8. Abteilung in Schöneberg, Grünwalderstr. 82, und 4. Abteilung in Tichenberg, Schamweberstr. 60. Vortrag in allen Abteilungen über

Physiologie (Lebensfähigkeit des menschlichen Organismus). Da der Kurus eben begonnen, können neue Teilnehmer noch eintreten. Die Gebühr für den gesamten Kurus beträgt 2 M.

Das Berliner Aquarium wird am 1. Oktober geschlossen werden, während das auf dem Vordergrundstück befindliche Hotel "Rinerva" in bisheriger Weise weiterbetrieben wird. Mehr als vier Jahrzehnte hat das Aquarium dort bestanden, und da es völlig neue Anschaffungs- und Beleuchtungsquellen erschloß, wohl mehr als manche andere wissenschaftliche Schauanstalt zur Verbreitung naturgeschichtlicher Kenntnisse beigetragen. Trotzdem das Institut nur noch den September hindurch seine Pforten geöffnet hält, wird doch nicht das geringste Bedenken aus den Beständen vor dem Schluß fortgegeben, im Gegenteil werden entstehende Lücken nach wie vor ergänzt. So sind in der vergangenen Woche einige neue Sendungen von Seetieren, besonders aus der Adria, erfolgt, und auch für diese Woche wird noch eine weitere Sendung aus Rovigno erwartet, so daß die Bassins bis zum Schluß eine gute Besetzung aufweisen.

Im Hof-Theater gelangt am Donnerstag das Lustspiel: „Die gute Partie“, von Arthur Schnitzler, zum ersten Male zur Aufführung. Die nächste Aufführung von „Othello“ erfolgt am Freitag.

Im Luisen-Theater gelangt heute Mittwoch, den 21. September, die Posse „Durchgegangene Weiber“ zur Aufführung.

Ein Zwanzigmarkstück für eine Mark hat am Sonntagabend zwischen 11 und 12 Uhr ein Arbeiter einem Droschkentischer überreicht, der ihn mit seiner Familie von der Waisenstraße nach der Mühlendörfer Straße 64 gefahren hatte. Der Fahrpreis betrug 80 Pfennig und der Arbeiter gab irrtümlich ein Zwanzigmarkstück für ein Einmarkstück. Da der Fahrgast annimmt, daß auch der Droschkentischer in der Dunkelheit nicht gleich wahrgenommen hat, daß er von ihm ein Zwanzigmarkstück erhielt, bittet er denselben, sich bei Mag. Pfeiffer, Mühlendörfer Straße 64, Luergebäude IV. zu melden.

Feuer im Kaufhaus „Neu-Rölln“. Durch zweifachen Alarm wurde gestern Abend gegen 7 Uhr die Berliner Feuerwehr nach dem Kaufhaus „Neu-Rölln“ in der Wallstraße 55/56, am Märkischen Platz, gerufen. Hier stand bei Ankunft der Löschzüge im 4. Stock die Kegelerei der photochemographischen Anstalt von Robert Ullrich in Flammen. Das Feuer hatte schnell an Ausdehnung gewonnen, so daß sich das Personal nur durch schnelle Flucht in Sicherheit bringen konnte. Innerhalb einer halben Stunde gelang es, das Feuer zum Stehen zu bringen. Der Kegelraum ist aber vollständig ausgebrannt. Bei den Löscharbeiten zog sich der Feuermann Blume von der zweiten Kompanie schmerzhafte Schnittwunden an der linken Hand zu, so daß er auf der Unfallstation am Spittelmarkt verbunden werden mußte.

## Vorort-Nachrichten.

### Rixdorf.

„Mit Gott für Wahrheit und Recht!“ Das ist bekanntlich die Devise, für die das Zentrum unentwegt einzutreten vorgibt. Wie ein hervorragender frommer Vertreter des Zentrums diese Dinge ausspricht, war bei Gelegenheit der letzten Auseinandersetzung zwischen den Sozialdemokraten und den Wahlrechtsräubern zu bemerken.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 15. September wurde von einem unserer Genossen darauf hingewiesen, daß auch das Rixdorfer Zentrumsvereinschen das Verhalten der Stadtverordnetenmehrheit verurteilt und deshalb beschlossen habe, sich bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen der Stimme zu enthalten.

Der Stadtverordnete Joseph Serno, ein frommer Zentrumsmann, der bisher alle Beschuldigungen mitgemacht hat, erwiderte nach dem Bericht der „Rixdorfer Zeitung“ folgendes darauf: Der Zentrumsverein ist nicht der Vertreter der katholischen Bürgerschaft. Die offiziellen Vertreter sind der katholische Ortspfarrer, der Kirchenvorstand und die Gemeindevertretung, die bis jetzt keine Stellung zu den Wahlen genommen haben. Die katholische Bürgerschaft wird in Zukunft zeigen, daß nicht alle mit den Beschlüssen des Zentrumsvereins einverstanden sind. Im Zentrumsverein ist der Beschluß mit 22 Stimmen gegen 18 Stimmen gefaßt worden, also nur mit 4 Stimmen Mehrheit.

Darauf erwidert in der Nr. 219 der genannten Zeitung ein Eingekannter des Zentrumsvereins, in welchem dem frommen Bruder in Christo vorgeworfen wurde, daß seine Ausführungen nicht der Wahrheit entsprechen, und ihm angetragen wurde, wenn er in Zukunft öffentlich über die Haltung der Zentrumsvereinrede, möge er es in einer Weise tun, die den Tatsachen entspricht.

Auf diesen wohlgemeinten Rat erwidert nun der drollige Zentrumskämpfer in Nr. 220 derselben Zeitung, daß seine Ausführungen doch der Wahrheit entsprechen.

Trotzdem man nun eigentlich neugierig darauf sein könnte, welche von den beiden Parteien in diesem Falle eigentlich der Wahrheit Gewalt angetan hat, wollen wir das die Beteiligten unter sich ausmachen lassen. Uns kommt es vielmehr darauf an, wie sich in dem Kopf des frommen Ritters die Rechte der Mitglieder des Zentrumsvereins und der ihnen zustehende Einfluß auf die Haltung desselben ausmalen. Der Verein hat danach gar nichts zu bestimmen, sondern die Entscheidung wird nach Herrn Serno von den „offiziellen Vertretern“ gefällt, und das sind: — Der Ortspfarrer, der Kirchenvorstand und die Gemeindevertretung. — Diese haben noch keine Stellung zu den Wahlen genommen, und die im Zentrumsverein erfolgte Abstimmung erscheint deshalb dem frommen Herrn ganz wertlos.

Die Mitglieder des Zentrumsvereins, die sich eine solche Bevormundung gefallen lassen, sind freilich auch keiner anderen Behandlung wert. Sie sind eben nur Leute, die sich durch ihre Führer unter Anwendung heuchlerischer Frömmigkeit und Zuhilfenahme aller anderen religiösen Einflüsse zu Werkzeugen der Wahlrechtsräuber machen lassen. Sie haben hübsch abzuwarten, bis der Herr Pfarrer oder die Herren vom Kirchenvorstand Stellung genommen haben, dann werden sie schon erfahren, wie sie sich zu verhalten haben. Trotzdem sie selbst durch die Wahlrechtsstreiber rechtlos gemacht sind, wird ihnen befohlen, nicht erst lange danach zu fragen, wer in dem jetzigen Streite gesunkert hat, sondern als gute Christen gehorsam zu sein und für die Wahlrechtsräuber mit ganzer Kraft einzutreten. Das alles geschieht jedoch „mit Gott für Wahrheit und Recht“.

### Charlottenburg.

Der Charlottenburger Bildungsausschuß veranstaltet morgen, am Donnerstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Volksbundes“ eine Aufführung von Mag. Halbes „Jugend“. Hierzu sind namhafte Schauspieler des Deutschen und Berliner Theaters gewonnen, so daß die Gewähr gegeben ist, daß den Teilnehmern etwas wirklich Gutes geboten wird. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf. inkl. Garderobe und Theaterticket. Willetts sind zu haben bei den Rabalbedleitern des Wahlvereins, ferner bei A. Wulf, Kirchstraße 30, A. Weidert, Köpenicker Str. 8 (Stechbierhalle), G. Scharnberg, Selenheimer Straße 1, sowie in den Niederlagen des Konsumvereins: Wallstraße 23, Luroggener Straße 10, Potsdamer Straße 13 und Weimarer Straße 20.

### Zehlendorf.

Der Widerstand der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zeigt sich sehr oft in den Einrichtungen, die von privater Seite auch in Verantwortung des Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den

schwerreichen Gemeinden ins Leben gerufen werden. Zehlendorf ist gewiß eine der reichsten Gemeinden, die wir im Deutschen Reiche haben. Es soll sogar nach einem Ausspruch des Gemeindevorsteher ein „Pensionopolis“ sein, das heißt ein Ruheort für Leute, die eine so gute Rente zu verzehren haben, daß sie über die Rote des Lebens hinwegsehen können. Ihre Mittel erlauben es ihnen ohne weiteres, sich alle die Dinge zu beschaffen, die, auch im Krankheitsfalle, für die Erleichterung des Daseins erforderlich sind. Das Bedürfnis nach sanitären Maßnahmen für den Fall der Erkrankung läßt sich nun selbst von den wütendsten Verteidigern unserer Wirtschaftsordnung nicht mehr länger leugnen. Anstatt nun aber konsequent zu sein und von Gemeinde wegen Einrichtungen zu schaffen, die jeden Einwohner der Gemeinde ohne weiteres in den Stand setzt, im Falle der Not von ihnen Gebrauch zu machen, vertiefen sie sich auf die Privatfürsorge. Es wird seit einigen Wochen von Zeit zu Zeit im „Zehlendorfer Anzeiger“ von dem Vaterländischen Frauenverein und der Sanitätskolonne ein Aufruf erlassen, daß die mildtätigen Einwohner alle solche in Krankheitsfällen benötigten Gegenstände einer Sammelstelle zuführen möchten, die von ihnen ins Leben gerufen worden ist. Auch Bargeld wird nicht verschmäht und soll, wie wir annehmen, selbstverständlich für die Beschaffung solcher Dinge benutzt werden. Die guten Leute werden überzeugt sein, etwas sehr Gutes geschaffen zu haben, und mancher von ihnen wird sich im Gefühl seiner Mildtätigkeit sehr gehoben und ob der Anerkennung seiner Taten sehr geehrt fühlen. Und wir wollen ihnen dieses Gefühl gar nicht einmal so sehr bezagen. Aber die Frage wollen wir doch aufwerfen, ob es konsequent ist, solche Einrichtungen auf Grund der privaten Wohlthätigkeit zu schaffen? Wir sind der Meinung, daß dadurch der Gesamtheit nicht in der richtigen Weise gedient ist. Hat man die Notwendigkeit solcher Einrichtungen eingesehen, dann soll man so konsequent sein, sie als kommunale Einrichtung zu fordern. Dadurch erst wird die Rechtsgrundlage geschaffen, auf der es jedem Gemeindegliede möglich ist, Gebrauch davon zu machen, ohne das drückende Gefühl mit sich herum zu tragen, die Wohlthaten anderer Menschen in Anspruch genommen zu haben. Eine ganze Reihe von Menschen, und nicht die schlechtesten, verzichten ohne weiteres auf solche Dinge, wenn an ihrem Gebrauch das Odium der Privatwohlthätigkeit haftet. Das schlägt dann selbstverständlich zum Schaden dieser Aufrechten aus. Wäre es aber nur das, dann könnte man sich darüber schließlich mit der bürgerlichen Moral hinwegsetzen, daß die Annahme oder Nichtannahme Sache des einzelnen ist. Aber sehr oft wird es der Fall sein, daß aus solch berechneter Stolz des einzelnen eine große Gefahr für die Gesamtheit entsteht. Darum weg mit aller Privatwohlthätigkeit auf allgemein gesundheitlichem Gebiet und Schaffung von kommunalen Einrichtungen, die der Gesamtheit dienen sollen und von jedem einzelnen im Bedarfsfalle benutzt werden müssen.

### Nikolassee.

Daß unsere Eisenbahnverwaltung gegenüber den Wünschen so feudaler Gemeinden wie Nikolassee recht entgegenkommend sein kann, trat in einem Briefwechsel zutage, der in der letzten Gemeindevertreterversammlung zur Mitteilung gelangte. Der Gemeindevorsteher hatte an die Eisenbahndirektion ein Schreiben gerichtet, worin gebeten wurde, die Eisenbahndirektion möchte das laute, den Verkehr störende Pfeifen der Lokomotiven zwischen Grunewald und Wannsee zu verhindern suchen. Die entgegenkommende Inspektion hatte auch sofortige Abhilfe versprochen, sogar strenge Bestrafung der in Frage kommenden Lokomotivführer in Aussicht gestellt. Sie muß demnach wohl der etwas eigenartigen Auffassung sein, daß die Lokomotivführer gerade auf dieser Strecke den Anwohnern einen Schabernack spielen wollen, anders läßt es sich nicht erklären, daß den Führern eine Bestrafung in Aussicht gestellt wird. Ein eingegangenes Ortsstatut, das das Feuerlöschwesen am Orte regeln soll, wurde einstweilen abgelehnt, um Erkundigungen über die Stellung der Nachbargemeinden zu dieser Angelegenheit einzuziehen. Nach der Darstellung des Gemeindevorstehers Schulzberg ist das fragliche Statut auf häuerliche Gemeinden zugeschnitten, für Gemeinden wie Nikolassee aber nicht geeignet. Um die Reinigung der Straßen von Schnee im Winter, und das Bestreuen bei Glätte, sowie überhaupt die Reinhaltung der Straßen zu regeln, soll ein Ortsstatut ausgearbeitet werden. Die Reinigung wird durch die Straßenreinigungskolonnen ausgeführt, die zu diesem Zweck von der Heimstättenamtengesellschaft übernommen werden sollen. Die Kosten sollen nach dem Frontmeter berechnet und durch Umlage von den Hausbesitzern eingezogen werden.

### Treptow-Baunschulenvogel.

Bei der gestrigen Wahl wurde der demokratische Kandidat Kröbel mit 289 gegen 98 Stimmen, die auf den konservativen Friedte entfielen, gewählt. Unsere Genossen hatten, da sie einen geeigneten Hausbesitzerkandidaten nicht aufstellen konnten, die Parole ausgegeben, für den demokratischen Kandidaten zu stimmen. Bei der Wahl im März d. J. erhielt unser Genosse Henkel, dessen Wahl bekanntlich für ungültig erklärt wurde, 443, der demokratische Kandidat 14 und der konservative 9 Stimmen.

### Mariensfelde.

„Fleischnot und Kaiserreden“ lautete das Thema, über das Genosse Pagels in einer gutbesuchten Versammlung des Wahlvereins sprach. Betreffs der Verleumdung führte Genosse Pagels die Gründe an, doch wurde ein dahingehender Beschluß noch nicht gefaßt. In die Kinderkommission wurde die Genossin Grealich gewählt. Zur Aufnahme meldete sich ein Genosse.

### Mariendorf.

Eine stundenlange Betriebsstörung im Straßenbahnverkehr ereignete sich gestern in Mariendorf. In der Berliner Chaussee war das Wasserrohr der Leitung geplatzt, wodurch der ganze Bahndamm zwischen Berg- und Dorfstraße in einen See verwandelt wurde. Diese Stelle war infolgedessen während der Zeit von 7 Uhr morgens bis 1/2 Uhr mittags unpassierbar. Während der Dauer der Störung wurde der Betrieb zwischen Tempelhof und Mariendorf durch Pendelbetrieb aufrecht erhalten.

### Lichtenberg.

Am Donnerstag, den 22. d. M., pünktlich 8 1/2 Uhr abends, findet im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5/6, eine öffentliche Versammlung für Erwachsene und die schulentlassene Jugend statt. In derselben beginnt der wissenschaftliche Vortrag mit Lichtbildern über die Geschichte unserer Erde.

1. Vortrag: Historischer Abriss. Die Entwicklung unseres Planetensystems.
2. Vortrag am 20. September: Die Entwicklung der festen Erdrinde. Erstarrungs- und Ablagerungsgeologie.
3. Vortrag am 6. Oktober 1910: Die Formen der Erdoberfläche; a) Gebirgsbildung, Erdbeben und Vulkan; b) Verwitterung und Abtragung der Erdoberfläche.
4. Vortrag am 13. Oktober 1910: Die Zeitalter der Erdgeschichte mit besonderer Berücksichtigung des Gebiets, in dem der Vortrag stattfindet.

Zur Dedung der Ankosten wird ein Eintrittsgeld von 15 Pf. für jeden Vortrag oder von 50 Pf. für alle vier Vorträge erhoben. Jugendliche Personen zahlen nichts.

Der Einberufer: Alfred Klein, Eitelstr. 16.

### Weißensee.

Die Uferstraße am den Weißen See wird nunmehr endlich angebahnt, wenigstens so weit das Gelände der Gemeinde in Frage kommt. Wie weit die übrigen Anlieger das nötige Gelände abtreten werden, müssen die Verhandlungen ergeben; bei der augenblicklichen Stimmung der Haus- und Grundbesitzer werden die Verhandlungen auf manche Schwierigkeiten stoßen. Die Uferstraße erhält nach dem Wasser zu eine Promenade von 6 Meter Breite, einen Fußweg von ebenfalls 6 Meter, nach den Grundstücken zu ist ein 6-8 Meter breiter Vorgarten vorgesehen, so daß der landschaftliche Reiz nicht verloren geht, wie überhaupt der schöne Baumbestand möglichst erhalten werden soll.

halten werden soll. Der Zugang zur Uferstraße beginnt am Trianonpark gegenüber der Lichtenberger Straße um den See herum bis zu einer neu anzulegenden Straße nach der Dorfstraße hin. Von hier ab geht eine Promenade nach der Amalienstraße. Nach zehn Jahren, wenn die Pachtzeit des Schloßrestaurants abgelaufen ist, wird die Uferstraße weiter geführt, um in der Gegend der Linden-Allee zu enden.

### Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Der Jahrzehnte geltende Droschkentischer ist vom Kammergericht für ungültig erklärt worden, weil er nicht der Vorschrift gemäß am Rathaus, sondern im Fluß des Rathauses öffentlich ausgehängt war. — Zur Hundesteuer, für die erst am 2. April eine neue Ordnung festgesetzt wird, wurde eine Nachtrag beschloffen. Die zum Gewerbe unentbehrlichen Hunde sind steuerfrei gelassen, da der Verkaufszuschuß zu einer Besteuerung derselben die Genehmigung verweigert hat. Im Nachtrag soll dies nun nachgeholt werden und im Falle der Ablehnung eine Beschwerde geführt werden. Eine Steuer von 5 M. soll gezahlt werden: für die zur Bewachung unentbehrlichen Hunde auf einzeln liegenden Gehöften, die außerhalb geschlossener bebauter Stadtteile liegen; für Hunde zur Bewachung auf Wägen; für die Hunde der Forstbeamten. Für die übrigen Hunde beträgt die Steuer 30 M. Stadtv. Binsler möchte für alle Hundesteuer 5 M. Steuern festsetzen; ihm entgegnete Stadtv. Griefe, wenn 30 M. zu viel ist, der sollte sich einen Bäckler anschaffen. — Der Reichsbanknebenstelle werden die früher gewährte Steuerfreiheit und der Weiszuschuß entzogen, da sie sich sehr gut am Orte entwickelt hat. — Der Stadtmagistrat bewilligte man ohne Debatte jährlich 300 M., nachdem ihr in diesem Jahre bereits 200 M. aus einer Stiftung gezahlt wurden für Sankt-Andreas-Licht. Debatteles stimmte die Versammlung der Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung für die Spandauer Straße (11 000 M. Kosten). — Da eine Erweiterung der südlichen Straßenbahn stattgefunden hat, wurde eine Erhöhung der Abonnements- und Einführung neuer 15 Pfennig-Streden vorgeschlagen und angenommen. Vergeblich bemüht sich einige Stadtverordnete, die Teilstreden zu erweitern. Solange aber noch die „Fremdenstrecke“ Sanssouci-Bahnhof 15 Pfennig kostet (für Eingeweihte ist gute Hundert Meter weiter eine Haltestelle für 10 Pf. eingerichtet) und die Wehrzeit mit dem Stadtv. Borchardt auf dem Standpunkt steht, die Straßenbahn muß möglichst recht hohen Ueberzuschuß bringen, ist an eine Änderung nicht zu denken. — Zum Schluß beschwerte sich ein Anwohner der Neuen Luisenstraße in recht derber Weise über den Zustand der Straße, indem er eine Probe der dort auf der Straße vorhandenen Flüssigkeit mit lebenden Tieren und Pflanzen den Stadtv. Borchardt präsentierte. Der Zustand wurde allgemein anerkannt und sofortige Abhilfe in Aussicht gestellt.

Die neuen Kanalisations- und Müllabfuhrgebühren werden nicht erhoben. Der Magistrat hat die neuen Gebührenordnungen, die erst am 22. April d. J. in Kraft getreten sind, zurückgezogen, weil sie nach einer ergangenen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts gegen die Stadt Staffel für ungültig erklärt werden mußten. Die Veranlagungen sind daher ebenfalls ungültig; bereits gezahlte Gebühren werden angerechnet. Sofort wurden aber zwei neue Gebührenordnungen beschloffen, die im wesentlichen dieselben Bestimmungen erhalten und die Bürger ebenso betreffen. Man hofft hierfür die Genehmigung bis zum 1. Oktober d. J. zu erhalten. Neu ist ausgenommen, daß alle Reibeträge über volle hundert Mark bis zu fünfzig nicht, dagegen über fünfzig als volle hundert Mark zur Steuer herangezogen werden. (Recht mußte jedes angefangene Hundert voll bezahlt werden.) Da die alten Ordnungen dem Grundfaß zuwiderhandeln, für alle Steuerpflichtigen den gleichen Maßstab zugrunde zu legen, so wollte der Magistrat vorsichtigerweise die Bestimmung aufheben, daß gewerbliche Räume nur zur Hälfte herangezogen werden; versprach aber gleich durch Nachtrag den alten Zustand wiederherzustellen. Hiergegen wandten sich aber die Stadtverordneten; sie hätten in dieser Sitzung eventuell die ganze Vorlage scheitern lassen. Der Magistrat zog dann diese Bestimmung zurück, die nun auf jeden Fall wieder Stoff zu neuen Klagen geben wird. — Den Steuerausfall für das halbe Jahr glaubt der Magistrat durch Ersparnisse und Ueberflüsse anderweit decken zu können.

Der beim Redlicher Pulvermagazin angeschossene Kanonier Szegal, der nach seiner eigenen Selbstdiagnose in der Nacht vom 7. und 8. August d. J. als er auf Wache vor den beiden Pulvermagazinen der Gardeartillerieregimenter in Redlich von unbekanntem Männern angeschossen worden und verletzt ist, befindet sich noch immer in Pflege des Garnisonlazarets, jedoch hat sich sein Zustand soweit gebessert, daß seine Entlassung bevorsteht. Ueber die Persönlichkeiten der Täter ist bis jetzt nichts bekannt geworden. Offenbar bleibt der nächtliche Angriff trotz aller Maßregeln des Fahndungsdienstes in geheimnisvollem Dunkel gehüllt.

### Spandau.

Arbeiter-Samariterbund, Abteilung Spandau. Am Mittwoch, den 21. d. M., eröffnet die Arbeiter-Samariterkolonne einen neuen Lehrkursus, an welchem Damen und Herren teilnehmen können. Da das Lehrhonorar außerordentlich niedrig ist, so ist es erwünscht, daß sich eine zahlreiche Teilnehmerzahl einfindet. Der Lehrabend beginnt pünktlich 8 1/2 Uhr im Lokale von Böhle, Havelstr. 20, unter Leitung eines Berliner Kolonnenführers.

### Cranienburg.

Die Monatsversammlung des hiesigen Wahlvereins hörte zunächst einen Vortrag des Genossen Karl Wermuth, Berlin, über: „Die politische Lage in Deutschland“ an. Reichler Verfall lohnte den Redner für seinen trefflichen Vortrag. — Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. — In Punkt 3, Vereinsangelegenheiten, wurden die Genossen Karl Schumann und Hennig zur Teilnahme an dem vom Kreise veranstalteten Rednerkursus delegiert.

Leser- und Diskutierklub „Süd-Ost“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr bei Redhardt, Südlicher Straße 58; Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Gladosch über Subdubismus. — Gäste willkommen.

Deutscher Arbeiter-Abschnittsbund. Ortsgruppe Berlin. Freitag, 23. d. Mts., abends 9 Uhr, im Hemerkshaus, Engelstr. 15, Saal 7: Offizielle Versammlung. Genosse Dr. Fabel spricht über das Thema: „Warum erkranken und sterben Millionen unserer Arbeiter?“ Eintritt 10 Pf.

### Witterungsübersicht vom 20. September 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (in 5 m Höhe)	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser
Bremen	768	SW	2	bedeckt	13	Dabrun	755	SW	1
Berlin	769	SW	2	bedeckt	10	Petersburg	761	S	2
Breslau	769	SW	3	bedeckt	12	Warschau	768	SW	5
Frankfurt	760	NO	3	bedeckt	13	Wien	770	SW	6
Hamburg	761	S	3	bedeckt	14	Paris	769	NO	4
Köln	762	SW	1	bedeckt	11				

Wetterprognose für Mittwoch, den 21. September 1910. Vielwolke, heiter, nachts kühl, am Tage wieder etwas wärmer bei mäßigen südwestlichen Winden; nachher wieder zunehmende Bewölkung und leichter Regen.

Berliner Wetterbureau.

Wöchentliche Warteberichte der hiesigen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktfrage: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Milch: Zufuhr nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. Eihühner: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise nachgebend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft sehr kon. Preise gedrückt.

Druckerei u. Verlagsanstalt Dr. J. Singer & Co., Berlin SW.